

HÖHEPUNKTE

20

EINBLICKE

STIFTUNG

06

NAMEN, DATEN,
FAKTEN

J A H R E S B E R I C H T



Konrad
Adenauer
Stiftung

3 | VORWORT

5 | HÖHEPUNKTE

15 | EINBLICKE 2006 | 2007

■ Demokratie	19
■ Recht	31
■ Herausforderungen	45
■ Erinnerung	61

69 | STIFTUNG

■ Wir über uns	70
■ Internationale Zusammenarbeit	72
■ Politik und Beratung	78
■ Politische Bildung	81
■ Begabtenförderung und Kultur	84
■ Wissenschaftliche Dienste und Archiv	88
■ Akademie in Berlin	91
■ Dienstleistungszentrum	93
■ Konferenzzentrum Cadenabbia	94

95 | NAMEN, DATEN, FAKTEN

■ Bilanzen	96
■ Vorstand	101
■ Mitglieder	102
■ Kuratorium	103
■ Organigramm	104
■ Außenstellen	105
■ Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Deutschland	108
■ Neuerscheinungen	109
■ Die Politische Meinung	112
■ Freundeskreis	113

IMPRESSUM

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,



nach dem an Jubiläen reichen Jahr 2005 hat die Konrad-Adenauer-Stiftung 2006 nicht gar so viel feiern, dafür umso mehr arbeiten können. Immerhin gab das 50-jährige Bestehen von Schloss Eichholz als dem Nukleus der Politischen Bildung der Stiftung Anlass, nicht nur geschichtsbewusst, sondern auch familiär-fröhlich einen der Kernaufträge der Stiftungsarbeit zu würdigen. Im Kapitel Höhepunkte ist mehr darüber zu lesen. Auch die Einweihung unseres neuen Bürogebäudes in Berlin findet dort ihren Platz. Der Umzug in das auch architektonisch bemerkenswerte Haus an der Klingelhöferstraße beendete für die Hauptabteilungen Politik und Beratung sowie Internationale Zusammenarbeit ein mehrjähriges Provisorium. Das war uns einen Tag der offenen Tür und ein kleines Sommerfest wert. Last but not least konnte auch die Politische Meinung, die Monatszeitschrift der Konrad-Adenauer-Stiftung, im Sommer 2006 auf die ersten 50 Jahre ihres Erscheinens zurückblicken. Das Juni-Heft stand ganz im Zeichen dieses Jubiläums. Im Januar 2007 folgte der Geburtstagsfestakt mit Bundesministerin Annette Schavan im Bonner Wasserwerk nach. Das Jahr 2006 war für die Konrad-Adenauer-Stiftung das dritte Jahr in Folge, in dem neben den überjährig angelegten Themen weitere inhaltliche Bündelungen in abteilungsübergreifende Projekte stattgefunden haben. Für die Zukunft Deutschlands werden außen- und entwicklungspolitische Fragestellungen immer wichtiger. Andererseits bekommen traditionell innenpolitische Themen zunehmend eine außenpolitische Dimension. Dem trägt die Konrad-Adenauer-Stiftung in ihrer Arbeit vor allem dadurch Rechnung, dass immer stärker Querschnittsthemen die Aktivitäten mehrerer Hauptabteilungen mit bestimmen.

Dazu gehören etwa die Komplexe Werte, Religion und Politik in Europa, der Bereich Menschenrechte und Rechtsstaatsentwicklung, die Herausforderungen einer globalen Wirtschafts- und Sozialordnung sowie der Einsatz für eine nachhaltige Demokratieförderung. Die regionalen Sektorprogramme zu den Themenkomplexen Rechtsstaat und Medienentwicklung sind weiter gestärkt und ausgebaut worden. Das gilt vor allem für den afrikanischen Kontinent südlich der Sahara (Sitz des Sektorprogramms ist Nairobi) und für Südosteuropa (mit Sitz in Bukarest). Für den südosteuropäischen Bereich ist auch ein neues Medienprogramm ins Leben gerufen worden mit Sitz in Sofia.

Der Dialog mit dem Islam hat für die Konrad-Adenauer-Stiftung weiterhin hohe Priorität. Im Zusammenhang mit Migration und Integration erhält das Thema eine zusätzliche Bedeutung. Insbesondere die zunehmenden Integrationsprobleme in Deutschland haben uns dazu bewogen, mit neuer Intensität an der Erarbeitung von Integrationskonzepten mitzuwirken. Dazu gehört auch das in Zusammenarbeit mit dem Imap-Institut ins Leben gerufene Almanyaprogramm, das sich vor allem an türkischstämmige Deutsche wendet und mit einer Vielzahl von Aktivitäten gelungene Integrationsbeispiele in diese Bevölkerungskreise kommuniziert. Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit 2006–2007 bestand und besteht in der Begleitung der Grundsatzprogrammdiskussion der christlich-demokratischen Volkspartei. Eine intensive Befassung mit den Grundwerten und dem christlichen Menschenbild als Grundlage allen politischen Handelns der Christlichen Demokraten kann dazu beitragen, dass unsere Arbeit zugleich identitäts- und profilbildend in die Gesellschaft wirkt. Die Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, die

Wertedebatte zu fördern, zu vertiefen und zugleich in die Breite zu tragen. Dazu gehört auch, die Chance der politischen Mitwirkung als fundamentales demokratisches Recht wieder stärker im Bewusstsein der Bürger zu verankern und den Tendenzen einer zunehmenden Gleichgültigkeit gegenüber Politik und Wahlentscheidungen entgegenzuwirken.

Besonders erfreulich für die Konrad-Adenauer-Stiftung ist der deutliche Aufwuchs der Mittel für die Vergabe von Stipendien. Die von der Bundesministerin für Bildung und Forschung bis 2009 den Förderwerken in Deutschland zur Verfügung gestellten Finanzmittel stellen eine große Herausforderung dar, weil die Anzahl der jährlich neu aufzunehmenden Stipendiaten im Vergleich zu 2005 bis Ende 2008 um etwa 80 bis 90 Prozent ansteigen wird. Die Konrad-Adenauer-Stiftung stellt sich dieser großen Aufgabe mit dem festen Willen, das hohe Niveau ihrer Begabtenförderung zu halten und die Spitzenposition im Wettbewerb mit anderen Förderwerken zu behaupten. Der Jahresbericht 2006 enthält neben den Berichten aus den Hauptabteilungen auch wieder Schwerpunktthemen, die über den Tag hinaus für die Arbeit der Stiftung bedeutsam sind und ihr ein besonderes Profil verleihen. Sie sind den Themenkomplexen Demokratie, Recht, Herausforderungen und Erinnerung zugeordnet und zeigen die breite politische und fachliche Kompetenz und Expertise der Konrad-Adenauer-Stiftung. Wir hoffen sehr, dass gerade dieses Kapitel Ihnen interessante Einblicke vermittelt und ein besonderes Lesevergnügen bereitet.

Ein großes Lob und herausragender Dank gebühren wieder einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Konrad-Adenauer-Stiftung im In- und Ausland. Ohne ihren Einsatz, ihren Ideenreichtum und ihre Leistungsbereitschaft auch unter Umständen, die nicht immer einfach sind, wäre die Konrad-Adenauer-Stiftung nicht das, was sie ist: eine der renommiertesten Institutionen ihrer Art mit einer beeindruckenden Leistungs- und Erfolgsbilanz. Auch bei unseren vielen Freunden, Förderern und Partnern, die die Arbeit der Stiftung ideell und materiell unterstützt haben, möchten wir uns herzlich bedanken. Wir sind froh und stolz zugleich, dass unsere Arbeit so viel Anerkennung und Unterstützung findet. Der Jahresbericht 2006 beweist erneut, dass es sich lohnt, sich für die Konrad-Adenauer-Stiftung und mit ihr zu engagieren.

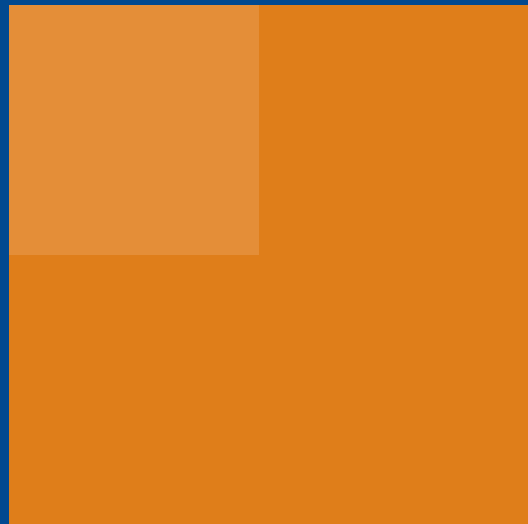
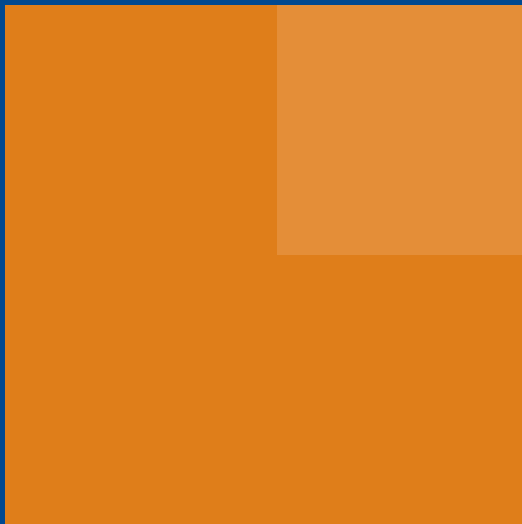
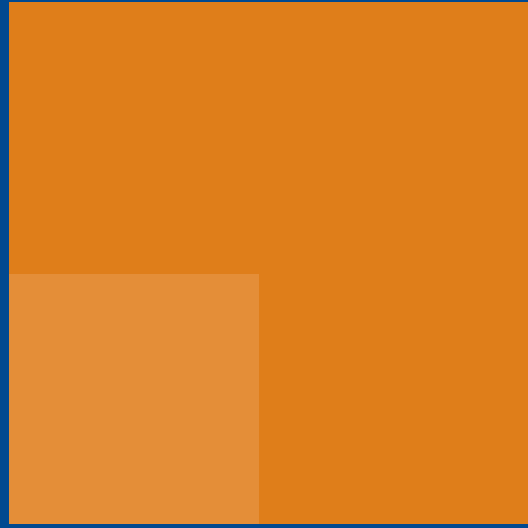
Sankt Augustin/Berlin,
im März 2007



Bernhard Vogel



Wilhelm Staudacher



H Ö H E P U N K T E

VIELE HERAUSRAGENDE AKTIVITÄTEN,
PROJEKTE UND VERANSTALTUNGEN HABEN
DIE ARBEIT DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
AUCH IM JAHR 2006 BESTIMMT – ZU VIELE,
UM ALLE ZU NENNEN UND ZU WÜRDIGEN.
EINE AUSWAHL GIBT EINBLICK IN DAS VIEL-
FÄLTIGE AUFGABENSPEKTRUM.

DIE STIFTUNG ZEICHNET AUS



MIT DREI PREISEN HONORIERT DIE STIFTUNG JEDES JAHR HERVORRAGENDE LEISTUNGEN VON MENSCHEN, DIE SICH IM SINNE DER VON DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG VERTRETENEN IDEALE DURCH ORIGINALITÄT UND DIE LEIDENSCHAFT FÜR IHRE PROFESSION AUSGEZEICHNET HABEN. EIN INTERNETWETTBEWERB ZEICHNET DARÜBER HINAUS DEN EINSATZ JUNGER MENSCHEN FÜR TOLERANZ UND GEGEN JEDE FORM DES EXTREMISMUS AUS.

DER **LOKALJOURNALISTENPREIS**, DER 2006 ZUM 26. MAL VERLIEHEN WURDE, ZÄHLT LÄNGST ZU DEN ANGESEHENSTEN SEINER ART IN DEUTSCHLAND. ETWA 400 BEWERBUNGEN VON ZEITUNGEN UND JOURNALISTEN BEWEISEN, WIE BEGEHRT DIESER „OSCAR“ UNTER DEN ZAHLREICHEN MEDIENPREISEN IST.

DER **LITERATURPREIS**, DEN DIE STIFTUNG 1993 ZUM ERSTEN MAL AUSLOBTE, ENTWICKELTE SICH RASCH ZU EINER FESTEN GRÖSSE IM LITERARISCHEN LEBEN DEUTSCHLANDS. DIE AUSZEICHNUNG EHRT AUTOREN, DIE DER FREIHEIT DAS WORT GEBEN.

MIT DEM **PREIS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT** ZEICHNET DIE STIFTUNG SEIT 2002 PERSÖNLICHKEITEN AUS, DIE SICH UM STÄRKUNG UND WEITERENTWICKLUNG DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT VERDIENT GEMACHT HABEN.

DER BUNDESWEITE WETTBEWERB **DENKT@G** PRÄMIERT SEIT 2001 INTERNETSEITEN VON JUGENDLICHEN, DIE SICH MIT DER ERINNERUNG AN SHOAH UND NS-DIKTATUR, ABER AUCH MIT AKTUELLEN FRAGEN VON RECHTSEXTREMISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT AUSEINANDERSETZEN.

Die Verleihung des Lokaljournalistenpreises 2005 fand im August 2006 in der festlich geschmückten Elmshorner Reithalle statt.



DEUTSCHER LOKAJOURNALISTENPREIS

MIT DEN LESERN IM GESPRÄCH

Es war der 26. Deutsche Lokaljournalistenpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung, der 2006 für das Vorjahr 2005 vergeben wurde. Gewonnen haben ihn die Elmshorner Nachrichten, an deren Erscheinungsort Elmshorn bei Hamburg der Preis auch übergeben wurde.

Festredner Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und der Sprecher der unabhängigen Jury, Dieter Golombek, würdigten die vergleichsweise kleine Redaktion für ihre außergewöhnlichen journalistischen Leistungen. Hervorgehoben wurde vor allem, dass sich die Zeitung „auf Augenhöhe mit ihren Lesern“ begeben habe. Sie schaffe es immer wieder, sich selbst und ihre Leser untereinander ins Gespräch zu bringen. Ministerpräsident Carstensen dankte der Konrad-Adenauer-Stiftung dafür, „dass sie sich so beharrlich der Förderung einer qualitativ hoch stehenden Pres-selandschaft widmet: sei es etwa durch die Journalis-tenförderung, sei es durch den Preis, der heute ver-geben wird“.

Der Deutsche Lokaljournalistenpreis, eine der begehrtesten Auszeichnungen im deutschen Journalismus, ging außerdem an die Berliner Zeitung (2. Platz) für die Serie „Kinder in Berlin“. Den dritten Platz teilten sich die Badische Zeitung (für die Serie „Kriegsende 1945 – Südbaden vor 60 Jahren“) und der Kölner Stadt-Anzeiger, der in einer beeindruckenden Serie „Unsere Kölnländer“ die schulischen Probleme von Migrantenkinder aus deren Sicht beschreibt. Sonderpreise wurden vergeben an den Berliner Tagesspiegel, die Mindelheimer Zeitung, die Neue Westfälische und die Schweriner Volkszeitung.

In Fortsetzung des 2005 aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums des Preises erschienenen Buches „Ausge-

zeichnet – Rezepte für die Redaktion“, in dem das Beste aus einem Vierteljahrhundert Deutscher Lokaljournalistenpreis dokumentiert ist, ist im vergangenen Jahr der erste Ergänzungsband erschienen. Er zeigt nicht nur die preisgekrönten, sondern auch die fast preisgekrönten journalistischen Leistungen – als Maßstab und Anregung für alle, denen an hoher Qualität im deutschen Journalismus gelegen ist.



Das Schlusswort hatte Lars Haider, bis Mai 2006 Redaktionsleiter der Elmshorner Nachrichten, die den mit 5.000 Euro dotierten ersten Preis gewannen.

Das Gruppenbild zeigt die Gewinner mit Ministerpräsident Carstensen (2. v. r.) und dem Sprecher der Jury des Lokaljournalistenpreises, Dieter Golombek (4. v. r.).



LITERATURPREIS 2006

DANIEL KEHLMANN

„Nicht Bestsellerluck, Langzeitanlage“: Mit diesem Erfolgsrezept würdigte der KAS-Vorsitzende, Professor Bernhard Vogel, Daniel Kehlmanns neuen Roman *„Die Vermessung der Welt“* (2005). Der Autor dieses Buches, das bislang in 25 Sprachen übersetzt ist und zeitweise *„Harry Potter“* auf den Topseller-Listen überrundete, erhielt am 18. Juni 2006 in Weimar den Literaturpreis 2006 der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Mit dem mit 15.000 Euro dotierten Preis werden – so die Begründung der Vorsitzenden der Jury, Professorin Birgit Lermen (Universität zu Köln) – Kehlmanns epische Werke ausgezeichnet, die sich „ebenso leichtfüßig wie humorvoll in naturwissenschaftlichen und philosophischen Wissenskulturen“ bewegen.

Dieter Althaus, Ministerpräsident des Freistaates Thüringen, wusste in seiner Ansprache Kehlmanns bedeutenden Brückenschlag zwischen Naturwissenschaft und Kultur zu würdigen. In seiner Laudatio verwies der Münchner Mathematiker Professor Roland Z. Bulirsch auf die Tradition mathematisch inspirierter Dichter der Wiener Moderne. Der in München geborene und in Wien lebende Kehlmann gebe „schwierige mathematische Sachverhalte in klarer und poetischer Sprache wieder“, er mache in seinem Erfolgsroman die „Genialität eines Gauß, zwar ein braver Untertan seines Königs, aber ein radikal unabhängiger Denker“, sichtbar.

Der 31-jährige Preisträger selbst nannte die Preisvergabe eine „Lektion in Bescheidenheit“, auch und gerade angesichts des „Ausmaßes des Gelingens“ und zugleich der Inhumanität in den Jahren der NS-Diktatur, für das der Name Weimar nun einmal stehe. Deutlich plädierte Kehlmann für eine „Internationalisierung der Literatur“. Ein Wort, das in der Stadt, in der erstmals der Begriff der „Weltliteratur“ (von Wieland, noch vor Goethe!) geprägt wurde, auf fruchtbaren Boden fallen dürfte.

Ausgewählte Literatur:

- *Die Vermessung der Welt. Reinbek: Rowohlt, 2005*
- *Mahlers Zeit. Roman. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1999*
- *Der fernste Ort. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 2001*
- *Ich und Kaminski. Roman. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 2004*

http://www.kas.de/publikationen/2006/9780_dokument.html



PREIS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT 2006

SYBILL STORZ

Mit dem Preis Soziale Marktwirtschaft ehrte die Konrad-Adenauer-Stiftung am 16. November 2006 in der Frankfurter Paulskirche Sybill Storz, Geschäftsführerin der Karl Storz GMBH & CO. KG, Tuttlingen bei Stuttgart.

Storz leitet das Unternehmen seit 1996. Durch Kompetenz und Kreativität, mit Führungs- und Entscheidungskraft entwickelte sie das väterliche Traditionsunternehmen zum Weltmarktführer für medizintechnische Geräte der Endoskopie mit einem Umsatz von über 600 Millionen Euro (2005) und 3.850 Mitarbeitern.

Die unabhängige Jury unter Vorsitz von Jens Odewald begründet ihre Entscheidung damit, dass es der Unternehmerin gelungen sei, in einem Markt, in dem große Konzerne eine immer wichtigere Rolle spielen, den Charakter des Familienunternehmens zu stärken. Ihr erfolgreiches Wirken sei immer mit einer besonderen Treue zum Standort Deutschland verbunden gewesen und verdeutliche, dass Deutschland für Innovation und Forschung wettbewerbsfähig bleibe.

Gleichermaßen wichtig ist das vorbildliche gesellschaftliche Engagement der Preisträgerin. Als Mitglied des Global Compact, einer Initiative der Vereinten Nationen für mehr unternehmerische Verantwortung, bekennt sich Storz zu ethisch fundiertem unternehmerischem Handeln und zu universalen Grundsätzen wie der Wahrung der Menschenrechte, der Einhaltung menschenwürdiger Arbeitsnormen, nachhaltigem Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung.

Nach der Festrede von Bundesbildungsministerin Annette Schavan hob der Präsident der IHK Region Stuttgart, Günter Baumann, in seiner Laudatio hervor, dass es Sybill Storz gelungen sei, „die deutschen Arbeitsplätze im globalen Wettbewerb zu sichern“. Ihr Wirken lasse sich mit dem Motto: „Verantwortung für Deutschland und in der Welt“ charakterisieren. Die Preisträgerin antwortete in ihrer Dankesrede auf eine ihr typische Art: „Ich habe doch nur meine Arbeit getan!“ In diesem Sinne wird die Stiftung weiterhin Persönlichkeiten mit Unternehmergeist auszeichnen, die eine beispielgebende Wirkung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft entfalten.

Memoria et Conscientia – Erinnerung und Bewusstsein – unter diese Leitgedanken stellten Stefan Hermann, Steffen Beigang und Jan Fießinger ihre Webseite und erhielten dafür den ersten Preis beim DenkT@g 2006. Das Bild zeigt die Gewinner zusammen mit KAS-Generalsekretär Wilhelm Staudacher.



KAS-INITIATIVE GEGEN RECHTSRADIKALISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT

DENKT@g – EIN AUSGEWÄHLTER ORT IM LAND DER IDEEN

„Hinsehen, einmischen, mitmachen“ lautet das Motto des bundesweiten DenkT@g-Wettbewerbs 2006 der Konrad-Adenauer-Stiftung, der am 26. Januar von seinem Schirmherrn, Bundestagspräsident Norbert Lammert, mit einem symbolischen Knopfdruck gestartet wurde. Etwa zehn Monate hatten die Gruppen Zeit, sich mit den Themen Shoah und NS-Diktatur, aber auch mit aktuellen Fragen zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt auseinanderzusetzen und ihre Beiträge kreativ und mediengerecht in Internetpräsentationen umzusetzen.

In seiner inzwischen 4. Auflage knüpfte der Wettbewerb nahtlos an den Erfolg der Vorgänger an. Wieder waren Interesse und Nachfrage ausgesprochen groß, meldeten sich zahlreiche Gruppen im Laufe der Zeit an. Erstaunlich und ausgesprochen erfreulich waren Umfang und Qualität der schließlich eingereichten Beiträge, die die Stiftung aus dem gesamten Bundesgebiet erreichten – von Eckernförde bis Wangen im Allgäu, von Erkelenz im Rheinland bis Zwickau in Sachsen. Im Dezember tagte die unabhängige Jury und wählte insgesamt 18 Beiträge für die Preisverleihung in Berlin aus.

Das Gedenken für die Millionen Opfer der nationalsozialistischen Diktatur und das Nachdenken über die daraus erwachsende Verantwortung standen auch im Mittelpunkt zahlreicher Veranstaltungen, die die Bildungswerke wiederum im Umfeld des 27. Januar bundesweit durchführten.

Besondere Ehre wurde der Stiftung kurz vor Weihnachten zuteil, als sie für ihr DenkT@g-Projekt und den bundesweiten Wettbewerb als einer von 365 Orten im „Land der Ideen“ für das Jahr 2007 ausgewählt wurde. Damit wurden „Orte“ ausgezeichnet, die ihre zukunftsorientierten, originellen und richtungsweisenden Ideen mit einer besonderen Veranstaltung erlebbar machen. Beworben hatten sich bundesweit über 1.500 kommunale Einrichtungen, Vereine, Verbände und

Initiativen aus den verschiedensten Bereichen. Der Auszeichnungstag für die Konrad-Adenauer-Stiftung war der 26. Januar 2007 – der Tag, an dem die Stiftung ihrerseits die Preisträger ihres Wettbewerbs auszeichnete.

Zu dieser Auszeichnung erhielt die Konrad-Adenauer-Stiftung Glückwünsche von Roman Herzog, der als Bundespräsident den Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus im Jahr 1996 ins Leben gerufen hatte. In einem Brief gratulierte Herzog, der Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung ist, allen, die am DenkT@g-Projekt „so erfolgreich mitgearbeitet haben“.



Mit Stolz und Freude nahm KAS-Generalsekretär Wilhelm Staudacher (r.) die Ehrung des DenkT@g als „Ausgewählter Ort im Land der Ideen“ entgegen. Joachim Marchner, Deutsche Bank (l.), überreichte die Urkunde. In der Mitte Bundestagspräsident Norbert Lammert, der Schirmherr der DenkT@g-Initiative.



WIRTSCHAFT TRIFFT POLITIK

WIE INNOVATIV IST DEUTSCHLAND?

Politik und Wirtschaft sind gefragt, wenn es darum geht, die notwendigen Reformen in Deutschland zu realisieren.

Die Veranstaltungsreihe „Wirtschaft trifft Politik“ in der Villa La Collina – dem früheren Feriendomizil Konrad Adenauers in Cadenabbia am Comer See – dient dem Ziel, Meinungsführer und Entscheider aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft zusammenzubringen und ihnen fern der Tagespolitik und des Tagesgeschäfts Gelegenheit zum Gedankenaustausch zu geben. Erstmals hat „Wirtschaft trifft Politik“ im Jahr 1995 stattgefunden; 2006 fand die Tagung zum sechsten Mal statt, das Thema lautete „Invention - Innovation - Wachstum“. Referenten waren Volker Kauder MdB, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der sächsische Ministerpräsident Professor Georg Milbradt, Professor Norbert Walter, Deutsche Bank Research, Professor Klaus Henning, Vorstand Institut für Unternehmensdynamik, RWTH Aachen, und Professor Bernhard Kempen, Präsident Deutscher Hochschulverband.

Im Mittelpunkt standen diese Fragen: Wie innovativ ist Deutschland? Wie entsteht Innovation? Gehen die Bildungs- und Hochschulpolitik in die richtige Richtung? Wie gut arbeiten Hochschulen und Wirtschaft zusammen und wo gibt es Verbesserungsbedarf? Wo kann man Blockaden zwischen dem Stadium von Kreativität und Invention und von Produktivität und Innovation feststellen? Welche Weichen muss die Politik in der Steuer- und Arbeitsmarktpolitik stellen? Die Beiträge erscheinen in der Reihe „Im Plenum“.

Das Foto zeigt Tagungsleiter Christoph Kannengießer, stellvertretender KAS-Generalsekretär (1. Reihe, 4. v.l.), und Franz Schoser, KAS-Schatzmeister (letzte Reihe, l.), zusammen mit den Referenten und Teilnehmern.

RECHTSPOLITISCHE KONFERENZ

WERTE UND RECHTSORDNUNG

Im Dezember 2006 wurde die seit 1995 bestehende Konferenzreihe – an neuem Ort und mit einem neuen Konzept – „zurück ins Leben“ geholt.

In Berlin diskutierten über 120 herausragende Wissenschaftler und Persönlichkeiten aus Legislative, Judikative und Exekutive über „Wertentscheidungen als Grundlage der Rechtsordnung“. Die Dinner-Speech hielt Bundesminister Thomas de Maizière, Chef des Bundeskanzleramtes, zum Thema „Handlungsfähigkeit des



Staates stärken“. Unter Leitung von Hermann Gröhe MdB, Mitglied des KAS-Vorstandes und Justitiar der CDU/CSU-Fraktion, und Christoph Kannengießer, stellvertretender KAS-Generalsekretär, referierten Jürgen Gehb MdB, Rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Ulrich Palm, Lehrstuhl für Finanz- und Steuerrecht der Universität Heidelberg, Andreas Heusch, Richter am OVG, z. Zt. Referatsleiter im Justizministerium von Nordrhein-Westfalen, Hans Michael Heinig, Lehrstuhl für Sozialrecht, Staats- und Verwaltungsrecht und Allgemeine Staatslehre der Universität Heidelberg, Professor Christian Hillgruber, Lehrstuhl für Öffentliches Recht der Universität Bonn, und Hartmut Lange, KAS-Literaturpreisträger 1998. Professor Hans Hugo Klein, Richter des Bundesverfassungsgerichts a.D., Mentor und langjähriger Leiter der Konferenzreihe, sprach ein Grußwort.

Fotos oben: Thomas de Maizière und Hans Hugo Klein, Fotos unten: Christoph Kannengießer und Hermann Gröhe.



EINE ERFOLGSGESCHICHTE

50 JAHRE SCHLOSS EICHHOLZ

Die Aufnahme des Seminarbetriebs in Schloss

Eichholz im Herbst 1956 war Anlass, am 10. September 2006 das 50-jährige Jubiläum mit einem Festakt und einem „Tag der offenen Tür“ in Schloss Eichholz zu begehen. Über 1.000 begeisterte Gäste feierten gemeinsam mit der Stiftung den „runden Geburtstag“. Bei bestem Sommerwetter gab es ein buntes Programm zur Unterhaltung, zur Information und zum Nachdenken.

Begonnen hat die Stiftungsgeschichte im Dezember 1955, als die Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit – die sich 1964 in Konrad-Adenauer-Stiftung umbenannt – Schloss Eichholz kauft. Im Kaufvertrag ist festgehalten: „Herr August Karl von Joest verkauft und überträgt zum Eigentum dem in Gründung begriffenen Verein ‚Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit e.V.‘ das in der Gemarkung Urfeld gelegene Schloss Eichholz, Post Wesseling, mit Garage, Wasserturm und eine weitere anschließende Grundstücksfläche, so daß die gesamte verkaufte Grundstücksfläche 1,5 Hektar beträgt. Die Grenzen des verkauften Grundstücks sind vom Verkäufer und Herrn Kraske abgeschritten worden. Die Beteiligten erklären, sich über den Umfang des Grundstücks einig zu sein.“ Die christlich-demokratische Bildungsarbeit hat damit endlich ein angemessenes Zuhause. Nach einigen Umbauarbeiten kann der Seminarbetrieb beginnen. Dass es nicht darum ging, eine „Parteischulungsstätte“ zu gründen, sondern die Bildungsarbeit auf ein breites Fundament zu stellen, zeigen schon die Themen der ersten sogenannten Informationsseminare im Herbst 1956: „Die Sozialpolitik aus Sicht des Arbeitnehmers“ und „Die Situation im Ostblock und ihre Konsequenzen für die deutsche Frage“. Bald wurden die Räume des Schlosses zu eng, es musste an- und umgebaut werden, um die immer größer werdende Zahl der Seminarteilnehmer aufnehmen zu können. Bis heute haben über eine halbe Millionen Menschen aller Altersgruppen und Bevölkerungsschichten Seminare in Eichholz besucht.

Seit nunmehr fünf Jahrzehnten ist Eichholz der Ort politischer Bildungsarbeit, geprägt von christlichen Werteorientierungen. Politisch interessierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger haben sich in dieser Zeit bei mehrtägigen Seminaren und Seminarreihen oder auch bei Tages- und Abendveranstaltungen Wissen vermitteln lassen, heftig und in geistig offener Atmosphäre zu unterschiedlichen Themen diskutiert und einen aktiven Dialog mit der Politik gesucht und gepflegt.

Aber Eichholz ist mehr als das. Es ist auch der Ort, an dem viele erfahren haben, dass sie in ihrem bürgerschaftlichen Engagement nicht allein stehen, dass es Mitstreiter gibt, die sich an christlichen Werten orientieren, die sich in gleicher Weise unserer Demokratie verpflichtet fühlen und an ihrer aktiven Gestaltung teilhaben wollen. Nicht zuletzt ist Eichholz auch der Ort, an dem Freundschaften geschlossen wurden, die bis heute Bestand haben.

Beispielhaft sei hier der „Eichholzer Kreis“ genannt, ein bundesweiter Zusammenschluss von Absolventinnen und Absolventen der Eichholzer Grundlagenseminare.

Die politische Bildung in Schloss Eichholz war die Urzelle der Konrad-Adenauer-Stiftung. Im Verlauf der Jahre sind aber vielfältige neue Aufgabenfelder hinzugetreten, die sich aus der Urzelle entwickelten und deren Gründerjahre untrennbar mit Eichholz verbunden sind: die internationale Arbeit (1962), die Begabtenförderung (1965), die wissenschaftliche Forschung (1967) sowie das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (1975). Die kostenlose Broschüre „50 Jahre Bildungszentrum Schloss Eichholz – Die Geburtsstätte der Konrad-Adenauer-Stiftung“ dokumentiert die Geschichte von Eichholz und zeigt, wie sich Eichholz als Ort der politischen Bildung entwickelt hat und wie es sich den Herausforderungen der Zukunft stellen wird.



Die Besucher genossen bei strahlendem Sonnenschein das Fest auf Schloss Eichholz. Von A wie „Ausstellung“ bis Z wie „Zeitzeugenrunde“ reichte das Programm. Außerdem lockten Schlossführungen, Boccia-Turnier, Musik, Filme und Kinderprogramm.



GLOBALE RESSOURCENSICHERHEIT

WELTWEITER WETTBEWERB UM ROHSTOFFE

Der rapide steigende Ressourcenbedarf Chinas, Indiens und anderer Schwellenländer sowie die Konzentration zahlreicher Ressourcen in politisch instabilen Regionen verschärfen den globalen Wettbewerb um Rohstoffe. Die führenden Industriestaaten sehen sich neuen Realitäten gegenüber. Daher steht die Sicherung der globalen Ressourcenversorgung im Mittelpunkt des G-8-Gipfels, der im Juni 2007 im Ostseebad Heiligendamm stattfinden wird.

Im Vorfeld des Gipfels veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung im Oktober 2006 gemeinsam mit dem New Yorker EastWest Institute und dem Auswärtigen Amt in Berlin den Zukunftskongress „Globale Ressourcensicherheit: Von gemeinsamen Herausforderungen zu kooperativen Lösungen“. Führende Experten aus Deutschland und den USA sowie aus China, Russland, Brasilien, Kuwait, Australien, Armenien, der Türkei, der Slowakei, den Niederlanden und dem Senegal diskutierten über die künftige Sicherung von Energieressourcen, mineralischen Rohstoffen und Wasser. Über 250 Teilnehmer aus 29 Ländern beteiligten sich an der Debatte.

Die Konferenz wies auf grundsätzliche Probleme hin, verlieh der öffentlichen Diskussion mit neuen Argumenten Schub und schärfte den Blick für die herausziehenden Fragen. Darüber hinaus wurden Lösungsansätze zusammengetragen: von der technologischen Fortentwicklung der Fördertechniken über den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien bis zur Förderung unternehmerischer Initiativen und der Errichtung internationaler Regime.

In seiner Grundsatzrede rief der Leiter des G-8-Sherpastabes im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Ulrich Benterbusch, zur internationalen Kooperation zwischen Erzeuger-, Transit- und Verbraucherländern auf. Allein durch Interessenabstimmung könne die Sicherheit wachsen: „Transnationale Probleme können nur durch supranationale Ansätze gelöst werden.“ Die Stiftung wird zu diesem Thema auch im Jahr 2007 weltweit Bildungs- und Dialogmaßnahmen anbieten.



KIRCHE – WIDERSTAND – POLITIK

100 JAHRE EUGEN GERSTENMAIER

Eugen Gerstenmaier, Bundestagspräsident von 1954 bis 1969, galt als einer der einflussreichsten und prägenden Politiker der Bundesrepublik und der CDU.

Am 25. August 1906 in Kirchheim/Teck geboren, in einfachen Verhältnissen aufgewachsen, machte er zunächst eine kaufmännische Ausbildung und studierte ab 1931 Theologie, Germanistik und Philosophie. Seit 1935 war er Mitarbeiter im Kirchlichen Außenamt der EKD. Nach Kriegsausbruch kam er in Kontakt zu Helmuth James Graf Moltke und dem Kreisauer Widerstandskreis und wurde noch am 20. Juli 1944 verhaftet und dann zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. 1949 begann Gerstenmaier, der seit 1945 Leiter des Hilfswerks der EKD war, seine politische Karriere als Bundestagsabgeordneter der CDU. Als Experte in Flüchtlingsfragen mit internationalen Kontakten und vor allem als prominenter Protestant war er in der jungen Partei sehr willkommen. Der ambitionierte Außenpolitiker übernahm 1954 das Amt des plötzlich verstorbenen Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers und prägte in seiner 15-jährigen Amtszeit das parlamentarische Leben nachhaltig und trug entscheidend dazu bei, der jungen Demokratie im Innern und international zur Anerkennung zu verhelfen. Als Redner brillierte er im Bundestag und auf Parteitagen mit gedanklicher Präzision und einer reichen humanistischen Bildung und avancierte zum Vordenker der CDU. Seine Parteinarbeit für Adenauers Kurs der Westbindung und sein scharfer Antikommunismus führten zu Konflikten mit führenden Vertretern des Protestantismus. In aktuellen Fragen der Politik kam es zu harten Auseinandersetzungen mit Bundeskanzler Adenauer. Gerstenmaier, der keine Hausmacht in der CDU hatte, blieb eine Position versagt, in der er Politik aktiv hätte gestalten können. Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Stiftung ehrte den hochverdienten Politiker aus Anlass seines 100. Geburtstags und 20. Todestags mit einer Gedenkveranstaltung in Sankt Augustin am 12. Juni 2006.



AKTIVITÄTEN RUND UM DIE FUSSBALL-WELTMEISTERSCHAFT 2006

1:0 FÜR DIE DEMOKRATIE

Anstoß für die Demokratie – Weltsprache Fußball
Unter diesem Motto begleitete die Konrad-Adenauer-
Stiftung im Sommer 2006 die Fußball-WM mit einem
Internet-Portal und zahlreichen Veranstaltungen.

In der Berliner Akademie der KAS diskutierten und stritten Politiker, Sportler, Entwicklungshelfer und weitere Gäste aus dem In- und Ausland über die gesellschaftliche und politische Bedeutung des Fußballs in Afrika, Asien und Lateinamerika. Dabei durfte der Vertreter des Vatikans ebenso wenig fehlen wie die deutsche Fußball-NationalspielerIn Inka Grings und der Bundestagsabgeordnete und ehemalige Weltklasse-Turner Eberhard Gienger.

Auch einige Bildungszentren und Bildungswerke griffen das Thema in verschiedenen Events auf. So zum Beispiel war Schloss Eichholz in Wesseling Schauplatz einer öffentlichkeitswirksamen deutsch-polnischen Fußballnacht. Auf dem Programm standen eine Expertenrunde zu „Deutschland – Polen – Europa“ und – natürlich – eine Live-Übertragung des Fußballspiels Deutschland gegen Polen. Ein weiteres WM-Highlight fand in Düsseldorf statt, wo das Bildungswerk die Begegnung Elfenbeinküste – Niederlande übertrug. Zwei Sportjournalisten – Yomi Kuku aus Nigeria und Ludger Schadomsky, Deutsche Welle – kommentierten das Spiel und führten in die politische Situation im Westen Afrikas ein.

Ein Internet-Portal informierte stets aktuell über die unterschiedlichen Events und bot eine umfassende Online-Publikation an. Diese stellt die an der WM teilnehmenden Länder vor, in denen die KAS Büros und Projekte unterhält. Neben kuriosen sportlichen Randnotizen findet man dort jede Menge politische Informationen. Eine Auswahlbibliographie mit aktuellen Titeln zu „Sport und Politik“ ergänzt das Angebot.

Neue Wege in der Demokratieförderung für Afghanistans Jugend

Die KAS Kabul hat mit der Aktion „Kick-off for democracy“ nicht nur ein Projekt ausgearbeitet, um den Dialog zwischen Sport und Politik zu intensivieren, sondern

auch demonstriert, dass „Entwicklungshilfe aus einem Guss“ möglich ist. Bei dem Jugendprojekt arbeiteten die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Hanns-Seidel-Stiftung, das Fußballprojekt der Deutschen Botschaft, die KAS-Partner National Center for Policy Research (NCPR) und Radio Television Afghanistan (RTA), das Goethe-Institut und Siemens zusammen. Die Schirmherrschaft der Veranstaltung teilten sich der deutsche Botschafter Rainald Steck und der Präsident des afghanischen Nationalen Olympischen Komitees, Mohammad Anwar Jekdalek.

Insgesamt nahmen Mannschaften von 16 Kabuler Schulen an dem Wettbewerb teil, der halb Demokratiequiz und halb Mini-WM war. Jedes Team spielte stellvertretend für eine Nation, die an der Weltmeisterschaft in Deutschland teilnahm. Die in Kabul befindlichen Botschaften übernahmen Fußball-Patenschaften. Das National Center for Policy Research hatte zuvor ein Lehrbuch mit 110 Fragen zur afghanischen Demokratie und zur Bundesrepublik Deutschland erarbeitet. Diese Publikation diente den teilnehmenden Schulen zur Vorbereitung auf das Demokratiequiz, das vor jedem Match stattfand: Die Fußballspieler mussten fünf Fragen beantworten. Eine richtige Antwort zählte wie ein Tor. Das sportliche Talent wurde so durch demokratische Raffinesse ergänzt. Im Finale entschied erst das Elfmeterschießen: Iran (Shaid High School) und die Niederlande (Ansari High School) trennten sich nach einem sehr spannenden Match, das im Staatsfernsehen übertragen wurde, am Ende mit 6:7. Der niederländische Botschafter feierte daraufhin trotz Temperaturen von fast 40 Grad Celsius mit „seinem Oranje-Team“ den Erfolg vor rund tausend Zuschauern (Foto oben links). Das Team Deutschland (Amani High School) schied übrigens im Viertelfinale gegen die iranische Mannschaft aus.

Die Preise bestanden neben den Trophäen aus Fußballausstattungen und Mobiltelefonen, die Siemens sponserte. Darüber hinaus gewannen die Schüler Bücher und Deutschkurse, welche sie über das Turnier hinaus zum Lernen motivieren.



ERÖFFNUNG DES BÜRONEUBAUS IN BERLIN

UNTER DACH UND FACH

In Verbindung mit dem Tag der offenen Tür mit Sommerfest wurde am 18. Mai der Büroneubau der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin in der Klingelhöferstraße 23 – in unmittelbarer Nachbarschaft der Akademie im Tiergarten – eröffnet.

Bereits im Januar hatten etwa 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das fünfstöckige, 4.500 qm große Gebäude an der nordwestlichen Spitze des „Köbis Dreiecks“ bezogen. Damit sind Mitarbeiter des Vorstands und der Abteilung für Kommunikation und Medien sowie die Hauptabteilungen Politik und Beratung und Internationale Zusammenarbeit unter einem Dach.

Nach dem Symposium „Für eine bessere Zukunft – Zukunftsentwürfe und politische Verantwortung“, auf dem u.a. Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust sprach, segneten die Berliner Pfarrer Edgar Kotzur und Heinz-Hermann Wittrowsky das neue Gebäude. Anschließend nahmen die Berlinerinnen und Berliner das neue Haus „in Besitz“. Wie auch in der Akademie konnten sie hier einen Einblick in die Arbeit der Stiftung erhalten.



Schlüsselübergabe an den KAS-Vorsitzenden Bernhard Vogel.



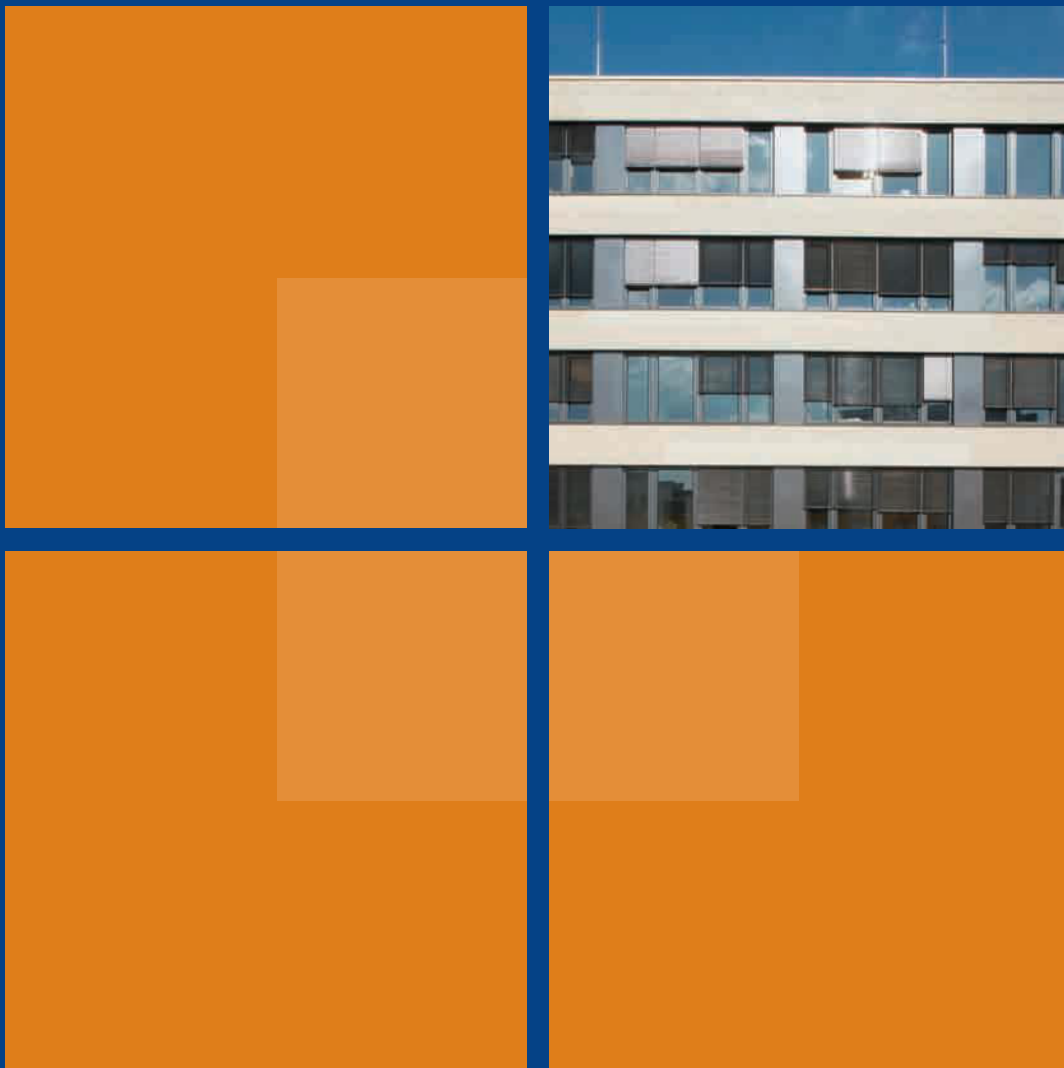
BIERMANN BEGEGNET HEINE

GESINNUNGSBRÜDER

„Denk ich an Deutschland in der Nacht“: Diese Verse von Heinrich Heine kennt jeder. Für den Liedermacher Wolf Biermann sind sie „poetische Wundermedizin“, Anlass zur produktiven Auseinandersetzung mit dem Erbe, das der in Düsseldorf geborene, vor 150 Jahren verstorbene Heine seinen Lesern in Deutschland, in Europa, ja weltweit hinterlassen hat.

Aus bekannten und weniger bekannten Heine-Gedichten, aus dessen „Wintermärchen“ und aus eigenen Texten hat der 1976 aus der DDR ausgebürgerte Biermann anlässlich des Heine-Jahres ein fast dreistündiges Programm komponiert, das er im vollbesetzten Alten Plenarsaal des Bonner Wasserwerks vorstellte. Der von Konrad-Adenauer-Stiftung und „Rheinischem Merkur“ in ihrer gemeinsamen Reihe „Literatur und Verantwortung“ am 28. April 2006 veranstaltete Liederabend wurde eröffnet von Norbert Lammert, dem Präsidenten des Deutschen Bundestages und stv. Vorsitzenden der Adenauer-Stiftung. Er bezeichnete in seiner Eröffnungsrede Biermann und Heine als „Gesinnungsbrüder“ im Freiheitskampf der Menschheit und „Komplizen im besten Wortsinn“, als „zwei glanzvolle Interpreten eines schwierigen Vaterlandes“.

Von Heine hat Biermann die Konsequenz geerbt, unnachsichtig mit Lebensirrtümern, auch den eigenen, ins Gericht zu gehen. Verständlich ist deshalb sein Ingrim gegen „Schlechterwessis“ und „Ostalgiker“ unter seinen Zunftkollegen, gegen die „alternativen Schwärmer“ oder „weinerlichen Betroffenheitsheuchler“, die immer noch nicht gelernt hätten, dass die „korrekte Übersetzung des Wortes Freiheit ins Deutsche heißt: Verantwortung tragen – Verantwortung für sich selbst und Verantwortung für das Gemeinwesen“. Eine denkwürdige Wandlung: Der ehemalige „internationalistische Menschheitsbefreier“ entwickelte sich in den ersten Jahren der deutschen Einheit zum bekennenden Anhänger der bürgerlichen Demokratie.



E I N B L I C K E 2 0 0 6 | 2 0 0 7

DIE KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG VERFÜGT
ÜBER HERAUSRAGENDES FACHWISSEN UND
POLITISCHE KOMPETENZ WELTWEIT. DAS
ZEIGEN DIE FOLGENDEN BEITRÄGE ZU THEMEN,
DIE ÜBER DEN TAG HINAUS FÜR DIE ARBEIT
DER STIFTUNG BEDEUTSAM SIND.

DEMOKRATIE

- 20 | ■** *Demokratie muss Streitbar sein*
Von Stephan Eisel
- 23 | ■** *Der unberechenbare Wähler*
Von Viola Neu
- 26 | ■** *Wahlkampf in den USA*
Von Christian Schnee

RECHT

- 32 | ■** *Des Menschen Recht sichern*
Von Helmut Reifeld
- 36 | ■** *Fundamente legen für das Recht*
Von Jan Woischnik

HERAUSFORDERUNGEN

- 46 | ■** *Herausforderung Integration*
Von Wolfgang Maier
- 49 | ■** *Was ist uns die Gesundheit wert?*
Von Norbert Arnold
- 53 | ■** *Dialog mit der Orthodoxen Kirche*
Von Katja Christina Plate
- 55 | ■** *Der Fall Afrika*
Von Andrea Ostheimer

ERINNERUNG

- 62 | ■** *Wem gehört die Geschichte?*
Von Michael Braun
- 66 | ■** *Das Gewissen steht auf*
Von Frank Müller



DEMOKRATIE BRAUCHT DEMOKRATEN.
DEMOKRATISCHE RECHTE LAUFEN LEER,
WENN NIEMAND SIE WAHRNIMMT. SIE SIND
GEFÄHRDET, WENN GLEICHGÜLTIGKEIT
GEGENÜBER IHREN FEINDEN HERRSCHT.
DEMOKRATIE IST EIN SCHATZ, DER GEHÜTET
WERDEN WILL.



DEMOKRATIE MUSS STREITBAR SEIN

WACHSAME BLICKE NACH RECHTS UND LINKS

STEPHAN EISEL

*Leiter der Hauptabteilung
Politische Bildung,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Dass eine Demokratie ohne Demokraten nicht überlebensfähig ist, ist seit dem Untergang der Weimarer Republik das Perpetuum mobile der politischen Bildung. Es sieht im Verhalten jedes einzelnen Bürgers das Fundament einer freiheitlich-demokratischen Ordnung und legt deren Schicksal in seine Verantwortung.

Bei jener Generation, die diktatorische Systeme und ihre totalitären Eingriffe in das Leben des Einzelnen erfahren hat, musste für diese Erkenntnis nicht in Seminaren geworben werden. Wem die Freiheit genommen war, weiß, dass sie nicht selbstverständlich ist. Wem freie Wahlen verweigert wurden, der weiß, was Wahlrecht bedeutet. Wer hilflos dem Faustrecht ausgesetzt war, für den sind Schutz von Menschenwürde und Minderheiten keine abstrakten Themen.

Deshalb konnte die Demokratie nach 1945 auf viele bauen, die sich schon aufgrund persönlicher Erlebnisse für das „Nie wieder Diktatur und Krieg“ auch persönlich einsetzten. Auch nach dem Zusammenbruch der DDR engagierten sich viele derer, die die Unterdrückungsmechanismen kommunistischer Diktatur am eigenen Leibe zu spüren bekommen hatten, besonders für das Gelingen der demokratischen Ordnung.

Inzwischen hat sich die Lage verändert: Es wachsen Generationen heran, die das Fehlen von Demokratie und Freiheit nur noch aus historischen Rückblicken kennen. Sie erfahren die freiheitliche Demokratie täglich als Selbstverständlichkeit. Deswegen wird auch zunehmend weniger über ihre Grundlagen und Voraussetzungen nachgedacht.

Eine der Auswirkungen dieser Entwicklung ist eine Schwächung des antitotalitären Grundkonsenses, der Streitbarkeit der Demokratie gegen jeden Extremismus. Rechts- und Linksextremismus gleichermaßen als Gefahren zu betrachten, gerät sofort unter das Verdikt mangelnder Political Correctness. Schick ist allein der „Kampf gegen rechts“. Zugleich werden die Veränderungen in der Strategie von Rechts- und Linksextremisten zu wenig ernst genommen. Auch dies schwächt die Auseinandersetzung mit ihnen, denn man muss die Gegner der Demokratie kennen, um sie bekämpfen zu können.

Längst versuchen NPD und DVU als rechtsextremistische Parteien das „Springerstiefel-Image“ abzuschütteln und sich scheinintellektueller Argumentation und fürsorgender Bürgernähe zu bedienen. Längst haben sie die demagogische Verführungskraft des Themas soziale Benachteiligung erkannt und suchen ihre extremistische Ausrichtung dahinter zu verbergen – ganz in der Tradition ihrer historischen Vorbilder.

In dieser Strategie ähneln sie auch der PDS mit ihrem umfassenden Netz der Bürgerbetreuung in Alltagsfragen und der Praxis hemmungsloser Demagogie, die jedem alles verspricht. NPD und DVU als Anwälte für Hartz-IV-Empfänger und die PDS mit Lafontaine als Cassandra gegen „Fremdarbeiter“ – die Themen der Demagogen wandern von links außen nach rechts außen und umgekehrt.

Dies anzusprechen, löst heftigen Widerspruch bei Rechts- und Linksextremisten aus, die sich zwar ähnlicher Mittel und Themen bedienen, aber keinesfalls in einem Atemzug genannt werden wollen. Es kann auch nicht um eine Gleichsetzung gehen, denn Differenzierung gehört zur wirksamen Waffe gegen Extremisten. Aber wo Ähnlichkeiten vorhanden sind, dürfen sie auch nicht aus falscher Rücksicht unter den Teppich gekehrt werden. Auch das gehört zu den Grundlagen verantwortungsbewusster politischer Bildung – und zwar durch Faktenvermittlung und -bewertung:

Man zählt in Deutschland nach Angaben des Bundesverfassungsschutzes ca. 40.000 Rechtsextremisten, davon ca. 9.000 Mitglieder bei der DVU und jeweils etwa 6.000 bei der NPD und den Republikanern. Die NPD hat inzwischen de facto die Führung im rechtsextremistischen Lager übernommen. Sie verunglimpft systematisch das Grundgesetz als „Diktat der Westalliierten“ und behauptet, „objektive Menschenrechte gibt es nicht“. Die Partei bezieht sich ausdrücklich auf die Idee der „Volksgemeinschaft“ des Nationalsozialismus, und ihr Vorsitzender sagte zu Hitler u. a.: „Nur ein großer Staatsmann kann große Verbrechen begehen ...“ Im Blick auf den Massenmord an den Juden ist die Rede von „gigantisch aufgebauchten tatsächlichen oder angeblichen Gräueltaten der Nationalsozialisten“. Immer wieder werden führende Funktionäre der Partei wegen Volksverhetzung verurteilt. Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus gehören zum Grundrepertoire der Partei.

Ganz Ähnliches ist von der DVU zu hören, die mit der NPD inzwischen eine „Volksfront von rechts“ bildet. Bis 2009 wollen die Parteien bei Bundes-, Landtags- und Europawahlen nicht mehr gegeneinander antreten. Diese Strategie hat durchaus Erfolg: Zurzeit ist die DVU im Brandenburger Landtag vertreten, die NPD in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern.

Der „Volksfront“-Gedanke gehört zum Instrumentarium rechter wie linker Extremisten. Die Themen der Demagogen wandern zwischen den Rändern.

Der „Volksfront“-Gedanke gehört auch zum klassischen Instrumentarium von Linksextremisten, von denen der Verfassungsschutzbericht außerhalb der PDS ca. 30.000 zählt. So kandidierten eine Reihe von Mitgliedern der DKP (Deutsche Kommunistische Partei) bei der Bundestagswahl 2005 auf PDS-Listen, und die DKP rief zur Wahl der

Linke Gruppen protestierten im April 2005 in Berlin gegen den geplanten Abriss der Gedenkstätte des KPD-Führers Ernst Thälmann.



PDS auf. Die „Linkspartei.PDS“ hält in Programm und Statut daran fest, dass extremistische Zusammenschlüsse in die Partei integriert werden. Dazu gehören u. a. die „Kommunistische Plattform“, das „Forum kommunistischer Arbeitergemeinschaften“ und das „Marxistische Forum der PDS“.

Im internationalen Verband pflegt die PDS die „solidarische Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei Kubas“, mit Nachfolge- und Umfeldorganisationen der in Deutschland verbotenen linksextremistischen „Kurdischen Arbeiterpartei PKK“ oder der kolumbianischen terroristischen Guerillabewegung FARC-EP. Die PDS ist Mitglied der 2004 gegründeten „Europäischen Linkspartei“, der u. a. die kommunistischen Parteien Belgiens, Frankreichs, Österreichs und Spaniens und aus Deutschland auch die DKP angehören.

Ein nach wie vor problematisches Verhältnis hat die PDS zur DDR-Diktatur. Nach eigenen Angaben liegt der Anteil früherer SED-Mitglieder in der PDS bei 70 – 80 Prozent. Mauer- und Schießbefehl als solche zu benennen, fällt der Partei schwer. Alte Stasi-Seilschaften haben dort nach wie vor ihre Heimat, und der Widerstand gegen die Verleihung der Berliner Ehrenbürgerwürde an Wolf Biermann war eines der vielen Schlaglichter auf die verquere Sicht der PDS auf die DDR.

Die Fusion der PDS mit WASG zur Linkspartei birgt die Gefahr der Anreicherung dieser extremistischen PDS-Seiten durch eine linkspopulistische Demagogie, wie sie Oskar Lafontaine als WASG-Frontmann gerne praktiziert.

Sich mit den rechts- und linksextremistischen Gefahren für die freiheitliche Demokratie auseinanderzusetzen, bleibt erste Bürgerpflicht – ebenso übrigens wie die Auseinandersetzung mit religiösem oder anderem Extremismus. Diese demokratische Pflicht lässt sich nicht in Stille erledigen, sie braucht das öffentliche Bekenntnis.

*Demokraten verraten
die Demokratie,
wenn sie deren Gegner
gewähren lassen.*

Demokraten verraten die Demokratie, wenn sie Gegner der Demokratie gewähren lassen oder gar mit ihnen gemeinsame Sache machen. So laufen diejenigen in eine Falle, die mit Linksextremisten gemeinsame Aufrufe „gegen rechts“ verfassen. Es ist verräterisch, dass die PDS regelmäßig solche Aufrufe und Demonstrationen initiiert, sich aber zugleich mit Händen und Füßen dagegen wehrt, dass dort auch vor linken Extremisten gewarnt wird. Dass CDU/CSU jede Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten grundsätzlich ablehnen, schadet NPD und DVU, während es die PDS stärkt, dass die SPD zu Bündnissen mit ihr bereit ist. Das eine wird dabei in der Öffentlichkeit ebenso selbstverständlich vorausgesetzt wie das andere klaglos hingenommen. Die streitbare Demokratie kennt aber nicht zweierlei Maß in direkter Auseinandersetzung mit rechtem und linkem Extremismus.

Roman Herzog hat vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten 1994 die Haltung des glaubwürdigen Demokraten auf den Punkt gebracht: Er hat damals im Vorfeld erklärt, die Wahl nicht anzunehmen, wenn sie von rechtsradikalen Stimmen der Republikaner

*„Diese Stadt hat Nazis satt“
steht aus brennenden
Kerzen geformt am
13. Februar 2007 auf dem
Schlossplatz in Dresden.
Die Stadt gedenkt am
selben Tag der Zerstörung
im Zweiten Weltkrieg
vor 62 Jahren.*



entschieden würde. Diese hatten angekündigt, ihn zu wählen, und ließen erst dann davon ab. Sein Gegenkandidat Rau verweigerte solche Klarheit mit Blick auf die von der PDS in Aussicht gestellten Stimmen.

Zur Streitbarkeit der Demokratie gegen Extremismus jeder Couleur gehört, dass der Zweck des Machterwerbs nicht das Mittel der billigenden Inkaufnahme extremistischer Stimmen heiligt. Ohne diesen Mut ist die Demokratie verwundbar gegenüber ihren Feinden, wo sie doch streitbar sein muss.

DER UNBERECHENBARE WÄHLER

GEISTERFAHRER BEI DER SONNTAGSFRAGE

VIOLA NEU

*Koordinatorin Wahl- und
Parteienforschung,
Hauptabteilung Politik und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

In den letzten Jahren gibt der Wähler immer mehr Rätsel auf. Sein Verhalten wird undurchsichtiger und sorgt permanent für Überraschungen bei den Wahlergebnissen. Einst sicher geglaubte Parteihochburgen verschwinden, Newcomer und Unabhängige schaffen mit zweistelligen Ergebnissen den Einzug ins Parlament. Der Rechtsextremismus scheint im Aufwind zu sein.

Diese Veränderungen im Wählerverhalten finden sich nicht nur an den Rändern. Sie treffen vor allem die Volksparteien ins Mark. Denn auch deren Ergebnisse verändern sich teilweise von Wahl zu Wahl im zweistelligen Bereich. Und dies nicht nur in den neuen Ländern, wo eine größere Beweglichkeit der Wähler schon lange bekannt ist, sondern auch zunehmend im Westen der Republik. So konnte die CDU in Niedersachsen 2003 12,4 Punkte hinzugewinnen, während die SPD 14,5 Punkte verlor. In Hamburg erreichte die Schill-Partei 2001 aus dem Stand 19,4 Prozent. Dort gewann die CDU 2004 sensationelle 21 Punkte hinzu, während sie im selben Jahr in Sachsen 15,8 und in Berlin 17,1 Punkte einbüßte. Der rechtsextremen NPD gelang es, 2004 in Sachsen und 2006 in Mecklenburg-Vorpommern mit 9,2 bzw. 7,3 Prozent in den Landtag einzuziehen.

Aber auch die Wahlbeteiligung weist immense Schwankungen auf. In Sachsen-Anhalt sank sie 2006 auf ein historisches Tief von 44,4 Prozent, während sie sich bei der Bundestagswahl 2005 mit 77,7 Prozent nach wie vor auf einem hohen Niveau bewegte.

*Die Sonntagsfrage:
„Was würden Sie wählen,
wenn am nächsten Sonntag
Bundestagswahl wäre?“*

Die politischen Planungsstäbe der Parteien können längst nicht mehr der Sonntagsfrage vertrauen. Zweimal in Folge hat die Union eine bereits sicher geglaubte Bundestagswahl verloren. Der Glaube an den Sieg von CDU und CSU speiste sich dabei überwiegend aus der Betrachtung der Sonntagsfrage. Diese suggerierte sowohl 2002 als auch 2005 über einen längeren Zeitraum hinweg einen deutlichen Vorsprung des bürgerlichen Lagers vor dem rot-grünen.

Doch die Sonntagsfrage ist längst ein denkbar schlechter Ratgeber, wenn es um die Einschätzung der politischen Lage geht. Zum einen basieren ihre Ergebnisse meist auf ca. 1.000 Interviews. Damit ist der sogenannte Stichprobenfehler verhältnismäßig hoch. Kommt eine Partei in einer solchen Umfrage auf 40 Prozent, liegt der Stichprobenfehler bei 3 Prozent. Das heißt, der Umfragewert schwankt in Wirklichkeit zwischen 37 und 43 Prozent. Da die veröffentlichten Zahlen jedoch meistens schon gleich auf 100 Prozent hochgerechnet werden, ist der tatsächlich gemessene Wert in Umfragen deutlich niedriger. Wenn zum Beispiel die Hälfte der Befragten die Antwort auf die Sonntagsfrage verweigert, taucht diese Tatsache in der Ergebnisstatistik nicht auf. Haben 25 Prozent eine Partei genannt, dann erscheint diese Partei in den berühmten Tortendiagrammen mit einem Anteil von 50 Prozent, obwohl sie tatsächlich nur von 25 Prozent genannt wurde. Und auch bei diesen müsste eigentlich noch der Stichprobenfehler berücksichtigt werden.



Zudem ergeben sich auch inhaltliche Probleme bei der Sonntagsfrage. Sie stellt so etwas wie die Summe aller Beurteilungen und Einstellungen dar, bezogen auf den jeweils nächsten Sonntag. Diese verfestigen sich jedoch erst am Schluss, wenn sich für das Wahlverhalten relevante Einschätzungen bereits längst verändert haben. Die Sonntagsfrage bildet auch nicht ab, welche parteipolitischen Schnittmengen in den Köpfen der Wähler existieren. Die meisten können sich nämlich durchaus vorstellen, mehrere Parteien zu wählen. Und dies findet in dieser Wahlfrage keine Entsprechung. Gerade bei der Bundestagswahl 2005 waren die Auswirkungen deutlich sichtbar, als die FDP für viele Unionsanhänger zur ersten Wahl wurde.

Die zunehmende Unberechenbarkeit der Wähler, die sich besonders beim Auseinanderklaffen des erwarteten und des tatsächlichen Ausgangs der Bundestagswahl 2005 zeigte, nötigte zu hastigen Erklärungsmustern: Der Wähler entscheide sich immer kurzfristiger und sei daher in seinem Verhalten schlecht vorhersehbar. Doch gibt es in seriösen Umfragen keine Daten, die dies im Trend bestätigen, auch wenn bei der Bundestagswahl 2005 die Quote der „Spätentscheider“ größer war als bei den Vorwahlen. Gleichwohl ist die Macht dieser sich erst spät entscheidenden Wähler nicht zu unterschätzen: Laut Umfragen, bei denen sich die Befragten selbst einstufen, trifft ein gutes Drittel bis die Hälfte der Wähler in der letzten Phase des Wahlkampfes die Entscheidung. Dies macht deutlich, dass Wahlen immer mehr den Charakter eines „horserace“ erhalten: Wer gut startet, muss noch lange nicht gut ins Ziel kommen.

Wichtiger noch für das Dilemma der Demoskopen und die Ratlosigkeit der Wahlkampfplaner als dieses Phänomen der Kurzfristigkeit der Wahlentscheidung ist der Verlust von Gewissheiten und Sicherheiten über die vorherrschenden Einschätzungen der Wähler. Stammwählerschaften befinden sich seit Jahren auf dem Rückzug. Etwa ein Viertel der Wahlberechtigten kann als Stammwähler bezeichnet werden, dabei entfallen auf die Volksparteien jeweils etwa 10 Prozent. Die Veränderungen von Wahl zu Wahl sind größer, als der Blick auf das relative und absolute Abschneiden der Parteien vermuten lässt, da sich die Bewegungen zwischen den Gruppen in diesen Zahlen nicht widerspiegeln.

So haben sich allein bei der Bundestagswahl 2005¹ ca. 3,5 Millionen Menschen aus dem Nichtwählerlager entschieden, wählen zu gehen; ca. 4,2 Millionen ehemalige Wähler sind hingegen zu Hause geblieben. Somit haben allein in Bezug auf die Frage „Wählen: ja oder nein?“ etwa 7,7 Millionen Bürger ihre frühere Entscheidung revidiert. Aber auch das Wechselvolumen zwischen den Parteien ist immens. 2005 haben sich ca. 2,67 Millionen Wähler anderer Parteien dafür entschieden, das Kreuz bei der Union zu machen. Umgekehrt sind etwa 3,47 Millionen ehemalige Unions-Wähler zu anderen Parteien gewechselt. Insgesamt haben bei der Bundestagswahl 2005 fast 20 Millionen Wähler² nicht an ihrem Verhalten bei der Vorwahl festgehalten: Sie haben entweder für eine andere Partei gestimmt, sind zu Hause geblieben oder doch zur Wahl gegangen. Bei etwa 62 Millionen Wahlberechtigten kann man im Blick auf die Bundestagswahl 2005 feststellen, dass jeder dritte Wahlberechtigte de facto ein Wechselwähler war.

Die quantitativ größten Wählerströme sind zwischen den Volksparteien zu beobachten. So haben zwischen 1994 und 2005 von Wahl zu Wahl bis zu 3 Millionen Wähler mal der einen, mal der anderen Volkspartei die Stimme gegeben. Auch der Austausch innerhalb der politischen Lager (rot-grün, schwarz-gelb) ist beachtlich. FDP und Union tauschten 2005 rund 2,3 Millionen und SPD und Grüne etwa 1,82 Millionen Wähler aus. Doch zeigt sich bei genauer Betrachtung, dass der Wechselwähler sich nicht allein innerhalb von politischen Lagern bewegt, sondern auch unbeeindruckt von ideologischen Verortungen der Parteien seine Stimme abgibt: 2005 wechselten Union und Linkspartei.PDS 420.000 Wähler aus (wobei 350.000 von der CDU zur PDS gingen!). Zwischen Union und Grünen gab es 300.000 Wechsler. Das zeigt deutlich, wie sehr der Ausgang der Wahlen von der Mobilisierung des Wechselpotentials abhängig ist. Denn Wechselwähler vergeben zwei Stimmen: Eine, die sie der Partei entziehen, die sie früher wählten, und eine für die Partei, die sie dann unterstützen.

In der Wahlforschung gilt als Wechselwähler, wer in zwei aufeinanderfolgenden Wahlen anders abstimmt.



Es gibt natürlich einige Befunde, die weit über die Wahlforschung hinaus bekannt sind: Die Identifikation der Wähler mit einer Partei ist im Lauf der Jahre deutlich zurückgegangen. Lag der Anteil von „Nichtidentifizierern“ in den 70er Jahren bei etwa 15 Prozent, muss man ihn im neuen Jahrtausend bei etwa einem guten Drittel (Forschungsgruppe Wahlen) einstufen. Zudem ist die Fähigkeit von Gewerkschaften und Kirchen verlorengegangen, im gesellschaftlichen Vorfeld der Parteien langfristige Bindungen zu erzeugen. Damit geht der Rückgang der Stammwählerschaften einher. Wie man diesen Prozess terminologisch bezeichnet, ist dabei unerheblich. Entscheidend ist, dass die Anker der Parteien nicht mehr fest im Grund haften.

Wären die Volksparteien nur auf ihre traditionelle Klientel angewiesen, könnten sie in ihren alten Milieus sogar an der Fünfprozenthürde scheitern. So erreichte die Union bei der letzten Bundestagswahl in den alten Ländern etwa bei den Katholiken, die eine starke Bindung³ an die Kirche haben, 72 Prozent. Doch beträgt der entsprechende Wähleranteil nur 7 Prozent. In den neuen Ländern liegt der Anteil der Katholiken an den Wählern bei 4 Prozent. In dieser Gruppe erhielt die Union von 45 Prozent Unterstützung. Aber auch bei der SPD ist die Situation nicht rosiger: 6 Prozent der Wähler in den alten Ländern sind aus der Arbeiterschaft stammende Gewerkschaftsmitglieder. In dieser Gruppe erreichte die SPD einen Anteil von 54 Prozent. In den neuen Ländern sind ebenfalls 6 Prozent der Wähler Arbeiter mit Gewerkschaftszugehörigkeit. Hier stimmten 34 Prozent für die SPD und 31 Prozent für die Linkspartei.PDS.³

Konnte man früher auf Basis weniger sozialstruktureller Merkmale (z.B. weiblich, katholisch, niedrige Bildung, Bayern) recht genau vorhersehen, wie gewählt werden würde, erklärt die Sozialstruktur heute nur noch das Wahlverhalten von Minderheiten. Doch ist analytisch bisher nichts Überzeugendes an die Stelle der sozialstrukturellen Merkmale getreten, was individuelles Verhalten besser erklären könnte. Ist es die Persönlichkeit des Wählers, ist es die Lebenslage, die Lebenswelt, das Milieu, die Emotion?

Die Frage, inwiefern sozialstrukturelle Merkmale tatsächlich verhaltensrelevant wirken, muss kritisch auf den Prüfstand. Seit Jahrzehnten zeigen sich „Nivellierungstendenzen“ in der Wählerschaft. So sind sich die Anhängerschaften der Parteien immer ähnlicher geworden. Je besser Parteien bei Wahlen abschneiden, umso weniger unterscheiden sich die Wähler vom Durchschnitt der Bevölkerung. Nur bei sehr schlechten Ergebnissen werden die traditionellen Wählergruppen wieder sichtbar, da Parteien dann auf ihre angestammte Klientel zurückfallen. Doch manchmal wechseln auch diese Gruppen zu einer anderen Partei, wodurch die Gewinne und Verluste konturlos und zufällig werden. Sozialstruktur verliert als analytische Größe jedenfalls zunehmend an Bedeutung und ist für die Definition von Zielgruppen wenig aufschlussreich.

Das alte, vertraute Koordinatensystem hinsichtlich der gesellschaftlichen Konfliktfelder und der Anbindung der Wähler an Parteien ist untauglich geworden. Wollen Parteien Wahlen gewinnen, müssen sie die weit überwiegende Mehrheit der Wähler jenseits dieser Stamm-Gruppen ansprechen. Das ist für die Volksparteien nicht immer einfach, da deren Mitglieder nach wie vor wesentlich stärker in den traditionellen Wählermilieus beheimatet sind, als dies für die modernen Wähler noch gelten kann.

Die Wechselhaftigkeit des Wählers ist Chance und Risiko zugleich. Denn was heute verloren wurde, kann morgen schon wieder gewonnen sein. Allerdings gilt dieses Prinzip auch umgekehrt und für alle Parteien gleichermaßen. Der Umgang mit den neuen Rahmenbedingungen des Wettbewerbs um den Wähler wird in Zukunft die Erfolgsaussichten der Parteien wesentlich bestimmen.

1 | Infratest dimap, Wahltagsbefragung; eigene Berechnung, Zuströme und Abgänge der Parteien

2 | Ca. 19.510.000

3 | Diese Ergebnisse erbrachte eine Wahltagsbefragung laut Forschungsgruppe Wahlen.



WAHLKAMPF IN DEN USA

ENTSCHEIDEN ROBOTER, WER DER NÄCHSTE PRÄSIDENT WIRD?

CHRISTIAN SCHNEE

*Leiter der Abteilung
Politische Kommunikation,
Hauptabteilung Politische Bildung,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Von künstlicher Intelligenz sprechen wir, wenn Maschinen nicht nur die Befehle des Menschen ausführen, sondern eigenständig abwägen und kreativ Entscheidungen treffen. Das Phänomen elektrisiert seit den 50er Jahren, als Computer begannen, Schachpartien gegen menschliche Gegner zu gewinnen. Science-Fiction-Autoren und -Filmemacher suggerieren seit Jahrzehnten, dass Superroboter dereinst die Welt, zumindest aber unser tägliches Leben verändern.

In den USA fragen nun Kolumnisten, wann robotisierte Wahlkampfmanager und überlegene Kampagnensoftware den Platz von legendären Beratern wie Karl Rove und James Carville einnehmen werden. Dieses Szenario scheint nicht einmal abwegig. Immerhin setzen Ärzte Roboter zur Diagnose von Krankheiten ein, Börsenmakler verlassen sich auf künstliche Intelligenz zur Beurteilung ihrer Portfolios, und der britische Geheimdienst vertraut angeblich mehr dem Rat eines „intelligenten“ Computers als einem Doppelnull-Agenten.

Das Interesse an künstlicher Intelligenz ist jahrhundertealt. Die moderne Forschung widmet sich dem Thema seit der Mitte des 20. Jahrhunderts. Der Begriff entstand während einer Konferenz 1956 am Dartmouth College in New Hampshire. Forscher begannen damit, Computer so zu programmieren, dass sie menschliche Intelligenz simulierten. Ein weiteres halbes Jahrhundert verging, bis überall in den USA Wissenschaftler sich mit der Frage beschäftigten, wie künstliche Intelligenz den Wahlkampf revolutionieren könnte. Alle vier Jahre fangen amerikanische Wahlkämpfer wieder ganz von vorne an: von der Technik bis zur Strategie. Mal sollen die Wechselwähler den Sieg bringen, dann gelten die Stammwähler als Ziel aller Bemühungen. Eines ist aber immer gleich: Zu jeder Präsidentschaftswahl soll das Rad mit Namen Wahlkampf neu erfunden werden, auf dass es sich schneller und besser drehe als zuvor. Da wundert es kaum, dass die Ideen vom Einsatz künstlicher Intelligenz die ganze Branche neugierig aufhorchen lassen. Die Akteure haben rasch verstanden, hier geht es um mehr als ein Wolkenkuckucksheim.

Die Ergebnisse sind konkret: Seit Jahren gibt es Software, die dem Kandidaten hilft, potentielle Unterstützer in der Wählerschaft präzise zu bestimmen und die Kampagne auf diesen Kreis zu konzentrieren. „Data mining“ ist der Fachbegriff, der verrät, dass die Schlüssel zum Erfolg große Datenbanken und Geschick im Umgang mit der Informationsflut sind. Noch in der Experimentierphase ist eine Software, mit der Computer menschliche Sprache interpretieren. Für Meinungsumfragen könnte das einen Qualitätssprung bedeuten. Es gibt das Versprechen, wonach Roboter uns bald verraten, ob Antworten ehrlich sind oder nicht und was der Befragte wirklich sagen wollte. Tonfall und Sprachduktus lassen den so programmierten Computer eine Einschätzung abgeben, etwa zu der Frage, was der Wähler von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften oder religiösen Überzeugungen wirklich hält. Es ist vorstellbar, ähnliche Technologie zu nutzen, um die „Bloggosphäre“ noch genauer im Blick zu behalten, Diskussions-

beiträge zu sammeln und auszuwerten, und der künstlichen Intelligenz schließlich die Aufgabe zu übertragen, Informationen aus Diskussionsforen zu analysieren und aus den Ergebnissen Meinungsprofile von Wählergruppen zu erstellen.

*Datenmaterial
und Projektkosten
verschlingen
Millionenbeträge.*

An Hochschulen in Kalifornien, Georgia und New York arbeiten Politikwissenschaftler intensiv daran, den realen Wahlkampf mit Hilfe von Computern zu simulieren. Besondere Herausforderung: Sie müssen das oft irrationale Verhalten der Wähler absehen können. Aber es ist nicht so sehr der sprunghafte Wählerwille, der die Fachleute vor Schwierigkeiten stellt. Nicht weniger Kopfzerbrechen bereiten der gewaltige Umfang an Datenmaterial sowie die Projektkosten, die bei mehreren hunderttausend Dollar starten und schnell die Millionenmarke überschreiten. Für das Wahlkampfbudget des durchschnittlichen Kongressabgeordneten sind die Verheißungen künstlicher Intelligenz bisher kaum finanzierbar. Die Investment-Firma RegentAtlanticCapital griff tief in die Geldbörse, als sie ein System entwickeln ließ, das den Fonds-Mix ihrer Kunden analysiert, um dann Vorschläge zum Kauf und Verkauf von Wertpapieren zu machen. Ein Paradebeispiel dafür, was künstliche Intelligenz leisten kann. Die Fonds-Analyse, die jetzt an einem einzigen Vormittag abläuft, beschäftigte die Mitarbeiter der Agentur früher bis zu zwei Wochen.

Das Beispiel aus der Investment-Branche zeigt, wie sich jahrelange Erfahrungen von Wahlkampfmanagern mit den Erkenntnissen von Demoskopern und Psychologen bündeln und zu einem System entwickeln lassen, das die gesammelte Information der Fachleute in virtuellen Fallstudien anwendet. Vermutlich werden wir die Kampagnen-Qualität künstlicher Intelligenz zuerst bei einer Präsidentschaftswahl im Experiment erleben. Schon alleine finanzielle Erwägungen legen diese Vermutung nahe. Ähnlich war es mit den ersten Internetseiten, die zunächst Kandidaten für den Einzug ins Weiße Haus zu ihren Zwecken ausprobierten. Erst später wurden Webpages quasi zum Pflichtprogramm auch aller kommunalen Kandidaten.

Schon jetzt ist in den USA der Wähler gläsern. Datenbanken verraten, zu welcher Partei sich ein Bürger bekennt, für welche Kandidaten er bisher seine Stimme abgab und mit welcher Reisegesellschaft er zu welcher Jahreszeit in welcher Gegend der Welt Urlaub macht. Alles wertvolle Informationen, die erlauben, die Ressourcen zielgenau einzusetzen. Jeder Kandidat schickt seine Wahlkämpfer nur in die Straßenzüge, Kneipen und Supermärkte, wo er dank der Datenlage die eigenen Wähler vermutet. Dieses Mikro-Targeting ist eine längst nicht mehr revolutionäre, sondern seit Jahren geübte Praxis. Versucht etwa ein Gouverneur aus ökologischen Gründen mit Benzin betriebene Schneepflüge aus Privathaushalten zu verbannen, können die Betroffenen sicher sein, in ihren Briefkästen ein Flugblatt zu finden, in dem ein Volksvertreter die Rettung der Schneepflüge für den Privatgebrauch verspricht. Schließlich haben die Konsumenten ihre Geräte per Kreditkarte bezahlt, und diese Information ist längst in den Parteizentralen registriert.

*Es geht darum,
eine belastbare Prognose
des Wahlverfahrens
zu erstellen.*

Mehr als vier oder fünf Merkmale pro Wähler ließen sich bisher kaum katalogisieren und verarbeiten. Neue Systeme können mehr: Bis zu 50 oder 60 Merkmale lassen sich künftig mit Hilfe neuer Software nutzen, um Wähler und Wählergruppen zu orten und Interessenanalysen sowie Wahlprognosen zu präzisieren. Wenn die Datenzahl die Millionengrenze überschreitet, ist das System künstlicher Intelligenz die Antwort auf die Herausforderung. Schließlich geht es ja nicht nur um simples Sammeln von Angaben, sondern vor allem darum, Daten abzugleichen, Sympathien und Antipathien der Wähler zu diagnostizieren und eine Prognose des Wahlverhaltens zu erstellen.

Doch die Erwartungen der Kampagnenmanager an ihre Kollegen aus der Abteilung „Künstliche Intelligenz“ sind noch weitaus höher. Die Sichtung, Speicherung und Auswertung von Wählerdaten sind nur ein Teil der Aufgaben des integrierten Wahlkampfroboters, der am Ende der Entwicklung stehen soll. An der Universität von Kansas in Lawrence füttern Forscher ein neues System mit Wörtern – oder genauer: mit der Politikberichterstattung der Tagespresse seit 1979. Diese Masse an Daten-



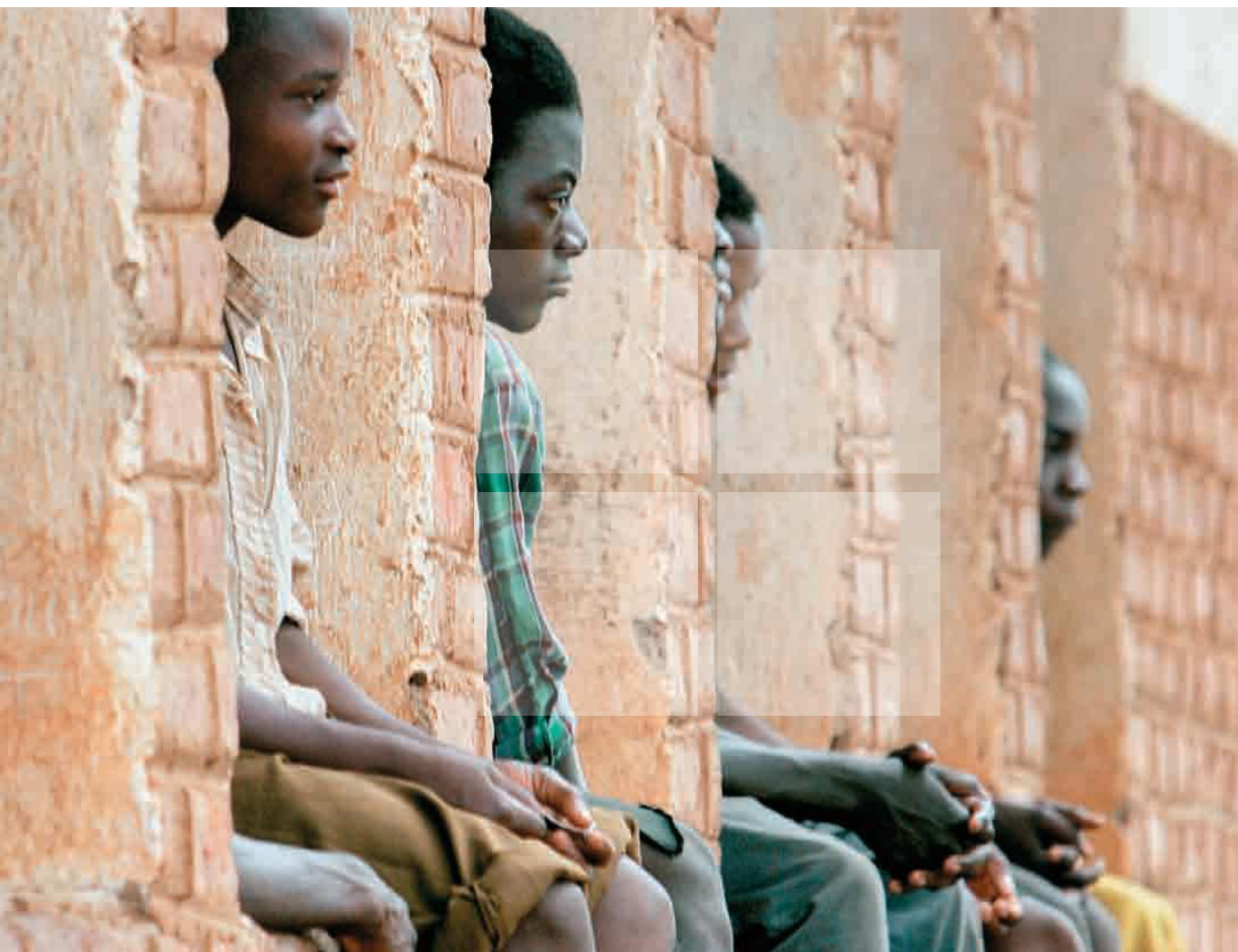
material soll Prognosen zum Verlauf öffentlicher Debatten ermöglichen, Wende- und Eskalationspunkte politischen Meinungsstreits vorhersehbar machen. In welcher Situation der politische Gegner auf welche Äußerung wie reagiert, das ist die Frage, auf die Kandidaten Antworten von ihren Beratern erwarten. Glaubt man den Programmierern und Forschern, steigt die Trefferquote bei den Prognosen dank des neuen Systems auf 70 Prozent. Berater aus Fleisch und Blut liegen meist in der Hälfte der Fälle richtig.

Eine weitere und nicht weniger spannende Herausforderung des „intelligenten“ Wahlkampfroboters ist die Auswertung von Umfragen. Demoskopern müssen sich bisher mit „Ja“/„Nein“-Antworten begnügen. Derzeit üben Rechner und Forscher mit Textprotokollen. So versuchen sich etwa Programmierer an der Auswertung der Gespräche zwischen Kissinger und Mao aus dem Jahr 1973. Die dem Roboter gestellte Aufgabe lautet: Was war Kissingers Absicht während seines Besuchs bei den Chinesen und wie spiegeln seine Sätze diese Absicht wider? Sollte das Projekt Erfolg haben, wäre die qualitative Analyse offener Gespräche zwischen Wahlforschern und Bürgern möglich. Das erlaubte den Kampagnenmanagern, viel tiefer in die oft schwer ergründbare Gedankenwelt des Wählers vorzustoßen.

*Der Roboter findet
heraus, was der
Wähler wirklich denkt.*

Wer aber Wahlen gewinnen will, der muss mehr können als Zeitungen zu lesen und Daten zu analysieren. Als der ehemalige britische Premierminister Harold Macmillan nach der schwierigsten Herausforderung für einen Politiker gefragt wurde, zögerte er keinen Moment: „Ereignisse, mein Guter, Ereignisse!“ Überraschungen und irrationale Wendungen werden dem Wahlkampfroboter nicht erspart bleiben. Doch auch dieses Szenario wurde bereits erprobt. Am Polytechnischen Institut in Rensselaer entwickeln Wissenschaftler ein Programm, mit dem die psychischen Folgen amerikanischer Militäroperationen im Irak getestet und vorausgesagt werden. Die amerikanische Luftwaffe lässt sich solche Forschung viel Geld kosten. Islam- und Militär-Experten stellten ihr Wissen bereit – oft nicht mehr als ihre intuitiven Vorhersagen. Für den Roboter wurde das Bauchgefühl der Beteiligten in mathematische Logik übersetzt.

Ein ähnliches Projekt erscheint auch für einen Wahlkampf möglich. Wie schon jetzt wird es dann darauf ankommen, keine Variable zu vergessen. Schließlich ist seit langem bekannt, dass sich Wähler zwar zu rationalen Entscheidungen bekennen, sich in Wahrheit aber doch eher von Emotionen und liebgewonnenen Vorurteilen leiten lassen: Einkommensstufe, Herkunft, Elternhaus, Sozialisation, Ausbildung und viele andere Kriterien gibt es zur Diagnose des Wählers. Künstliche Intelligenz wird demnach in der Lage sein müssen, die Ursprünge für Überzeugungen und Weltanschauungen in der Herkunft und dem Umfeld der Menschen aufzuspüren, zu analysieren und zu bewerten. Ob das gelingen kann, wird sich in den kommenden Wahlkämpfen in den USA zeigen.



DEMOKRATIE BRAUCHT FREIHEIT. FREIHEIT
BRAUCHT RECHT, SONST DROHT WILLKÜR.
RECHT MUSS GARANTIERT SEIN, SONST
BESTIMMT DER STÄRKERE. DES MENSCHEN
RECHT IST FREIHEIT IN WÜRDE UND VERANT-
WORTUNG. VERANTWORTUNG VERPFLICHTET.



DES MENSCHEN RECHT SICHERN

Globale Verantwortung und christlich-demokratischer Auftrag

HELMUT REIFELD

*Leiter der Stabsstelle Grundsatz-
fragen, Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Das Engagement für die Durchsetzung von Menschenrechten gehört weltweit zu den Kernaufgaben der Konrad-Adenauer-Stiftung. Dabei geht es nicht um eine einmalige Anstrengung, sondern um einen ständig fortschreitenden Prozess sowohl auf der rechtlichen als auch auf der politisch-praktischen Ebene. Deshalb ist es wichtig, regelmäßig Bilanz zu ziehen und über den Stand des Erreichten Rechenschaft abzulegen.

Die Verpflichtung, weltweit zur Durchsetzung von Menschenrechten beizutragen, ergibt sich für die KAS aus ihrer politischen Orientierung am christlichen Menschenbild. „Wer frei ist“, so heißt es im Grundsatzprogramm der CDU, „hat die Pflicht, für die Freiheit derer einzutreten, denen Freiheit vorenthalten wird.“ Aus christlicher Sicht ist die Würde jedes Menschen unveräußerlich; sie bildet das Fundament für Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden. Und die Würde jedes Menschen, die allen Menschenrechten zugrunde liegt, ist im Schöpfungsakt Gottes angelegt.

Die fundamentale Bedeutung unseres Verständnisses von Menschenwürde im Kontext der christlich-demokratischen Tradition ist für die KAS zugleich ethischer Maßstab und politische Verpflichtung für die praktische Arbeit. Das prägt nicht nur das Profil der Stiftung, sondern sie tritt auf dieser Grundlage zugleich dem ethischen Relativismus entgegen, der in vielen Menschenrechts-Diskussionen bestimmend ist.

Menschenrechte als Querschnittsaufgabe der KAS

Das Engagement für die Durchsetzung der Menschenrechte kommt in den unterschiedlichen Bereichen der praktischen Arbeit zum Tragen. Sie sind für die Begabtenförderung beispielsweise ein Thema des ideellen Begleitprogramms und geförderter Forschungsprojekte. Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik enthält die Ergebnisse zahlreicher Forschungs- und Dokumentationsprojekte zur Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen in der DDR, und auch im Bereich der Politischen Bildung wird der Menschenrechtsschutz thematisiert. Günter Nooke, Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung, hat aus seiner Erfahrung in der DDR als prinzipielle Maßgabe formuliert: „Die Stärkung einer unabhängigen Zivilgesellschaft und einer freien, nicht selbst zensierten Presse und Öffentlichkeit galt zu DDR-Zeiten und gilt noch heute als wichtigste Aufgabe der Menschenrechtsarbeit. Potentiell ist damit immer auch die Stärkung einer möglichen Opposition verbunden. Auch wenn Regierende darauf mit verstärkter Kontrolle und Repression reagieren, sollte uns das auch heute nicht davon abhalten, unsere Überzeugung deutlich zu vertreten: Menschenrechte werden nicht von oben gewährt, sondern sind allen Menschen von Geburt an eigen und müssen öffentlich eingeklagt werden!“

Die KAS begleitet und prägt die internationale Menschenrechtsdiskussion vor allem durch Tagungen, öffentliche Foren und Pressearbeit. Da es auch viele Chancen der indirekten Einflussnahme gibt, nutzt die Stiftung die Möglichkeiten der Mitgestaltung

politischer Rahmenbedingungen und der Sicherung von Grundrechten allgemein und tritt in der Regel nicht nur als Ankläger auf. So initiiert und fördert sie menschenrechtliche Normensetzungsprozesse. In schwierigen Staaten wird vor allem versucht, die Einflussmöglichkeiten der Justiz zu vergrößern und zu konsolidieren.

Ein Beispiel dafür sind die Projekte in den palästinensischen Autonomiegebieten. Seit 1996 fördert die Konrad-Adenauer-Stiftung das Institute of Law der Universität Birzeit (IOL) und unterstützt den Aufbau einer Gesetzesdatenbank. Nutznießer dieser Datenbank sowie der darauf beruhenden Fortbildungsmaßnahmen sind Richter und Staatsanwälte, Politiker, Anwälte, Wissenschaftler und Studierende. Im Rahmen dieser Projektstätigkeit werden vor allem diejenigen Institutionen systematisch beraten, die in den Legislativprozess involviert sind. Besonderes Augenmerk liegt auf der Gesetzesharmonisierung, vor allem in Bezug auf Konformität der Gesetzgebung der palästinensischen Autonomiebehörde mit dem Grundgesetz (basic law). Die hierbei aufgegriffenen Menschenrechtsfragen stimulieren eine intensive Diskussion in der (lokalen) Fachöffentlichkeit, die erhebliche Auswirkungen auf den Gesetzgebungsprozess selbst und die Umsetzung des Rechts hat. Auf diese Weise werden Parlamentsabgeordnete und hochrangige Entscheidungsträger der Exekutive im Sinne einer besseren Beachtung und Sicherung der Menschenrechte beeinflusst.

MENSCHENRECHTE ALS SCHWERPUNKT DER INTERNATIONALEN ARBEIT

Politische Bedeutung und internationale Anerkennung der Menschenrechte als zentrales Element globaler Ordnungspolitik wachsen weltweit. Dies gilt jeweils innenpolitisch für die große Mehrheit der Nationalstaaten, aber auch für die Entwicklungszusammenarbeit sowie für die Außen- und Sicherheitspolitik insgesamt. Die universelle Geltung der Menschenrechte ist also zu einer Art „Vademekum“ der internationalen Politik geworden.

In mehr als der Hälfte aller Länder- und Regionalprogramme der KAS sind Menschenrechtsthemen wesentlicher Bestandteil. Das gilt für die Rechtsstaatsprogramme ebenso wie für die Medienprojekte, für die parlamentarischen Beratungsmaßnahmen wie für politische Dialogprogramme. Ein Beispiel ist das Engagement der Stiftung in China. Dort wird durch Wissensvermittlung, Expertenaustausch und Studien die Diskussion menschen- und bürgerrechtsrelevanter Themenkreise unterstützt, um bei den entscheidenden Stellen in Politik und Wissenschaft das Bewusstsein zu wecken, dass sich die Stärkung von Bürgerrechten positiv auf die gesamte gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Landes auswirken und zu seiner Stabilität beitragen würde. Die Stiftung hat seit 1997 mehr als 25 Maßnahmen (z.B. internationale Konferenzen, Fachgespräche, Studien und Publikationen) mit dem Ziel des Aufbaus von mehr Rechtsstaatlichkeit durchgeführt. Westliche Erfahrungen und Wertvorstellungen werden gezielt einem für Gestaltung und Anwendung von Gesetzen verantwortlichen Fachpublikum nahegebracht. Gegenwärtig widmet sich die Stiftung vor allem der Begleitung der Reformen des Straf- und Strafvollzugsrechts durch Vermittlung moderner wissenschaftlicher Erkenntnisse aus Deutschland.

Ein Land, in dem Menschenrechtsarbeit für die Konrad-Adenauer-Stiftung besonders stark im Vordergrund steht, ist Russland. Seit 2005 finden in Moskau und in anderen Regionen regelmäßige Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtsbeauftragten der Russischen Föderation und seinen regionalen Vertretern statt. Vertrauensbildung und sachliche Kooperation zwischen Menschenrechtsorganisationen und Regierung zu erreichen ist ein wichtiges Ziel. Die Stiftung organisierte zum Zwecke der Vernetzung der einzelnen Menschenrechtsbeauftragten der GUS-Staaten eine internationale Konferenz zum Thema Monitoring und Menschenrechte. Einen wichtigen Beitrag im Hinblick auf die innerstaatliche Beachtung der Europäischen Menschenrechtskonvention stellte die von der Stiftungsaußenstelle Moskau organisierte Fachkonferenz über Beschlüsse des Europäischen Gerichts für Menschenrechte und deren Implementierung in der Praxis europäischer Verfassungsgerichte dar.



Menschenrechtspolitik ist ein andauernder und kontinuierlicher Prozess. Die KAS verfügt über vielfältige Instrumente, um auf diesem Weg Fortschritte zu erzielen: Maßnahmen der politischen Bildung und Publikationen gehören auch dazu.

NEUNMAL MENSCHENRECHTE

Die globale Verantwortung und der christlich-demokratische Auftrag für die Konrad-Adenauer-Stiftung zur Durchsetzung und Sicherung der Menschenrechte lassen sich in neun Punkten zusammenfassen:

- Die Kernaufgabe, weltweit zur Durchsetzung von Menschenrechten beizutragen, ergibt sich aus der Orientierung am christlichen Menschenbild. Dabei steht außer Frage, dass diese christliche Selbstverpflichtung zur Achtung der Menschenwürde keine exklusive Letztbegründung der Menschenrechte darstellt, sondern dass eine solche auch aus anderen religiösen Wurzeln oder aus einer rein humanistischen, am säkularen Rechtsstaat orientierten Fundierung möglich ist. Eine theozentrische und eine anthropozentrische Letztbegründung der Menschenrechte sind aber miteinander vereinbar und schließen sich nicht gegenseitig aus. Beide zielen letztlich darauf, dem Menschenrechtsgedanken Geltung zu verschaffen.
- Die Konrad-Adenauer-Stiftung vertritt die universelle Geltung der Menschenrechte. Diese Geltung hängt nicht davon ab, ob jeder einzelne Staat unter Berufung auf seine Souveränität sie anerkennt; vielmehr bilden die Menschenrechte ein Anliegen der Völkergemeinschaft als Ganzes. Fast alle Staaten der Erde sind Mitglied der UNO und haben sich prinzipiell zu einer Anerkennung der Menschenrechte verpflichtet. Das Ringen um deren Durchsetzung ist ein gemeinsames Ziel und eine politische Herausforderung aller Menschen, ohne dass diese Rechte zuvor von jeder einzelnen Gruppe oder jedem Staat erneut anerkannt worden sein müssen.
- Die Konrad-Adenauer-Stiftung wendet sich gegen das Argument, die Menschenrechte seien ausschließlich „westlich“ geprägt. Hinter diesem Vorwurf verbirgt sich häufig lediglich ein machtpolitisches Interesse, die Ignorierung oder Verletzung von Menschenrechten zu rechtfertigen. Es gibt kein ausschließlich „westliches“ Verständnis der Menschenrechte, das etwa einem ausschließlich ostasiatischen oder islamischen Verständnis entgegengesetzt wäre. Die Versuche, den Menschenrechten auch Menschenpflichten an die Seite zu stellen oder sie durch Familien- oder Gruppenrechte ergänzen zu wollen, führen lediglich zu ihrer Schwächung. Auch als Individualrechte haben sie eine soziale Komponente, die nicht durch die Forderung nach Erfüllung bestimmter gesellschaftspolitischer Pflichten ersetzt oder ergänzt zu werden braucht.
- Menschenrechtspolitik ist ein andauernder und kontinuierlicher Prozess. Die Konrad-Adenauer-Stiftung verfügt über vielfältige Instrumente, um auf diesem Weg Fortschritte zu erzielen: Maßnahmen der politischen Bildung und Beratung, gezielte Medienarbeit und Publikationen, die Förderung von Menschenrechtsgruppen und die Sensibilisierung für aktuelle Menschenrechtsverletzungen, hochrangige Dialogveranstaltungen und Experteneinsätze. In jedem Einzelfall wird die Reichweite dieser Maßnahmen von den jeweiligen Rahmenbedingungen mit geprägt.
- In den Ländern Asiens wendet sich die Konrad-Adenauer-Stiftung gegen die Vorstellung, dass ein wirtschaftlicher Aufschwung auch langfristig ohne Verbesserungen der menschenrechtlichen Grundlagen möglich ist. Ungeachtet der Fortschritte bei der Armutsbekämpfung und eines beachtlichen Wirtschaftsaufschwungs in Ländern mit autoritären Entwicklungsmodellen betont die KAS den engen Zusammenhang zwischen der Beachtung der Menschenrechte und demokratischen Strukturen einerseits sowie nachhaltiger Entwicklung andererseits. Das regionale Rechtsstaatsprogramm in Asien zielt auf die Implementierung von politischen und rechtlichen Verfahren, bei denen die Einhaltung der Menschenrechte eine Schlüsselrolle spielt. Darüber hinaus werden politische, wirtschaftliche und geistig-religiöse Eliten in Dialogprogramme über Menschenrechte eingebunden.
- In der islamischen Welt stehen der Durchsetzung von Menschenrechten auch kulturelle und religiöse Schwierigkeiten entgegen. Dadurch unterscheidet sich der Men-



„Alle Menschen sind frei und an Würde und Rechten gleich geboren.“

Unsere neue Broschüre „Menschenrechte sichern“ dokumentiert neben den aktuellen Entwicklungen insbesondere die eigenen Beiträge der Konrad-Adenauer-Stiftung zu diesem Thema.



Die Arbeit mit Partnern vor Ort ermöglicht eine besonders nachhaltige Stärkung der Rahmenbedingungen, in denen Menschenrechte gedeihen können.

schenrechtsstandard oft von dem des „Westens“. Das fehlende Zugeständnis von Religionsfreiheit (unter dem nicht nur Christen und Juden in diesen Ländern, sondern jeweils auch innerislamische Minderheiten leiden), die Degradierung der Frauen und die teilweise menschenunwürdigen Bestrafungen (insbesondere in Fällen der Abwendung vom Islam) gehören bis heute in vielen islamischen und teils islamischen Staaten zum Alltag. Deshalb durchziehen Menschenrechtsthemen als roter Faden die Arbeit der Stiftung in diesen Staaten. Ein säkulares Verständnis der Menschenrechte ist dabei nicht gegen den Islam als Religion gerichtet, wohl aber gegen eine Dominanz der Religion in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Eine konsequente Verwirklichung der Menschenrechte schränkt das Gottesrecht nicht ein, sondern respektiert die Grenzen dessen, was Menschen möglich ist.

■ In Subsahara-Afrika hat die Konstituierung des Afrikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Juli 2006 die Chancen für deren effektiven Schutz erheblich verbessert. Bereits 1988 hatte die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU, seit 2002 Afrikanische Union) durch ein Zusatzprotokoll zur Banjul-Charta die legalen Voraussetzungen für die Einrichtung eines afrikanischen Menschenrechtsgerichtshofs geschaffen. Jedoch bedurfte es fast zwanzig weiterer Jahre, bevor nach Inkrafttreten dieses Zusatzprotokolls im Jahr 2004 die konstituierende Sitzung in Banjul stattfinden konnte. Durch verbindliche und öffentlichkeitswirksame Entscheidungen soll der Gerichtshof in Zukunft zur Durchsetzung und Einhaltung der in der Charta verbürgten Menschenrechte beitragen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt im Rahmen ihres regionalen Rechtsstaatsprogramms den Aufbau des Gerichtshofs mit Konferenzen und Informationsprogrammen für die neu ernannten Richter. Besondere Bedeutung hat dabei der Informations- und Erfahrungsaustausch mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg.

■ In Lateinamerika sind für die KAS zum einen die Förderung der Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen während der Militärdiktaturen in den siebziger und achtziger Jahren, zum anderen die Überwindung von Armut, sozialer Ungerechtigkeit und mangelnder politischer Partizipation breiter Bevölkerungsschichten wichtige Betätigungsfelder. Neben der Unterstützung für eine Implementierung des Rom-Statuts, durch das 1998 der Internationale Strafgerichtshof ins Leben gerufen wurde, und den Medienprogrammen, in denen vor allem das Recht auf öffentliche Information im Vordergrund steht, liegt ein weiterer Schwerpunkt der Stiftungsarbeit auf der Verbesserung der Lebensbedingungen für die indigene Bevölkerung.

■ In den meisten Ländern Mittelost- und Südosteuropas stärkt die Integration in Europa die Geltung der Menschenrechte. Insbesondere in den ehemals kommunistischen Ländern Europas, die einen EU-Beitritt anstreben, führt dies zu einer klaren Verbesserung, so dass der Fokus der Stiftung in dieser Region auf vorbereitenden Maßnahmen für einen eventuellen Beitritt zur Europäischen Union liegt. Darüber hinaus tragen Maßnahmen in den Bereichen der Rechtsstaats- und Politikberatung sowohl zur Überwindung der alten autoritären Strukturen als auch zum Aufbau genuin rechtsstaatlicher Demokratien bei. Ein spezielles Dialogprogramm mit den Nachwuchseliten der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften (insbesondere der orthodoxen Kirchen) soll darüber hinaus die Bedeutung der Freiheits- und Menschenrechte in religionspluralen Gesellschaften stärken.



FUNDAMENTE LEGEN FÜR DAS RECHT

DIE RECHTSSTAATSPROGRAMME DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

JAN WOISCHNIK

*Leiter des Referates Südosteuropa
und Koordinator Rechtsstaats-
programme, Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Rechtsstaatliche Strukturen sind unverzichtbarer Kernbestandteil jedes demokratischen Systems. Demokratieförderung muss deshalb auch Rechtsstaatsförderung sein. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat aus diesem Grunde in allen Weltregionen, in denen sie beim Aufbau demokratischer Strukturen mithilft, länderübergreifende Sektorprogramme zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit (sog. Rechtsstaatsprogramme) eingerichtet. Pionierprojekt ist in dieser Hinsicht das Rechtsstaatsprogramm für Lateinamerika, das heute von zwei eigens hierfür eingesetzten Auslandsmitarbeitern mit Sitz in Montevideo und Mexiko-Stadt durchgeführt wird. Es ist fünfzehn Jahre nach seiner Gründung im Jahr 1991 zu einem wegweisenden Markenzeichen der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung geworden. Nach seinem Vorbild startete – jeweils mit eigener Bürostruktur und eigenen Programmleitern – im Januar 2006 das Rechtsstaatsprogramm für Subsahara-Afrika mit Sitz in Nairobi und im April 2006 das Rechtsstaatsprogramm für Südosteuropa mit Sitz in Bukarest. Im Juli 2006 nahm schließlich der Leiter des Rechtsstaatsprogramms für Ost- und Südostasien mit Sitz in Singapur seine Tätigkeit auf.

ZIELE

Übergeordnetes Ziel der KAS-Rechtsstaatsprogramme ist es, einen Beitrag zur Entwicklung und Vertiefung einer leistungsfähigen Rechtsordnung zu leisten, die rechtsstaatlichen Grundsätzen entspricht. Dabei stehen im Vordergrund die Ausbildung von Rechtsbewusstsein, die institutionelle Umsetzung von Strukturen, die auf theoretischer Ebene (Verfassung, Gesetze) bereits bestehen, und die Beseitigung von Defiziten bei der Rechtsanwendung. Angesichts der in ihren Auswirkungen inzwischen nahezu alle Lebensbereiche umfassenden Globalisierung der Weltwirtschaft und einer zunehmenden Internationalisierung des Rechts setzen die Rechtsstaatsprogramme außerdem verstärkt internationalrechtliche Akzente. Ungeachtet des spezifischen Beratungsbedarfs jeder Weltregion und jedes einzelnen Landes lassen sich folgende vier untergeordneten Ziele benennen, die allen KAS-Rechtsstaatsprogrammen gemeinsam sind:

■ **Gewährleistung der Menschenrechte:** Um die Menschenrechte gewährleisten zu können, müssen nationale, regionale und internationale Schutzsysteme gestärkt und die Anwendung der garantierten Rechte gesichert werden. Dies betrifft sowohl die Verankerung der Menschenrechte in den Verfassungen als auch die Aufklärung der Akteure über die internationalen Normen z.B. im Rahmen der Vereinten Nationen. Auch das sich herausbildende Völkerstrafrecht findet in der Arbeit der Stiftung zunehmend Beachtung.

■ **Sicherung der Gewaltenteilung unter besonderer Berücksichtigung einer unabhängigen Justiz:** Die Einrichtung und langfristige Sicherung einer stabilen und klaren Gewaltenteilung, die Stärkung einer unabhängigen und leistungsfähigen Justiz mit ethisch handelnden Richtern, die Stärkung des Gewichts der Parlamente, die

Bindung der öffentlichen Gewalt an Recht und Gesetz sowie die Einrichtung und Stärkung von unabhängigen Kontrollinstanzen (z.B. Rechnungshöfen) und Institutionen zum Schutz der Menschen- und Bürgerrechte (z.B. Menschenrechtskommissionen und Ombudsmännern) stehen in allen Weltregionen auf der Agenda. Besondere Bedeutung kommt der Einrichtung unabhängiger Verfassungsgerichte als Garanten der konstitutionellen Bindung der Staatsgewalten zu.

Unabhängige Justiz,
garantiertes Recht,
transparente
Gerichtsverfahren

■ **Herstellung von Transparenz, Effizienz und Bürgerbeteiligung in Gerichtsverfahren:** Zur Sicherung rechtsstaatlicher Prinzipien setzt die Projektarbeit der Stiftung auch auf der unterverfassungsrechtlichen Ebene an. Dem Verfahrensrecht kommt in diesem Zusammenhang große Bedeutung zu, denn es hat in vielerlei Hinsicht grundrechtssichernden Charakter. Die Konrad-Adenauer-Stiftung setzt sich für einen ungehinderten Zugang der Bürger zur Justiz, für Verfahrensbeschleunigung und Steigerung der Effizienz von Gerichten und Verwaltungen ein. Außerdem widmet sich die KAS der Förderung von rechtsstaatlichen Strafverfahrensreformen, denn das Strafverfahren gilt gemeinhin als sensibler „Seismograph“ der Rechtsstaatlichkeit.

■ **Unterstützung regionaler Integrationsbestrebungen:** Angesichts der fortschreitenden Globalisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist die Förderung von Integrationsbemühungen ein wichtiges Anliegen. Viele Entwicklungsländer werden nur dann realistische Chancen auf eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung haben, wenn es ihnen gelingt, die regionalen wirtschaftlichen und politischen Integrationsprozesse zu verstärken und sich dadurch in die Lage zu versetzen, als gleichberechtigte Partner in überregionale Kooperationsformen, z.B. mit der EU, eingebunden zu werden. Die KAS-Rechtsstaatsprogramme leisten hier einen Beitrag zur politischen Bewusstseinsbildung sowie zur rechtlichen Institutionalisierung der Integrationsprozesse in den Weltregionen.

Die Rechtsstaatsprogramme arbeiten mit staatlichen (z.B. Verfassungsgerichten, Justizministerien, Richterakademien, Staatsanwaltschaften) und nichtstaatlichen (v.a. rechtlich orientierten Nichtregierungsorganisationen) Kooperationspartnern zusammen. Zielgruppen der Arbeit sind in erster Linie Rechtsanwender wie Richter, Rechtsanwälte, Staatsanwälte und Strafverteidiger, Mitarbeiter der Justizverwaltung, Hochschullehrer und Jurastudenten, Rechtspolitiker, Abgeordnete und Regierungsmitglieder sowie die Zivilgesellschaft selbst.

DAS RECHTSSTAATSPROGRAMM FÜR LATEINAMERIKA

In Lateinamerika wurden Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts in nahezu allen Ländern weitreichende und grundlegende Rechtsreformen eingeleitet. Dieser Prozess dauert bis heute an, denn es handelt sich dabei um komplexe soziale und politische Fragestellungen, die eine Vielzahl von Akteuren mit oftmals sehr unterschiedlicher Interessenlage einbeziehen müssen. Vor allem auf dem Gebiet der Rechtsetzung wurden in Lateinamerika seitdem beachtliche Fortschritte erzielt. Die Umsetzung des neuen Rechts in die Praxis macht demgegenüber in den meisten Ländern der Region erhebliche Probleme. Dies gilt für die Errichtung bzw. Stärkung der Verfassungsgerichtsbarkeit ebenso wie hinsichtlich der Auswahlverfahren für Richter mit dem Ziel einer größeren politischen Unabhängigkeit, der Modernisierung der Justizorganisation und -verwaltung und der grundlegenden Reformen des Straf- und Strafprozessrechts. Damit sind auch die Schwerpunkte für die Arbeit der KAS benannt: Verfassungsrecht, Menschenrechtsschutz, Verfahrensrecht und Integrationsrecht.

So veranstaltet das Rechtsstaatsprogramm beispielsweise seit dreizehn Jahren einwöchige Tagungen der lateinamerikanischen Verfassungsrichter. Sie dienen allem voran der Stabilisierung der zum großen Teil noch recht jungen Verfassungsgerichtsbarkeit und sind jeweils einem aktuellen verfassungsrechtlichen Thema wie etwa dem Verfassungsprozessrecht oder der Rolle des Verfassungsrichters gewidmet. Die Delegationen von Verfassungsgerichten bzw. obersten Gerichtshöfen mit Verfassungssenaten aus



5. Februar 2007:
Polizisten gehen Streife
in Ciudad Alta, einem
Armenviertel (favela) in
Rio de Janeiro. Am
Wochenende zuvor
starben fünf Menschen,
als es zu Kämpfen
zwischen Drogendealern
und Stadtmilizen kam.

Das Rom-Statut ist die vertragliche Grundlage zum Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) mit Sitz in Den Haag. Es legt die Regeln zur Rechtsprechung, Struktur und Funktion des IStGH fest und trat am 1. Juli 2002 in Kraft. 104 Staaten haben das Rom-Statut ratifiziert, darunter 22 aus Lateinamerika und der Karibik (Stand: 1. Januar 2007). <http://www.icc-cpi.int/home.html>

so gut wie allen lateinamerikanischen Ländern stellen ihren Standpunkt zum Thema der Tagung dar, diskutieren ihn mit den Kollegen aus den anderen Ländern, präsentieren aktuelle Rechtsprechung ihres Gerichts und tauschen Erfahrungen aus.

Im Blick auf Menschenrechtsschutz wirbt die Konrad-Adenauer-Stiftung in Lateinamerika u.a. für die Ratifizierung bzw. Implementierung des Rom-Statuts. Dabei konzentriert sie sich in erster Linie auf die Frage, ob und inwieweit eine Anpassung des nationalen Strafrechts an die materiellen Strafnormen des Rom-Statuts und des Völkergewohnheitsrechts erforderlich oder jedenfalls sinnvoll ist. Deutschland spielt bei dieser Diskussion eine gewisse Vorbildrolle, hat es sich doch als eines der wenigen Länder weltweit für die Lösung einer sog. modifizierenden Implementierung entschieden und ein eigenständiges Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) erarbeitet. Damit soll Deutschland unter anderem befähigt werden, in die Zuständigkeit des IStGH fallende Verbrechen selbst zu verfolgen.

Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die lateinamerikaweite IStGH-Studiengruppe der Stiftung („Grupo de Estudios de la Fundación Konrad Adenauer sobre la Corte Penal Internacional“), die jedes Jahr eine internationale Tagung zum Stand der Implementierung des Rom-Statuts in den einzelnen lateinamerikanischen Ländern sowie zu ausgewählten aktuellen Aspekten des Völkerstrafrechts durchführt. Bei der Studiengruppe handelt es sich um die einzige Expertengruppe in Lateinamerika, die sich wissenschaftlich fundiert um die Implementierung des Rom-Statuts auf nationaler Ebene bemüht. Ihre Mitglieder stehen regelmäßig untereinander in Kontakt und werden inzwischen sowohl in ihrem jeweiligen Heimatland als auch international als Experten nachgefragt. Insgesamt sind dreizehn Länder vertreten, namentlich die zehn Einsatzländer des Südteils des Rechtsstaatsprogramms (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ekuador, Kolumbien, Paraguay, Peru, Uruguay und Venezuela) sowie aus dem Nordteil Mexiko, Costa Rica und El Salvador.

Wichtige Beratungs- und Schulungsleistungen hat das Rechtsstaatsprogramm in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern auf dem Gebiet des Strafprozessrechts erbracht. In Lateinamerika war seit den 80er Jahren eine Tendenz zur Verdrängung des

Bolivianische Häftlinge kämpfen für Hafterleichterungen.



traditionellen schriftlichen, aus der Kolonialzeit stammenden „Inquisitionsprozesses“ durch eher an rechtsstaatliche Grundsätze angelehnte, mündliche Prozesstypen zu beobachten. Die ausgeprägte Machtstellung des Richters wurde reduziert, die Rechtsstellung des Beschuldigten im Gegenzug verbessert. War Letzterer bislang im Wesentlichen nur Objekt eines gegen ihn initiierten Verfahrens gewesen, wurde er immer mehr als Prozesssubjekt angesehen, dem bestimmte Rechte garantiert werden. Diesen Prozess unterstützte und unterstützt die Konrad-Adenauer-Stiftung durch Experteneinsätze, Schulungen und Publikationen.

Ohnehin spielt die regelmäßige Veröffentlichung von juristischer Fachliteratur im Rechtsstaatsprogramm für Lateinamerika eine wesentliche Rolle. Allein am Standort Montevideo sind seit Beginn des neuen Jahrtausends über 75 juristische Bücher in den genannten Themenbereichen erschienen (siehe Kasten Seite 39).

Wichtige Publikationen des Rechtsstaatspro- gramms Lateinamerika

*Besondere Erwähnung verdient zum einen das Verfassungsrechtsjahrbuch *Anuario de Derecho Constitucional Latinoamericano*, das im Jahr 2006 zum 12. Mal herauskam und auf knapp 1.500 Seiten mehr als sechzig Fachbeiträge führender Verfassungsrechtler aus dem ganzen Kontinent enthält. Zum anderen ist besonders hervorzuheben, dass die wichtigsten Grundrechtsurteile, die das deutsche Bundesverfassungsgericht seit seiner Gründung gefällt hat, dem lateinamerikanischen Leser in umfassenden Entscheidungssammlungen zum ersten Mal sowohl auf Spanisch als auch auf Portugiesisch systematisch zugänglich gemacht wurden.*

Vor dem Hintergrund der politischen Unruhen in der Andenregion, in letzter Zeit vor allem in Bolivien und Ecuador, versucht das Rechtsstaatsprogramm vermehrt indigene Juristen in seine Arbeit einzubinden. So wurde etwa auf dem XII. KAS-Verfassungsrichtertreffen zum ersten Mal einer Gruppe hochqualifizierter indigener Juristen einen ganzen Vormittag lang die Gelegenheit eingeräumt, ihre Anliegen vor der versammelten Justizelite des lateinamerikanischen Kontinents vorzutragen und mit dieser zu diskutieren. Das Leitthema dieser Tagung „Die verfassungsrechtlichen Garantien im Strafprozess“ bot eine für diesen Zweck ideale thematische Einbettung. Sind es doch gerade die oftmals archaisch anmutenden Gepflogenheiten der indigenen Völker bei der Strafverfolgung, die in den lateinamerikanischen Medien aufgegriffen werden und in der nichtindigenen, „aufgeklärten“ Bevölkerung für Entsetzen sorgen (Lynchjustiz etc.).

DAS RECHTSSTAATSPROGRAMM FÜR SUBSAHARA-AFRIKA

Die Rechtsordnungen der Länder Afrikas sind weitgehend durch ihre koloniale Vergangenheit geprägt. In den ehemaligen britischen Kolonien ist angelsächsisches common law die Grundlage. In den ehemaligen französischen, portugiesischen und belgischen Kolonien dominiert dagegen kontinentaleuropäisches (positives) Recht. Diese zunächst aufgezwungenen Rechtsordnungen waren den Afrikanern fremd – und sie sind es weiten Teilen der Bevölkerung immer noch. Nur die gebildeten Eliten wissen damit etwas anzufangen. Und sie nutzen ihre Kenntnis allzu oft zu ihrem eigenen Vorteil.

Während des Kalten Krieges haben sich viele afrikanische Staaten in den Einflussbereich der Sowjetunion begeben und ein kommunistisches oder sozialistisches System (auch Rechtssystem) eingeführt. So wurde erneut eine fremde Ordnung auf die schon bestehende und fremde Kolonialordnung „aufgepfropft“. Sie brachte die Verstaatlichung von Eigentum – die Gemeinschaft verlor sowohl ihre Nutzungs- als auch ihre Bestimmungsrechte zugunsten eines für sie anonymen und nicht legitimen Staates. In vielen Ländern Afrikas sind die Folgen dieser Entwicklung bis heute nicht oder nur teilweise beseitigt.

Daneben spielt in Afrika für die Entwicklung des Rechtsstaats die religiöse Komponente eine wichtige Rolle. Zwischen Äquator und Sahara ist der Islam weit verbreitet und gewinnt an Boden. Das bedeutet auch ein Vordringen des islamischen Rechtes, der Scharia. Zwar ist der Islam in Afrika nicht so militant wie etwa im arabischen Raum, aber Entwicklungen in Nigeria oder Sudan zeigen doch Tendenzen, staatliches Handeln nach der islamischen Religion auszurichten. Vor allem im Strafrecht, aber auch im Privatrecht, zeigen sich in islamisch geprägten oder beeinflussten Rechtsordnungen Auswirkungen, die mit unseren „westlichen“ Vorstellungen von Rechtsstaat und Menschenrechten nicht vereinbar sind.

Das Zusammenspiel dieser Faktoren erschwert eine Entwicklung zu rechtsstaatlichen Ordnungen in fast allen Ländern Afrikas. Rechtsstaatliches Gedankengut ist breiten Bevölkerungskreisen fremd, es ist weder selbstverständlicher Bestandteil des Denkens noch Leitfaden staatlichen Handelns. Die von den ehemaligen Kolonialmächten oder vom Sozialismus aufgezwungenen Systeme stoßen weitestgehend immer noch auf Unkenntnis, Ungleichgültigkeit und Ablehnung.

In der Folge ist im Verständnis der Mehrheit der Afrikaner – vor allem der politischen und wirtschaftlichen Eliten – Recht kein Wert an sich. Gesetze werden als Instrument zur Durchsetzung eigener Interessen und Ansprüche bzw. zur Verhinderung von Interessen und Ansprüchen anderer gesehen. Vor allem aber geht es um die Durchsetzung von Macht. Rechtsstaatliche Ordnung wird daher noch kaum als wesentlicher Bestandteil und Voraussetzung von bzw. für Demokratie und Entwicklung gesehen.

Der Mangel an Rechtsstaatlichkeit ist eine der wichtigsten Ursachen für die insgesamt unbefriedigende Entwicklung in Afrika. Denn nachhaltige Entwicklung, Frieden und Sicherheit sind auf Dauer ohne stabile Demokratien nicht denkbar – und stabile Demokratien sind ohne Rechtsstaatlichkeit nicht möglich. Ohne einen funktionierenden Rechts-



*UN-Niederlassung
in Nairobi in Kenia.*

staat gedeihen Korruption, Misswirtschaft, Nepotismus und Machtmissbrauch. Dies führt zu Menschenrechtsverletzungen und Armut. Und damit ist wiederum der Nährboden für Gewalt und Terrorismus bereitet.

Trotz der beschriebenen Ausgangslage lässt sich beobachten, dass die Frage der Rechtsstaatlichkeit langsam auch in Afrika an Bedeutung gewinnt. Die sogenannte „dritte Demokratisierungswelle“ hat inzwischen Afrika erreicht. Dies lässt sich nicht zuletzt an den neuen Zielen und Programmen der Afrikanischen Union ablesen. Auch die Wahl der elf Richter des Afrikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte durch die Afrikanische Union im Januar 2006 ist hierfür ein Indiz.

An dieser Stelle setzt auch das KAS-Rechtsstaatsprogramm in Afrika an. Es hat sich in seiner Aufbauphase zunächst dem Ziel verschrieben, diejenigen Kräfte, Gruppen und Organisationen zu bestimmen, die sich für eine Stärkung des Rechtsstaates einsetzen – oder sich zumindest dafür motivieren lassen. In Zusammenarbeit mit diesen soll dann ein Maßnahmenkonzept erarbeitet werden, das zu einer Stärkung des Rechtsstaates in den Ländern Afrikas beiträgt. Aller Voraussicht nach wird dabei das Thema Gewaltenteilung eine herausragende Rolle spielen. Denn fast überall in Afrika dominiert die Exekutive; die Legislative und die Justiz spielen meist nur eine untergeordnete Rolle.

DAS RECHTSSTAATSPROGRAMM FÜR SÜDOSTEUROPA

Das Rechtsstaatsprogramm für Südosteuropa umfasst neben Bulgarien und Rumänien die Westbalkanländer Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Serbien (einschließlich der Provinz Kosovo) und Montenegro. Diese Länder weisen bei allen Unterschiedlichkeiten eine Reihe von Gemeinsamkeiten hinsichtlich der besonderen Bedingungen, Probleme und Potentiale auf, die für den Aufbau eines Rechtsstaatsprogramms in der Region bedeutsam sind.

*80.000 Seiten Gesetzes-
texte müssen in das
nationale Recht
übernommen werden.*

Den Ländern ist zunächst gemein, dass sie sich in einem andauernden Prozess der Transformation von einem autoritären Einparteiensstaat zu einem demokratischen, rechtsstaatlichen Verfassungsstaat befinden. Die postkommunistische Systemtransformation wird maßgeblich durch die Bemühungen der Staaten in Südosteuropa beeinflusst und beschleunigt, die Kriterien für eine Aufnahme in die Europäische Union – sog. Kopenhagener Kriterien – zu erfüllen. Zu den „politischen“ Beitrittskriterien zählen institutionelle Stabilität, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten. Das „Acquis-Kriterium“ besagt, dass die Länder das gemeinschaftliche Regelwerk (Acquis Communautaire, ungefähr 80.000 Seiten Rechtstexte) in das nationale Recht übernehmen müssen.

Ein weiteres gemeinsames Charakteristikum ist, dass das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber staatlichen Behörden und Institutionen einschließlich der Justiz nach wie vor tief sitzt. Nach dem Ende der kommunistischen Systeme hat es zwar in ganz Südosteuropa einen mehr oder weniger umfassenden Elitenwechsel in verschiedenen institutionellen Bereichen gegeben. Dabei sind aber nur selten alternative „Gegeneliten“ aufgestiegen. Vielmehr rückten in die durch den Abgang der alten Eliten frei gewordenen oder im Zuge des institutionellen Wandels neu entstandenen Elitenposi-

tionen primär Funktionäre, Technokraten und Angehörige der Intelligenz auf, die der höheren und mittleren Hierarchieebene im alten System angehört hatten. Ein wirklicher Elitenwandel mit einer tiefgreifenden Bewusstseinsänderung hat nicht stattgefunden, jedenfalls nicht umfassend. Die Hoffnung der Bevölkerung Rumäniens und Bulgariens besteht gegenwärtig darin, dass die nationale – häufig korrupte – Elite dieser Länder durch die Europäische Union kontrolliert werden wird.

Vor diesem Hintergrund will das Rechtsstaatsprogramm in Südosteuropa zunächst einen Beitrag zum Aufbau moderner Staatsverfassungen leisten, in denen die institutionellen und materiellen Hauptelemente eines demokratischen Rechtsstaates verankert sind. Die Länder des Rechtsstaatsprogramms für Südosteuropa unterscheiden sich in ihrem Entwicklungsstand: Bulgarien und Rumänien haben bereits 1991, also kurz nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime, neue Verfassungen verabschiedet. Sie haben diese im Hinblick auf den EU-Beitritt u.a. in den Bereichen geändert, die die Judikative betreffen. In Bosnien-Herzegowina ist das Thema Verfassungsreform noch immer sehr aktuell. Sie ist notwendig, weil durch das Dayton-Abkommen zwar die Institutionen etabliert wurden, die für einen Rechtsstaat konstitutiv sind. Das Abkommen gewährt aber nicht mehr den Verfassungs- und Verwaltungsrahmen, den das Land braucht, um die erforderlichen Fortschritte im EU-Integrationsprozess zu erzielen. Kernziel einer Verfassungsreform sollte es sein, die gesamtstaatlichen Institutionen und den Staat zu stärken und funktionsfähig zu machen, ferner den Schutz der Menschenrechte aller Bürger von Bosnien und Herzegowina unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit verfassungsrechtlich zu garantieren. Das KAS-Rechtsstaatsprogramm widmet sich diesem Thema intensiv.

Zu einer zentralen Aufgabe der Rechtsstaatsförderung in der Region zählt des Weiteren die Unterstützung der Länder beim Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität einschließlich des Menschenhandels (Frauen- und Kinderhandel), der eng mit der Korruption verknüpft ist. Letzteres ist ein typisches Problem postsozialistischer Transformation, das alle Länder des Rechtsstaatsprogramms betrifft. Zwischen Korruption und Rechtsstaatsförderung besteht ein unmittelbarer Zusammenhang: Denn einerseits unterhöhlt Korruption im Rechts- und Justizwesen das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat; andererseits ist das Rechts- und Justizwesen ein wichtiges Instrument, um Korruption effektiv einzudämmen.

Reformbedarf besteht in Südosteuropa auch hinsichtlich der Achtung und des Schutzes von Minderheiten. Alle Staaten, in denen das Rechtsstaatsprogramm tätig ist, zeichnen sich dadurch aus, dass sie keine homogenen Nationen im ethnischen Sinne sind: In jedem Land der Region leben – teilweise mehrere – ethnische Minderheiten. Defizite auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes bestehen im Bereich der Umsetzung von entsprechenden Rechtsnormen zum Schutz ethnischer Minderheiten (nationaler wie internationaler). Die Kluft zwischen Rechtsnormen und Rechtswirklichkeit ist hier sehr groß. Insbesondere das – international geltende – Diskriminierungsverbot wird nicht effektiv durchgesetzt. Es wird in erster Linie gegenüber den Roma, die in der Region leben, missachtet. Dies, obwohl die Behandlung der Roma entsprechend den Normen des internationalen Minderheitenschutzes Voraussetzung für den EU-Beitritt ist. Teilweise fehlt es in den Ländern der Region auch an einem verfassungsrechtlich garantierten Minderheitenschutz. So erkennt z.B. die bulgarische Verfassung keine nationalen Minderheiten an.

Wesentlicher Bestandteil des Rechtstransformationsprozesses in den Ländern der Region war und ist schließlich die Reform des Straf- und Strafverfahrensrechts, die für die juristische Aufarbeitung der Verbrechen wesentlich ist, die während der kommunistischen Diktaturen begangen wurden. Das KAS-Rechtsstaatsprogramm bietet Bildungsveranstaltungen für die betroffenen Rechtsanwender an, damit die neuen Regelungen in Zukunft besser angewendet werden können.



Die Stiftung unterstützt ihre Partnerländer im Kampf gegen Menschenhandel. Es gilt, die Rechte von Frauen und Kindern zu stärken und ihre Ausbeutung zu verhindern.

DAS RECHTSSTAATSPROGRAMM FÜR OST- UND SÜDOSTASIEN

Die Heterogenität der Länder Asiens zeigt sich in besonderem Maße in der Ausgestaltung ihrer Staats- und Rechtsordnungen. Das jeweilige Rechtsdenken ist von einer Reihe ganz unterschiedlicher Faktoren wie Kultur, Religion, Kolonialeinfluss usw. bestimmt. Allerdings wird Rechtsstaatlichkeit in Asien nicht als umfassendes System einer demokratischen Gesellschaftsordnung begriffen. Vielmehr wird der Rechtsstaat als „Herrschaft durch Recht“ und nicht als „Herrschaft des Rechts“ verstanden. Das Konzept dient eher als Mittel zum Zweck, die enge Verflechtung von Politik und Wirtschaft und damit die Privilegierung kleiner Oberschichten und das überkommene Machtgefüge zu bewahren. Korruption und Klientelismus, Willkür, Ineffizienz und mangelnde Transparenz prägen das Bild einer übermächtigen Bürokratie in den meisten Staaten Asiens. Veränderungen werden nur langsam und in engen Grenzen zugelassen, soweit dies als wirtschaftlich notwendig erachtet wird. Grundsätzliche Reformbeschlüsse werden bei der Umsetzung in die Praxis vielfach verwässert oder gar konterkariert.

*Gedenken an die Opfer
des Tian'anmen-
Massakers in China.*



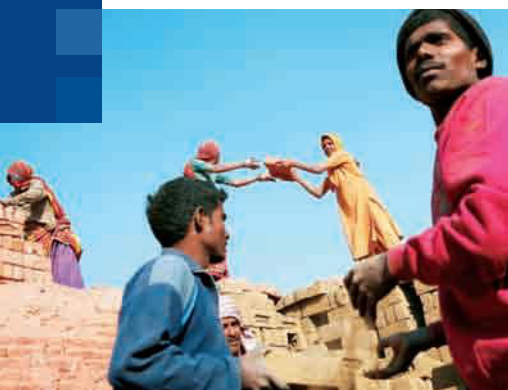
Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage insbesondere in den sogenannten Tigerstaaten Ost- und Südasiens führt dazu, dass weiterreichende Reformen aus der Zivilgesellschaft heraus verstärkt eingefordert werden. Die für privatwirtschaftliches Handeln geschaffenen Freiräume verlangen immer mehr nach Anpassung der bürokratischen Strukturen an die veränderten Realitäten. Das Verhältnis Bürger – Staat ist in der Diskussion, und die politischen Führungen suchen nach praktikablen Formeln, wie sie rechtsstaatliche Forderungen aus ihren eigenen Ländern, aber auch aus anderen Teilen der Welt beantworten können. An dieser Stelle setzt die Arbeit des neugegründeten KAS-Rechtsstaatsprogramms an. Es zielt auf die Entwicklung und Konsolidierung rechtsstaatlicher Strukturen und Institutionen und eine Stärkung des Verständnisses von Bedeutung und Funktion eines Rechtsstaates. Dafür sollen rechtspolitische Akteure in den einzelnen Ländern ermittelt werden, mit denen eine Bestandsaufnahme hinsichtlich der rechtsstaatlichen Ausgestaltung in den jeweiligen Verfassungsordnungen durchgeführt werden kann. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem Prinzip des Konstitutionalismus sowie auf institutionellen Garantien und deren Absicherung (Verfassungstreue der Staatsorgane; Bindung der Exekutive an Recht und Gesetz). Gefördert werden sollen ferner die Einführung bzw. der Ausbau spezieller Verwaltungsgerichtsbarkeiten als wichtige rechtsstaatliche Institution (zum Schutz der Bürger vor bürokratischer Willkür).

Im Rahmen eines Wertedialoges sollen ergänzend die Vorstellungen von Rechtsstaat bzw. „rule of law“ vor dem Hintergrund unterschiedlicher Ethik- und Rechtstraditionen offen diskutiert werden. Entsprechende Wirkung kann dabei durch prominente Teilnehmer sowie durch eine entsprechende Darstellung in den Medien erreicht werden.

Des Weiteren setzt sich das Rechtsstaatsprogramm für die Festigung und Beachtung des Prinzips der Gewaltenteilung, insbesondere für die Förderung einer unabhängigen Justiz ein. Zu diesem Zweck soll ein Dialog unter Entscheidungsträgern der Legislative, Exekutive und Judikative der Länder in der Region über die Abgrenzung ihrer jeweiligen Kompetenzen im Staatsgefüge initiiert werden. Ferner soll ein Beitrag zur Steigerung der Qualität der Richterausbildung geleistet werden – unter besonderer Berücksichtigung rechtsstaatlicher Inhalte, vor allem der Gewaltenteilung und Unabhängigkeit richterlicher Tätigkeit.

Bei seiner Arbeit knüpft das Rechtsstaatsprogramm in Asien an die jahrelange Vorarbeit durch die nationalen KAS-Länderbüros an und kann auf diese Weise von dem guten Ansehen der Stiftung im Bereich der Rechtsstaatsförderung profitieren. Die Verbindung solcher nationaler Ansätze zu einem Regionalprogramm und die kontinuierliche Pflege der dabei entstehenden Netzwerke gewährleisten die gewünschte Nachhaltigkeit und größere öffentliche Wahrnehmung. Damit werden der Aufbau bzw. die Festigung demokratischer Strukturen in Asien unterstützt, die Voraussetzung für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung sind.

*Moderne Sklaverei
in Indien.*





IN EINER GLOBALISIERTEN WELT WACHSEN
DIE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE GESTALTUNG
EINER GUTEN ZUKUNFT. DIE KONRAD-ADENAUER-
STIFTUNG STELLT SICH IHNEN, WO IMMER SIE
MIT EIGENER KOMPETENZ AN LÖSUNGEN ARBEITEN
KANN.



HERAUSFORDERUNG INTEGRATION

WARUM MAN DIE PROBLEME NICHT IGNORIEREN DARF

WOLFGANG MAIER

*Stellvertretender Leiter
der Hauptabteilung
Politik und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD wird die Bedeutung einer funktionierenden Integrationspolitik hervorgehoben. Die Bundesregierung hat Integration damit zu einer Schwerpunktaufgabe erklärt. Es war freilich ein langer Weg von der Anwerbung der ersten Arbeitnehmer zu Beginn der 50er Jahre bis zum Abschluss dieses Koalitionsvertrags. Deutschland hat sich verändert.

Heute leben in der Bundesrepublik rund 15 Millionen Menschen mit „Migrationshintergrund“, das entspricht einem Anteil von etwa 19 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Der weitaus größte Teil dieser Menschen ist integriert, „gehört zu uns“ – die Idee von einem geeinten Europa hat hier sicherlich den entscheidenden Beitrag zur Integration von Menschen aus verschiedenen Herkunftsländern geleistet. Ein Beleg für gelungene Integration: Ohne die von unseren Torjägern „mit Migrationshintergrund“ im Verlauf der Fußball-Weltmeisterschaft erzielten Tore wäre die deutsche Nationalmannschaft wohl kaum so weit gekommen – na klar: Podolski und Klose sind „unsere Jungs“, auch wenn sie zu Hause gelegentlich noch eine zweite Sprache sprechen.

Der Begriff Parallelgesellschaft ist umstritten. Grundsätzlich wird damit die Vorstellung verbunden, dass sich ethnisch homogene Bevölkerungsgruppen räumlich, sozial und kulturell von der Mehrheitsgesellschaft abschotten.

Es gibt aber große Bevölkerungsgruppen, die – auch wenn sie über einen deutschen Pass verfügen – noch nicht wirklich „in Deutschland“ angekommen sind. Sie stammen aus einer Vielzahl unterschiedlicher Länder und Kulturen, einige haben sich ihr Leben in einer Art „Parallelgesellschaft“ eingerichtet. Die Notwendigkeit zur Integration dieser Menschen ist unter den verantwortlichen Politikern unumstritten. Quer durch alle politischen Parteien besteht weitgehend Konsens, dass die Integration dieser Menschen eine unerhörte Herausforderung, ja eine zentrale Zukunftsaufgabe für unsere Gesellschaft ist. Das im Januar 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz regelt inzwischen die Zuständigkeiten und schafft die Voraussetzungen für die Integrationsförderung in Deutschland. Damit sind die organisatorischen Voraussetzungen gegeben, ein Bundesamt für Migration und Flüchtlinge befasst sich höchstamtlich mit dem Thema Integration.

Versteht man Integration als gesellschaftlichen Prozess, dann verfügen wir zwar über das erforderliche Instrumentarium – den eigentlichen Prozess, der in sozialen Interaktionen besteht, in Familien und Vereinen, in Schulen und in Betrieben stattfindet und der weit über Organisationsfragen hinausreicht, den muss die Gesellschaft jedoch selbst leisten. Hier sind alle gesellschaftlichen Akteure und Institutionen angesprochen: Familie, Vereine, Verbände, staatliche Einrichtungen, die Politik – und die politischen Stiftungen.

Wenn in Deutschland also etwa ein Fünftel der Bevölkerung über Migrationshintergrund verfügt und die meisten dieser Menschen erst in den letzten Jahrzehnten zu uns gekommen und hier auch „angekommen“ sind, dann verbirgt sich hinter diesen Fakten sicher eine beachtliche Integrationsleistung. Denn anders als etwa in Frankreich oder in Großbritannien gibt es in Deutschland keine gewachsene Tradition im Umgang mit „fremden Kulturen“.

Migrationshintergrund

Die statistischen Ämter der Länder und das Statistische Bundesamt erheben Daten zu Personen mit Migrationshintergrund. Dabei werden folgende Personengruppen dem Merkmal „Menschen mit Migrationshintergrund“ zugeordnet: zugewanderte Ausländer, in Deutschland geborene Ausländer, eingebürgerte Ausländer, Spätaussiedler, Kinder mit zumindest einem Elternteil, das eines der genannten Merkmale erfüllt, sowie Deutsche, die – mindestens – eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen, aber nie eingebürgert wurden (diese sind meistens im Ausland geboren). Im Jahr 2005 lebten nach dieser Definition 15,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Dies entspricht 19 % der Wohnbevölkerung (82 Millionen). Von diesen 19 % hatten 10 % die deutsche und 9 % eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die beiden größten Migrationsgruppen sind demnach etwa 5 Millionen Deutschrussen und über 2 Millionen Türken.

Migration, und infolgedessen die Notwendigkeit für Integration, ist damit auch in Deutschland zu einer gesellschaftspolitischen Realität geworden. Nahezu jeder Lebens- und damit auch Politikbereich ist betroffen. Was bedeuten Migration und Integration im Zuge des demographischen Wandels? Welche Anforderungen stellen sich an die Wirtschaft, und welche Folgen ergeben sich für den Arbeitsmarkt? Wie können unsere Sozialsysteme damit umgehen, und welche kulturellen Auswirkungen sind zu erwarten? Die Erkenntnis, dass Integrationsdefizite den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden können, dokumentiert die Tagespresse. Man könnte weitere Fragen aufwerfen – der politische Auftrag ist jedenfalls formuliert.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat die Integration zu einem wichtigen Thema ihrer Arbeit gemacht. Ziel ist es zunächst, der deutschen Bevölkerung zu vermitteln, dass man die Probleme nicht ignorieren darf, dass man sich aktiv mit ihnen beschäftigen muss. Bei den Migranten (die zu einem erheblichen Teil inzwischen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen) soll die Integrationsbereitschaft gefördert werden. Defizite, das hat die bisherige Arbeit der Stiftung gezeigt, gibt es auf beiden Seiten.

Integration als Arbeitsfeld ist inzwischen in besonderem Maße durch ein fachgebiets- und organisationsübergreifendes Denken gekennzeichnet. Nicht eine Abteilung oder ein wissenschaftlicher Mitarbeiter alleine ist damit befasst; die Konrad-Adenauer-Stiftung profitiert dabei von ihrer internationalen Arbeit genauso wie von ihrer Arbeit in Deutschland. Die Auswirkungen von Migration und Integration sind nicht nur nationalstaatlich zu bewältigen. Während man vor einigen Jahren noch von Globalisierung sprach und die Wirtschaft meinte, so unterliegt heute fast jeder Politikbereich supranationalen Einflüssen und folgt zunehmend internationalen Spielregeln. Die Bewegungen der weltweiten Flüchtlingsströme dokumentieren das.

Der Ansatz der KAS ist also themen- und abteilungsübergreifend. An einem praktischen Beispiel verdeutlicht, bedeutet dies etwa, dass, ausgehend von der Familie, die Situation der Eltern und deren Leistungen bei der Erziehung und bei der Vermittlung von Werten untersucht werden. Damit einher geht die Analyse der entsprechenden Milieus, innerhalb deren sich die Integrationsfähigkeit junger Menschen herausbildet. Die Bedeutung der Familien kann in diesem Zusammenhang nicht stark genug betont werden: Integration wird bereits in der Familie vorbereitet. Unmittelbar daran schließt sich der weite Bereich der Bildung und der Ausbildung an. Nach wie vor verlässt eine viel zu große Zahl von Jugendlichen mit Migrationshintergrund die Schule ohne Abschluss, findet keinen entsprechenden Ausbildungsplatz und wird damit nicht hinreichend auf den Arbeitsmarkt vorbereitet. Eine offene Wirtschaft, noch dazu die eines Exportweltmeisters, benötigt zur langfristigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit aber gerade dieses Humankapital – vor allem in einem Land, in dem die demographische Entwicklung inzwischen beinahe einer auf den Kopf gestellten Glocke gleicht. Die Frage sei erlaubt, ob wir wirklich das sich hier bietende Potential bereits erkannt haben.

Es liegt auf der Hand, dass die soziale Sicherheit und der soziale Friede von der wirtschaftlichen und sozialen Einbeziehung aller Bürger abhängen. Keine Gesellschaft kann es sich auf Dauer leisten, einen größeren Teil ihrer Bevölkerung einfach „abzuhängen“. Gerade junge Menschen brauchen Ziele und Orientierungsmöglichkeiten. Fühlen sie sich ausgeschlossen, wird man kaum eine Identifikation mit der Gesellschaft erwarten können. Diese Art von gesellschaftlicher Vernachlässigung kann aber auch zu noch weit unangenehmeren Folgen führen.

Damit sind bereits einige, wenn auch keinesfalls alle wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen angesprochen, auf die die Konrad-Adenauer-Stiftung im Rahmen ihrer Arbeit eingehen muss und eingeht. Es gibt weitere: Migranten, die aus vielfältigen kulturellen Zusammenhängen stammen, bringen vielfältige kulturelle Identitäten mit. Die Herausforderung dabei ist nicht, zu regeln, wer sich wem wie stark anpassen muss, sondern vielmehr, zu erkennen und zu vermitteln, dass es bei

*Mit ihrem Alanya-
Programm fördert die
Stiftung die Integration
von in Deutschland
lebenden Menschen
türkischer Abstammung.
Das unkomplizierte
Miteinander in Freizeit
und Familie ist dabei
ebenso wichtig wie
die Maßnahmen zur
politischen Bildung.
[http://www.kas.de/
politik_kultur/
3250_webseite.html](http://www.kas.de/politik_kultur/3250_webseite.html)*



einem erfolgreichen Integrationsprozess Gewinne auf beiden Seiten geben kann. Dass dieser Weg nicht unbedingt leicht zu gehen ist, zeigt freilich eine große Zahl gescheiterter Projekte. Eine Erfolgsbedingung ist eben auch die Bereitschaft auf beiden Seiten, sich darauf einzulassen.

Die Koordination der Stiftungsaktivitäten auf diesem Feld obliegt der Hauptabteilung Politik und Beratung. Sie zeichnet verantwortlich für eine Veranstaltungsreihe, die sich mit einer breiten Palette verschiedener Aspekte von Integration auseinandersetzt. Neben wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Themen wird die Sichtweise der Kommunen ebenso reflektiert wie der kulturelle Aspekt, und schließlich wird Integration im Vergleich verschiedener Länder vorgestellt. Die Veranstaltungen dieser Reihe, die 2006 mit einem Vortrag der Beauftragten der Bundesregierung für Integration, Professor Maria Böhmer, gestartet wurde, zielen schwerpunktmäßig auf die deutsche Fachöffentlichkeit und auf Multiplikatoren.

Ein anderes verschiedene Aktivitäten bündelndes Projekt zielt vorrangig auf die für Deutschland besonders wichtige Gruppe der Türkischstämmigen (Projekt Alanya). In dessen Rahmen werden Curricula für die Aus- und Fortbildung von Mandatsträgern erarbeitet, Seminare durchgeführt, explorative Studien erstellt, Best-Practice-Beispiele und Rollenvorbilder ermittelt und der Öffentlichkeit vorgestellt. Ausgehend von der Erkenntnis, dass Integration auch viel mit Kommunikation zu tun hat, liegt ein besonderer Schwerpunkt des Projekts auf der Medienarbeit. Die Herausgabe von Informationsdiensten für verschiedene Zielgruppen, sowohl türkischstämmige als auch deutsche, sowie die Herstellung von Kontakten zur türkischsprachigen Presse in Deutschland gehören zu diesen Maßnahmen. Dabei kommen auch andere Arbeitseinheiten der Stiftung zum Zuge: Die Hauptabteilung Politische Bildung bietet Seminarveranstaltungen an unter dem Titel „Neue Heimat in Deutschland – Angebote für Migrantinnen und Migranten zur aktiven Teilnahme an Gemeinwesen und Gesellschaft“. Die Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung wird durch die Projektaktivitäten bei der gezielten Ansprache von möglichen Stipendiaten aus diesem Bereich unterstützt. Außerdem gibt es eine Zusammenarbeit bei Maßnahmen im Kulturbereich.

Während bisher eher begrenzte explorative Studien durchgeführt wurden, sollen sich weitere Vertiefungen besonders auf den Bereich der Erziehungsleistung in Migrantenfamilien konzentrieren. Die große Resonanz auf die 2006 veröffentlichte, nicht empirische Studie „Das Kopftuch – Entschleierung eines Symbols?“ macht deutlich, dass es noch immer einen großen Forschungsbedarf in Integrationsfragen gibt.

Interessant sind die Initiativen der Stiftung im Bereich der internationalen Arbeit. Eine wichtige Maßnahme war hier die in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut in Ankara durchgeführte Schulung türkischer Imame als Vorbereitung für ihren Einsatz in Deutschland. Dieses Projekt, inzwischen evaluiert und positiv bewertet, wird in diesem Jahr weitergeführt.

Die Beschäftigung mit dem für die Zukunft unseres Landes bedeutsamen Thema Integration ist trotz eigentlich allseits erkannter Notwendigkeiten nicht ohne politische Brisanz. Längst sind noch nicht alle Deutschen, aber auch nicht alle Migranten von der Notwendigkeit zur Integration überzeugt. Es gibt ernstzunehmende Stimmen, die vorrangig auf Schwachstellen und auf gescheiterte Projekte hinweisen, und es gibt durchaus auch Ablehnung auf der Seite der Migranten. Damit und mit gelegentlichen Rückschlägen wird man vorerst leben müssen. Immerhin handelt es sich hier auch um Lernprozesse, die, angesichts von tief in das persönliche Leben des Einzelnen und in das gesellschaftliche Gefüge von sozialen Gruppen insgesamt eingreifenden Bezügen, nicht immer leicht zu vermitteln sind. Aber man darf sich nicht entmutigen lassen: Die Integration der in Deutschland lebenden Migranten und ihrer Nachkommen in die deutsche Gesellschaft ist eine der ganz großen Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Gelingt sie nicht, dann haben wir alle ein Problem.



WAS IST UNS DIE GESUNDHEIT WERT?

GUTE MEDIZIN ZU BEZAHLBAREN PREISEN

NORBERT ARNOLD

*Leiter der Arbeitsgruppe
Gesellschaftspolitik, Hauptabteilung
Politik und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Alltagsaussagen wie „Hauptsache, gesund“ und „Ohne Gesundheit ist alles nichts“ deuten auf den hohen Stellenwert hin, den wir Gesundheit beimessen. Sie spiegeln den Wunsch der Menschen nach einem langen und gesunden Leben sowie die Sorge vor Krankheit und Leid wider. Der Umgang mit Kranken ist ein sensibler Gradmesser für das Humane einer Gesellschaft. Barmherzigkeit, Empathie und die fürsorgende Hilfe für kranke Menschen haben im christlichen Kulturkreis eine lange Tradition. Heilung und Leidminderung sind ein ethisch hochlegitimiertes Gebot. Gesundheit ist nicht nur ein privates Gut, für das jeder Mensch selbst sorgen muss, sondern auch ein öffentliches. Die Gesundheitsfürsorge wird deshalb auch als wichtige Aufgabe des modernen Staates gesehen. Dass dabei der „Gewährleistungsstaat“ immer mehr zu einem „Versorgungsstaat“ geworden ist, der nicht mehr nur Rahmenbedingungen für ein effektives Gesundheitswesen schafft, sondern auch Leistungen übernimmt, die eigentlich besser von privater Hand erbracht werden könnten, ist eine häufig beklagte (Fehl-)Entwicklung.

VORBEUGEN IST BESSER ALS HEILEN

Das Austarieren von Verantwortlichkeiten für die Gesundheit ist eine neue Herausforderung, die nicht erst mit den enormen Sparzwängen in der gesetzlichen Krankenkasse entstanden ist, sondern die mit dem Selbstverständnis des Menschen in der modernen Gesellschaft verbunden ist. Das Konzept des „mündigen Bürgers“, der eigenverantwortlich und selbstbestimmt sein Leben gestaltet, ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden und muss auch im Gesundheitswesen gelten.

Zwar gehört die Selbstbestimmung des Patienten, wie z. B. der „informed consent“, zu den allgemein akzeptierten ethischen Standards der Medizin, dennoch sind viele Fragen offen: Nach wie vor gestaltet sich der Umgang von Arzt und Patient¹ „paternalistisch“ – manchmal aus gutem Grund und mit impliziter Zustimmung der Patienten. Andererseits gibt es immer mehr Menschen, die die vielfältigen Informationsquellen zu Gesundheitsfragen nutzen und dadurch versuchen, das prinzipiell asymmetrische Arzt-Patient-Verhältnis zu ihren Gunsten zu ändern. Hier gilt es, die Gesundheitskompetenz des Einzelnen über das (Mittel-)Maß einer gesundheitlichen Halbbildung hinaus zu stärken. Besonders auch die Probleme der Selbstbestimmung am Ende des Lebens – die Gestaltung von Patientenverfügungen, das Problem der aktiven Sterbehilfe – sind ungelöst und entwickeln sich zu einem medizinethischen Dauerthema mit hoher Priorität auf der politischen Agenda².

Ein Mangel an „gesundheitlicher Mündigkeit“ lässt sich auch im Hinblick auf die Lebensweise vieler Menschen diagnostizieren. Von gesundheitsbewusstem Verhalten kann oftmals keine Rede sein. Die optimistischen Gesundheitserwartungen vieler Menschen sind mit ihren falschen Ernährungsgewohnheiten, ihrem Risikoverhalten und Bewegungsmangel unvereinbar. Der verbreitete Glaube, „die Medizin werde es schon richten“

und die durch falsche Lebensweise verursachten Gesundheitsschäden „reparieren“, ist naiv. Diese Einstellung entwickelt sich darüber hinaus zu einer enormen Belastung für den Einzelnen und die Solidargemeinschaft. Dies gilt besonders in einer alternierenden Gesellschaft³ mit steigender Lebenserwartung und damit verbundenen gesundheitlichen Einbußen: nachlassender Leistungsfähigkeit, Zunahme der chronischen Erkrankungen, Multimorbidität usw. Hier ist es wichtig, noch mehr als bisher für den richtigen Weg zu sensibilisieren und die gesundheitliche Verantwortung dem Einzelnen bewusst zu machen.

Schließlich erfordert die Finanzierung des solidarischen Gesundheitssystems eine neue Lastenverteilung zwischen der Solidargemeinschaft und dem Einzelnen. Die Kosten der Gesundheitsversorgung werden weiter steigen – vor allem durch die hohe Lebenserwartung und den medizinisch-technischen Fortschritt, aber auch durch veränderte Erwartungshaltungen. Die kollektive Finanzierung von Gesundheitsleistungen wird zu einem Dauerproblem. Die Hebung von Rationalisierungsreserven kann sicherlich weitere finanzielle Spielräume eröffnen; die darin enthaltenen Potentiale sind jedoch begrenzt und reichen nicht aus, um alle Finanzierungslücken auf Dauer zu schließen. Bereits heute gibt es Ansätze einer Mehrklassenmedizin, die ethisch problematisch ist. Die Rationierung von knappen Gütern und Leistungen im Gesundheitswesen⁴ könnte sich zu einem Problem mit sozialer Sprengkraft entwickeln, wenn nicht Abhilfe gefunden wird.

BEZAHLBARE MEDIZIN FÜR ALLE

Die gesundheitliche Versorgung in Deutschland erfolgt auf einem hohen Niveau. Dieses zu erhalten ist ein zentrales Anliegen der Gesundheitspolitik. Wie kann es aber im Hinblick auf die skizzierten Herausforderungen gelingen, eine noch bessere Medizin auch in Zukunft zu bezahlbaren Preisen zu sichern? Als neuer Ordnungsrahmen im Gesundheitswesen, der zu mehr Qualität und Effizienz führen und den Versicherten und Patienten als mündigen Bürger stärken könnte, bietet sich ein marktwirtschaftlich orientiertes System an. Die Soziale Marktwirtschaft als erfolgreicher gesamtwirtschaftlicher Rahmen steht dabei Pate. Die in der Vergangenheit gelungene Überführung von Monopolen in funktionierende Märkte – wie z.B. im Bereich der Telekommunikation – zeigt, dass solche Transformationen grundsätzlich gelingen und mit erheblichen Vorteilen für die Verbraucher verbunden sein können. Sie gibt Anlass zur Hoffnung, dass dies auch für den Gesundheitsmarkt realisierbar ist. Ein möglicher Weg in ein solches wettbewerbsorientiertes, patientengerechtes, kostengünstiges und solidarisches Gesundheitssystem wird im Folgenden skizziert:⁵

Das bisherige Gesundheitssystem in Deutschland ist überreglementiert und setzt Fehlanreize. Der geltende Leitsatz des „einheitlichen und gemeinsamen“ Vertragshandelns zwischen den gesetzlichen Krankenkassen und den Leistungsanbietern hemmt Qualität und Effizienz. Er fördert nicht die Kreativität der Gesundheitsakteure. Deshalb sollte die jetzige Budgetsteuerung durch ein Vertragsprinzip ersetzt werden, das den Akteuren mehr Handlungsfreiheit zugesteht. Dem Staat fällt dabei – als „Gewährleistungsstaat“ – die Rolle zu, den Rahmen für den Wettbewerb zu schaffen und zu kontrollieren, Qualitätsstandards zu setzen und ihre Einhaltung zu überwachen sowie die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die staatliche Steuerung sollte über das Setzen verbindlicher qualitativer Ziele erfolgen, jedoch nicht mehr über technokratische Vorgaben, wie sie zu erreichen sind. Wie die Gesundheitsziele erreicht werden, dies bleibt den Leistungsanbietern überlassen, die in einen Qualitätswettbewerb eintreten müssen. Der Staat schafft für die Leistungsanbieter Chancengleichheit auf dem Gesundheitsmarkt und baut bürokratische Reglementierungen und Wettbewerbsverzerrungen, wie es sie derzeit durch direkte und indirekte Subventionen gibt, ab. Anbieterkartelle und Nachfragemonopole haben in einem Wettbewerbssystem keinen Platz. Mit Hilfe einer Regulierungsbehörde müssen die dem Wettbewerb entgegenstehenden Strukturen schrittweise abgebaut werden.



*Verschwendung knapper
Gesundheitsressourcen
ist nicht nur unwirtschaftlich,
sondern auch unmoralisch.*

Die Versicherten und Patienten erhalten dadurch die Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Leistungsangeboten im Gesundheitswesen, deren Qualität und Preise für sie transparent und nachvollziehbar dargestellt werden müssen. Mit ihrer Wahlmöglichkeit erhalten Versicherte und Patienten wesentlichen Einfluss auf die Gestaltung der gesundheitlichen Versorgung. Effizient arbeitende Leistungsanbieter, deren Dienstleistungen und Produkte hohe Qualität zu günstigen Preisen aufweisen, werden sich in einem am Wettbewerb orientierten Gesundheitssystem gegen weniger leistungsfähige Anbieter durchsetzen – zum Vorteil für Versicherte und Patienten.

Die Versorgung im Krankheitsfall muss auch in Zukunft für alle Menschen sichergestellt sein. Besser ist es allerdings, die bisherige „Pflichtversicherung“ durch eine „Versicherungspflicht“ mit Wahlfreiheiten zu ersetzen und dadurch größere Freiheitsräume zu eröffnen. Die Krankenkassen unterliegen dabei einer Kontrahierungspflicht, so dass eine Risikoselektion und eine Benachteiligung bestimmter Versicherungs- und Patientengruppen ausgeschlossen werden kann. Über „Gesundheitsportale“ wird in diesem Reformmodell eine flächendeckende Gesundheitsversorgung gesichert, die dezentrale Gesundheitszentren mit Kompetenzzentren in den Metropolen vernetzen. Die Sektorisierung der Gesundheitsversorgung sollte überwunden werden, so dass Einrichtungen der ambulanten, stationären und rehabilitativen Medizin besser zusammenarbeiten können.

Bei vielen Menschen trifft ein solches am Wettbewerb orientiertes Gesundheitssystem zunächst auf Ablehnung. Die neue Freiheit, die mit größerer Verantwortung für die eigene Gesundheit einhergeht, wirkt verunsichernd. Befürchtungen einer zunehmenden „Ökonomisierung aller Lebensbereiche“ und der sozialen Kälte werden geäußert. Leitlinie und Orientierungspunkt bleibt aber auch in einem solchen Reformmodell das Wohl des Patienten! Gerade weil die gesundheitliche Versorgung als humanitäre Aufgabe höchster Priorität unter den jetzigen Rahmenbedingungen auf Dauer nicht mehr gesichert werden kann, ist ein Wechsel zu einem leistungsfähigen Ordnungsrahmen notwendig. Dies ist auch ein ethisches Gebot, denn Verschwendung knapper Gesundheitsressourcen ist nicht nur unwirtschaftlich, sondern auch unmoralisch.

DIE ROLLE VON BIO- UND GENTECHNOLOGIE



Trotz des medizinisch-technischen Fortschritts, der wesentlich zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen beigetragen hat, bleibt die gesundheitliche Versorgung eine Herkulesaufgabe. Rund 30.000 Krankheitsbilder wurden bis heute beschrieben. Davon ist aber nur rund ein Drittel therapierbar. Nur der kleinste Teil der verfügbaren Therapien setzt an den Ursachen an, der überwiegende Teil zielt lediglich auf die Milderung von Symptomen. Die biomedizinische Forschung stellt den einzigen Weg dar, um systematisch Wissen zu generieren, das für die medizinische Diagnostik und Therapie genutzt werden kann. Der Gesundheitsforschung⁶ kommt daher sowohl forschungspolitisch als auch gesundheitspolitisch eine hohe Priorität zu.

In der Gesundheitsforschung müssen dort Schwerpunkte gesetzt werden, wo die Belastung für Kranke groß ist. Dies gilt vor allem für die sogenannten Volkskrankheiten: In Deutschland sterben an Herz-Kreislauf-Erkrankungen jährlich 390.000 Menschen. An Krebs – über 300 verschiedene Tumorerkrankungen fallen unter diesen Begriff – erkranken 395.000 Menschen pro Jahr; 210.000 sterben daran. An Diabetes sind 6 Millionen Menschen erkrankt; im Laufe der nächsten Dekade wird die Zahl voraussichtlich auf mehr als 14 Millionen ansteigen. 6.000 Erblindungen, 28.000 Amputationen, 27.000 Herzinfarkte und 44.000 Schlaganfälle treten jährlich in Deutschland infolge von Diabetes auf. Zu einer Volkskrankheit mit schweren Beeinträchtigungen für die Betroffenen und hohen Kosten für das Gemeinwesen sind auch die Skelett-Muskel-Erkrankungen, wie Rheuma und Arthrose, geworden – wirksame Therapien gibt es nicht. Über eine Million Deutsche leiden an Demenz; bis 2050 wird mit einer Verdopplung der Patientenzahlen gerechnet. Auch die Infektionskrankheiten – alte (Hepatitis, Malaria, Tuberkulose) und neue (HIV/Aids, SARS, Vogelgrippe, Ebola, Lassa-Fieber) – sind noch lange nicht

Literatur zum Thema

- (1) Volker Schumpelick, Bernhard Vogel (Hrsg.): *Arzt und Patient. Eine Beziehung im Wandel*. Freiburg 2006.
- (2) Martin Honecker, Eberhard Klaschik, Dorothea Ludewig-Thaut: *Humane Sterbegleitung*. Sankt Augustin 2001.
- Volker Schumpelick (Hrsg.): *Klinische Sterbegleitung und Menschenwürde*. Freiburg 2003.
- Norbert Arnold: *Sterbehilfe und Sterbegleitung*. Sankt Augustin/Berlin 2004.
- Josef Römlt: *Dem Sterben einen Sinn geben*. Sankt Augustin/Berlin 2006.
- Michael Fuchs: *Sterbehilfe und selbstbestimmtes Sterben – zur Diskussion in Mittel- und Westeuropa, den USA und Australien*. Sankt Augustin/Berlin 2006.
- (3) Volker Schumpelick, Bernhard Vogel (Hrsg.): *Alter als Last und Chance*. Freiburg 2005.
- (4) Volker Schumpelick, Bernhard Vogel (Hrsg.): *Gerechte Verteilung knapper Gesundheitsressourcen. In Vorbereitung*.
- (5) Klaus-Dirk Henke, Heinz Lohmann, Dorothea Ludewig-Thaut u.a.: *Bessere Medizin zu bezahlbaren Preisen. Mehr Qualität und Effizienz durch Wettbewerb. Plädoyer für die Stärkung des Bürgers im Gesundheitswesen*. Sankt Augustin/Berlin 2006.
- Peter Oberender u.a.: *Liberalisierung des Pharmamarktes. Eine ordnungsökonomische Analyse und Implikationen für den deutschen Pharmamarkt*. Berlin 2006.
- (6) Norbert Arnold, Helge Braun, Thomas Rachel, Katharina Reiche, Cornelia Yzer: *Gesundheitskompetenz ausbauen*. Sankt Augustin/Berlin 2006.
- (7) Norbert Arnold, Hans Günter Gassen: *Perspektiven der Biotechnologie*. Sankt Augustin 1996.
- (8) Norbert Arnold, Ursula Beykirch, Tilo Brinkmann u.a.: *Glossar Biowissenschaften und Bioethik*. Sankt Augustin 2001.
- (9) Wolfgang M. Franz, Wolfram Höfling, Ludger Honnefelder: *Chancen und Risiken der Stammzellforschung. In Vorbereitung*.

besiegt. Diese wenigen Zahlen zeigen den großen Bedarf an Gesundheitsforschung zur Genüge. Sie muss zum Wohle kranker Menschen intensiv gefördert werden.

Gesundheitsforschung ist ohne Bio- und Gentechnologie nicht mehr denkbar.⁷

Sie sind unentbehrlich in der Grundlagenforschung, in der therapieorientierten Forschung, in der Diagnostik und Therapie und bei der Herstellung von Medikamenten. Mit Genomics und Proteomics sind sie bereits in eine zweite Generation eingetreten; die Erwartungen an den medizinischen Nutzen sind sehr groß.

Von Beginn an wurden Bio- und Gentechnologie von einer kritischen Werte- und Risikodebatte begleitet.⁸ Auch wenn heute deutlich wird, dass die ursprünglich hohen Risikobefürchtungen nicht gerechtfertigt sind, bedarf der Umgang mit dieser Technologie besonderer Sorgfalt und Umsicht. Die „menschendienliche Perspektive“ nicht aus den Augen zu verlieren ist eine Aufgabe, die nicht nur den Biowissenschaftlern selbst auferlegt ist, sondern auch Ärzten, Ethikern, Juristen und Politikern. Die Problematik wird in jüngster Zeit besonders an der Stammzelltechnologie deutlich⁹. Die Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen tangiert die Menschenwürde und droht das Lebensrecht von Embryonen zu verletzen. Andererseits hat die Stammzellforschung erhebliche medizinrelevante Potentiale – auch wenn konkrete Therapien erst langfristig erwartet werden können. Die ethischen Aporien, die in diesem Wissenschaftsbereich zunehmend erkennbar werden, lassen einfache Lösungen nicht zu.

Nach wie vor fehlt ein biopolitisches Gesamtkonzept, das die „Innovationsaspekte“ – medizinische Anwendung, wirtschaftlicher Nutzen usw. – mit den Wertfragen – Lebensschutz, Menschenwürde usw. – in einem konsistenten System miteinander verbindet. Die Weichenstellungen in Biopolitik, Gesundheitspolitik, Forschungspolitik und Wirtschaftspolitik sind teilweise inkompatibel. Hier muss eine gesellschaftliche und politische Gesamtstrategie diskutiert werden, die einerseits die Risiken minimiert und andererseits die wirtschaftlichen und die Problemlösungspotentiale dieser innovativen „Zukunfts“-Technologie nutzt.



AUSBLICK

Im Hinblick auf die skizzierten Herausforderungen wird sich die Konrad-Adenauer-Stiftung auch künftig mit den Fragen zu Gesundheit und Lebenswissenschaften befassen: An welchen Leitbildern kann sich das Gesundheitswesen orientieren? Wie muss ein marktwirtschaftliches Gesundheitssystem gestaltet werden, das zu mehr Qualität und Effizienz führt? Wie lässt sich das Humane auch in Zukunft sichern? Wie können wir eine florierende Gesundheitswirtschaft schaffen? Auch die Herausforderungen der Lebenswissenschaften sind für die Stiftung ein wichtiges Thema: Wie können die Lebenswissenschaften (als „Zukunftstechnologie“, als „Leittechnologie des 21. Jahrhunderts“ und als „innovative Wachstumsbranche“) gefördert werden? Wie lassen sich bedenkliche Forschungszweige mit dem Lebensschutzgedanken vereinbaren? Was genau bedeutet die „menschendienliche Perspektive“ der Lebenswissenschaften?



DIALOG MIT DER ORTHODOXEN KIRCHE

EIN WERKSTATTBERICHT ÜBER GESELLEN- UND MEISTERSTÜCKE

KATJA CHRISTINA PLATE

*Projektkoordinatorin
„Werte, Religion und Politik in Europa“,
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

In einer Werkstatt wird an der Fertigung oder Reparatur von Gütern gearbeitet. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist eine deutsche politische Stiftung, und die orthodoxe Kirche ist, nun ja, eben eine Kirche. Was also bringt die Stiftung und die orthodoxe Kirche sinnbildlich in einer Werkstatt zusammen? Zugegeben – weder die Konrad-Adenauer-Stiftung noch die orthodoxe Kirche beschäftigen sich allzu sehr mit der Fertigung oder Reparatur von materiellen Gütern. Es ist die Arbeit an immateriellen Gütern, die uns verbindet.

Religion gehört zum Zentralbestand der Kultur einer Gesellschaft. Entsprechend hat sie starken Einfluss auf die Haltungen und Handlungen von Menschen. Ganz unmittelbar deutlich ist dies in Handlungen, die auf die Religion selbst bezogen sind. Beispielsweise beim Beten, beim Kirchengang, beim Essen von bestimmten Lebensmitteln und beim Vermeiden anderer oder bei der Gestaltung des Jahres und des Tages. Religiöse Orientierungen finden ihren Niederschlag aber auch in politischen Positionen und Programmen, in Wahlentscheidungen oder in der Motivation zu ehrenamtlichem zivilgesellschaftlichem Engagement. Dort, wo religiöse Orientierungen und die Werte, die in diesen Orientierungen gründen, ihren Niederschlag in gesellschaftlichem Handeln finden, ist die Schnittmenge von Religion und Politik. Hier finden die Konrad-Adenauer-Stiftung und die orthodoxe Kirche den Rohstoff für ihre gemeinsame Arbeit. Die Stiftung und die orthodoxe Kirche führen also keinen theologischen Dialog miteinander. Es sind die gesellschaftspolitischen Themen, die uns verbinden. Aus diesem Rohstoff fertigen wir neue Ideen und Konzepte für die Menschen. Und wie in einer richtigen Werkstatt liegen für Innovationen noch keine Konstruktionspläne in der Schublade. Es gibt aber sehr wohl Rahmendaten und Erfahrungswerte, auf die wir uns stützen können. So fühlt sich die Konrad-Adenauer-Stiftung in ihrer Arbeit dem christlichen Menschenbild verpflichtet. Dieses Menschenbild bedeutet für uns: Orientierung an der unveräußerlichen Würde des Menschen, an der Gleichwertigkeit der Menschen in ihrer Verschiedenheit und an dem Wissen um die Unvollkommenheit des Menschen. In diesem Menschenbild finden Konrad-Adenauer-Stiftung und orthodoxe Kirche einen Rahmen für die gemeinsame Arbeit.

Im Lauf der Zusammenarbeit haben Konrad-Adenauer-Stiftung und die orthodoxe Kirche eine Menge voneinander, aber auch übereinander gelernt. Unsere Werkstatt ist eine Lernwerkstatt. Das Lösen von Problemen und durchaus auch einmal das Experimentieren und Üben an einem Thema stehen für uns im Vordergrund. Seit mittlerweile über zehn Jahren arbeiten wir in diesem Sinne gemeinsam an Ideen und Konzepten für gesellschaftspolitische Fragen.

Es war im November 1996, als die Konrad-Adenauer-Stiftung das Programm „Gesellschaftspolitischer Dialog mit der Orthodoxie“ in Bulgarien, in der Ukraine und in der Russischen Föderation begann. Die Konrad-Adenauer-Stiftung nahm die orthodoxe Kirche damals als eine gesellschaftliche Kraft wahr, die ein hohes Gestaltungspotential in sich trägt. Gemeinsam wollen wir auch weiter zur konstruktiven Entwicklung der

Gesellschaften in den Transformationsländern Ost- und Südosteuropas beitragen. Seit 1996 haben wir in unserer Lernwerkstatt einige Gesellen- und ein paar Meisterstücke herstellen können. Viele Einzelpersonen aus der Konrad-Adenauer-Stiftung und aus der orthodoxen Kirche haben ihren Beitrag geleistet.

Auch weiterhin arbeiten die KAS-Außenstellen – in Moskau, in St. Petersburg, in den baltischen Staaten, in Kiew, in Warschau, in Sarajevo, in Belgrad, in Skopje, in Sofia und in Bukarest – regelmäßig zusammen mit den orthodoxen Kirchen an gesellschaftspolitischen und sozialetischen Zukunftsfragen. Seit dem Frühjahr 2006 unterstützt die Stiftung die Arbeit der Außenstellen von Berlin aus zusätzlich im Rahmen der neu gegründeten Projektstelle „Werte, Religion und Politik in Europa“.

Im April 2006 wurde die Übersetzung des „Kompendiums der Soziallehre der [katholischen] Kirche“ in die serbische Sprache in Belgrad in Anwesenheit von Renato Raffaele Kardinal Martino, dem Präsidenten des päpstlichen Rates Justitia et Pax, vorgestellt. Diese Übersetzung wurde sowohl von Seiten der Serbischen Orthodoxen Kirche als auch von der katholischen Kirche als wichtiger Beitrag zu einem ökumenischen Dialog über die Soziallehre gewürdigt.

*Professor Bernhard Vogel,
KAS-Vorsitzender,
im Gespräch mit Vikar-
bischof Tichon von
Tiveriopol aus Bulgarien
(Oktober 2006 in Berlin).*



Die KAS setzt sich insbesondere auch für die Vernetzung von christlichen demokratischen Politikern, Journalisten und Experten mit dem Ökumenischen Patriarchat in Istanbul ein. So konnte im August 2006 in Istanbul ein Gespräch zwischen dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus I., dem Generalsekretär der CDU, Ronald Pofalla, dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Arnold Vaatz, und hochrangigen Vertretern der evangelischen und der katholischen Kirche aus Deutschland stattfinden. Im September 2006 fand in Rumänien eine KAS-Konferenz „Orthodoxie in Europa“ statt. Das Thema wurde im Oktober 2006 in Berlin mit einer Fachkonferenz „Vor dem EU-Beitritt – Herausforderungen an die Bulgarische und die Rumänische orthodoxe Kirche“ wieder aufgegriffen, um auf den nahen EU-Beitritt von rund 30 Millionen orthodoxen Gläubigen hinzuweisen. Bei beiden, insgesamt sehr ertragreichen, Konferenzen wurde das weitgehende Fehlen einer kohärenten orthodoxen Soziallehre deutlich.

Die Christdemokratie in Deutschland hat die äußerst positive Erfahrung machen dürfen, ihre Programmatik im Dialog mit – und auch in der Reibung an – einer starken Soziallehre der Kirchen zu schärfen. Die orthodoxe Kirche ist als Dialog- und auch Reibungspartner für die Politik bisweilen noch nicht stark genug. Nun gibt es in der Orthodoxie neue Ansätze, die Soziallehre im Theologiestudium zu verankern. Um diese Entwicklung zu unterstützen, gründet die KAS mit Partnern aus der orthodoxen Kirche gegenwärtig einen internationalen Arbeitskreis orthodoxer Theologen zur Soziallehre. Um den ökumenischen Dialog langfristig auf eine breitere personelle Basis zu stellen, arbeitet die KAS intensiv mit Nachwuchskräften. In Südosteuropa wurde ein Programm „Dialog der jungen Theologen“ für Studenten der orthodoxen, katholischen und muslimischen Theologie entwickelt. Für ganz Europa wurde ein Programm „Stipendien für Studenten der orthodoxen Theologie“ neu aufgelegt.

*Ronald Pofalla, General-
sekretär der CDU,
im August 2006 mit
dem Ökumenischen
Patriarchen Bartholomäus I.
in Istanbul.*



Der vorliegende Werkstattbericht gibt Einblick in die gemeinsame Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der orthodoxen Kirche. Einige unserer Vorhaben sind richtige Meisterstücke geworden, an anderen müssen wir noch arbeiten. Einige unserer gemeinsamen Produkte haben eine lange Geschichte, andere sind ganz neu entstanden. Aber die Werkzeuge, mit denen wir an all diesen Themen gemeinsam mit der orthodoxen Kirche arbeiten, sind immer die gleichen: Respekt, Neugier und Vertrauen.



DER FALL AFRIKA

LEHREN AUS DEM WAHLMARATHON IN DER DEMOKRATISCHEN REPUBLIK KONGO 2006/2007

ANDREA OSTHEIMER

*Leiterin der Länderbüros
Demokratische Republik Kongo
und Südafrika der
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Die in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) am 30. Juli und 29. Oktober 2006 durchgeführten Parlaments-, Präsidentschafts- und Provinzwahlen dominierten nicht nur die nationale und internationale Medienberichterstattung, sie bestimmten auch maßgeblich die Arbeit der zahlreichen nationalen und internationalen Akteure und insbesondere die Aktivitäten der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kinshasa. Denn der Versuch, im Kongo stabile demokratische Verhältnisse zu etablieren, hat Auswirkungen auf die gesamte Region.

Die Wahlen im vergangenen Jahr waren sicher Meilensteine in der kongolesischen Geschichte. Doch markieren sie auch das Ende des mit dem „Globalen und Inklusiven Abkommen von Sun City“ (Dezember 2002) begonnenen Übergangsprozesses (Transition) von der Diktatur zur Demokratie? Von der Antwort auf diese Frage hängt mehr ab als nur die Zukunft des Kongo.

Das Abkommen von Sun City hatte zunächst den 30. Juni 2005 als Ende der Transition festgelegt, mit der Möglichkeit einer zweimaligen Verlängerung um jeweils sechs Monate. Verzögerungen in der Ausarbeitung einer neuen Verfassung, des darauf aufbauenden Wahlgesetzes, in der Wählerregistrierung sowie in der logistischen Organisation der Wahlen in einem Land, das gekennzeichnet ist durch eine desolate Transportinfrastruktur, stellten einen Wahltermin vor dem 30. Juni 2006 bereits Anfang des Jahres 2006 in Frage.

Den in der zweiten Hälfte 2006 durchgeführten Wahlen ging bereits ein Verfassungsreferendum am 18. Dezember 2005 voraus. Den Urnengängen 2006 folgten und folgen die indirekten Senatswahlen (19. Januar 2007), die Wahl der Provinzgouverneure (27. Januar 2007) sowie die für 2008 geplanten Lokalwahlen.

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen schaffte es die Unabhängige Wahlkommission (CEI) dennoch, dank der großzügigen Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, die ersten pluralistischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen seit der Unabhängigkeit des Landes schließlich am 30. Juli 2006 durchzuführen. Die Herausforderungen, denen man sich stellen musste, waren vielfältig und reichten von der Sensibilisierung der 25 Millionen registrierten Wähler über das Design eines mehr als 800 Kandidaten umfassenden Wahlzettels für die Parlamentswahlen in größeren Wahlkreisen wie Kinshasa bis hin zur Organisation des eigentlichen Wahltages und zur Sicherstellung freier und transparenter Wahlen.

Da Verzögerungen und Probleme im Ablauf von den politischen Akteuren oftmals als absichtliche Behinderung durch die CEI bzw. als Parteinahme interpretiert wurden und sich das politische Klima sukzessive verschlechterte, organisierte das KAS-Büro in Kooperation mit der CEI und den Partnern National Democratic Institute (NDI) und Electoral Institute of Southern Africa (EISA) wöchentliche Dialogveranstaltungen, die dem Informationsaustausch zwischen CEI, politischen Parteien und unabhängigen Kandidaten dienten.

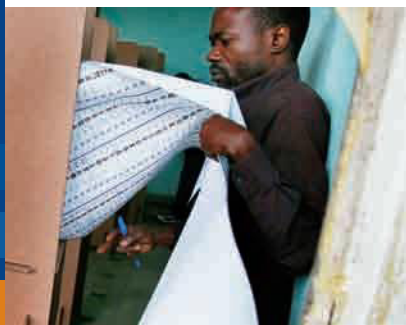
Durch ein vom deutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) ermöglichtes Zusatzprogramm zur Wählersensibilisierung war das KAS-Büro Kinshasa darüber hinaus in der Lage, in fünf Provinzen sowohl der Bevölkerung den Wahlprozess zu erläutern als auch mehr als 1.200 Parteibeobachter auszubilden. Insbesondere Letztere waren in Kooperation mit den nationalen und internationalen Wahlbeobachtern in der Lage, die Transparenz des Urnenganges, der Auszählung und der weiteren Datenverarbeitung zu gewährleisten.

In der wöchentlichen Fernsehsendung der KAS „En route vers les élections“ wurden relevante Themen, wie z.B. der Missbrauch staatlicher Ressourcen zu Wahlkampfzwecken, mit politischen Akteuren und gesellschaftlichen Entscheidungsträgern diskutiert. In Theaterstücken und Hörspielen unterstrich die KAS vor allem die Notwendigkeit eines fairen Wahlkampfes und der Akzeptanz der Ergebnisse im Kontext einer demokratischen Wahl.

*Von oben:
Wahlzettel Kinshasa im
A1-Format mit sechs Seiten.*

*Die Theatergruppe
„Les Bèjarts“ bei der
Wählersensibilisierung.*

*MONUC-Soldaten vor dem
KAS-Büro Kinshasa.*



Der Wahlkampf als solcher verlief vor der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen äußerst schleppend und wurde dominiert durch die Veranstaltungen der Spitzenkandidaten Präsident Joseph Kabila und Vize-Präsident Jean-Pierre Bemba. Der Mangel an Ressourcen unter den 9.584 Parlamentschaftskandidaten (für 500 Mandate) reduzierte deren Wahlkampf auf einen Schilderwald und ein Banderolenmeer in den größeren Städten des Landes. Angetreten mit wenig mehr als einem Slogan, verkürzten die Kandidaten ihre Botschaft an den Wähler auf Namen, Seitenzahl des Wahlzettels und Nummer des Kandidaten zur einfacheren Identifizierung auf den teilweise A1-Format besitzenden und bis zu sechs Seiten umfassenden Wahlbulletins.

Eine hohe Wahlbeteiligung in Höhe von 70,54% (30.07.) und 65,36% (29.10.) sowie der friedliche Verlauf der Wahltage demonstrierten deutlich den Willen der kongolesischen Bevölkerung zu mehr Mit- und Selbstbestimmung nach Jahrzehnten des Konfliktes und autokratischer Herrschaft.

Das Thema „Sicherung des Wahlprozesses“, dessen sich das KAS-Büro in Zusammenarbeit mit der Police Nationale Congolaise, MONUC, EUFOR und EUPOL in diversen Veranstaltungen im Vorfeld bereits angenommen hatte, gewann insbesondere nach der Verkündung der Ergebnisse des ersten Durchgangs der Präsidentschaftswahlen neue Bedeutung. Nachdem bekannt wurde, dass der amtierende Präsident Joseph Kabila nicht die notwendige absolute Mehrheit im ersten Wahlgang erringen konnte (44,81%) und es zu einer Stichwahl zwischen ihm und Jean-Pierre Bemba (20,03%) kommen sollte, brachen in der Hauptstadt Kinshasa am 20. und 21. August schwere Kämpfe zwischen der Präsidialgarde und den Milizen des Opponenten Jean-Pierre Bemba aus. Erst das Eingreifen der MONUC- und EUFOR-Truppen sowie das Einwirken der internationalen Gemeinschaft auf die Kontrahenten führten zur Einstellung der Kampfhandlungen am 22. August. Ein Entgleisen des bis dahin so erfolgreich umgesetzten Wahlprozesses drohte, und die anhaltend angespannte Sicherheitslage verhinderte in der Folge einen direkten Wahlkampf der Präsidentschaftskandidaten für die Stichwahl am 29. Oktober. Auch die Aktivitäten des KAS-Büros Kinshasa wurden angesichts der sich verschlechternden Sicherheitslage vor der sprichwörtlich „eigenen Haustür“ und von Bembas Milizencamp in unmittelbarer Nachbarschaft eingeschränkt. Nachdem es nach der Stichwahl und vor der Verkündung der Ergebnisse im November erneut zu militärischen Kämpfen zwischen beiden Lagern kam, sicherte die UN-Mission MONUC verstärkt das im Zentrum des Konfliktes liegende Quartier und postierte sich unmittelbar vor dem KAS-Büro.

Der Rückgriff auf militärische Mittel im politischen Wettbewerb stellte nicht nur die Bereitschaft beider Kandidaten, sich demokratischen Prinzipien zu unterwerfen, in Frage, sondern bedeutete insgesamt einen Rückschlag für die erfolgreiche Durchführung demokratischer Wahlen.



Insbesondere die Präsenz und das Engagement der internationalen Gemeinschaft und hier insbesondere der EU und der UN trugen letztlich und trotz aller widrigen Umstände zu einem positiven Abschluss des Wahlprozesses bei. Hier bleibt insbesondere die Krisendiplomatie des EU-Sonderbeauftragten für die Großen Seen, Aldo Ajello, des Comité International pour l'Appui à la Transition (CIAT) und die verstärkte Truppenpräsenz MONUCs und der 1.100 in Kinshasa stationierten EUFOR-Soldaten (plus 1.200 in Bereitschaft in Libreville/Gabun) zu nennen.

Der zweite Wahlgang am 29. Oktober verlief friedlich, und der Sieg Joseph Kabilas (58,05%) über Jean-Pierre Bemba (41,95%) wurde zwar von Seiten der Verlierer vor Gericht erfolglos angefochten, ein weiterer Rückgriff auf Waffengewalt unterblieb jedoch. Die Dominanz des Präsidentenlagers manifestierte sich auch im dritten Wahlprozess – der indirekten Selektion der Senatoren durch die neukonstituierten Provinzparlamente am 19. Januar 2007. Zwar sind die Schätzungen, wonach 82 Senatoren ins Lager der Alliance pour la Majorité Présidentielle (AMP) gerechnet werden können, zu hoch gegriffen, doch verfügt AMP trotz aller vagabondage politique über eine solide Mehrheit nun auch im Senat.¹ Während der Stimmenkauf beim direkten Votum in den Parlaments-, Präsidentschafts- und Provinzwahlen relativ schwierig nachzuweisen ist, wurde die Bestechung der Provinzabgeordneten und deren Wechsel ins Lager des Gegners schnell publik und wurde leider zu einem Charakteristikum der Senatswahlen.

Auch wenn die 2006 durchgeführten Urnengänge offiziell das Ende des Transitionsprozesses gemäß dem Abkommen von Sun City bedeuteten, stellt sich die eingangs bereits aufgeworfene Frage, ob dies im Kontext der Demokratischen Republik Kongo auch de facto das Ende der Transition bedeuten kann. In einer minimalistischen Definition bedeutet Transition den Übergang von einem nichtdemokratischen Regime in ein demokratisches. Wahlen stellen dabei ein Kernelement zur Etablierung einer Demokratie dar. Voraussetzung für demokratische Wahlen ist nicht nur eine Garantie der politischen Rechte, sondern auch die Partizipation der politischen Akteure und der Wähler am Prozess. Wahlen an sich konstituieren allerdings noch keine Demokratie.² Zunächst einmal ist es notwendig, den Charakter der Wahlen zu betrachten, aber auch deren Ergebnis: Wie demokratisch wird das neugewählte Regime sein? Wie stark sind die im politischen System angelegten „checks and balances“? Wie unabhängig sind die Kerninstitutionen?



*AmtsInhaber
Joseph Kabila bei der
Stimmabgabe.*

Während des gesamten bisherigen Transitionsprozesses spielte die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle, sowohl bei der Mobilisierung der Bevölkerung als auch durch ihre Beteiligung in politischen Gremien und Institutionen. Eine solche Form der Partizipation birgt jedoch stets die Gefahr der Kooptation und der Absorption durch die Herrschenden. In den Wahlen 2006 ergriffen plötzlich nicht nur die politischen, sondern auch die zivilgesellschaftlichen Akteure Partei und unterstützten offen den einen oder anderen Kandidaten. Für die kongolesische Zivilgesellschaft besteht nun die große Herausforderung, wieder ihre Unabhängigkeit zurückzugewinnen, um ihre Kontrollfunktionen wahrnehmen und vor allem die Bedürfnisse der Bevölkerung artikulieren zu können.

„Vagabondage politique“:
der Wechsel ins andere
politische Lager.
Im anglophonen Kontext
oft auch als floor-
crossing bezeichnet.



1 | „La bataille de la présidence du Sénat serait-elle focalisée à l’Equateur ou au Kasai?“, in: *Le Potentiel* v. 24.1.2007.

2 | In der politikwissenschaftlichen Diskussion spricht man hier vor allem von der „fallacy of electoralism“, siehe: Karl, Terry Lynn: *Dilemmas of Democratization in Latin America*, in: *Comparative Politics*, Vol. 23, Nr. 1, 1990, S. 1–21, hier S. 14 f.

3 | Denis Kadima (Hrsg.): *The politics of party coalitions in Africa*, Johannesburg 2006.

4 | International Crisis Group: *Congo: Staying engaged after the elections*, Africa Briefing No 44, Nairobi/Brussels, 9 January 2007.

5 | Jean-Marie Guéhenno, zitiert in: *Stability in the Congo will benefit whole of Africa, global commitment still needed*, <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=w21194&Cr0=democratic&Cr1=congo>, 9.1.2007.

6 | Stand der Schätzungen: Ende November 2006. Bei APEC handelte es sich um einen von UNDP verwalteten Geberfond, der insbesondere der CEI zur Umsetzung ihrer Aufgaben zur Verfügung stand.

Die Zusammensetzung des Parlamentes zeigt, wie stark das Parteiensystem der DR Kongo fragmentiert ist. Schätzungsweise 273 Parteien sind offiziell registriert und davon 69 im Parlament repräsentiert. Hinzu kommt eine hohe Anzahl an unabhängigen Kandidaten (63). Damit einher geht eine hohe Volatilität im Wahlverhalten, die zukünftige parlamentarische Mehrheitsbildungen erschweren wird. Bereits in der Vergangenheit zeichnete sich kongolesische Parteipolitik durch das Phänomen der „vagabondage politique“ aus. Dies bedeutet, dass die im Kontext der Wahlen geschmiedeten Parteikoalitionen nur eine begrenzte Halbwertszeit aufweisen werden, insbesondere wenn die herrschende Partei(-allianz) in der Lage ist, materielle Vorteile zu versprechen.

Zu den Problemen der Bildung stabiler parteipolitischer Allianzen veranstaltete das KAS-Büro Kinshasa bereits im Vorfeld der Wahlen ein Seminar, basierend auf den Ergebnissen einer im KAS-Regionalprogramm Südliches Afrika durchgeführten qualitativen Studie.³ Da die Bildung einer starken und tragfähigen Opposition eine essentielle Voraussetzung zur Erfüllung der Kontrollfunktionen des Parlamentes darstellt, wird das Thema auch zukünftige Aktivitäten bestimmen.

Eine der größten Herausforderungen für die Demokratisierung der DR Kongo bleibt jedoch mittelfristig die Etablierung der Staatsgewalt auf dem gesamten Territorium und insbesondere die Befriedung des Ostkongo. Die dabei bestehenden Interdependenzen zwischen einer Stabilisierung des Kongo und der Lösung nationaler Sicherheitsprobleme in den angrenzenden Staaten Ruanda (Forces Démocratiques de Libération du Rwanda/FDLR), Uganda (Lord Resistance Army/LRA) und Zentralafrikanische Republik (ZAR) geben den zukünftigen Entwicklungen in der DR Kongo eine kaum zu unterschätzende regionale Dimension. Bereits in der Vergangenheit hatte Jean-Pierre Bemba den ehemaligen Präsidenten der ZAR, Ange-Félix Patassé, mit militärischen Truppen unterstützt. Ein Rückzug der gegen die Regierung des amtierenden Präsidenten François Bozizé kämpfenden Patassé-Truppen auf kongolesisches Territorium hätte eine Destabilisierung der Provinz Equateur zur Folge.

Schätzungsweise 8.000 bis 9.000 ruandische und ugandische Rebellen befinden sich noch auf kongolesischem Territorium.⁴ Angriffe dieser Truppen auf kongolesische Dörfer lösen immer wieder ethnische Konflikte in den Gemeinden vor Ort aus. Auch wenn diese Rebellen zwar keine direkte Gefahr mehr für die Regierungen der Nachbarländer darstellen, so sind sie doch eine Belastung für die regionalen Beziehungen und destabilisieren insbesondere die lokalen Strukturen. Jean-Marie Guéhenno, UN-Under-Secretary General for Peacekeeping Operations, stellte zu Recht fest: „The resolution of the crisis in the DRC will benefit Africa more than solving any other of the continent’s current conflicts.“⁵ Er fügte allerdings auch hinzu, dass das kontinuierliche Engagement der internationalen Gemeinschaft erforderlich sein wird, um die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, in denen man in ähnlichen Situationen nach erfolgten Wahlen sich vorzeitig wieder zurückzog, was dazu führte, dass Konflikte erneut wieder hervorbrachen.

Alleine für das Projekt APEC (Appui au Processus Electoral en RDC) beliefen sich die Kosten auf schätzungsweise 328 Millionen US-Dollar.⁶ Eine Gesamtbilanz der Kosten des Wahlprozesses liegt zwar noch nicht vor, doch steht jetzt bereits fest, dass ein solches Engagement der internationalen Gemeinschaft nicht nur für sich einzigartig ist, sondern es in Bezug auf Kongo auch bleiben dürfte. Fragt sich nur, wer in fünf Jahren dafür Sorge tragen wird, dass es nach den „Gründungswahlen“ erfolgreiche Folgewahlen in der DR Kongo geben kann.



AUS DER ERINNERUNG WÄCHST KRAFT FÜR DIE ZUKUNFT. WER NICHT WEISS, WOHER ER KOMMT, WEISS AUCH NICHT, WOHIN ER GEHEN SOLL. DIE LEHREN DER VERGANGENHEIT MÜSSEN WEITERGEGEBEN WERDEN. SIE SIND DIE WEGWEISER, DIE UNS RICHTUNG GEBEN.



WEM GEHÖRT DIE GESCHICHTE?

LITERATUR ALS ERINNERUNGSKULTUR

MICHAEL BRAUN

*Leiter des Referates Literatur,
Hauptabteilung
Begabtenförderung und Kultur,
Konrad-Adenauer-Stiftung,
außerplanmäßiger Professor für
Neuere Deutsche Literatur
und ihre Didaktik an der
Universität zu Köln*

Wir haben das 20. Jahrhundert verlassen, aber es hat uns nicht verlassen. Bücher, Bühnenstücke und Filme bemühen sich in vielfacher Form, der Erinnerung an diese Vergangenheit Gestalt zu geben, und rücken dabei auch lange tabuisierte Themen wie Bombenkrieg und Führerbunker, Flucht und Vertreibung ins öffentliche Bewusstsein. Neben der Politik und der Kulturwissenschaft, die zwischen individuellen und kollektiven Konstruktionen des Gedächtnisses unterscheidet, hat sich auch die Neurowissenschaft der Erinnerung angenommen und ihre Beziehung zum menschlichen Bewusstsein erforscht. Die Erinnerung ist also ein transdisziplinäres Thema, an dem unterschiedliche wissenschaftliche, politische und literarische Erinnerungsgemeinschaften teilhaben. Vertreter dieser Erinnerungskulturen hat die Konrad-Adenauer-Stiftung bei ihrem X. Symposium über „Literatur als Erinnerungskultur“ versammelt: die ehemalige Bundesministerin Dorothee Wilms, den Sprach- und Literaturwissenschaftler Harald Weinrich, den Hirnforscher Ernst Pöppel, den Historiker Christian Meier, die Schriftsteller Julia Franck und Uwe Timm.

Wenn Europa ein Kontinent der Erinnerung ist, der auf dem „Fundament von Antike, Judentum, Christentum und Aufklärung“ ruht (Bernhard Vogel), dann ist die Erinnerung auch ein europäisches Thema. Unter den deutschen Vergangenheiten, die nicht vergehen, werden besonders die NS-Diktatur und die SED-Diktatur stärker als je zuvor in europäische Kontexte gestellt. Wenn Autoren wie Jorge Semprún und Andrzej Szczępiński, die Unterschiede zwischen Hitlerismus und Stalinismus wohl bedenkend, deutsche und russische Konzentrationslager in einem Atemzuge nennen, dann bahnt sich eine andere, weniger dogmatische und mehr pluralistische Sichtweise auf die Vergangenheit an. Es ist die Literatur, die federführend an diesen „Erinnerungsverhandlungen“ (Gerhard Lauer) mitwirkt. Sie ist die Vorhut der „ethischen Wende“, die sich derzeit in der kulturellen Erinnerungspraxis vollzieht (Aleida Assmann).

Das ist kein Zufall. Von alters her – die Schrift gehört zu den ältesten Gedächtnismedien – ist es Aufgabe der Schriftsteller, Vergangenheit im kulturellen Gedächtnis zu speichern und zu überliefern, die kollektive Geschichte in persönlichen Geschichten erzählbar zu machen und auf diese Weise für die Zukunft der Erinnerung Sorge zu tragen. Doch weil der Abstand zur Zeitzeugengeneration wächst, sind neue Blicke in alte Geschichten erforderlich. Die deutsche Vergangenheit will von jüngeren Autoren nicht mehr bewältigt, sie will vielmehr verstanden und eingeordnet werden in den Kontext eines zusammenwachsenden Europas – auch mit der Lizenz zur Erfindung. Die Generationen sind sich also, sehen wir diesen europäischen Kontext, nicht mehr einig über das, was erinnert werden muss und was vergessen werden kann. Der Konsens der „Erbengemeinschaft“, die zu wissen glaubte, welche Lektion ihr von der Geschichte aufgetragen wurde, ist mit dem Zusammenwachsen Europas zerbrochen.

Mit Harald Weinrich kann man folgende Positionen der Erinnerungsgenerationen unterscheiden: In der ersten Gruppe gibt es die „Primärzeugen“, die, häufig erst nach langem Schweigen und Zögern, ihre traumatischen Erinnerungen autobiographisch zu Papier bringen. Dazu gehört die Holocaust-Literatur von Elie Wiesel bis Ruth Klüger, dazu gehört auch die Literatur deutscher Kriegsteilnehmer, die zwischen Rechtfertigung und Rechenschaftslegung schwankt. Aufgrund ihrer Erziehung und ihrer Jugend waren viele der späteren Autobiographen damals sicherlich „politische Analphabeten“, aber die Erinnerung an die Zeit als Luftwaffenhelfer (wie bei Günter de Bruyn) ist anders rekonstruierend als die an die Zeit als SS-Soldat (wie bei Günter Grass).

Zu den „Sekundärzeugen“ zählen die Autoren, die aufgrund ihrer späteren Geburt ohne eigene bzw. ohne bewusste Opfererfahrung geblieben sind, aber mit den Zeitzeugen noch direkt kommunizieren konnten. Dagmar Leupold und Uwe Timm wären hier zu nennen, die sich mit der Verführbarkeit von Familienmitgliedern durch den Nationalsozialismus auseinandersetzen.

Die dritte Gruppe schließlich ist in das Stadium der „postmemory“ eingetreten (Marianne Hirsch). Wenn die jüngeren Autoren über Erlebnisse vor ihrer Geburt schreiben, können sie neben historischen Quellen und Familiendokumenten auch den Spielraum der literarischen Imagination nutzen. Sie müssen sich dabei der Frage stellen, wem die Geschichte künftig gehört, den Historikern oder den Literaten, der Dokumentation oder der Fiktion. Der Buchenwald-Überlebende Jorge Semprún hat bei der Literaturpreisverleihung der KAS 2001 die nachgeborenen Autorenkollegen aufgefordert, das Gedächtnis der Zeitzeugen mit ihren Erfindungen „mutig zu entweihen“.

Die deutsche Literatur ist in den letzten Jahren zu einem beliebten Schauplatz dieses Generationenstreits über Formen und Funktionen des Erinnerns geworden. Aus der Fülle der Erinnerungsbücher einzelne Werke herauszugreifen ist dabei so schwer nicht. Uwe Timms „Am Beispiel meines Bruders“ (2003) ist bereits ein kanonisches Buch der Erinnerungsliteratur, Günter Grass' „Beim Häuten der Zwiebel“ (2006) ist schon vom Streitwert eines der präsentesten Werke; nur Tanja Dückers' Roman „Himmelskörper“ (2003) fehlt es an Bekanntheit, obwohl er ein herausragendes Zeugnis dafür ist, „dass jetzt die Enkel anfangen zu fragen“ (Christa Wolf). Diese Werke sind sprechende Beispiele für den fundamentalen Wandel der literarischen Erinnerungskultur; ihre Autoren repräsentieren die drei Generationen, deren Erinnerungen das kommunikative Gedächtnis umfasst: Grass ist Jahrgang 1927, Timm 1940, Dückers 1968.

GÜNTER GRASS UND DER FALL DER SUBJEKTIVEN ERINNERUNG

Nobelpreisträger Grass hat mit seinem Geständnis, 1944/45 Panzerschütze der Waffen-SS gewesen zu sein, für die heftigste Debatte der jüngeren literarischen Erinnerungskultur gesorgt. Sie war gut für sein neues Buch „Beim Häuten der Zwiebel“, aber schlecht für den Autor. Jahrelang hatte er an der Grenze zur Unbelehrbarkeit seinen Ruf als moralische Instanz der Deutschen zu befestigen versucht; nun stand dieser Ruf auf dem Spiel. Dabei ging es nicht um die vom Autor selbstkritisch sezierte Verführbarkeit eines Jugendlichen im „Dritten Reich“. Ein „Kainsmal“ (so Grass) wurde die doppelte Rune, die Holocaust-Überlebende zeitlebens entsetzt, aus einem anderen Grund: Grass hatte sich jahrzehntelang darüber ausgeschwiegen; noch israelischen Besuchern, die ihm im Sommer 2006 eine Ehrendoktorwürde antrugen, hatte er seine SS-Mitgliedschaft vorenthalten. Am meisten aber stieß die Doppelmoral auf Widerspruch, mit der Grass immer wieder Kritik an der Vergangenheit deutscher Politiker geübt und die angeblich „kommode Diktatur“ der DDR gerechtfertigt hatte.

Wem diese Geschichte gehört, daran lässt Grass keinen Zweifel: Nur der Autor hat das Recht, seine Erinnerung zu hüten, die demgemäß unzuverlässig sein kann und subjektiv sein muss. „Gedächtnislücken“ und „Blindstellen“ gehören so mit zum Erzähl-



Günter Grass

programm von Grass, dem der „Krebstgang“ der individuellen Erinnerung wichtiger ist als die auf Genauigkeit und Geradlinigkeit bedachte Historiographie. Schon beim Nobelpreisträgertreffen in Vilnius im Jahre 2000 hat Grass dies betont: „Erinnerung darf schummeln, schönfärben, vortäuschen, das Gedächtnis hingegen tritt gerne als unbestechlicher Buchhalter auf.“

Die Last der persönlichen Erinnerung verteilt Grass auf zwei Schultern: auf den aus der Gegenwart erzählenden Chronisten und auf sein jugendliches Alter Ego, das in zeitliche und zugleich räumliche Distanz gerückt wird. Das Gleichnis für ein solches moralisches Zwei-Personen-Drama aus Mitläufer und Aufklärer liefert das Titelmotiv der Zwiebel. Das Häuten der Zwiebel trübt den Blick, liefert unscharfe Erinnerungsbilder; zudem hat, was unfreiwillig ironisch ist, die Zwiebel, ein altes Emblem für falsche Freunde, keinen Kern. Anschaulich verfolgen kann man Grass' Erzählweise in dem Buchkapitel, das der Zeit bei der Waffen-SS gewidmet ist. Es ist ein vom Umfang kleines Kapitel mit großer Wirkung; der Titel „Wie ich das Fürchten lernte“ suggeriert dort ein böses Märchen, wo man einen selbstkritischen Bericht erwartet hätte. Demgemäß treten an die Stelle von Motivationen und Erklärungen notorische Selbstzweifel und selbstaufgestellte Erinnerungsverbote. Kein Wort fällt über Totenkopfmystik und Nibelungenethos der Schutzstaffel, die sich von Hitlers persönlicher Leibwache zum Hauptinstrument des politischen und militärischen Terrors entwickelte; ja, Grass behauptet sogar, mit Rassismus erstmals in einem amerikanischen Kriegsgefangenenlager konfrontiert gewesen zu sein. Sehen und Wissen klaffen auseinander, die subjektive Erinnerung unterdrückt die historische Wahrheit. Damit macht sich Grass selber zu einem „umsichtig heimlichen Verdränger“ (Martin Meyer) der Geschichte.

TANJA DÜCKERS UND DIE INNERE WAHRHEIT DER GESCHICHTE

Tanja Dückers, der nur mit Vorbehalt das Etikett des „Fräuleinwunders“ angehängt werden kann, weil sie sich gegen die „Mär von den jüngeren unpolitischen Autoren“ wendet und auf eine „Literarisierung des Politischen“ zielt, ist rund 40 Jahre jünger als Grass. Unfreiwillig wurde ihr Roman „Himmelskörper“ ein Opfer der Novelle „Im Krebstgang“, mit der Grass 2002 versucht hatte, die Diskussion über Flucht und Vertreibung zu monopolisieren und einen deutschen Opferdiskurs zu mobilisieren. Dückers' Buch handelt von dem gleichen Ereignis, der Flüchtlingstragödie des ehemaligen KdF-Schiffes „Wilhelm Gustloff“, beleuchtet es aber nicht aus der Opferperspektive wie Grass, sondern verkapselt es in einem Familiengeheimnis der Täter. Die Großeltern der Erzählerin hatten sich auf Kosten anderer Flüchtlinge und mithilfe von Denunziationen als privilegierte Nazis aus Gotenhafen gerettet und sogar Hitlers „Mein Kampf“ mit ins Fluchtgepäck genommen: eine Geschichte, die verdrängt, vergessen und durch beschönigende Erinnerungen überlagert wird.

Schon früh ahnt der Leser mit der Erzählerin, dass es mit den Kriegs- und Flüchtlingserzählungen ihrer Großeltern nicht seine Richtigkeit hat: Der Großvater braucht zu wenig, die Großmutter zu viel Geschichte, „Geschichtsvergessenheit“ und „Geschichtsversessenheit“ gehen eine irritierende Mischung ein. Auch die elterliche Nachkriegsgeneration stiftet keine gemeinsame Erinnerung mehr; der Vater, als Orthopäde sinigerweise auch zuständig für das Einrenken „krummer Geschichten“, kann mit dem Krieg weder Erinnerungen noch Erlebnisse verbinden; seine Frau wiederholt den Erinnerungszwang ihrer Mutter, indem sie alte Zöpfe und Zähne sammelt: Extreme einer Scham- und Schuldkultur, die das Werteklima der 68er-Generation langwirkend bestimmt hat.

Das alles vermag die Erzählerin Freia nicht zu überzeugen. Sie fühlt sich als „Teil einer langen Kette“, aber zugleich anders – „ohne Erklärung, Geschichte, Verbindung“ – als ihre weiblichen Vorfahren, die jeweils im ersten Kriegsjahr (1914 die Großmutter, 1939 die Mutter) geboren sind. Sie will den „vagen Begriff ‚Geschichte‘“ mit einer „schlüssigen Geschichte“ füllen. Doch am Ende muss sie sich eingestehen, dass Fotografien, historische Dokumente und Erzählungen die Wahrheit der Familienhistorie



Tanja Dückers



Uwe Timm

nicht preisgeben. Tanja Dückers plädiert für die „innere Wahrheit“ der Geschichte statt für eine mimikryhafte Realitätsnachahmung; und auch Julia Franck, die mit ihrem Marienfelde-Roman „Lagerfeuer“ (2003) das bislang unbeachtete Kapitel der deutsch-deutschen ‚Übergangslager‘ behandelt, verteidigt eine „subjektive Wahrheit der Erfindung“.

UWE TIMM: LEHRE ODER LEERE DER GESCHICHTE

Uwe Timms Buch „Am Beispiel meines Bruders“ ist ein Modell spannender und zugleich hochauthentischer Erinnerungsliteratur. Schon im Titel knüpft es an die Tradition der Exempla-Literatur an, in der die Historie als Beispielsammlung lehrreicher Erfahrungen galt. Doch dem Autor liegt weniger an der Lehre der Geschichte als vielmehr an ihrer Leere, an ihren Auslassungen, an Erinnerungslücken und Brüchen.

Aus „der Distanz von 60 Jahren“ geht es um die Geschichte seines älteren Bruders, der sich 1942, erst 18-jährig, freiwillig zur SS-Totenkopfddivision meldete, an der Ostfront kämpfte und in der Ukraine starb. Zugleich geht es um die bis in die Gegenwart reichende Geschichte seiner Familie, die der Autor als Einziger überlebt hat. Erst das Schweigen der Familienmitglieder bringt ihn zum Sprechen. Seine Erinnerung ruht auf dem Familiengedächtnis und den Medien privater Erinnerung (Tagebuch, Briefen, Fotos). Zudem werden normative Texte der kollektiven Erinnerungskultur zu Rate gezogen, Werke des historischen Täter- und Opfergedächtnisses. Diese Quellen treten in einen spannungsreichen Dialog. Wenn in den Tagebuchaufzeichnungen des Bruders die Tötung von Zivilisten in einem Krieg der verbrannten Erde als „normaler Alltag“, im Luftkrieg über Deutschland hingegen als „Mord“ bezeichnet und Feldpostbriefen des Bruders die Erinnerung jüdischer KZ-Insassen gegenübergestellt wird, denen jeder Kontakt mit der Außenwelt untersagt war, dann zeigt sich, wie unzuverlässig jede einzelne Quelle für sich ist. Timm demonstriert, wie wichtig das kulturelle Gedächtnis als Ergänzung und Korrektiv des Familiengedächtnisses ist. Wovon das Tagebuch des Bruders schweigt, von NS-Ideologie und Antisemitismus etwa, davon müssen historische und literarische Quellen sprechen. Das Mandat des nachgeborenen Erzählers besteht darin, die Aufzeichnungen und Erzählungen der Zeitzeugengeneration, die er überlebt hat, kritisch zu reflektieren, gerade dort, wo sie Lücken und Leerstellen aufweisen.

WEM GEHÖRT DIE GESCHICHTE?

Wem die Geschichte gehört, der subjektiven Erinnerung der Zeitzeugengeneration (Grass), der literarischen Fiktion der zweiten Nachkriegsgeneration (Dückers) oder dem Familien- und Gesellschaftsgedächtnis der ‚Zwischengeneration‘ (Timm), bleibt offen. Mit dem unweigerlichen Aussterben der Zeitzeugen, die Weltkrieg und Holocaust, Flucht und Vertreibung noch in ihrem Erfahrungsgedächtnis haben, nähern wir uns einer Schattenlinie. Gleichzeitig wird die Erinnerung an die ost- und ostmitteleuropäischen Diktaturen der zweiten Jahrhunderthälfte reaktiviert. An der Überführung dieser differierenden Geschichtserfahrungen ins kulturelle Langzeitgedächtnis sind neben Bildern, Denkmälern, Museen, Gedenk- und Festtagen die Werke der Literatur maßgeblich beteiligt. Es sind immer wieder die Schriftsteller, die als gefragte und fragende Instanzen der Erinnerung unsere Gedächtniskraft herausfordern. Deshalb sind die Erinnerungsbücher von Louis Begley, Joachim Fest, Gila Lustiger, Uwe Timm, um nur diese zu nennen, so wichtig für eine „europäische Erinnerungskultur“ (Dorothee Wilms), in der über Gemeinsames und Trennendes der nationalen Erbschaften gesprochen werden muss. Selbst wenn Versuche der Versöhnung über die Gräben der Vergangenheit oft problematisch sind, sie sind geboten, will man das Gestern nicht dem Vergessen überantworten. Besonders Verharmlosung, Beschönigung oder Ostalgie im Umgang mit deutscher Vergangenheit, etwa mit Anpassung und Widerstand in der SED-Diktatur, tragen zur Geschichtsverfälschung bei. In diesem Sinne ist nur zu beherzigen, was Harald Weinrich auf dem Berliner KAS-Symposium hervorhob: „Wachsamkeit und Kritik bleiben geboten, Bequemlichkeit und Unbesorgtheit verboten“.



DAS GEWISSEN STEHT AUF

ZUM 100. GEBURTSTAG VON HELMUTH JAMES GRAF VON MOLTKE UND CLAUD GRAF SCHENK VON STAUFFENBERG

FRANK MÜLLER

*Leiter der Arbeitsgruppe
Geschichte und Politik, Hauptabteilung
Wissenschaftliche Dienste,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Die Daten 11. März 2007 und 15. November 2007 stehen für die 100. Geburtstage der Widerstandskämpfer Helmuth James Graf von Moltke und Claus Graf Schenk von Stauffenberg. Ihr Eintreten gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft hat ihnen einen festen Platz im Gedächtnis der Deutschen gesichert. So steht Stauffenberg für alle die Gegner, die sich – obwohl sie anfangs Vorstellungen der Nationalsozialisten nicht fernstanden – in Kenntnis der Verbrechen des Regimes von diesem distanzierten und zum Umsturz entschlossen.

Mehrfach bereits waren Attentate auf Hitler gescheitert: an technischen Unzulänglichkeiten, an den Unwägbarkeiten des Zeitplans, der den Diktator – für ihn war dies „Vorsehung“ – immer wieder zu schützen schien, an der fortgesetzten Gefahr, vom Regime vorzeitig enttarnt zu werden. Die Frage des persönlichen Zugangs war es, die 1944 allein noch die Chance bot, Hitler zu beseitigen und die nationalsozialistische Herrschaft von innen heraus zu stürzen. Claus Graf Schenk von Stauffenberg nahm im Sommer 1944 diese Möglichkeit wahr.

Nach der Reichspogromnacht am 9. November 1938 begann sich Stauffenberg vom Nationalsozialismus allmählich zu distanzieren. Doch erst die verbrecherische Kriegsführung im Osten nach dem Überfall auf Russland führte ihn zum Widerstand.

Vor dem letzten Schritt stand freilich erst noch der Versuch, einen gangbaren Weg innerhalb des Systems zu finden. Er meldete sich im Januar 1943 zum Frontdienst in Afrika, um dem Generalstab den Rücken kehren zu können. Drei Monate später erlitt er bei einem Tieffliegerangriff schwere Verwundungen, verlor ein Auge, die rechte Hand und zwei Finger seiner linken Hand. An einen Einsatz im Feld war nicht mehr zu denken, der Weg führte zurück nach Berlin, zunächst zum Chef des Allgemeinen Heeresamtes, General Olbricht, schließlich am 1. Juli 1944 in eine Position, die ihm unmittelbaren Zugang zum Führerhauptquartier gewährte: Als neuer Chef des Stabes des Befehlshabers des Ersatzheeres gehörte er zu den Offizieren, auf die Hitler zählte – persönlicher Vortrag in den Lagebesprechungen eingeschlossen.

Zusammen mit seinen engsten Vertrauten, Generalmajor Henning von Tresckow, der seit 1943 an die Front im Osten abkommandiert war, Generaloberst a.D. Ludwig Beck, Feldmarschall von Witzleben und General Olbricht bereitete Stauffenberg den Umsturz vor. Dabei ging es nicht nur um die Beseitigung des Diktators; im Mittelpunkt der monatelangen Vorbereitungen stand die Umarbeitung jenes Planes, der ursprünglich für die Niederschlagung innerer Unruhen vorgesehen war und nun gegen die Machthaber eingesetzt werden sollte: der „Operation Walküre“.

Am 20. Juli 1944 war es so weit. Im Führerhauptquartier „Wolfsschanze“ bei Rastenburg in Ostpreußen gelang es Stauffenberg, seine Aktenmappe mit einer der beiden mitgebrachten Bomben am Tischbein des Kartentisches, an dem sich Hitler befand,

*Die Gedenkstätte
Plötzensee ist ein Ort
des Gedenkens für
die Opfer des National-
sozialismus aus dem
In- und Ausland.*



*Claus Graf Schenk von
Stauffenberg*

abzustellen und sich unter einem Vorwand wieder aus dem Raum zu entfernen. Als die Bombe wenig später detonierte, verließ Stauffenberg – in der festen Überzeugung, Hitler müsse tot sein – den Sperrbezirk und kehrte per Flugzeug nach Berlin zurück. Das Attentat jedoch war misslungen. Hitler überlebte leicht verletzt.

Ungeachtet der Unsicherheit über Erfolg oder Misserfolg des Attentats, die sich in Berlin schon vor seiner Rückkehr unter den Mitverschwörern ausgebreitet hatte, versuchte Stauffenberg, die Initiative an sich zu reißen. Die vorbereiteten Befehle der Operation Walküre wurden ausgegeben, der Gesamtplan lief an, bis hitlertreue Offiziere am Abend zum Gegenstoß ausholten und Stauffenberg und seine Mitstreiter festsetzten. Ein Standgericht verurteilte die Verschwörer zum Tod durch Erschießen; Generaloberst Beck wurde die Gelegenheit gewährt, sich selbst das Leben zu nehmen. Das Urteil wurde im Hof des OKH-Gebäudes, des Bendlerblocks, sofort vollstreckt. Stauffenberg starb mit den Worten auf den Lippen: „Es lebe das heilige Deutschland.“

Als Hitler sich am nächsten Tag per Rundfunkansprache zu Wort meldete, war von einer kleinen „Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich verbrecherischer dummer Offiziere“ die Rede, deren Komplott gescheitert sei. Auf die Motive der Handelnden ging Hitler wohlweislich nicht ein. Diese Motive aber sind es, die das eigentliche Vermächtnis Stauffenbergs ausmachen. Er war am 20. Juli 1944 nach Rastenburg gereist mit dem festen Willen, seinen Plan ohne Rücksicht auf dessen Erfolgchancen durchzuführen. Das Attentat war Ausdruck der Überzeugung, dass der Widerstand bis zur Gewaltanwendung reifen müsse, um der Welt zu zeigen, dass es auch ein anderes Deutschland gab – ein Deutschland, das sich der Missachtung aller ethischen Normen und rechtlichen Grundsätze widersetzte. Hier stand nicht mehr allein der praktische Zweck im Vordergrund; es ging um die Ehrenrettung eines Landes und eines Volkes – „coûte que coûte“, wie es Henning von Tresckow formuliert haben soll.

Der Wille zur Beseitigung der Gewaltherrschaft bildet einen, den symbolträchtigsten Teil des Vermächtnisses, das uns die Männer des 20. Juli hinterlassen haben. Neben der Beseitigung des Nationalsozialismus ging es aber auch bereits um etwas anderes: um dessen Überwindung. Auch hier manifestierte sich eine bewusste Form von Widerstandshandeln, das für den Aufbau der Bundesrepublik eine konstitutive Bedeutung erlangt hat: der Wille zur geistig-sittlichen Erneuerung des deutschen Staatswesens nach dem Ende des Nationalsozialismus.

In einer Vielzahl von Kreisen und Zirkeln, die schrittweise Kontakt zum aktiven Widerstand aufbauten, wurden erste Entwürfe für eine Neuordnung Deutschlands, seiner Verfassung, seiner Rechtsordnung, seiner Wirtschafts- und Sozialordnung, aber auch anderer wichtiger Bereiche vorbereitet. Hier stand nicht der Tyrannenmord – die „Tat“ – im Mittelpunkt des Bestrebens, Zeichen für ein anderes Deutschland zu setzen, sondern die Absicht, dieses andere Deutschland konzeptionell vorzudenken und den Aufbau einer auf Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde, demokratischer Freiheit und parlamentarischer Volksvertretung beruhenden Ordnung vorzubereiten. Eine der wichtigsten dieser Gruppen war zweifellos der Kreisauer Kreis um Helmuth James Graf von Moltke.

Der entschiedene Christ Moltke hatte bereits früh den Nationalsozialismus abgelehnt. Als ausgebildeter Jurist spezialisiert auf internationales Recht, half er schon vor dem Zweiten Weltkrieg zahlreichen Verfolgten des Regimes, sich außerhalb Deutschlands in Sicherheit zu bringen. Auf dem Weg zu seinem Ziel, dem Nationalsozialismus eine neue Ordnung entgegenzustellen, die auf dem christlichen Menschenbild aufbaute, sammelte er Gleichgesinnte aus den verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Lagern um sich. Das Familiengut der Moltkes im schlesischen Kreisau gab diesem Kreis seinen Namen. Zu den Kreisauern zählten Adlige, Kirchenvertreter, Hochschulprofessoren ebenso wie Repräsentanten der demokratischen Parteien aus der Weimarer Zeit, darunter der Sozialdemokrat Julius Leber. Später stießen Männer wie Carlo Mierendorff, Wilhelm Leuschner und Alfred Delp hinzu.



Eugen Gerstenmaier

*Helmuth James
Graf von Moltke,
Begründer des
Kreisauer Kreises,
vor dem
Volksgerichtshof.*



*Schloss Kreisau
nach der Restaurierung*

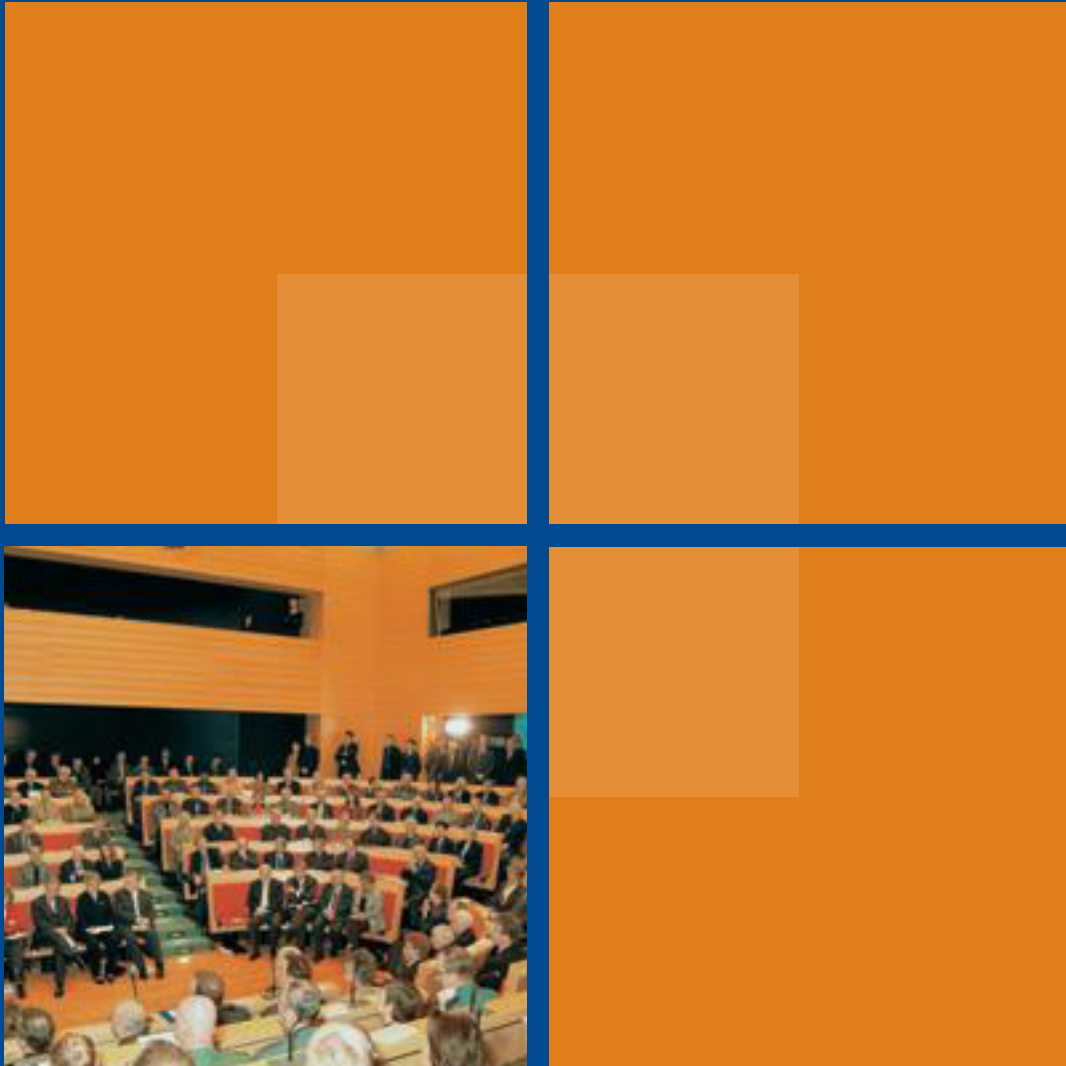
Helmuth James Graf von Moltke geriet früh in das Visier der Gestapo, die jedoch lange Zeit nicht wagte, ihn zu verhaften. Erst am 19. Januar 1944 griff das Regime zu, um ihn erst in Ravensbrück und später in Tegel festzuhalten. Am 11. Januar 1945 wurde er vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, obwohl er ein Attentat auf Hitler grundsätzlich abgelehnt hatte. Gleichwohl galt er dem Regime als Vertreter einer neuen Ordnung, die an die Stelle der NS-Herrschaft treten sollte, und damit als einer der geistigen Urheber des 20. Juli 1944. Am 23. Januar 1945 wurde er in Plötzensee hingerichtet. Unvergessen bleibt sein aufrechtes Eintreten für die eigenen Überzeugungen in den Duellen mit Freisler vor dem Volksgerichtshof.

Die verfassungs- und rechtspolitischen Vorstellungen Moltkes und des Kreisauer Kreises liefen keineswegs ausschließlich auf die Normen und Wertvorstellungen hinaus, die heute zum Grundkonsens unserer parlamentarischen Demokratie gehören. Vielmehr waren es insbesondere die Kreisauer, die in ihrem Bestreben, ein möglichst breites Spektrum des Widerstandes gegen Hitler zu integrieren, zum Teil höchst unterschiedliche Vorstellungen über den Staatsaufbau des zukünftigen Deutschlands diskutierten. Zu den Gemeinsamkeiten zählte freilich das Ziel, den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, nicht ein Volk, eine Nation oder gar eine Rasse – mit ein Grund dafür, dass sich den Kreisauern eine Reihe namhafter Christlicher Demokraten anschloss, die die Union mitgründeten und in der Aufbauphase der jungen Bundesrepublik wichtige Funktionen ausübten: der Direktor der neugegründeten Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, Otto Heinrich von der Gablentz, der spätere Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, der erste Bundesvertriebenenminister, Hans Lukaschek, der erste Präsident des Oberverwaltungsgerichts für Nordrhein-Westfalen, Paulus van Husen, der erste Oberpräsident Schleswig-Holsteins, Theodor Steltzer, schließlich Paul Graf Yorck von Wartenburg, der Bruder des 1944 hingerichteten Mitinitiators des Kreisauer Kreises, Peter Graf Yorck von Wartenburg.

Nicht allem also, aber doch der einen oder anderen Grundentscheidung beim Aufbau der Bundesrepublik haben Moltke und die Kreisauer den Weg bereitet: dem Prinzip der Selbstverwaltung, der Staatszielbestimmung als sozialer Bundesstaat, der Öffnung des Grundgesetzes für die Mitwirkung des Staates an supranationalen Institutionen. Hier liegt das eigentliche Erbe und das Vermächtnis Stauffenbergs, Moltkes und ihrer Mitstreiter: der antitotalitäre Grundkonsens über Parteigrenzen hinweg und der für einen Großteil dieser Widerstandskämpfer selbstverständliche Bezug auf das Recht und das christliche Menschenbild, das eine Antwort auf die geistigen Trümmer der NS-Herrschaft sein sollte und aus Sicht vieler Widerstandskämpfer allein sein konnte. Diesem Vermächtnis fühlt sich die Konrad-Adenauer-Stiftung verpflichtet. Ihr Ziel ist es, die Bedeutung des antitotalitären Grundkonsenses in einer Zeit zunehmender Unsicherheit und durchaus auch wachsender Orientierungslosigkeit zu verdeutlichen. Die Stiftung nimmt die 100. Geburtstage Stauffenbergs und Moltkes zum Anlass, den Blick auf diejenigen Konzepte zu lenken, die Grundlagen der Bundesrepublik und eines geeinten Europas geworden sind.

Dabei geht es ganz besonders um eine aktuelle Frage: Wie und mit welchen Methoden kann eine junge Generation, die aus zum Teil verschieden gelagerten Gründen – dazu zählen politische, soziale und wirtschaftliche Unsicherheiten – ein Reservoir für die Erfolge der Rechtsextremen darstellt, heute gegen totalitäre Versuchungen immunisiert werden? Die zielgruppenspezifische Aufbereitung dieser Themen im Rahmen der Bildungsangebote über die Grundlagen unseres Staatswesens, aber auch der Christlichen Demokratie, wird immer wichtiger.

Zu erörtern gilt es zudem, wie eine junge Generation – in Zusammenarbeit mit den Schulen – vor allem in den neuen Ländern methodisch überhaupt erst für diese Themen interessiert werden kann, bevor Organisationen vom rechten Rand des politischen Spektrums diesen heranwachsenden Menschen eine Heimstatt bieten. Die Stiftung besitzt mit ihren Aktivitäten zum Jugendwettbewerb DenkT@g einen guten Ansatzpunkt. Denn auch heute geht es darum, die Zukunft vorzubereiten.



STIFTUNG

WIR SIND EINE POLITISCHE STIFTUNG, DIE
BUNDESWEIT IN ZWEI BILDUNGSZENTREN
UND 16 BILDUNGSWERKEN AKTIV IST. UNSERE
66 AUSLANDSBÜROS BETREUEN WELTWEIT
PROJEKTE IN MEHR ALS 100 LÄNDERN.
UNSER SITZ IST IN SANKT AUGUSTIN BEI
BONN UND IN BERLIN.

WIR ÜBER UNS

70

STIFTUNG

KONRAD ADENAUER UND SEINE GRUNDSÄTZE SIND FÜR UNS LEITLINIEN, AUFTRAG UND VERPFLICHTUNG. DIE STIFTUNG TRÄGT SEIT 1964 DEN NAMEN DES ERSTEN BUNDESKANZLERS; SIE GING AUS DER BEREITS 1955 GEGRÜNDETEN „GESELLSCHAFT FÜR CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE BILDUNGSARBEIT“ HERVOR.



■ **NATIONAL UND INTERNATIONAL** setzen wir uns durch politische Bildung für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit ein. Die Festigung der Demokratie, die Förderung der europäischen Einigung, die Intensivierung der transatlantischen Beziehungen und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit sind unsere besonderen Anliegen. Als Think Tank und Beratungsagentur erarbeiten wir wissenschaftliche Grundlagen und aktuelle Analysen vorausschauend für politisches Handeln. Die Akademie der Stiftung in Berlin ist das Forum für den Dialog über zukunftsrelevante Fragen zwischen Politik, Wirtschaft, Kirche, Gesellschaft und Wissenschaft.

■ **AUF TAGUNGEN UND KONGRESSEN** bringen wir Leute zusammen, die „etwas zu sagen haben“. Zu unseren mehr als 2.500 Veranstaltungen allein in Deutschland kommen pro Jahr etwa 145.000 Menschen. Begabte junge Menschen, nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Mittel- und Osteuropa sowie aus den Entwicklungsländern fördern wir ideell und materiell. Engen Kontakt halten wir zu ehemaligen Stipendiaten – inzwischen etwa 10.000.

■ **AUSSTELLUNGEN, LESUNGEN UND PREISE** ergänzen unser Angebot. Wir unterstützen künstlerischen Nachwuchs und verleihen alljährlich den renommierten KAS-Literaturpreis. Junge Journalisten fördern wir in speziellen Projekten. Einen eigenen Lokaljournalistenpreis vergeben wir seit 1980. Der „Preis Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung“ ehrt seit 2002 Persönlichkeiten, die sich für Erhalt und Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft in herausragender Weise eingesetzt haben. In unserem DenkT@g-Wettbewerb prämiieren wir seit 2001 Internetpräsentationen, in denen sich Jugendliche mit der NS-Diktatur und dem Holocaust sowie aktuellen Fragen zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt auseinandersetzen.

■ **DIE GESCHICHTE DER CHRISTLICHEN DEMOKRATIE** in Deutschland und Europa erschließt und erforscht das Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Dem Benutzer stehen umfangreiche Schriftgutbestände, moderne Medien und eine Spezialbibliothek mit rund 169.600 Titeln zu Politik und Zeitgeschichte zur Verfügung.

WIR DANKEN UNSEREN STIFTERN, SPENDERN UND SPONSOREN

Einen besonders herzlichen Dank richten wir an unsere Spender und Sponsoren, die auch im Jahr 2006 die Konrad-Adenauer-Stiftung durch Zustiftungen, Spenden, Sponsoring, Förderbeiträge oder als Kooperationspartner unterstützt haben.

So ermöglichten die Spender für das Trustee-Programm EHF 2010 (EHF: Else-Heiliger-Fonds) mit jeweils 30.000 Euro, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung das renommierte Künstler-Stipendienprogramm, das 1993 mit einem Nachlass der Aachener Bürgerin Else Heiliger ins Leben gerufen wurde, weiterführen kann. Im Mittelpunkt steht der Gedanke, vor allem junge zeitgenössische Künstler zu fördern, die hohen Qualitätsansprüchen genügen, das Kriterium der Bedürftigkeit erfüllen und deren Arbeiten über die Welt, in der wir leben, erzählen.

Unterschiedliche Firmen und Organisationen stellten für Seminare und Berufskollegs der Begabtenförderung, der Journalistischen Nachwuchsförderung, für Veranstaltungen zur Gen-Politik, zur Familienpolitik und zur Wirtschaftspolitik Spenden- und Sponsoringbeiträge bereit oder sie finanzierten mit ihren Anzeigen interessante Publikationen der Stiftung.

Wir bedanken uns für ihre Unterstützung und das Vertrauen, das sie der Konrad-Adenauer-Stiftung entgegenbringen, für die Weiterempfehlungen, die so manche Tür geöffnet haben, und für die vielen guten Ideen und Anforderungen, die eine Weiterentwicklung der privaten Finanzierung unserer Stiftung mitgestalten.

Wir alle können mehr bewegen, wenn wir Menschen in unserer Umgebung wissen, die uns begleiten und ideell und finanziell fördern. Wenn auch Sie die Zukunft mitgestalten möchten und Ihnen bestimmte Schwerpunkte unserer Arbeit, wie z.B. die Begabtenförderung, die politische Bildung, die internationale Zusammenarbeit oder Kunst und Kultur, besonders am Herzen liegen, bieten eine Stiftung oder ein Fonds die ideale Form, Verantwortung für das Gemeinwohl mit zu übernehmen.

Wir beraten Sie gerne.

Ihre Ansprechpartnerin:

Petra Kulcsar
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin
Tel. 02241/246-2616
Fax 02241/246-2539
E-Mail petra.kulcsar@kas.de



IN ÜBER HUNDERT LÄNDERN SETZT SICH DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG FÜR DEN AUFBAU FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHER UND RECHTSSTAATLICHER STRUKTUREN SOWIE DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT EIN. ANGESICHTS DER WACHSENDEN AUSSTRAHLUNGSKRAFT CHINAS, DER INSTABILEN LAGE IM NAHEN OSTEN UND DER ERFOLGE DES POPULISMUS IN LATEINAMERIKA BLEIBT DIE FÖRDERUNG VON DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTEN FÜR DIE INTERNATIONALE ARBEIT EINE GROSSE HERAUSFORDERUNG.

IM EINSATZ FÜR DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

Für Deutschland werden außen-, sicherheits- und entwicklungspolitische Fragestellungen immer wichtiger – und immer schwieriger. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts eröffnet die Globalisierung den Menschen große Chancen, stellt sie aber gleichzeitig vor neue Bedrohungen: international agierende Terroristen, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, fanatisierte Regime, scheiternde Staaten, anhaltende Migrationsbewegungen, die Sicherung von Ressourcen und die Gefährdung unserer natürlichen Lebensbedingungen durch den Klimawandel stellen die internationale Stabilität in Frage. Durch die Ausstrahlungskraft des eindrucksvollen wirtschaftlichen Aufstiegs Chinas, das Ausbleiben einer Stabilisierung des Iraks und die Wahlerfolge linkspopulistischer Bewegungen in Lateinamerika gerät das Modell der freiheitlichen Demokratie weltweit zunehmend in die Defensive.

Die Förderung von Demokratie und Menschenrechten ist eine der zentralen Aufgaben der internationalen Arbeit der KAS. Um dieses Ziel zu erreichen, konzentrieren wir unsere Bemühungen neben der klassischen Unterstützung von politischen Parteien und Parlamenten auf den Aufbau und Ausbau der Rechtsstaatlichkeit, die Förderung freier Medien, die Schaffung marktwirtschaftlicher Strukturen und die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Rund die Hälfte der finanziellen Mittel der Konrad-Adenauer-Stiftung wird für die internationale Zusammenarbeit aufgewendet. In 66 Außenstellen betreuen unsere Auslandsmitarbeiter gemeinsam mit rund 300 Ortskräften Projekte in über 100 Ländern.

Der Begriff Best Practice bedeutet wörtlich „bestes Verfahren“. In der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit geht man zunehmend nach Best-Practice-Modellen vor. Dies bedeutet, man orientiert sich an vorbildlichen Verfahren, die sich in anderen Ländern oder Regionen bewährt haben.

Um den neuen Herausforderungen besser begegnen zu können, hat die KAS neben der bestehenden regionalen Kompetenz ihre inhaltlich-sektorale Sachkenntnis ausgebaut. Ziel ist es, unser Fachwissen künftig stärker zu bündeln und Projektansätze, mit denen wir gute Erfahrungen gemacht haben, auch in anderen Ländern und Regionen im Sinne von Best-Practice-Modellen anzuwenden. Die Schaffung und Stärkung eines modernen Rechtsstaates sowie die Verbesserung journalistischer Standards unterstützen die nachhaltige Demokratisierung und gehören zu den zentralen entwicklungspolitischen Aufgaben der KAS. Neben den Rechtsstaats- und Medienprojekten in den einzelnen Ländern ist die Stiftung seit diesem Jahr in allen Kontinenten außer Australien mit eigenen Rechtsstaats- und Medienprogrammen vertreten. Damit können nun länderbezogene und regionale Aktivitäten gezielt aufeinander abgestimmt und vernetzt werden. Zur Stärkung der Länderprogramme führt die KAS auch das 2005 begründete Projekt Globale Ordnungspolitik fort, das sich regionenübergreifend globaler Querschnittsthemen annimmt.

Daneben wurden mit der Einrichtung von vier Projektstellen personelle und strukturelle Voraussetzungen geschaffen, um diese globalen Querschnittsaufgaben inhaltlich intensiv zu begleiten. In den Themenbereichen „Interreligiöser Wertedialog“, „Entwicklungspolitik und Menschenrechte“, „Demokratie und Entwicklung“ sowie „Globale Wirtschafts- und Sozialordnung“ wird die KAS künftig noch effizienter und zielgerichteter die in ihrer internationalen Arbeit gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen in die entwicklungspolitische Diskussion einbringen können.



Deutschlandseminare, Fachkonferenzen, Studien- und Informationsprogramme ergänzten und unterstützten als projektbegleitendes Instrumentarium die internationalen Länder- und Regionalprogramme in Deutschland. Die Konrad-Adenauer-Stiftung brachte auf diese Weise ausländische Gäste mit Vertretern und Multiplikatoren aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur zusammen. Das projektbezogene Stipendienprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung förderte auch 2006 die Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern und aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Die Stipendien werden in der Regel für Aufbaustudien in den Bereichen Verwaltung, Politik, Journalismus vergeben.

VOM WESTEN BIS ZUM OSTEN: EUROPA VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN

Die europäische Integration hat sich in den letzten Jahrzehnten als einzigartiges Erfolgsmodell zur Schaffung von Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand erwiesen. Die Globalisierung und ihre Auswirkungen stellen die europäischen Gesellschaften und Volkswirtschaften vor eine Vielzahl von Fragen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung sieht es als ihre Aufgabe an, bei der Formulierung der entsprechenden Antworten mitzuwirken. Das Europabüro Brüssel hat ein Positionspapier verfasst, wie die EU für den globalen Wettbewerb fit gemacht werden kann. Daneben war es 2006 die vorrangige Aufgabe der Brüsseler Vertretung, die Reflexionsphase über die Zukunft des EU-Verfassungsvertrags mitzugestalten und dazu beizutragen, dass die Akzeptanz der Bürger für das Projekt Europa wieder zunimmt.

Die Außenstelle Washington konzentrierte sich nach dem Regierungswechsel in Deutschland auf die Wiederbelebung der transatlantischen Wertepartnerschaft. Veranstaltungen wie der Workshop „Engaging Russia“ oder ein internationales Kolloquium zur Zukunft der Nato gaben Anregungen, wie die Handlungsspielräume in den Beziehungen erweitert werden können, um die gemeinsamen Herausforderungen besser zu bewältigen. Zudem analysierte die Außenstelle den Wahlkampf im Vorfeld der Halbzeitwahlen in den USA und informierte die deutsche Öffentlichkeit regelmäßig über aktuelle Entwicklungen durch zahlreiche Publikationen.

In Frankreich dominierten 2006 innenpolitische Themen. Ursache hierfür sind die bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2007. Die Außenstelle versuchte durch Vorträge, Konferenzen und Gesprächsrunden die Debatte über wichtige europapolitische Themen fortzusetzen und weiter zu vertiefen. Auch in Spanien herrschte wegen der zunehmenden Spannungen zwischen Regierung und Opposition eine schwierige innenpolitische Situation. Der KAS-Außenstelle in Madrid ist es gelungen, das Interesse spanischer und portugiesischer Institutionen am Dialog mit Entscheidungsträgern aus Deutschland zu vergrößern.

Auch in den mittelosteuropäischen Ländern lag ein wesentlicher Schwerpunkt auf der Zusammenarbeit mit Parteien der Mitte. In Tschechien und Polen fanden Wahlen statt, die die politische Landschaft in Bewegung brachten. Die deutsch-polnischen Beziehungen wurden durch Meinungsverschiedenheiten zwischen deutscher Öffentlichkeit und insbesondere der PIS-Führung um Ministerpräsident Kaczynski erheblich belastet. Die KAS hat hier mit Dialogprogrammen und Konferenzen einen Beitrag zum besseren Verständnis auf beiden Seiten leisten können.

Ein wichtiger Schwerpunkt 2006 war die Arbeit zum Verhältnis von EU und Russland. Schon mit Blick auf das 2007 auslaufende Partnerschafts- und Kooperationsabkommen war es dringend geboten, den Dialog gerade zwischen Russland und seinen unmittelbaren Nachbarn in den baltischen Staaten und Polen zu verstärken. Hier konnte die KAS mit einer Vielzahl von Veranstaltungen, u.a. einer Konferenz in Moskau zur Aufarbeitung der Geschichte des Hitler-Stalin-Paktes und einem Zusammentreffen in Cadenabbia mit Politikern aus allen beteiligten Ländern und Deutschland, einen wichtigen Beitrag leisten. Ein weiterer Fokus richtete sich auf die programmatische Ent-

Evaluierung

Erfolgskontrolle und Wirkungsmessung sind gerade in der Entwicklungszusammenarbeit längst keine Fremdwörter mehr. Die KAS nimmt ihre Rechenschaftspflicht gegenüber den Zuwendungsgebern sehr ernst und hat 2003 eine Stabsstelle Evaluierung innerhalb der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit eingerichtet. Sie organisiert jährlich sechs bis acht Evaluierungen der Länder- und Regionalprojekte auf allen Kontinenten durch meist externe, unabhängige Gutachter. Die Ergebnisse dieser Qualitätskontrollen dienen der aktiven Projektsteuerung und steigern die Effizienz der eingesetzten Fördermittel.



Menschenrechte sichern

Für die KAS stellt die Menschenwürde einen ethischen Maßstab und eine politische Verpflichtung für die praktische Arbeit dar. Das Engagement für die Durchsetzung von Menschenrechten gehört deshalb weltweit zu den Kernaufgaben der Konrad-Adenauer-Stiftung. Um die Menschenrechtsarbeit der KAS zu dokumentieren, haben wir eine neue Broschüre vorgelegt, die neben den aktuellen Entwicklungen zur Sicherung der Menschenrechte insbesondere unsere eigenen Beiträge hierzu aufzeigt.

wicklung der Partei „Einiges Russland“, die sich um eine Annäherung an CDU und EVP bemüht.

In Südosteuropa hat die Konrad-Adenauer-Stiftung ihr Engagement und ihre Vertretungen sowohl in Rumänien als auch in Bulgarien zu Regionalbüros ausgebaut. In Bukarest ist das länderübergreifende Rechtsstaatsprogramm für Südosteuropa, in Sofia das Medienprogramm, ebenfalls für die gesamte Region, mit jeweils einem eigens entsandten Auslandsmitarbeiter angesiedelt. Beide Länder unterstützte die KAS im Jahr 2006 intensiv bei der Vorbereitung auf den EU-Beitritt am 1. Januar 2007. In allen Ländern der Region förderte die Stiftung den Erfahrungsaustausch zwischen den neuen Mitgliedsländern, den Beitrittskandidaten und Ländern, die erst langfristig auf eine Aufnahme hoffen können.

Bosnien und Herzegowina stand 2006 ganz im Zeichen einer möglichen Verfassungsreform. Die KAS-Außenstelle begleitete diesen Prozess in Fortsetzung ihres langjährigen Engagements mit einem erneuten Verfassungskolloquium in Cadenabbia. Erstmals kamen dabei die Vorsitzenden der im Parlament vertretenen Parteien sowie die drei Parlamentsvorsitzenden mit Verfassungsexperten aus Deutschland und der EU zusammen. In der gesamten Region bildet der Aufbau tragfähiger und programmatisch fundiert handelnder politischer Parteien einen wesentlichen Schwerpunkt der Stiftungsarbeit.

Im Bereich des interreligiösen Dialogs mit der Orthodoxie hat die KAS in Ost- und Südosteuropa aufgrund ihrer jahrelangen Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften ein Alleinstellungsmerkmal, was allseits Anerkennung erfährt. Besonders intensiv war im Jahr 2006 die Arbeit mit der orthodoxen Kirche zu gesellschaftspolitischen Themen. Im Rahmen der KAS-Fachkonferenz „Vor dem EU-Beitritt – Herausforderungen für die Bulgarische und die Rumänische Orthodoxe Kirche“ im Oktober 2006 wurde in Berlin erörtert, welchen Einfluss der Beitritt von rund 30 Millionen orthodoxen Rumänen und Bulgaren zur EU haben wird. Die KAS bemüht sich, vermehrt Stipendien an Studenten der orthodoxen Theologie zum Studium in Deutschland zu vergeben, um den Dialog langfristig auf eine breitere Basis interessierter Nachwuchskräfte zu stellen. Im Verhältnis zu Russland gerät die Frage der Werte und ihres verbindenden oder auch trennenden Charakters immer mehr in den Mittelpunkt. Deshalb hat die KAS 2006 ihr Engagement im Wertedialog mit der russisch-orthodoxen Kirche weiter ausgebaut und mit einer Konferenz über die alle Gesellschaften betreffenden Grundsatzfragen der Bioethik vertieft.

GESUCHT: NACHHALTIGE LÖSUNGEN FÜR DIE SCHWIERIGE LAGE IM NAHEN OSTEN

Die politischen Rahmenbedingungen für einen Fortschritt im Nahostkonflikt haben sich im Jahr 2006 mit der Wahlniederlage der verhandlungsbereiten Palästinenserorganisation Fatah und den Entführungen und Ermordungen israelischer Soldaten deutlich verschlechtert. Die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung im Nahen Osten zielt angesichts der komplexen Konfliktlage und der Eskalation der Gewalt nicht auf kurzfristige Erfolge, sondern auf die Entwicklung nachhaltiger Lösungsperspektiven. Immer stärker werden die für einen langfristigen Erfolg von Versöhnungsansätzen wichtigen jungen Zielgruppen aus Politik, Gesellschaft, Medien, Wissenschaft und Wirtschaft durch die Maßnahmen der Stiftung angesprochen. Feindbilder und Hass sollen durch Dialogprogramme abgebaut werden. Der Dialog zwischen den verfeindeten Gruppen in der Region, aber auch zwischen islamischer und westlicher Welt, ist eine anspruchsvolle Aufgabe, der sich die Konrad-Adenauer-Stiftung im Nahen Osten stellt.

Der Dialog mit dem Islam gehört für die KAS in den Ländern des Nahen Ostens seit Jahren zu den Schwerpunktthemen. In der Türkei kooperiert die KAS zur Durchführung ihrer Programme eng mit dem staatlichen Präsidium für Religionsangelegenheiten (Diyanet). Neben der gemeinsamen Durchführung der vierten internationalen interre-



Hochrangige Teilnehmer diskutierten vom 12. bis 13. September 2006 die verschiedenen Aspekte und Auswirkungen existierender Anti-Terror-Gesetze. Ziel war es, Rückschlüsse für die aktuelle Gesetzgebung in Ägypten zu ziehen.

ligiösen Konferenz zum Thema „Der Islam und das Christentum – Ein Vergleich der Grundwerte als Basis für einen interreligiösen Dialog“ startete im Jahr 2006 eine Kooperation zur Schulung der türkischen Vorbeter (Imame), die durch Diyanet auf einen vierjährigen Einsatz an türkischen Moscheen in Deutschland vorbereitet werden. Im Rahmen des KAS-Schulungsprogramms wurden die Imame von türkischstämmigen Dozenten aus Deutschland über Gesellschaft, Politik und Kultur in ihrem Einsatzland informiert. Bülent Arslan und Professor Barbara John ergänzten den Unterricht mit Vorträgen über die integrations- und migrationspolitischen Erfahrungen in Deutschland. Die Imame sind potentiell wichtige Multiplikatoren des interreligiösen und interkulturellen Dialogs und sollen in ihren Moscheegemeinden die Integration insbesondere der jungen Muslime verstärkt unterstützen.

Mit der Schaffung der Euro-Med-Parlamentarierversammlung 2004 wurde der Mittelmeerdiallog um die legislative Dimension erweitert. Das Regionalprogramm Nahost/ Mittelmeer der KAS und die EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament gründeten im Rahmen der internationalen Konferenz „Von Barcelona zur Nachbarschaftspolitik – die parlamentarische Dimension des Mittelmeerdialloges“ ein informelles Parlamentarier- und Parteinetzwerk, das den Austausch zwischen dem EP und den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeeres fördern soll.

In den Palästinensischen Autonomiegebieten arbeitet die Konrad-Adenauer-Stiftung für den Wandel von einem Land in Krieg und Konflikt hin zu einer pluralistischen Zivilgesellschaft, die die inneren Voraussetzungen für Frieden mitbringt. Wesentliches Element ist es dabei, einzelne Gruppen in die Lage zu versetzen, ihre Interessen zu artikulieren: Frauen, junge Menschen, die Wirtschaft, kommunale Entscheidungsträger. Die KAS hat gemeinsam mit einem lokalen Partner einen Jugendrat ins Leben gerufen, dessen Mitglieder außer zu Interessenvertretern der jungen Generation gegenüber Politik und Gesellschaft auch zu Multiplikatoren für politische Bildung werden können.



Teilnehmer der Konferenz „Chancenkontinent Afrika“, die im September 2006 die Perspektiven Afrikas als Standort und Markt erörterte.

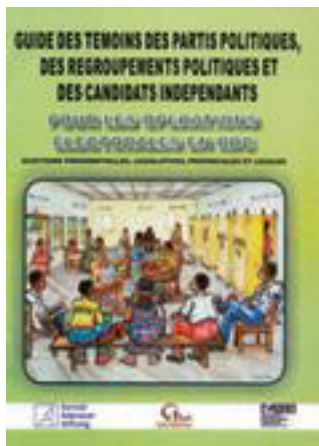
Das Länderprogramm Ägypten veranstaltete gemeinsam mit der Universität Kairo eine Konferenz über die politischen Auswirkungen der Anti-Terror-Gesetzgebung. Hochrangige Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland nahmen an dieser Konferenz teil, wie der Mufti Ägyptens, Ali Gomaa. Die KAS Marokko führte ein Dialogforum durch, das die Rolle von Kultur und Religion in den euro-mediterranen und euro-marokkanischen Beziehungen beleuchtete. Die Veranstaltung stand unter der Schirmherrschaft des Königs. Zu den Teilnehmern gehörten Bundestagspräsident Norbert Lammert und der Präsident der marokkanischen Abgeordnetenversammlung, Abdelouahed Radi.

AFRIKA – EIN KONTINENT IM AUFBROCH

Große internationale Aufmerksamkeit erhielt der Wahlprozess in der DR Kongo nicht zuletzt wegen des Einsatzes einer europäischen Militärmission zur Sicherung der Wahlen in der Hauptstadt Kinshasa. Die KAS hat den Transitionsprozess des Landes intensiv begleitet. Der Schwerpunkt im Jahr 2006 lag auf Maßnahmen zur Vorbereitung und Unterstützung der Wahlen. Ein umfangreiches Bildungsprogramm zur Wählerausbildung wurde ergänzt durch eine eigene Wahlbeobachtungsmission. Das neu gewählte Parlament ist eine wichtige Zielgruppe für weitere Programme der KAS zur Demokratieförderung. Ein erstes gemeinsames Seminar konnte bereits kurz nach der Konstitu-



*Angepasste Repräsentanz
der Konrad-Adenauer-
Stiftung im Süd-Sudan.*



*Handbuch zur Ausbildung
von Wahlbeobachtern.*

isierung des Parlaments realisiert werden. Die Frage, wie die Entwicklung in der DR Kongo nach den Wahlen und nach der Beendigung des EUFOR-Einsatzes weitergehen wird, wurde im Rahmen eines Fachgesprächs in Berlin und einer internationalen Konferenz in Brüssel mit hochrangigen Vertretern aus Regierung und Parlament und Parteien der DR Kongo und Vertretern internationaler Organisationen diskutiert.

Unter dem Titel „Political Communication in Southern Africa today: Election Campaigning and modern Policy Marketing“ fand zum zweiten Mal die „KAS Summer Academy“ in Johannesburg statt. Das Länderprogramm Südafrika hatte zu diesem Workshop sechzehn Oppositionspolitiker aus Angola, Kongo, Malawi, Simbabwe, Südafrika, Namibia und Sambia eingeladen, um sie zum konkreten Gedankenaustausch sowie zur Fortbildung zusammenzubringen. Neben theoretischen Einführungen zu aktuellen Entwicklungen der Wahlkampfforschung befassten sich die Politiker mit einem Vergleich der politischen Kommunikation der USA, Südamerikas und Deutschlands sowie den politischen, rechtlichen und medialen Rahmenbedingungen von Wahlkampagnen im südlichen Afrika.

Ein auch in Europa viel diskutiertes Thema hat das Länderprogramm Senegal aufgegriffen: die illegale Einwanderung sogenannter „Bootsflüchtlinge“ aus Westafrika nach Europa über die Kanarischen Inseln. In mehreren Seminaren, auf denen auch Betroffene ihre Erfahrungen schilderten, diskutierten Politiker und Vertreter der Zivilgesellschaft die Ursachen und Folgen dieser Auswanderung sowie die Alternativen für junge Arbeitslose in ihren Heimatländern. Die vom KAS-Büro Senegal herausgegebene Comic-Serie *Afrique Citoyenne*, die gesellschaftspolitische Fragen in einer für Jugendliche ansprechenden Form behandelt, widmete ein Heft diesem Thema.

ASIEN – AUFSTREBENDE UND SCHEITERNDE STAATEN

Der Aufstieg Chinas und Indiens wird die geostrategische Landkarte der Welt grundsätzlich verändern. Die Frankfurter Buchmesse mit dem Schwerpunktland „Indien“ und „ChinaTime 2006“ in Hamburg boten für die KAS einen attraktiven Rahmen, um die Herausforderungen dieser „Global Player“ für Deutschland und Europa einer breiteren deutschen Öffentlichkeit vorzustellen. In Asien selbst wurden Plattformen für multilaterale Dialoge, etwa zwischen China, Indien und Europa, angeboten, um Entwürfe für eine neue sicherheitspolitische Architektur zu entwickeln. Dabei kommt Staaten, die gleiche Grundwerte haben (etwa Japan), eine wichtige Bedeutung zu.

Ein herausragendes Beispiel für die Stärkung eines gemeinsamen regionalen Bewusstseins in Südostasien ist die Erarbeitung der „ASEAN-Charta“, die die Zusammenarbeit in der Region auf eine neue Grundlage stellen soll und von der KAS in Singapur maßgeblich begleitet wurde. Bewährte regionale Aktivitäten auf den Gebieten Politikdialog, Medien und Demokratie und Recht konnten fortgeführt werden. Das von der KAS initiierte Wochenmagazin „AsiaNews“ hat sich mittlerweile, insbesondere über seine Online-Ausgabe, zu einer wichtigen Plattform eines verlässlichen und offenen Dialoges entwickelt. Damit konnte auch ein Gegengewicht gegen die fortgesetzten Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit geschaffen werden.

Der schnelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformationsprozess hat in Asien die Diskussionen über eine nachhaltige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung befördert. Die Lösung der Entwicklungsprobleme in China wird dabei richtungsweisend sein. Basierend auf der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft hat die KAS begonnen, sich stärker im ordnungspolitischen Dialog in China zu engagieren. Dieser umfasst auch Fragen der weltwirtschaftlichen Integration, die im KAS-SIFT WTO-Forum in Shanghai eine mittlerweile renommierte Veranstaltungsplattform gefunden haben.

Die Herausforderungen durch den Islam haben sich auch im Jahr 2006 in Süd- und Südostasien weiter verstärkt. Mit ihrer Ausstellung „World Religions – Universal Peace – Global Ethic Exhibition“ hat die Stiftung im stark islamisch geprägten Malaysia einen

auch überregional beachteten Beitrag zum Verständnis der Religionen geleistet. Angesichts fortbestehender ethnisch-religiöser Konflikte blieben Projekte zur Konfliktprävention und -regelung (Philippinen, Thailand) notwendiger denn je. Auch hat sich das Problem fragiler oder scheiternder Staaten (Afghanistan, Myanmar, Bangladesch) 2006 eher noch verschärft. Lösungen können nur in Kooperation mit den asiatischen Nachbarstaaten gefunden werden.

Zentralasien und der südliche Kaukasus haben weiter an geostrategischer Bedeutung gewonnen. Die seit 2005 ausgeweiteten Aktivitäten, die vom KAS-Regionalbüro in Taschkent gesteuert wurden, zielten vorrangig auf die Vermittlung demokratischer Werte an jüngere Führungskräfte und Medienvertreter sowie die Befähigung kommunaler Funktionsträger. Allerdings erschweren die zunehmenden Restriktionen durch die zentralasiatischen Regierungen die Arbeit der Stiftung. Um intensiver auf die Herausforderungen im Südkaukasus einwirken zu können, wurde 2006 die Eröffnung eines eigenen Länderbüros in Tiflis/Georgien vorbereitet.

Mit der Internationalen Sicherheitskonferenz im Oktober 2006 in Rio de Janeiro schuf die KAS ein Forum, auf dem sich Fachleute aus Südamerika und Europa zu aktuellen Fragen der Sicherheitspolitik austauschen konnten.



LATEINAMERIKA – DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UNTER DRUCK

Zum dritten Mal fand eine internationale Sicherheitskonferenz in Brasilien statt, bei der die neuen Aufgaben der Streitkräfte im Mittelpunkt standen. Ziel der vom Studienzentrum Rio de Janeiro der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten Veranstaltung war es, zu aktuellen Fragen der Sicherheitspolitik ein Forum zu schaffen, bei dem sich Militärs, Politiker, Ministerialbeamte, Akademiker und Journalisten aus den Staaten Südamerikas und Europas austauschen können. Immer noch wird insbesondere in den lateinamerikanischen Ländern die Mission der Streitkräfte primär in der Landesverteidigung gesehen und – in manchen Fällen – in der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit der Staaten. Nach außen engagieren sich die Lateinamerikaner zwar auch bei UN-Missionen. Jedoch steht die Diskussion um den Beitrag der südamerikanischen Staaten zu Fragen der internationalen Sicherheit – z. B. der Terrorismusbekämpfung, des Drogenhandels, des Beitrags zur Lösung internationaler Konflikte – noch am Anfang.



Nach Übernahme der Regierungsgeschäfte auf Kuba durch Raúl Castro gewinnt die Oppositionsbewegung Einfluss. Die KAS unterstützt Oswaldo Payá in seinem Bemühen um Reformen.

Ein zentrales Thema der alle drei Jahre stattfindenden regionalen Konferenz der Auslandsmitarbeiter der KAS war die besorgniserregende Entwicklung des Populismus in Lateinamerika. Die dadurch in die Defensive geratenen traditionellen Parteien aus dem Mitte-Rechts-Spektrum und die übergreifende Schwäche der demokratischen Institutionen in einer Reihe von Ländern beeinflussen die Perspektiven der Konrad-Adenauer-Stiftung auf dem Kontinent. Hinzu kommen die nach wie vor ungelöste Armutsproblematik und die mangelnde soziale und politische Verantwortung der Eliten.

Im Rahmen des regionalen Sektorprogramms „Politische Partizipation der Indígena in Lateinamerika“ wurden 2006 erste Bildungsmaßnahmen durchgeführt. Noch weit bis in das 20. Jahrhundert hinein waren Ureinwohner in zahlreichen Staaten Lateinamerikas von der politischen Willensbildung ausgeschlossen, weil ihnen als Analphabeten das Wahlrecht verweigert wurde. Heute fordern die indigenen Völker Teilhabe an den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen in ihren Ländern. Die KAS trägt mit dem Regionalprogramm diesem Anliegen Rechnung und fördert den Erfahrungsaustausch und die Bewusstseinsbildung indigener Mandatsträger im „klassischen“ politischen Raum.

Durch die Erkrankung des kubanischen Staats- und Parteichefs Fidel Castro und die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch seinen Bruder Raúl gewinnt das Programa Todos Cubanos von Oswaldo Payá, einem führenden Vertreter der Oppositionsbewegung auf Kuba, an Bedeutung. Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt Payá und sein Movimiento Cristiano Liberación (MCL) in dem Bemühen um Reformen in Kuba. Im Programa Todos Cubanos werden konkrete Vorschläge für einen friedlichen Übergang zur Demokratie gemacht, darunter Ideen für eine Verfassungsreform, ein neues Wahlgesetz und ein neues Vereinsgesetz.

DIE HAUPTABTEILUNG POLITIK UND BERATUNG (PuB) IST IM VIERTEN JAHR IHRES BESTEHENS EINE FESTE GRÖSSE IM POLITISCHEN BERLIN UND BEI LANDESPOLITIKERN. IN DEN BEREICHEN INNENPOLITIK, GESELLSCHAFTSPOLITIK, WIRTSCHAFTSPOLITIK UND EUROPA- UND AUSSENPOLITIK ERARBEITEN 20 WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITER – ORIENTIERT AN DEN GROSSEN GESELLSCHAFTLICHEN THEMEN – ANALYSEN UND LÖSUNGSORIENTIERTE KONZEPTE. SIE BEGLEITEN DAS GESPRÄCH ZWISCHEN WISSENSCHAFTLERN UND POLITIKERN UND VERMITTELN POLITISCHE STRATEGIEN UND INHALTE AN DIE ÖFFENTLICHKEIT.

DIE DENKFABRIK IN BERLIN

INNENPOLITIK

Die programmatische Entwicklung der Parteien und die Veränderungen des Parteiensystems sind zentrale Anliegen der Stiftung. Im Jahr 2006 hat sich PuB vor allem mit den Themen Zukunft der Volkspartei und Reformkommunikation befasst: Wie können die Volksparteien ihre Mehrheiten sichern und gleichzeitig ihren Status als Mitgliederpartei behalten? Wie müssen sie die großen gesellschaftlichen Konfliktlinien in ihre programmatische Neuausrichtung einbeziehen? Gefragt sind auch neue Kommunikationsstrategien, um Vertrauen und Unterstützung für die politischen Akteure zu generieren und unpopuläre Reformen zu vermitteln. Auftakt dieses Projekts, das wir im Jahr 2007 fortsetzen, war ein wissenschaftlicher Expertenworkshop in Cadenabbia.

Im September 2006 trat mit der Föderalismusreform I die bedeutendste Verfassungsreform in der Geschichte der Bundesrepublik in Kraft. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat den Reformprozess auch im vergangenen Jahr begleitet. Im März 2006 hat sie eine europäische Konferenz „Sozialer Bundesstaat – ein Spannungsfeld. Sozialpolitik in föderalen Staaten“ ausgerichtet. Im September fand die Konferenz „Auf dem Weg zur zweiten Stufe der Föderalismusreform – Ausgangslage und Perspektiven einer Neuordnung der Finanzbeziehungen im deutschen Bundesstaat“ statt. Höhepunkt war im Oktober die internationale Föderalismuskonferenz „Competition versus Cooperation – German Federalism in Need of Reform – a Comparative Perspective“ gemeinsam mit dem Forum of Federations. Zu Gast war Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble MdB.

Bürgerschaftliches Engagement ist seit Jahren eines der Leitthemen der Konrad-Adenauer-Stiftung. PuB hat sich daher auch im Jahr 2006 mit Publikationen und Expertengesprächen dem Thema gestellt. In Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung erschien das Buch „Solidarische Leistungsgesellschaft – Eine Alternative zu Wohlfahrtsstaat und Ellenbogengesellschaft“ von Alois Glück MdL, Präsident des Bayerischen Landtages, Professor Bernhard Vogel, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, und Hans Zehetmair, Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung.



Alois Glück bei der Podiumsdiskussion „Solidarische Leistungsgesellschaft“ am 4. April 2006 in Berlin. Glück ist Mitherausgeber des gleichnamigen Buches, das im Herder Verlag erschien.

In Cadenabbia fand unter Leitung des Stiftungsvorsitzenden Professor Bernhard Vogel ein Gesprächskreis statt, der sich mit der Situation in den neuen Ländern befasst hat. Diskutiert wurden Demokratieerfahrungen, daraus resultierende Einstellungsunterschiede und Kommunikationsstrategien für die politische Bildungsarbeit. Ein Tagungsbericht wird in Kürze veröffentlicht.

Die Zukunft der europäischen Metropolregionen war einer der Schwerpunkte der kommunalpolitischen Arbeit im vergangenen Jahr. Auf zwei Kommunalkonferenzen haben sich Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Verwaltung getroffen. Die Stichworte „Kooperation“, „Partnerschaft“ und „Überwindung von Grenzen“ spielten bei diesem – für die europäische Integration wichtigen – Thema die entscheidende Rolle. Die maßgeblichen europäischen Akteure haben die Botschaft verstanden und setzen auf leistungsfähige Stadtregionen: Ohne Mitwirkung der Städte lassen sich europapolitische Ziele nicht verwirklichen.



GESELLSCHAFTSPOLITIK

Die Frage nach den Grundlagen politischen Handelns stand auch in diesem Jahr im Mittelpunkt der Arbeit der Arbeitsgruppe Gesellschaftspolitik. Unter dem Titel „Im Zentrum Menschenwürde: Politisches Handeln aus christlicher Verantwortung. Christliche Ethik als Orientierungshilfe“ hat sie eine Publikation herausgegeben, die große öffentliche Anerkennung erfahren hat. Entstanden ist der Text in einem Kreis von Vertretern der evangelischen Sozialethik und der katholischen Soziallehre unter Leitung des Vorsitzenden der Stiftung, Professor Bernhard Vogel. Politisch Handelnde sollen ermuntert werden, darüber nachzudenken, für welches Bild vom Menschen sie stehen und woran sich grundlegende politische Entscheidungen ausrichten.

Wichtiges Anliegen war der Abteilung auch im vergangenen Jahr die Familienpolitik. Anlässlich des Weltkindertages hat sie mit der Robert-Bosch-Stiftung und der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände einen Kindergipfel in Berlin veranstaltet. Fachleute aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik bekräftigten die Notwendigkeit und Verbesserung frühkindlicher Bildung in Deutschland und plädierten für einen Mentalitätswechsel hin zu mehr Kinderfreundlichkeit. Die Situation der Familien und die Perspektiven der Familienpolitik wurden in verschiedenen Publikationen der Stiftung aufgearbeitet, dem „Familienreport“, einem Best-Practice-Bericht, und in einem Taschenbuch „Politik für Familien“.

Die Veranstaltungsreihe „Herausforderung Integration“ stellt zentrale Aspekte der Integrationspolitik zur Diskussion. Bisher sprachen Staatsministerin Professor Maria Böhmer MdB, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Professor Klaus Zimmermann, Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit und Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, und der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise. In einer Studie „Das Kopftuch – Die Entschleierung eines Symbols?“ wurden die Motive und Einstellungen dargestellt, die türkische Frauen zum Tragen eines Kopftuches bewegen.

Das 6. Potsdamer Gespräch zur Kulturpolitik widmete sich den „Perspektiven der Auswärtigen Kulturpolitik“. Neben vielen anderen Aktivitäten zur Bildungspolitik wurde eine Streitschrift zum „Bachelor“ herausgegeben und zum Thema „Wissenschaftsrecht und Hochschulpolitik“ eine internationale Konferenz veranstaltet.

Ziel der KAS-Arbeit zum Thema Gesundheit ist es, mittelfristige Perspektiven für eine sichere, qualitativ hochwertige und effiziente medizinische Versorgung zu entwickeln. Ein gesundheitspolitischer Expertenkreis hat ein Thesenpapier „Bessere Medizin zu bezahlbaren Preisen. Mehr Qualität und Effizienz durch Wettbewerb“ erarbeitet. Gesundheitspolitisches Highlight im vergangenen Jahr waren wieder die „Cadenabbia-Gespräche Medizin – Ethik – Recht“ unter der Leitung von Professor Volker Schumpelick. Thema: Die gerechte Verteilung knapper Gesundheitsressourcen.

Globaler Klimaschutz und eine sichere, klimaverträgliche Energieversorgung sind zwei zentrale Herausforderungen an die nationale und europäische Politik. Die KAS hat sich u. a. der Themen Energieaußenpolitik und Versorgungssicherheit mit mehreren Fachtagungen und Veröffentlichungen angenommen.



Im Zentrum: Menschenwürde

Ein Kreis von dreizehn Vertretern der evangelischen Sozialethik und der katholischen Soziallehre hat dieses Grundsatzpapier erarbeitet, mit dem die KAS Orientierung für politisches Handeln geben möchte.

Die Beiträge der Cadenabbia-Gespräche Medizin – Ethik – Recht erscheinen im Herbst 2007 als Herder Taschenbuch.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Um den deutschen Arbeitsmarkt dauerhaft zu beleben, ist es unabdingbar, Beschäftigungschancen für gering Qualifizierte zu schaffen. In einem Expertenworkshop mit dem Titel „Welfare to Work – Welches Modell für Deutschland?“ wurden im Jahr 2006 Strategien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Niedriglohnsegment diskutiert. Fazit: Die in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik eingeleiteten Reformen müssen weiter konsequent umgesetzt und erkennbare Fehlentwicklungen korrigiert werden.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung stellt immer wieder die Frage nach dem Wertefundament wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Akteure. In Kooperation mit dem Wirtschaftsrat der CDU veranstaltete die Stiftung ein Forum über die Verantwortung der Unternehmer. Immer stärker stehen Unternehmer in der öffentlichen Kritik, nicht genug Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Doch wer ein Unternehmen gründet, trägt in vielerlei Hinsicht Verantwortung: für Produkte, für Arbeitsplätze, die Kommune und für die Umwelt. Dies gilt es zu respektieren und zu fördern. In einer großen Veranstaltung zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung hat sich die Hauptabteilung Politik und Beratung der Frage gewidmet, ob die Beteiligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am Erfolg ihres Unternehmens Arbeit und Kapital versöhnt. Wir sind überzeugt: Die Mitarbeiterkapitalbeteiligung stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und bringt Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland voran.

Die US-Botschaft, das British Council und die KAS haben im Dezember 2006 eine internationale Konferenz unter dem Titel „The Coming of Age“ veranstaltet. Kultur-, Sprach-, Sozialwissenschaftler, Journalisten, Politiker, Historiker und Künstler haben das Altern in den Blick genommen und Visionen für alternde Gesellschaften entwickelt. Man war sich einig: Notwendig ist eine politische Philosophie des Alterns und eine soziale Bewegung aus allen Altersgruppen heraus, die integriert, nicht segmentiert.

EUROPA- UND AUSSENPOLITIK

Mit dem Regierungswechsel 2005 wurde häufig die These von der Kontinuität deutscher Außen- und Sicherheitspolitik vertreten. Im Jahr 2006 gewannen die transatlantischen Beziehungen und die deutsche Nato-Politik an Bedeutung. Die sicherheitspolitischen Aktivitäten standen im Zeichen des Nato-Gipfels in Riga. Eine Vielzahl von Studien und Analysen zeigt Lösungsansätze für aktuelle Fragen der Fortentwicklung der nordatlantischen Allianz. Um die Neuausrichtung der Russlandpolitik zu unterstützen, haben die Politikberater Expertenwissen zu den Entwicklungen in Russland bereitgestellt. Auch die regelmäßig stattfindenden deutsch-französischen Expertentreffen waren auf die beiden Themenbereiche Nato und Russland ausgerichtet.

Die Aktivitäten im Bereich Europapolitik waren bestimmt von der Orientierungskrise, in der sich die EU im Jahr 2006 befand. Ziel der Arbeit von PuB war es, einen Beitrag zur Debatte um die politische Identität der Europäischen Union zu leisten. Erwähnenswert sind die internationalen Fachgespräche in Kooperation mit der spanischen Partnerstiftung FAES, in denen das Wertefundament des politischen und außenpolitischen Profils der EU hinterfragt wurde. Weiterer Schwerpunkt war die Begleitung des europäischen Diskurses um Richtungsfragen des europäischen Projekts. Die Publikation „Europe Is Worth It“ erläutert – angesichts wachsender Zweifel an der EU – den wirtschaftlichen Nutzen und die politischen Vorteile der europäischen Integration.

Im Streit um die Mohammed-Karikaturen wurde deutlich, wie notwendig eine Grundsatzdiskussion über das Verhältnis von Islam und Moderne ist. In dieser Diskussion spielen progressive muslimische Denker kaum eine Rolle. Zu Unrecht – denn nicht wenige muslimische Intellektuelle entwerfen ein neues und modernes Bild des Islam. Politik und Beratung hat in einer Studie diese Stimmen gebündelt und die Akteure, Methoden und Themen des Reformislam vorgestellt. Die Ideen des Reformislam und die Frage des Umgangs mit islamistischen Gruppierungen waren Themen mehrerer Expertentreffen.



Auf dem Symposium „Für eine bessere Zukunft – Zukunftsentwürfe und politische Verantwortung“ ging es um Zukunftsentwürfe von Politikberatung und die damit verbundene politische Verantwortung. Mit Professor Karl-Rudolf Korte, Universität Duisburg-Essen, und Ole von Beust, Erster Bürgermeister von Hamburg.

DIE POLITISCHE BILDUNG NAHM IM HERBST 1956 IHRE ARBEIT AUF UND IST SEITHER EINE ZENTRALE AUFGABE DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG. MIT IHREM BILDUNGSANGEBOT RICHTET SICH DIE STIFTUNG GRUNDSÄTZLICH AN ALLE POLITISCH INTERESSIERTEN BÜRGER IN DEUTSCHLAND, DARÜBER HINAUS ABER AUCH AN WICHTIGE ZIELGRUPPEN UND MULTIPLIKATOREN. MEHR ALS 120.000 MENSCHEN HABEN 2005 AN ETWA 1.000 SEMINAREN UND FAST 1.500 KURZZEITVERANSTALTUNGEN TEILGENOMMEN. DIE REGIONALE VERANKERUNG DER BILDUNGSWERKE IST DABEI EINE BESONDERE STÄRKE DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG.



81

SEIT FÜNFZIG JAHREN AUF ERFOLGSKURS

Die Politische Bildung ist ein Forum der aktuellen politischen Debatte und der grundsätzlichen geistigen Auseinandersetzung für alle Bürger. Sie vermittelt Basiswissen zu den christlich-demokratischen Grundwerten, zu den Grundlagen unserer repräsentativen Demokratie. Sie baut Brücken zur praktischen Politik, gerade auch für Menschen im vorpolitischen Raum, die Politik und Parteien noch skeptisch gegenüberstehen.

ZWEI KERNBOTSCHAFTEN DER BILDUNGSARBEIT

Mit den Leitthemen der Konrad-Adenauer-Stiftung – Soziale Marktwirtschaft, Europa und Ethik der Bürgergesellschaft – ist auch der politischen Bildungsarbeit der Rahmen vorgegeben. Die Leitthemen sind für die praktische Bildungsarbeit auf zwei Kernbotschaften fokussiert worden. Die erste Botschaft heißt: Die Politische Bildung fordert und fördert mit ihren Veranstaltungen den Mut zur Eigenverantwortung. Durch die Rückbesinnung auf den Grundsatz der Subsidiarität wurden ordnungspolitische Einsichten der Sozialen Marktwirtschaft neu ins Bewusstsein gerückt, das Leitbild für den institutionellen Aufbau Europas in Erinnerung gerufen und bürgerschaftliches Engagement geweckt, um öffentliche und private Aufgaben neu zu justieren. Angesichts des gesellschaftlichen Wandels, der Globalisierung und der demographischen Umbrüche hat die Politische Bildung den Zusammenhang von Freiheit, Verantwortung und Solidarität in ihren Veranstaltungen diskutiert.



Die zweite Botschaft lautet: Die deutsch-amerikanische Partnerschaft stärken und Europa voranbringen. Sie zielt angesichts eines emotionalisierten Antiamerikanismus in Deutschland auf eine neue Fundierung des transatlantischen Verhältnisses in der Bevölkerung einerseits sowie auf die Vermittlung des europäischen Einigungsgedankens andererseits. Dabei ist die Förderung der europäischen Einigung untrennbar mit der Weiterentwicklung der transatlantischen Partnerschaft verbunden. Dass die Politische Bildungsarbeit mit dem Thema Amerika entgegen einer kritischen Stimmung in der Öffentlichkeit gerade unter jungen Erwachsenen auf große Sympathie stößt, belegen eindrucksvoll die Erfolge der fünf Abiturienten-Akademien (siehe Bild Seite 28), die im Sommer und Herbst 2006 stattgefunden haben.

Beide Aspekte versteht die Politische Bildung als zwei Seiten einer Medaille. Der Generation, die die deutsch-amerikanische Freundschaft aus eigener Erfahrung mitgetragen hat, folgt die Generation derer, die ein solches emotionales Verhältnis zu den USA nicht mitbringt. Vor dem Hintergrund des Irak-Krieges hat die Politische Bildung in ihren Veranstaltungen die amerikanische Rolle beim Wiederaufbau Europas und im europäischen Einigungsprozess sowie die europäische Verankerung Deutschlands und seine Freundschaft zu den USA hervorzuheben.

STARK IN DER REGION

Die besondere Stärke der politischen Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung liegt in ihrer regionalen Präsenz. Gemeinsam mit den beiden Bildungszentren Eichholz und Wendgräben vermitteln sechzehn Bildungswerke in den Ländern bürgernah die Botschaften und Themen der Stiftung. Auch im Jahr 2006 wurde das Landeshauptstadtkonzept weiter umgesetzt und Landesstrategiekonzepte entwickelt, um bei rückläufigen personellen und finanziellen Ressourcen an ausgewählten regionalen Standorten nachhaltig Bildungsveranstaltungen (mindestens vier pro Jahr) anbieten zu können. Neben ihrem bisherigen Auftrag führen die Bildungswerke als Landeshauptstadtbüros Veranstaltungen mit besonderer landesweiter Bedeutung durch und verstehen sich auch als Seismograph für landesspezifische Entwicklungen, um sie in die Stiftung zu kommunizieren. Sie bilden und pflegen Netzwerke mit gestaltenden Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur.

Das Gesamtprogramm der Bildungszentren Eichholz und Wendgräben sowie der sechzehn Bildungswerke zum Herunterladen im Internet: www.kas.de/publikationen/2006/9562_dokument.html

Die Angebote im Bildungszentrum Eichholz sind eng verzahnt mit der Arbeit der regionalen Bildungswerke. Eichholz führt aber auch eigene Maßnahmen durch. Diese richten sich mit einem aufbauenden Qualifikationsangebot vorwiegend an politisch Interessierte auf der Länder- und Bundesebene, während die Bildungswerke durch ihre grundlegenden Aktivitäten für eine breite Präsenz der Stiftung in den Regionen sorgen. Das Bildungszentrum Wendgräben arbeitet in besonderer Weise für die innere Einheit Deutschlands und die europäische Integration. Dabei konzentriert es sich auf die Auseinandersetzung mit der DDR-Diktatur aus Sicht der Opfer sowie auf die Vermittlung des europäischen Gedankens und von Informationen über die mittel- und osteuropäischen Staaten.

POLITISCHE BILDUNG UND ZEITGESCHEHEN

Die Abteilung Politische Bildung und Zeitgeschehen befasst sich mit grundsätzlichen Fragen des politischen Systems in Deutschland. Ein Schwerpunkt ist dabei die Analyse und Umsetzung neuester Entwicklungen der Didaktik, Methodik und Evaluierung der



Schloss Wendgräben, das Bildungszentrum in den neuen Ländern.



Bild rechts: Die Abiturienten-Akademien zur Förderung der transatlantischen Beziehungen sind stets ausgebucht. Die Stiftung bringt Jugendliche ins Gespräch mit Fachleuten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Publizistik. Das Bild rechts zeigt Absolventen des Jahres 2006 im Garten von Schloss Eichholz.

politischen Bildung. Politische Grundströmungen und Wertorientierungen in der pluralistischen Gesellschaft sowie die Stärkung des Mutes zur Eigenverantwortung waren zentrale Themen der politischen Bildungsarbeit. Sie wurden durch öffentliche Veranstaltungen, z.B. mit Seminarreihen zur christlich-demokratischen Idee und zum Vereinsmanagement, aufgenommen und mit verschiedenen Zielgruppen diskutiert: Jugendliche, Pädagogen, Journalisten, Bundeswehr- und Polizeiangehörigen. Außerdem wurden Maßnahmen zur Qualifikation neben- und hauptamtlicher Kommunalpolitiker, Funktions- und Mandatsträger durchgeführt. Ein wichtiges Thema für die Konrad-Adenauer-Stiftung war der christlich-jüdische Dialog und die Information über das Judentum in Deutschland.



*Bundesminister der
Verteidigung Franz Josef
Jung hielt beim
14. Wasserwerk-Gespräch
am 4. September 2006
in Bonn eine Grundsatz-
rede zum Thema
„Mehr Sicherheit für
Deutschland“.*

Um das nach wie vor wichtige Ziel einer wirtschaftspolitischen Breitenbildung zeitgemäß und nachhaltig zu erreichen, wurden Grundkurse zur Sozialen Marktwirtschaft angeboten, die sich mit den zentralen Grundaussagen der Sozialen Marktwirtschaft und ihren politischen Errungenschaften beschäftigten. Als Schwerpunktthemen aus Sicht der Sozialen Marktwirtschaft wurden Fragen der Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit, des Leistungswettbewerbs und seiner Grenzen sowie der Berücksichtigung des demographischen Wandels behandelt.

Die europäische Einigung ist wichtiger Kernpunkt deutscher Politik seit Konrad Adenauer. Um diese Tradition wachzuhalten und fortzuführen, wurden Grundkurse zur Europapolitik angeboten, die Basiskenntnisse über das größer gewordene Europa vermitteln. Mit diesen Seminaren geben wir Europa ein Gesicht und schaffen Transparenz, Durchblick und Orientierung für die politische Debatte. Eichholz war außerdem Schauplatz einer öffentlichkeitswirksamen deutsch-polnischen Fußballnacht.

Im Rahmen des Kommunalpolitischen Seminars wurden Maßnahmen zur Qualifikation kommunaler Funktions- und Mandatsträger durchgeführt. Künftig erfordert Kommunalpolitik nicht nur neue Anstrengungen, sondern auch neue Perspektiven, die zu einem umfassenderen Aufgabenverständnis der Kommunen bei Wirtschaft, Finanzen, Stadtentwicklung und Kulturpolitik führen.

Im Jahr 2006 war die Stiftung in der Bundesstadt Bonn wieder mit einer breiten Palette öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen zu Themen aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Religion und Kultur präsent. Im Rahmen der „Wasserwerk-Gespräche“ sprachen der nordrhein-westfälische WM-Botschafter Reiner Calmund, der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Wolfgang Huber, der Bundesminister der Verteidigung, Franz Josef Jung, sowie die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley vor jeweils über tausend Gästen im Bonner Plenarsaal des Deutschen Bundestages. Damit hat sich die 2003 begründete Veranstaltungsreihe als feste Größe in der Bundesstadt etabliert. Aufgrund des großen Publikumsinteresses wurden die Vorträge aufgezeichnet und jeweils als CD veröffentlicht.

POLITISCHE KOMMUNIKATION

Immer weniger sind politische Entscheidungen von der Art ihrer Kommunikation zu trennen: bereits im Prozess der Entscheidungsfindung spielt Letztere eine entscheidende Rolle. Das Verständnis für mediengerechte Inszenierung gilt mittlerweile als eine der Kernkompetenzen für politische Akteure.

Die Angebote der Abteilung Politische Kommunikation vermittelten Praktikern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft das entsprechende Rüstzeug und aktuelle Erkenntnisse im politikfeldübergreifenden und internationalen Vergleich. Im Mittelpunkt der Seminare, Trainings und Workshops standen dabei: politische Rhetorik, Medientrainings, Praxis für Redenschreiber und Internet-Verantwortliche sowie eine gezielte PR-Weiterbildung. Ein besonderes Highlight des Jahres 2006 war die international besetzte Fachkonferenz zum Thema „Politische Kommunikation in der globalisierten Welt“ beim ZDF in Mainz.



TALENTE ENTDECKEN, ZUKUNFT FÖRDERN – DAS IST DIE RICHTSCHRUR FÜR DIE ARBEIT DER HAUPTABTEILUNG **BEGABTENFÖRDERUNG UND KULTUR**. DEUTSCHE STUDENTENFÖRDERUNG UND JOURNALISTEN-AKADEMIE, FÖRDERUNG VON KÜNFTIGEN AUSLÄNDISCHEN FÜHRUNGSKRÄFTEN UND GRADUIERTEN-FÖRDERUNG, BERUFSORIENTIERUNG UND BERUFSFÖRDERUNG SIND DIE SÄULEN DES UMFANGREICHEN TÄTIGKEITSFELDES. DIE VIELFÄLTIGEN KULTURAKTIVITÄTEN DER STIFTUNG GEHÖREN EBENFALLS ZUM AUFGABENBEREICH DIESER HAUPTABTEILUNG.

NACHWUCHSFÖRDERUNG AUF HOHEM NIVEAU

Im Rahmen des von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan, initiierten Programms, mittelfristig ein Prozent eines jeden Studierendenjahrgangs in die elf Begabtenförderungswerke aufzunehmen, wurden die Anstrengungen zur Ausschöpfung des Begabungspotentials bei Abiturienten und Studierenden stark intensiviert. Informationsveranstaltungen, Werbemaßnahmen und die Kontaktpflege zu ausgewählten Schulen führten in der Deutschen Studentenförderung 2006 zu einem erneuten Anstieg der Bewerberzahlen auf 1.273 und damit auf den höchsten Stand in der vierzigjährigen Geschichte der Studentenförderung.



Charlotte Potts
„Ein Hoch auf mein Stipendium! Es öffnet mir Türen, die sonst verschlossen wären!“

Die Gesamtzahl der Stipendiaten in der Begabtenförderung erhöhte sich 2006 im Vergleich zum Vorjahr merklich. 2006 befanden sich insgesamt 1.890 Stipendiatinnen und Stipendiaten in der Förderung (2005: 1.786). Davon entfielen auf die Studentenförderung 1.364 (2005: 1.214), auf die Graduiertenförderung 297 (2005: 310) und auf die Ausländerförderung 229 (2005: 262). Neu in die Begabtenförderung aufgenommen wurden 523 Stipendiatinnen und Stipendiaten (Studentenförderung: 392, Graduiertenförderung: 96, Ausländerförderung: 35). Gegenüber den 423 Neuaufnahmen des Jahres 2005 ist dies ein Anstieg um 23,6 Prozent.

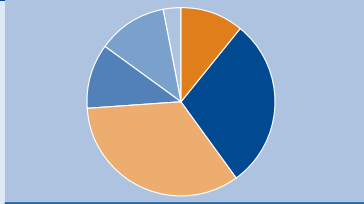


Jan Philipp Burgard
„Das Stipendium hat mich nicht nur beruflich, sondern auch menschlich weitergebracht. Denn bei den intensiven Seminaren sind mit der Zeit echte Freundschaften entstanden.“

Im Jahr 2006 normalisierten sich die Bewerberzahlen in der Deutschen Graduiertenförderung (insgesamt 515 Bewerbungen). 96 Nachwuchswissenschaftler wurden neu in die Förderung aufgenommen. Von den Absolventen des Jahres schlossen 26 Prozent mit summa cum laude, 61 Prozent mit magna cum laude und 13 Prozent mit cum laude ab. Das zeitgeschichtliche Promotionskolleg der KAS wird ab 2007 unter dem erweiterten Titel „Die Zeit der deutschen Teilung: Diktaturerfahrung, innerdeutsche Beziehungen, europäische Dimensionen“ ausgeschrieben. Aufbauleistungen in den jungen Bundesländern sollen thematisch in das Kolleg eingebunden werden.

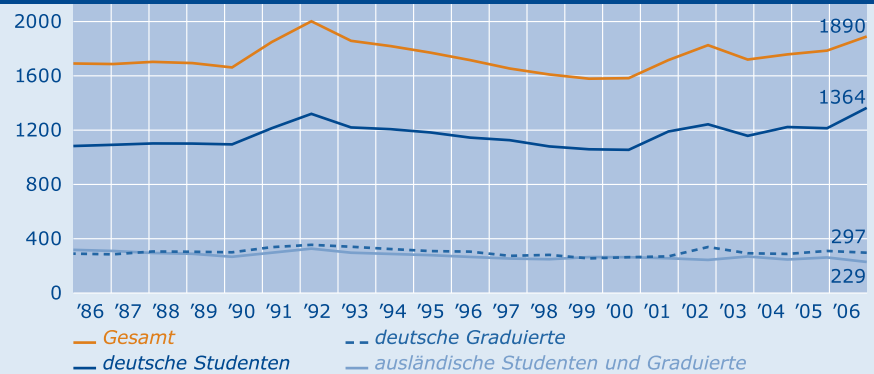
Die Jahrestagung der Vertrauensdozenten fand in Lenggries im Isarwinkel statt. Auf dem Programm standen verschiedene Fachvorträge und Diskussionen, darunter ein Vortrag des Präsidenten der Technischen Universität München, Professor Wolfgang Herrmann, zum Thema „Wissenschaftsunternehmen Universität – Universität wissenschaftlich unternehmen“. Aus dem KAS-Vorstand berichtete die stellvertretende Vorsitzende und Vertrauensdozentin Professor Beate Neuss. Sechzehn Vertrauensdozenten wurden neu berufen bzw. übernahmen die Betreuung einer Stipendiatengruppe von ihren Vorgängern.

Zusammen mit den Stipendiaten und Vertrauensdozenten bilden die Altstipendiaten der Stiftung ein Know-how- und Kompetenz-Netzwerk in allen Studien- und Wissensbereichen. 7.800 ehemalige Stipendiaten im Inland und knapp über 2.000 im Ausland tragen in unterschiedlichsten Funktionen Verantwortung in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Sie setzen Akzente in Kunst und Kultur und sind Teil der Funktionselitens Deutschlands und jener Länder, in denen sie leben und arbeiten oder deren Staatsangehörigkeit sie besitzen. Als Mitglieder der „KAS-Familie“ wirken sie mit ihren an den christlich-demokratischen Grundüberzeugungen orientierten Wertvorstellungen an der Entwicklung ihrer Gesellschaften und Staaten mit. Sie sind wichtige Ansprech-



mit Auszeichnung	11 %
sehr gut	29 %
gut	34 %
voll befriedigend	11 %
befriedigend	12 %
ausreichend	3 %

* Deutsche Studentenförderung



Stipendiatinnen und Stipendiaten aller Förderungsbereiche

Aufteilung nach Fachrichtungen
2006

Wirtschafts- und Sozialwissenschaft	32 %
Sprach- und Kulturwissenschaft	23 %
Rechtswissenschaft	17 %
Mathematik und Naturwissenschaft	11 %
Ingenieurwissenschaft	6 %
Human-, Zahn- und Veterinärmedizin	6 %
Kunstwissenschaft	3 %
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaft	1 %
Sonstige	1 %

partner für die aktuellen Stipendiaten in Studien- und Berufsfragen, die Vertrauensdozenten sowie für Veranstaltungen, Projekte und Publikationen der Stiftung und ihrer Partner. Regionalgruppen im In- und Ausland und thematisch wie beruflich orientierte Arbeitsgruppen sind Ausdruck eines wachsenden kooperativen Netzwerks. Dazu zählen auch Mentoring- und Patenschaftsaktivitäten zwischen Altstipendiaten und Stipendiaten sowie zwischen im Beruf erfahrenen Altstipendiaten und solchen, die erst am Anfang ihres Berufslebens stehen.

Mit der finanziellen und ideellen Förderung ausländischer Graduierte und Studierenden gibt die Ausländerförderung einen wichtigen Anstoß zur Ausbildung künftiger Führungskräfte weltweit und gewinnt kompetente Partner für Deutschland. Von den 217 Stipendiatinnen und Stipendiaten kamen 37 aus Asien, acht aus dem Nahen Osten, sechs aus Afrika, 57 aus Lateinamerika, 105 aus mittel- und osteuropäischen Staaten, zwei aus den USA und je ein Stipendiat aus Griechenland und aus Italien. Von 32 vorgelegten Promotions- bzw. Examenszeugnissen waren 90,6 Prozent mit einem Prädikat benotet.

Höhepunkt des Jahres war das erstmals durchgeführte Jahrestreffen. Zum Thema „Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe“ führten die 63 Teilnehmer ein ausführliches Gespräch mit Bundestagspräsident Norbert Lammert. Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Günter Nooke, und der Direktor des Menschenrechtszentrums der Universität Potsdam, Professor Eckart Klein, waren weitere Gesprächspartner.

Mit diversen Projekten hat die Abteilung Berufsorientierung/Berufsförderung 2006 den Stipendiaten Wege zu einem erfolgversprechenden Berufseinstieg eröffnet. Sie erhielten die Gelegenheit, sich bereits während der akademischen Ausbildung auf berufliche Anforderungen vorzubereiten und Kontakte zu knüpfen. Mit berufsbezogenen Fortbildungsmaßnahmen und individueller Beratung wurden auch Altstipendiaten in die Förderung einbezogen und bei weiteren Karriereschritten unterstützt.

Ein besonderer Fokus lag auf der praxisnahen Förderung von Nachwuchskräften in europäischen und internationalen Arbeitsfeldern. Im Sommer startete der zweite Ausbildungsjahrgang des Berufs-Kollegs für Internationale Politik und Wirtschaft. Das Kolleg wird von einem wissenschaftlichen Beirat unter Leitung von Professor Beate Neuss begleitet. 27 Stipendiatinnen und Stipendiaten werden sich bis Oktober 2007 in sechs aufeinander aufbauenden Kursen interdisziplinäres Fachwissen aus zahlreichen Praxisfeldern der internationalen Beziehungen aneignen. Finanziell wird das Berufs-Kolleg von The Boston Consulting Group gefördert.

Ein gemeinsames Projekt mit der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit unterstützt Nachwuchskräfte beim Berufseinstieg in die EU-Institutionen. Seit 2002 haben mehr als 1.200 Nachwuchskräfte aus Deutschland und den MOE-Staaten an „Trainings zur Vorbereitung auf die Personalauswahlverfahren (Concours) der Europäischen Union“ teilgenommen.

Journalisten-Ausbildung ist „Dienst an der Demokratie“. In diesem Sinne bereitet das vielfältige Angebot der Journalisten-Akademie junge Menschen auf den Beruf vor.



„Fröhliche Wissenschaftler“: Die suggestive Malerei von Katrin Hoffert, Stipendiatin des Else-Heiliger-Fonds der KAS, zeigt Menschen in illusionären, mehrdeutigen Bildräumen.

Neu im Programm ist seit 2005 ein Training zur Vorbereitung auf das Auswahlverfahren für den höheren auswärtigen Dienst. Es dient der Verbesserung der Einstiegschancen von deutschen Nachwuchskräften in internationale Berufe. 30 junge Alumni und Alumnae sowie Stipendiaten in Examensnähe wurden 2006 mit dem mehrstufigen Personalauswahlverfahren des Auswärtigen Amtes vertraut gemacht.

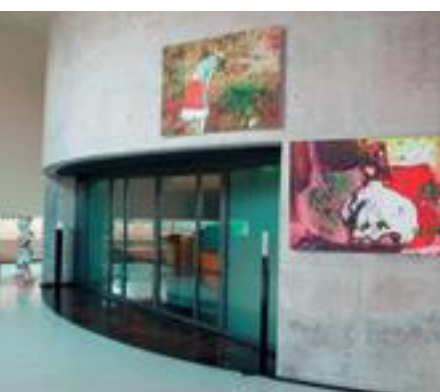
Um die Stipendiaten frühzeitig auf den Berufseinstieg in Wirtschaft und Politik vorzubereiten und Altstipendiaten berufliche Optionen zu eröffnen, hat die Abteilung auch 2006 die engen Kooperationen mit Unternehmen, Beratungsgesellschaften, Wirtschaftsverbänden und Rechtsanwaltskanzleien sowie Partnern aller politischen Ebenen vertieft. Zu den wichtigsten Förderern zählten 2006 u. a. die Management- und Unternehmensberatungen McKinsey & Company, The Boston Consulting Group, Bain & Company, A.T. Kearney, Roland Berger Strategy Consultants, Booz Allen Hamilton, Accenture, Mercer Management Consulting und Corporate Value Associates. Kooperationen gab es auch mit BBDO Germany, dem Marktführer der deutschen Kommunikations- und Werbebranche, mit Banken, Versicherungskonzernen und Anwaltskanzleien. Als neue Partner wurden die RWE Power AG und die BASF Aktiengesellschaft gewonnen. Fachleute der Personal- und Managementberatung Edmund Mastiaux & Partner in Bonn vermittelten in Bewerbungstrainings das Know-how für Vorstellungsgespräche und Assessment-Center. Auch die Karriereberatung und Förderung des weiblichen Führungsnachwuchses war unter Beteiligung von Mastiaux 2006 ein Arbeitsschwerpunkt. Über ihre Projekte und die Angebote der Kooperationspartner informierte die Berufsförderung 2006 regelmäßig im KAS-Alumni.Net, der elektronischen Kommunikationsplattform der Begabtenförderung. Hier werden auch Stellenausschreibungen der Alumni und Partner der Abteilung kommuniziert.

In der Journalisten-Akademie lag ein Schwerpunkt der Arbeit 2006 darin, die volontariatsadäquate Ausbildung bundesweit in Medienredaktionen, an Universitäten und in Journalistenverbänden bekannter zu machen. Beim ersten Symposium der Jugendpresse Rheinland war die JONA mit einem Informationsstand präsent, bei Messen in Karlsruhe und Berlin darüber hinaus deutschlandweit vertreten. Der Vernetzung der Stipendiaten untereinander dienten Treffen der JONA-Regionalgruppen, bei denen besonders das Gespräch mit dem Tübinger Theologen Professor Hans Küng herausragte.

Zu den Höhepunkten des Ausbildungsprogramms 2006 zählten zwei multimediale Seminare: Eines fand in Berlin statt und stellte das Leben junger Muslime in der Hauptstadt vor, bei dem anderen Seminar recherchierten die Teilnehmer an Deutschlands größtem Flughafen in Frankfurt am Main und veröffentlichten unter dem Titel „Punktlandung“ ein Printmagazin sowie eine TV- und eine Hörfunksendung. Erfolgreiche internationale Zusammenarbeit bewies ein Seminar in Berlin und Sankt Augustin: Fünf JONA-Stipendiaten produzierten gemeinsam mit sieben tunesischen Journalisten eine TV-Sendung zum Thema Migration.

Die MedienWerkstatt erweitert mit Grund- und Aufbau Seminaren für Schülerzeitungsredakteure das Ausbildungsprogramm der Akademie. Spezielles Textsortentraining der Aufbaustufe (Bericht, Kommentar, Reportage, Interview und Feature) vertieft die in der Grundstufe erworbenen Kenntnisse. Ferner stehen Methoden des Bildjournalismus, Sprech- und Fragetechniken beim Interview sowie Rhetorik- und Moderationstraining auf dem Programm. Durch direkte Ansprache von Schulen konnten in den vergangenen vier Jahren mehr als 800 Schülerinnen und Schüler über das vielfältige Berufsbild des Journalisten informiert und gewonnen werden.

Die künstlerischen und literarischen Veranstaltungsreihen der Abteilung Kultur bleiben feste Termine im Kulturkalender der verwöhnten Hauptstadt und haben längst ihr eigenes Profil entwickelt. Der Januar steht ganz im Zeichen einer feierlichen Soirée, die alljährlich eine bedeutende Persönlichkeit der deutschsprachigen Kultur ehrt. Nach Elisabeth Borchers, Rose Ausländer, Adolf Muschg und Christoph Ransmayr galt die Ehrung 2006 erstmals einer deutschen Schauspielerin. Über 500 Gäste feierten mit



Beim sechsten Internationalen Kulturabend in der KAS-Akademie standen Kunst und Kultur aus der Schweiz auf dem Programm. KAS-Generalsekretär Wilhelm Staudacher und der Schweizer Botschafter Werner Baumann begrüßten die Gäste.

Standing Ovations die Bühnen- und Filmschauspielerinnen Jutta Lampe, die seit der Stein-Ära an der Schaubühne auch junge Theaterbesucher in ihren Bann schlägt.

Aushängeschild der Kulturarbeit bleibt vor allem auch das nachhaltige Engagement in der Künstlerförderung durch den Else-Heiliger-Fonds (EHF). Das für Qualität bürgende Buchstabenkürzel EHF präsentierte sich sehr erfreulich in einer Gruppenausstellung der Stipendiaten, die traditionell parallel zum ART FORUM, der Messe für zeitgenössische Kunst, in der Stiftung in Berlin veranstaltet wird – ein Verkaufs- und Publikumerfolg. Neben der bildenden Kunst berücksichtigte der Beirat auch die Literatur und zum zweiten Mal den klassischen Spitzentanz. Rai-Hilmar Kirchner faszinierte mit einer beeindruckenden Performance nach einer Choreographie von David Russo unter dem Titel „ERstaunt“ und beschrieb damit zugleich die Reaktion des Publikums: Die KAS bleibt der Ort der kulturellen Überraschungen auf höchstem Niveau.

Vor einer besonderen Herausforderung wird die Künstlerförderung EHF im Jahr 2010 stehen: Die Namensgeberin des Fonds verfügte eine zeitnahe Verwendung der Mittel, so dass im Jahr 2009 die reguläre Förderung beendet wird. Um das Erfolgsprogramm fortzusetzen, wurde ein anspruchsvolles Trusteeprogramm aufgelegt, das den Titel „EHF 2010“ trägt und die Einlagen der Trustees in Höhe von jeweils € 30.000 bis 2010 so verwaltet, dass mit den Erträgen nahtlos weitergearbeitet werden kann.

Die Villa „La Collina“ in Cadenabbia war 2006 zum zwölften Mal inspirierender Treffpunkt von Schriftstellern, die aus unveröffentlichten Texten lasen und anschließend mit Literaturwissenschaftlern und Literaturkritikern über Fragen von Literatur und Gesellschaft diskutierten. Unter den Autoren waren Elke Erb, Norbert Hummelt, José F.A. Oliver, Albert von Schirnding und eine Reihe literarischer Debütanten. Literarische Texte der Werkstattteilnehmer aus den vergangenen Jahren sind gesammelt in der durch den KAS-Vorsitzenden Professor Bernhard Vogel herausgegebenen Anthologie „Cadenabbia als literarischer Ort. Schriftsteller am Comer See“.

Der Internationale Kulturabend der KAS bleibt einer der Höhepunkte der Kulturarbeit – 2006 mit dem Gastland Schweiz. Botschafter Werner Baumann und Generalsekretär Wilhelm Staudacher begrüßten ein volles Haus, das sich an diesem Abend einer alpenländischen Kultur öffnete, die nichts mit den Klischees eines abgekapselten Kleinstaates zu tun hatte. Die international renommierte Künstlerin Annelies Štrba, die soeben zu den größten Fotografinnen des 20. Jahrhunderts gekürt wurde, präsentierte sich mit einer fulminanten Einzelausstellung, Guy Krneta las mit seinem Übersetzer Uwe Dethier im Schlagabtausch zwischen Hochsprache und Dialekt eine seiner ironischen Kurzgeschichten, und das Jérôme Berney Trio stellte den Ruf der Schweiz als Ort des herausragenden Jazz unter Beweis.

Die jüngste Budapester Konferenz der KAS-Reihe „Literatur, Werte und Europäische Identität“, die mit deutschen, ost- und mitteleuropäischen Wissenschaftlern, Politikern, Schriftstellern und Studenten in Prag (2002) begonnen und in Danzig (2003) fortgesetzt worden war, wird in dem Sammelband „Europa im Wandel“ dokumentiert mit Beiträgen u.a. von György Dalos, György Konrád, Uwe Kolbe, Norbert Lammert, Bernhard Vogel und zahlreichen Wissenschaftlern.

Dem Thema „Literatur als Erinnerungskultur“ widmete sich das X. Literarische Symposium in Berlin. Auf einem von Hajo Steinert (Deutschlandfunk) moderierten Podium diskutierten Vertreter verschiedener „Erinnerungsgemeinschaften“: die Schriftstellerin Julia Franck, der Historiker Professor Christian Meier, der Neurowissenschaftler Professor Ernst Pöppel und der Literatur- und Sprachwissenschaftler Harald Weinrich. Uwe Timm las aus seinem Erinnerungsbuch „Am Beispiel meines Bruders“.

In der Bonner KAS-Reihe „Dialog der Religionen“ stand 2006 der Islam im Mittelpunkt. Der Autor und Islamwissenschaftler Navid Kermani las aus seinen Werken und diskutierte mit dem Heidelberger Theologen Professor Klaus Berger über Grundlagen eines künftigen christlich-islamischen Dialogs.

DIE HAUPTABTEILUNG WISSENSCHAFTLICHE DIENSTE/
ARCHIV FÜR CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE
POLITIK (ACDP) VERSTEHT SICH ALS HISTORISCHES GEDÄCHTNIS DER
CHRISTLICHEN DEMOKRATIE, DER CDU UND IHRER ORGANISATIONEN AUF BUNDES-
UND LANDESEBENE, IHRER VORLÄUFERPARTEIEN SOWIE DER EVP UND IHRER FRAKTION
IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT. DIESEN AUFTRAG ERFÜLLT ES MIT SEINEN DREI
ABTEILUNGEN HISTORISCHES ARCHIV, BIBLIOTHEK UND DOKUMENTATION, DURCH
KOMPETENTE WISSENSVERMITTLUNG UND SCHNELLE INFORMATIONSLIEFERUNG.

DAS GEDÄCHTNIS DER CHRISTLICHEN DEMOKRATIE

„Gewissermaßen unvergänglich, dem Gebot der Nachhaltigkeit und historiographischen Fernwirkung verpflichtet, ist das Sammeln und Aufbereiten der Archivalien einer großen Partei und von zahlreichen, einschlägigen Politiker-Nachlässen, die Edition wichtiger Quellen und die Publikation interessanter, lesbarer, dauerhafter Bücher zur politischen Geschichte ... Dies alles befestigt und orientiert das historische Erinnerungsvermögen, das Voraussetzung ist, damit das politische Bewusstsein nicht wie ein Korben auf den Wellen des Zeitgeistes umhertanzt.“ (Hans-Peter Schwarz, November 2005)

Öffentliche Wirksamkeit entfaltet das ACDP durch Bereitstellung der Archivbestände sowie durch Publikationen, Tagungen und Ausstellungen. Mit wissenschaftlichen Publikationen zur Geschichte der CDU und der Bundesrepublik (z.B. 2006: Birgit Ramscheid: Herbert Blankenhorn; Stefan Marx: Heinrich Köppler; Buchstab/Uertz: Nationale Identität im vereinten Europa) sowie mit Tagungen (100 Jahre Eugen Gerstenmaier; die transatlantischen Beziehungen in der Ära Kohl) leistet es einen Beitrag zum zeit-historischen Diskurs. Die kulturstiftende Wirkung des Archivs wurde einem breiteren Publikum am „Tag der Archive“ (Mai 2006) und durch kleinere Ausstellungen zu aktuellen Themen (Fußballweltmeisterschaft; europäische Einigung) nahegebracht.

HISTORISCHES ARCHIV

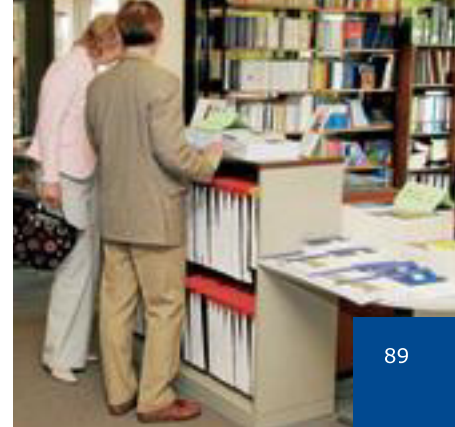
Übernahme von Archivgut: Zu den originären Aufgaben des Archivs gehört die Sicherung der Akten von Parteigremien und Politikern auf Bundes- und Landesebene. Im Jahr 2006 wurden u.a. die Materialien von Jürgen Echternach, Franz Beyrich, Maria Böhmer, Alphons Horten, Horst Osterheld, Christian Schwarz-Schilling und Erwin Teufel archiviert. Ferner wurden Akten der Bundespartei, der Bundestagsfraktion, der Landes- und Kreisverbände, darunter die aktuellen Koalitionsvereinbarungen im Bund und in NRW, übernommen. Insgesamt wurden im Jahr 2006 115 Nachlieferungen und 16 Neuzugänge in die Archivbestände eingearbeitet, d.h. Materialien in einem Gesamtumfang von 499 lfd. M. als archivwürdig bewertet.

Erschließung der Bestände: Neben der Endarchivierung und Verzeichnung zahlreicher Personen- und Parteibestände wurden wie in den vorherigen Jahren auch im Rahmen der Projektförderung durch den Bundestag 90 lfd. M. Schriftgut bearbeitet und in der Archivdatenbank „Faust“ verzeichnet, u.a. die Nachlässe von Rainer Eppelmann, Hans Edgar Jahn, Hans Katzer, Volkmar Köhler, Theo Magin, Adolph Roth und Dietmar Schlee, der Arbeitskreis Innen- und Rechtspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie 500 Wahlplakate von den Bundestagswahlen 1972 und 1976. Mit finanzieller Unterstützung des Europäischen Parlaments konnte der Nachlass von Otto Bardong geordnet und verzeichnet werden.

Im Bereich der audiovisuellen Medien wurde auch im vergangenen Jahr die Digitalisierung weiter vorangetrieben. Mit den bereits in digitaler Form vorliegenden Filmdokumenten konnten fast 90 Prozent der einschlägigen Anfragen zügig beantwortet werden. Rund 1.000 Tondokumente (Tonbänder, Langspielplatten, Kassetten) wurden



Mit einer Ausstellung zum Thema „Sport und Politik“ beteiligte sich das Archiv am „Tag der Archive“, der im Jahr der Fußballweltmeisterschaft unter dem Motto „DerBall ist rund“ stand.



Am „Tag der Archive“ bietet die KAS kostenlose Führungen an, zum Beispiel durch die Magazine mit einzigartigen Schriftquellen. Den Service der Präsenzbibliothek nutzen viele Schüler, Studenten und Wissenschaftler.

inhaltlich erschlossen, die nur auf Tonträgern vorliegenden Bundesvorstandsprotokolle der Jahre 1971 bis 1998 wurden digitalisiert. Begonnen wurde im letzten Jahr auch mit der Digitalisierung der Fotos, die zunächst die umfangreiche Sammlung zu Bundeskanzler Konrad Adenauer betrifft. Die Spiegelung der Internet-Seiten der CDU wurde auch nach Auslaufen des DFG-Projektes fortgeführt und weiterentwickelt. So erprobt das ACDP zurzeit die Einführung einer neuen, datenbankgestützten Software zur Spiegelung, Darstellung, Auswertung und Langzeitarchivierung.

Benutzung von Archivalien: Dem Benutzer stehen Recherchemöglichkeiten online in der Kurzübersicht, vor Ort in der Datenbank „FAUST“ und in gedruckten Findmitteln zur Verfügung; für die Plakate kommen Abbildungen im Printmedium und in der Datenbank hinzu. Wie in den vergangenen Jahren wurden 2006 zahlreiche Anfragen, insbesondere auch zum 60-jährigen Bestehen von CDU-Landes- und -Kreisverbänden, bearbeitet. Die Ausstellung „60 Jahre CDU“ wurde bei über 40 Jubiläumsfeiern präsentiert. Zentrale Bedeutung hatte die schriftliche und persönliche Beratung von Archivbenutzern. Insgesamt wurden 137 Benutzer aus dem In- und Ausland an 614 Benutzertagen persönlich im Leseraum des Historischen Archivs betreut. Vorgelegt wurden 3.824 Archivalien aus 196 Archivbeständen, aus denen ca. 19.000 Reproduktionen angefertigt wurden. Aus Foto-, Film- und Plakatarchiv wurden Hunderte von Exponaten für Museen, Verlage, Zeitungen und Zeitschriften sowie Fernsehanstalten zur Verfügung gestellt.

BIBLIOTHEK

Die wissenschaftliche Spezialbibliothek der KAS stellt vorrangig den Mitarbeitern der Stiftung Literatur und Informationen bereit; sie steht aber auch Schülern, Studenten und Wissenschaftlern als Präsenzbibliothek zur Verfügung.

Bestandsausbau und -revision: Als Neuzugänge wurden 3.220 Titel erschlossen, darunter 429 neue Publikationen der KAS (deutsche und fremdsprachige), so dass der Gesamtbestand zur Zeit 169.600 Titel umfasst. Da zunehmend auch Veröffentlichungen in digitaler Form in die Titeldatenbank integriert werden, sind über den OPAC (Online-katalog) sowohl Print- wie Onlinemedien abrufbar. Die Sichtung umfangreicher Buchbestände aus Privatbesitz und aus Archivbeständen führte zur Ergänzung wichtiger Spezialliteratur aus den Bereichen der Sozial- und Bildungspolitik, der Sicherheits-, EU- und Außenpolitik, der Parlaments- und Parteienforschung sowie von Quellen und Darstellungen zur Geschichte und Programmatik der Christlichen Demokratie.

Datenbanksystem: Im Dezember wurde das Software-Managementsystem aktualisiert (Version SISIS-SunRise V3.5pl1) und eine Migration der Datenbank auf einen leistungsfähigeren Server mit dem Betriebssystem LINUX vorgenommen. Damit ist die Bibliothek mit einem der modernsten EDV-Bibliotheksprogramme ausgestattet.

Ausleihe und Recherchen: Im Verlauf des Berichtsjahres betreute das Bibliothekspersonal 489 Mitarbeiter im In- und Ausland, vor Ort nutzten 325 Benutzer das breitgefächerte Literatur- und Informationsangebot. Entliehen wurden 18.282 Publikationen, hinzu kamen 1.054 Fernleihen.

Umfang des Gesamtbestands in laufenden Metern nach Bestandsgruppen:

■ Schriftgut

Abteilung 1:	
Nachlässe und Deposita	4.089
Abteilung 2:	
Kreisverbände	3.572
Abteilung 3:	
Landes- und	
Bezirksverbände	1.877
Abteilung 4:	
Vereinigungen der CDU	1.100
Abteilung 5:	
CDU-Landtagsfraktionen	750
Abteilung 6:	
Sondersammelgebiete	627
Abteilung 7:	
Bundespartei	1.267
Zentralbestand der Ost-CDU	385
Abteilung 8:	
CDU/CSU-Bundtagsfraktion	1.004
Abteilung 9:	
Europa	365
Abteilung 12:	
Konrad-Adenauer-Stiftung	200
Kleinwerbmittel	35
Gesamtbestand	15.271

■ Audiovisuelle Medien

Fotos	210.000
Fotoalben	250
Plakate	20.500
Tondokumente	7.000
Filme	1.130 Titel

Die zentrale Bibliothek stellt vielfältige Materialien für die Veranstaltungen und Publikationen der KAS im In- und Ausland bereit. 2006 wurden 1.354 Literaturzusammenstellungen zu verschiedenen Themen aus Politik und Zeitgeschichte erledigt, z.B. Menschenrechte, Wertedebatte, soziale Sicherheit, politische Kultur, Wahl- und Parteienforschung, europäischer Einigungsprozess, transatlantische Beziehungen. Besonderes Interesse fanden die Zeit der Großen Koalition 1966-1969 sowie grundlegende gesellschaftliche Fragen zur Gestaltung unserer Zukunft, wie sie gegenwärtig in den Entwürfen für die neuen Grundsatzprogramme der Volksparteien diskutiert werden.

DOKUMENTATION

Auswertung: Die Zentrale Dokumentation erfüllte auch im Jahre 2006, dem 25. Jahr ihres Bestehens, die ihr dauerhaft gestellte Aufgabe, ein möglichst umfassendes Bild der veröffentlichten Meinung zu gewinnen. Dazu wählt sie die wesentlichen Beiträge der Presse und des Fernsehens sowie die wichtigsten Veröffentlichungen der staatlichen Organe, der Kirchen, gesellschaftlichen Gruppen und insbesondere der politischen Parteien aus. Mit ihrer geordneten Materialienvielfalt ist die Dokumentation – wie es Arnulf Baring einmal formulierte – das „Rückgrat jeder zeitgeschichtlichen Darstellung“ und bietet die Grundlage für jede politische Analyse.

Recherchen: Nach der dokumentarischen Erschließung der Beiträge stellt die Presse- und Mediendokumentation die Unterlagen allen Mitarbeitern der Stiftung im In- und Ausland zur Verfügung. Außerdem wurden 2006 über 3.000 Anfragen aus Politik, Bildung und Wissenschaft beantwortet, die schwerpunktmäßig partei- und europapolitische Themen und vor allem sozialpolitische Fragestellungen betrafen.

Den Herausforderungen, die mit dem steten Wandel der Informationsgesellschaft verbunden sind, hat sich die Zentrale Dokumentation gestellt und – nicht zuletzt auch auf Wunsch vieler ihrer Nutzer – die Arbeit mit elektronischen Speichermedien beträchtlich ausgebaut. 2006 hat sie zunehmend nur noch digital verbreitete Informationen – vor allem der politischen Parteien – in ihr System unmittelbar übernommen.



Studentinnen im Lesesaal des Archivs.



Die Wanderausstellung „60 Jahre CDU – Die Weichenstellungen“, die sich aus Anlass des 60. Gründungstages der CDU mit ihrer Geschichte, Programmatik und ihren politischen Weichenstellungen befasst, wurde in den Jahren 2005 und 2006 bundesweit etwa vierzig Mal gezeigt.

DIE AKADEMIE IN BERLIN HAT MIT IHREN INTERNATIONALEN SYMPOSIEN, KONFERENZEN UND EXPERTENTAGUNGEN SOWIE IHREN AKTIVITÄTEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG WIEDER ZAHLREICHE AKZENTE GESETZT. THEMATISCH BESTIMMTEN DIE ARBEIT DABEI AKTUELLE GESELLSCHAFTSPOLITISCHE FRAGEN, DIE STETS DEN BLICK AUCH IN DIE ZUKUNFT RICHTETEN. DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT DEM HISTORISCHEN GEDÄCHTNIS SOWIE DER DIALOG MIT DER JÜDISCHEN WELT BILDETEN WEITERE SCHWERPUNKTE.



91

GESCHICHTE ERINNERN – ZUKUNFT GESTALTEN

WAS EINT UNS?

In Zeiten des Umbruchs steigt das Bedürfnis nach Orientierung und Selbstvergewisserung: Woher kommen wir? Worauf gründet unsere Identität? Welche Zukunft streben wir an? Unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Norbert Lammert fragt die Veranstaltungsreihe „Was eint uns?“ in nationaler und in europäischer Hinsicht nach den geistigen Grundlagen und Wertorientierungen, nach der Rolle der gemeinsamen Geschichte und Sprachen, nach dem kulturellen Selbstverständnis und den religiösen Wurzeln unserer Gesellschaft. Der katholische Theologe und Präsident der Stiftung Weltethos Professor Hans Küng und der evangelische Theologe und Sozialethiker Professor Wilfried Härle befassten sich zum Auftakt mit der Frage, inwieweit der moderne Verfassungsstaat angesichts einer zunehmend säkularisierten Gesellschaft noch auf religiöse und metaphysische Bezüge angewiesen ist, welchen Beitrag dazu ein sich entwickelndes Weltethos leisten kann. In der zweiten Veranstaltung setzten sich die Schriftsteller Ulrike Draesner und Navid Kermani mit der Bedeutung von Sprache und Literatur für das kulturelle Selbstverständnis unserer Gesellschaft auseinander.

CHRISTLICHES MENSCHENBILD IN GESELLSCHAFT UND POLITIK

Sich mit der Rolle des christlichen Menschenbildes zu beschäftigen heißt sich zu vergewissern, auf welchen Werten unsere Gesellschaft beruht. Es bedeutet aber auch zu überlegen, wie wir mit Menschen umgehen wollen, die von anderen als christlichen Werten geprägt sind. Diese Themen griff das Bildungswerk Berlin in einer Veranstaltungsreihe auf. Beleuchtet wurden die religiös-kirchliche Lage in Ost- und Westdeutschland seit 1990, Kirchlichkeit und Religiosität der Mitglieder und Wähler der beiden großen Volksparteien sowie die Rolle des Religiösen im europäischen Vergleich, in den USA und in Ländern des Nahen und Mittleren Ostens.

ZUKUNFTSBlicKE

Angesichts vielfältiger Reformdiskussionen in Deutschland präsentierte diese Veranstaltungsreihe Beispiele für konkrete Reformansätze, Handlungsoptionen und erfolgreiche Umsetzung. Zum Auftakt zeigte Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus Wege und Erfahrungen beim erfolgreichen Umgestaltungs- und Reformprozess in einem der jungen Länder auf. Sir Simon Milton, Bürgermeister der City of Westminster, vermittelte, welche Erfolge ein modernes Stadtmanagement in den Bereichen Dienstleistungen, öffentliche Ordnung und Sicherheit, Umweltschutz und Ausländerintegration erzielen kann. Armin Laschet, nordrhein-westfälischer Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration, schließlich entwickelte Lösungsansätze für die aus seiner Sicht neue soziale Frage in den Bereichen Integration und Demographie.

METROPOLE BERLIN

Vielfältige Entwicklungen und gesellschaftspolitische Strömungen Deutschlands fokussieren sich in der Großstadt Berlin. Zu drei zentralen Themen hat die Akademie deshalb Gespräche am runden Tisch einberufen, um mit in der Hauptstadt arbeitenden



Ulrike Draesner und Navid Kermani sprachen am 13. Dezember 2006 in Berlin über die Rolle von Sprache und Literatur für das kulturelle Selbstverständnis der deutschen Gesellschaft. Die Veranstaltung wurde moderiert von Professor Oliver Jahraus, Literaturwissenschaftler an der Universität München.

und lebenden Experten in einen intensiven Austausch zu treten. Das Verhältnis Ost zu West, Wissenschaft und Kultur, Schule und Bildung standen dabei im Mittelpunkt. Die Ergebnisse gingen in die weitere Arbeitsplanung der Akademie und die Ausformulierung von Konzepten ein.

HISTORISCHES GEDÄCHTNIS UND ERINNERUNGSKULTUR

Zur Vermittlung von zeitgeschichtlichen Ereignissen setzt die Akademie immer häufiger Dokumentationen und Spielfilme ein, bei deren Aufführung die Teilnehmer mit den Regisseuren bzw. Autoren diskutieren können. Eine neue Veranstaltungsreihe startete mit Roman Grafes Film „Mehr Licht“, der auf einfühlsame Weise das Schicksal des sowohl in der NS- als auch in der SED-Diktatur verfolgten, inhaftierten und enteigneten Thüringer Unternehmers Franz Itting beleuchtet. Weitere Filme befassten sich mit der Frage von Mitläufer- bzw. Täterschaft in diktatorischen Systemen sowie der Aufarbeitung innerhalb der Familie.

Die jährliche Veranstaltung in Kooperation mit dem Verein der ehemaligen Volkskammermitglieder von CDU/DA widmete sich dem Ungarn-Aufstand 1956. Der frühere ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán machte in einem engagierten Referat deutlich, dass die schmerzhafteste Niederlage im Jahr 1956 ein entscheidender Beitrag der Ungarn zur Überwindung der Sowjetherrschaft war. Ein Podiumsgespräch u.a. mit Zeitzeugen von 1956 und 1989 beleuchtete die Folgen für die Aufständischen und die Reaktionen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.

Darüber hinaus hat das Bildungswerk Berlin den Schwerpunkt seiner Arbeit auf die „Erinnerungskultur und die Aufarbeitung beider Diktaturen“ gelegt. Im Berichtsjahr wurden dazu 125 Veranstaltungen angeboten. Insgesamt nahmen 4.273 politisch interessierte Bürger teil, darunter viele Schüler und Studenten. Ziel war es, sich bei Gedenkstättenbesuchen, Lesungen, Exkursionen, Zeitzeugengesprächen und anderen Veranstaltungen mit den zwei Diktaturen kritisch auseinanderzusetzen.

ERINNERUNG AN DIE ÄRA ADENAUER

Anlässlich des 130. Geburtstags Konrad Adenauers zeigte die KAS auf dem Petersberg bei Bonn die Ausstellung „Konrad Adenauer – eine Biographie in Porträts“, welche Bilder im Entstehungszeitraum von 1926 bis 2003 umfasste. Das Bildungswerk Berlin präsentierte eine politische Revue „Ein Mann ohne Ruhestand: Konrad Adenauer – 91 Jahre Leben in Deutschland. Von der Kaiserzeit zur Bundesrepublik“ der Stuttgarter Theatergruppe „Dein Theater“. In dem Stück wurden das politische Wirken Adenauers, seine ethischen Grundsätze sowie seine Verdienste in der noch jungen Bundesrepublik und in seiner früheren Funktion als Kölner Oberbürgermeister gewürdigt. Den 100. Geburtstag des Schriftstellers Stefan Andres ehrte die Stiftung mit einem Symposium. Andres gehörte in der Adenauer-Ära zu den bekanntesten deutschen Schriftstellern. Er warb für die Idee eines ungeteilten Deutschlands und geeinten Europas und setzte sich kritisch mit atomarer Aufrüstung und Kaltem Krieg auseinander.

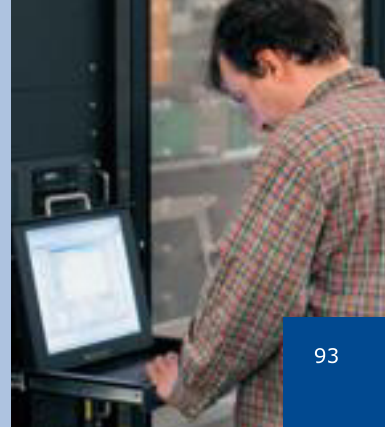
DIALOG MIT DER JÜDISCHEN WELT

Zwei Veranstaltungen sind besonders hervorzuheben: Das Leben und Werk von Leo Baeck, großer Rabbiner und führender Gelehrter des deutschen Judentums im 20. Jahrhundert, ehrte die KAS anlässlich seines 50. Todestages. Mit einer beeindruckenden Lesung beteiligte sich die Akademie an den 20. Jüdischen Kulturtagen. Otto Sander, Theater- und Filmschauspieler, las aus den Lebenserinnerungen des anwesenden Isaak Behars, der als Einziger seiner Familie die Verfolgung während der NS-Diktatur im Berliner Untergrund überlebt hat. Weitere Veranstaltungen in Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft unterstreichen den hohen Stellenwert, den der Dialog mit der jüdischen Welt in der KAS genießt.



Stipendiaten des Else-Heiliger-Fonds stellten auch 2006 wieder ihre Werke in der KAS-Akademie aus. Die Stiftung vergibt aus den Mitteln dieses Fonds Studien- und Arbeitsstipendien an besonders befähigte und bedürftige deutsche Künstlerinnen und Künstler.

VERWALTUNGS- UND UNTERSTÜTZUNGSLEISTUNGEN FÜR DIE INHALTLICHE ARBEIT DER KAS NOCH EFFIZIENTER ANBIETEN – DAS WAR DER GRUND UND DIE ZIELSETZUNG ZUGLEICH FÜR DIE ZUSAMMENFASSUNG DER BEREICHE PERSONAL, FINANZEN, VERWALTUNG, IT, VERANSTALTUNGS- UND PUBLIKATIONS-MANAGEMENT IN EINEM **Dienstleistungszentrum**. ETWAS MEHR ALS EIN JAHR NACH SEINER EINRICHTUNG IST VIEL GESCHEHEN, VIELES WEIT FORTGESCHRITTEN – UND NOCH VIEL ZU TUN. EINE ZWISCHENBILANZ.



93

AUCH DER MITARBEITER IST KÖNIG KUNDE

Das Dienstleistungszentrum (DLZ) strebt an, allen Hauptabteilungen einen umfassenden, integrierten und kompetenten Service anzubieten. Durch Professionalisierung und Spezialisierung sollen die Maßnahmen der Stiftung – allen voran Veranstaltungen und Publikationen – noch stärker in die Öffentlichkeit wirken. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen alle Mitarbeiter im DLZ eine hohe Kundenorientierung entwickeln, ihre Arbeit noch näher am Bedarf der Hauptabteilungen ausrichten.

Das DLZ führt mit einer eigenen Strategie- und Zielformulierung ein zeitgemäßes Verfahren zur internen Steuerung ein. Hinzu kommen ein modernes Führungsverständnis, die interne Evaluierung und das Controlling, wodurch es sich für zukünftige Herausforderungen rüstet. Modernisierung und Prozessoptimierung werden ein kontinuierlicher Vorgang und bleiben nicht länger ein einmaliges und aufwendiges Vorhaben.

Alle Bereiche des DLZ stehen vor großen, sehr unterschiedlichen Herausforderungen. Im Personalbereich ist 2007 eine leistungsbezogene Vergütung auf Basis des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst einzuführen, die Leistungen misst, bewertet und in Gehaltsanteile umwandelt. Gleichzeitig werden Konzepte für die strategische Personalentwicklung weiter verbessert und umgesetzt. Für den Finanzbereich bedeutet die Übernahme der Federführung der politischen Stiftungen durch die KAS eine zusätzliche Verantwortung. Parallel werden die Anstrengungen für ein Finanz-Controlling verstärkt. Auf die Verwaltung kommen mit dem Umbau des Bildungszentrums Schloss Eichholz, mit der Erneuerung des Beschaffungswesens und mit der engeren Verzahnung des technischen Ressourcen-Managements mit der zentralen Veranstaltungsorganisation große Aufgaben zu. Für jegliche Prozessoptimierung unverzichtbar ist die Informationstechnologie. Die exponentiell wachsenden Anforderungen aus allen Arbeitsfeldern der Stiftung erzwingen die Neuausrichtung der IT-Architektur und der IT-Strategie. In der zentralen Veranstaltungsorganisation ist das Herzstück der Neuorientierung die 2006 eingeführte elektronisch gestützte Vorgangsbearbeitung (workflow). Diese gestattet es allen Beteiligten, zeit- und ortsunabhängig auf alle steuerungsrelevanten Informationen zuzugreifen. Dieses Verfahren zur Verbesserung der Koordination und des Wissenstransfers wird sukzessive die bisherigen ablösen.

Auch das Publikationswesen wird sich der neuen Ablauforganisation bedienen, die mehr Planungssicherheit, ein besseres „Timing“ und damit eine größere Wirkung von Veröffentlichungen nach sich ziehen wird. Der Internetauftritt der Stiftung ist nach einer anderthalbjährigen Konzeptionsphase neu strukturiert worden. Noch stärker als bisher steht Nutzerfreundlichkeit im Vordergrund. Das inhaltliche Angebot der KAS wird damit weltweit zielgenau und bequem verfügbar gemacht. 2006 waren 2 Millionen Besucher auf der KAS-Website und haben rund 6 Millionen Seiten abgerufen. Damit hat sich die Zahl der Visits in den letzten fünf Jahren versechsfacht.

Im Jahr 2007 werden sukzessive die Veranstaltungen der KAS evaluiert werden. Pilotprojekte sind erfolgreich abgeschlossen. Die Befragung eines großen Teils der etwa 100.000 Teilnehmer von KAS-Veranstaltungen wird wertvolle Informationen liefern, damit das DLZ seinem Anspruch noch besser gerecht wird.



Das Corporate Design für Print-Produkte der KAS ist 2006 überarbeitet worden. Vor allem die Publikationsreihen sowie wiederkehrende Formate wie Einladungen, Programme etc. folgen nun einheitlichen und verbindlichen Layoutvorgaben.



POLITIK, KUNST UND MEHR

Die Villa La Collina, das langjährige Feriendomizil des ersten deutschen Bundeskanzlers in Cadenabbia am Comer See, ist das Internationale Begegnungszentrum für Politik, Wirtschaft und Kunst der Konrad-Adenauer-Stiftung. 1977 erwarb die Stiftung das Gebäude samt Gelände. Heute können dort bis zu 60 Gäste aufgenommen werden.



Cadenabbia

*Ich lebe hier von Himmel,
Wolke, Berg und See
vom See, der alles spiegelt
selbst den Abgrund,
tief dort unten lichterlos.*

Elisabeth Borchers

Die Villa ist auch heute noch ein Ort der Abgeschiedenheit und der Arbeit, wie zu Adenauers Zeiten. Die Stiftung pflegt dieses Erbe und hält den Geist jener Jahre lebendig. Jährlich kommen etwa 2.000 Gäste, um in dieser besonderen Atmosphäre an Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung teilzunehmen und mit ihr zusammen Analysen und Empfehlungen zu wichtigen politischen Themen zu erarbeiten. 2006 hat die Konrad-Adenauer-Stiftung in Cadenabbia etwa 60 Konferenzen und Bildungsveranstaltungen durchgeführt. Nur beispielhaft seien hier einige Veranstaltungsreihen genannt: Seit den 1980er Jahren finden in der Villa La Collina regelmäßig deutsch-britische Parlamentariertreffen mit britischen Konservativen und deutschen CDU-Politikern statt. Seit Mitte der neunziger Jahre treffen sich unter der Ägide der Konrad-Adenauer-Stiftung einmal jährlich deutsche Bedienstete in internationalen Organisationen, aber auch wichtige Repräsentanten aus Wirtschaft und Politik in ungezwungener Atmosphäre, um Erfahrungen auszutauschen und Kontakte zu knüpfen. Aktuelle Probleme werden dabei ebenso diskutiert wie Einblicke in den jeweils anderen Bereich gewährt.

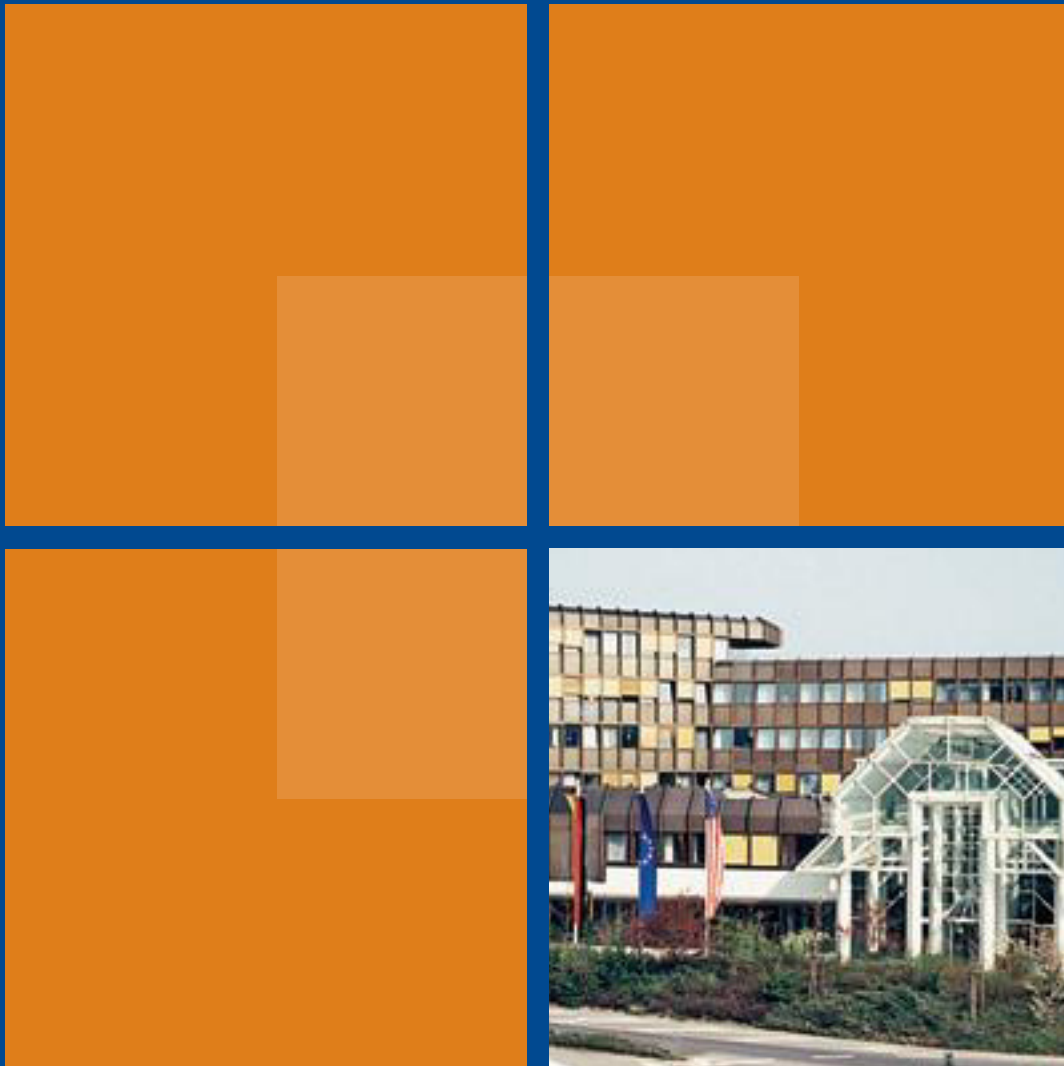
Zusammen mit dem Think Tank „European Ideas Network“ (EIN) wird in Cadenabbia an gemeinsamen Strategien für alle europäischen Parteien aus dem Umfeld der christlichen Demokratie gearbeitet. Für Themen wie demographischer Wandel, Sicherheit und Außengrenzen der EU werden Leitlinien entwickelt, die den Parteien als Hilfe für ihre eigene Politik dienen. Ebenfalls jährlich führt die Konrad-Adenauer-Stiftung dort ihre Tagung „Medizin – Ethik – Recht“ durch, die eine wichtige Ergänzung zu ihren Projekten im Bereich der Bioethik darstellt. 2006 ging es um die gerechte Verteilung knapper Ressourcen im Gesundheitssystem.

Seit 1995 ist Cadenabbia Ort der Autorenwerkstatt der Konrad-Adenauer-Stiftung. Jährlich, im Herbst, kommen in der Villa La Collina zwölf bis fünfzehn Schriftsteller zusammen, um aus unveröffentlichten Texten zu lesen und diese Arbeiten mit Kritikern, Germanisten und Politikern zu diskutieren. Inzwischen ist Cadenabbia auch zum Treffpunkt von bildenden Künstlern geworden, die durch den Else-Heiliger-Fonds (EHF) der Konrad-Adenauer-Stiftung gefördert wurden. Natürlich bietet die Stiftung dort auch staatsbürgerliche Seminare zur politischen Bildung. Sie befassen sich mit der Nachkriegspolitik in Deutschland und Europa und richten ein besonderes Augenmerk auf das Wirken Konrad Adenauers.

Umfassende Informationen über Geschichte des Hauses, das Konferenzzentrum, Umgebung, Tagungsprogramm und Buchungsmöglichkeiten sind im Internet unter www.kas.de bzw. der genauen URL:

<http://www.kas.de/proj/home/home/105/1/index.html> zu finden.





N A M E N , D A T E N , F A K T E N

IN DIESEM KAPITEL: DIE BILANZEN, DER
VORSTAND, DIE MITGLIEDER UND DAS
KURATORIUM DER KAS, DIE ADRESSEN DER
BILDUNGSZENTREN UND BILDUNGSWERKE
SOWIE DER AUSLANDSBÜROS, NEUERSCHEI-
NUNGEN 2006 UND INFORMATIONEN AUS
DEM FREUNDESKREIS.

JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2005

BILANZ

AKTIVA	31.12.2005	31.12.2004
	€	Tsd. €
A. Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	131.320,00	158
Sachanlagen	44.320.420,34	44.949
Finanzanlagen	25.677,55	26
	44.477.417,89	45.133
B. Sondervermögen		
■ Fonds	5.260.873,97	5.170
C. Umlaufvermögen		
■ Vorräte	63.324,54	63
■ Andere Gegenstände des Umlaufvermögens	739.100,67	500
■ Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.632.051,53	6.427
	2.434.476,74	6.990
D. Rechnungsabgrenzungsposten	4.748.082,19	4.712
Bilanzsumme	56.920.850,79	62.005

PASSIVA	31.12.2005	31.12.2004
	€	Tsd. €
A. EIGENE MITTEL	5.694.104,49	5.285
B. RÜCKLAGEN	420.064,29	410
C. ZWECKGEBUNDENE FONDS	1.119.251,95	1.217
D. ZUSCHÜSSE ZUR ANLAGENFINANZIERUNG	42.688.349,44	43.311
E. ANDERE VERBINDLICHKEITEN	1.896.219,93	1.369
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	5.102.860,69	10.413
Bilanzsumme	56.920.850,79	62.005

Dieser Jahresabschluss wurde von der Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft AG geprüft und bestätigt. Der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. veröffentlicht seine Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie den vollständigen Text des Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer eines jeden Jahres auch im Geschäftsbericht der Stiftung sowie im Bundesanzeiger. Die letzte Veröffentlichung erfolgte in der Ausgabe Heft 231, Jahrgang 2006, Seite 36289 am 8. Dezember 2006.

JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2005

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2005

	2005 €	2004 Tsd. €
Zuwendungen und Zuschüsse		
■ Zuwendungen des Bundes	95.585.157,00	92.062
■ Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften	2.213.193,12	2.311
■ Sonstige Zuwendungsgeber	2.325.930,09	1.580
	100.124.280,21	95.953
Erträge aus Fonds	366.022,59	309
Spenden	426.034,72	410
Teilnehmergebühren	1.754.664,19	1.632
Andere Einnahmen	1.507.992,77	1.372
Projektausgaben		
■ Internationale Zusammenarbeit	53.043.980,88	50.422
■ Förderung von Studenten und Graduierten	9.606.132,33	9.405
■ Kongresse, Tagungen und Seminare	4.686.752,42	3.745
■ Ausstellungen und Publikationen	913.463,40	672
■ Forschungsausgaben	129.756,98	44
■ Sonstige Projektausgaben	311.855,95	118
	68.691.941,96	64.406
Ausgaben Fonds	366.022,59	309
Personalausgaben	24.735.037,61	25.476
Sächliche Verwaltungsausgaben	7.592.782,27	7.686
Ausgaben für Investitionen und sonstige Finanzierungen	1.290.602,85	515
Zuwendungen an andere Stiftungen	1.044.320,40	1.061
Übrige Ausgaben	324.639,01	36
Abschreibungen auf Sachanlagen	78.021,80	60
Einnahmenüberschuss	55.625,99	127
Entnahmen aus Rücklagen	91.249,10	118
Einstellung in Rücklagen	101.530,78	125
Bilanzergebnis	45.344,31	120

JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2005

BESCHEINIGUNG

Zu der Jahresrechnung haben wir folgende Bescheinigung erteilt:

„An den Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bonn:

Wir haben die Jahresrechnung – bestehend aus Vermögensrechnung und Ertrags-/Aufwandsrechnung – unter Zugrundelegung der Buchführung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung der Jahresrechnung nach den gesetzlichen Vorschriften und ihre Auslegung durch die IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Der Vorstand stellt die Jahresrechnung auf Basis der doppelten Buchführung nach weitgehend kaufmännischen Grundsätzen auf. Die Buchführung lehnt sich an Vorschriften und daraus abgeleitete Regelungen der Bundeshaushaltsordnung an und enthält kameralistische Elemente. Abweichungen zu allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften und Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) erfolgen insbesondere bei der unmittelbaren Verausgabung angeschaffter beweglicher Vermögensgegenstände im Ausland, durch die Gesamtbewertung von Wertpapiervermögen, durch Verzicht auf den Ansatz von Rückstellungen und bei Periodenabgrenzungen mit Abrechnungsreichweite nur für das Berichtsjahr. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über die Jahresrechnung unter Zugrundelegung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung von Vereinen (IDW PS 750)

vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung der Jahresrechnung wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresrechnung überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht die Jahresrechnung mit den angeführten Abweichungen zu den Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) den gesetzlichen Vorschriften.“

Köln, 28. Juli 2006

Ernst & Young AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Gockel Brüggemann
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 veröffentlichen wir in Ergänzung des vorstehenden Jahresabschlusses noch folgende Daten für das Geschäftsjahr 2005:

Zahl der Personalstellen im Vergleich zum Vorjahr

	Stand 31.12.2005	Stand 31.12.2004
Mitarbeiter der Zentrale in Sankt Augustin	212	211
Übrige Mitarbeiter in Deutschland	237	251
Auslandsmitarbeiter	78	79
insgesamt	527	541

Zahl und Art der Führungsfunktionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierung oder der Bundes- oder Landespartei-vorstände oder des Europäischen Parlaments besetzt waren:

Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung von insgesamt 21 Mitgliedern* sind:

- 1 Bundeskanzlerin
- 1 Präsident des deutschen Bundestages
- 1 Präsident des europäischen Parlaments
- 1 Ministerpräsident eines Landes
- 9 Mitglieder des Deutschen Bundestages
- 2 Mitglieder eines Landtages
- 7 Mitglieder des Bundesparteivorstandes
- 3 Mitglieder eines Landesparteivorstandes
- 1 Mitglied des Europäischen Parlaments
- 9 ohne o. a. Führungsfunktionen

* Einige Mitglieder nehmen mehrere Führungsfunktionen wahr

GESAMTÜBERSICHT DER ZU ERWARTENDEN EINNAHMEN UND VORAUSSICHTLICHEN AUSGABEN

EINNAHMEN

	2007 (Plan) Tsd. €	2006 (Plan)* Tsd. €
Zuwendungen und Zuschüsse		
■ Zuwendungen des Bundes	101.165,0	96.448,8
■ Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften	2.143,0	2.142,8
■ Sonstige Zuwendungsgeber	3.257,0	2.076,8
Fonds/Spenden	625,0	654,8
Teilnehmergebühren	1.764,0	1.807,4
Sonstige Einnahmen	1.701,0	1.635,5
Gesamt	110.655,0	104.766,1

AUSGABEN

	2007 (Plan) Tsd. €	2006 (Plan)* Tsd. €
Projektausgaben		
■ Förderung von Studenten und Graduierten	10.675,0	10.173,5
■ Tagungen und Seminare	4.640,4	4.911,7
■ Internationale Zusammenarbeit	54.347,0	51.925,5
■ Veröffentlichungen/Ausstellungen	1.268,1	1.337,6
■ Forschungsprojekte	259,0	325,0
■ Förderung von Kunst und Kultur	340,5	337,5
■ Sonstige Projektausgaben	222,0	157,2
Personalausgaben (Inland)	24.248,0	24.357,1
Sächliche Verwaltungsausgaben		
■ Geschäftsbedarf	2.639,3	3.032,8
■ Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden	4.985,2	4.113,1
■ Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben (einschl. Reisekosten, Zinsen und ähnliche Ausgaben)	2.227,5	2.121,5
Übrige Ausgaben	4.124,0	1.559,5
Ausgaben für Investitionen	679,0	414,1
Gesamt	110.655,0	104.766,1

* Fortschreibung

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUR STAATLICHEN FINANZIERUNG DER POLITISCHEN STIFTUNGEN

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahestehenden Politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft zu legen. Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der Politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die Politischen Stiftungen über-eingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser Gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

Der vollständige Text der „gemeinsamen Erklärung“ vom November 1998 kann bei der Pressestelle der Konrad-Adenauer-Stiftung angefordert werden.

Tel. 030/2 69 96-216/-32 72

Fax 030/2 69 96-32 61

Internet www.kas.de/stiftung/wir_ueber_uns/22_webseite.html

VORSTAND DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.

VORSITZENDER

Professor Dr. Bernhard Vogel
Ministerpräsident a. D.

STELLVERTRETENDE VORSITZENDE

Anton Pfeifer
Staatsminister a. D.

Dr. Norbert Lammert MdB
Präsident des Deutschen Bundestages

Professor Dr. Beate Neuss
*Professorin für Internationale Politik
an der TU Chemnitz*

SCHATZMEISTER

Dr. Franz Schoser

GENERALSEKRETÄR

Wilhelm Staudacher
Staatssekretär a. D.

WEITERE VORSTANDSMITGLIEDER

Otto Bernhardt MdB
*Vorsitzender der
Hermann-Ehlers-Stiftung e. V.*

Hermann Gröhe MdB
*Justiziar der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag*

Peter Hintze MdB
*Parl. Staatssekretär beim Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie*

Volker Kauder MdB
*Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag*

Dr. Helmut Kohl
Bundeskanzler a. D.

Dr. Hermann Kues MdB
*Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*

Christine Lieberknecht MdL
*Vorsitzende der CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag*

Dr. Angela Merkel MdB
Bundeskanzlerin

Hildegard Müller MdB
*Staatsministerin
im Bundeskanzleramt*

Ronald Pofalla MdB
*Generalsekretär der
CDU Deutschlands*

**Professor Dr.
Hans-Gert Pöttering MdEP**
Präsident des Europäischen Parlaments

Professor Dr. Günter Rinsche
*ehem. Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe
in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament*

Professor Dr. Andreas Rödder
*Professor für Neueste Geschichte an der
Johannes-Gutenberg-Universität Mainz*

Professor Dr. Hans-Peter Schwarz
*ehem. Direktor des Seminars für
Politische Wissenschaft der Universität Bonn*

Christian Wulff MdL
*Ministerpräsident
des Landes Niedersachsen*

MITGLIEDER DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.

102

Bettina Adenauer-Bieberstein
Honorarkonsulin der Republik Island

Otto Bernhardt MdB
Vorsitzender der Hermann-Ehlers-Stiftung e.V.

Professor Dr. Wolfgang Böhmer MdL
Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt

Dr. Christoph Böhr MdL
Ehem. Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz

Elmar Brok MdEP
Mitglied des Fraktionsvorstandes der EVP-ED

Emine Demirbüken-Wegner
Integrationsbeauftragte des Berliner Bezirks Tempelhof-Schöneberg

Eberhard Diepgen
Regierender Bürgermeister a. D. von Berlin

Rainer Eppelmann
Vorstandsvorsitzender der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Dr. Reinhard Göhner MdB
Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

Hermann Gröhe MdB
Justiziar der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Peter Hintze MdB
Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Volker Kauder MdB
Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Eckart von Klaeden MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Auswärtiges der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Dr. Egon A. Klepsch
Präsident des Europäischen Parlaments a. D.

Roland Koch MdL
Ministerpräsident des Landes Hessen

Brigitta Kögler
Rechtsanwältin

Dr. Helmut Kohl
Bundeskanzler a. D.

Dr. Hermann Kues MdB
Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Dr. Norbert Lammert MdB
Präsident des Deutschen Bundestages

Professor Dr. Gerd Langguth
Staatssekretär a. D.

Professor Dr. Carl Otto Lenz
Generalanwalt a. D. am Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften

Christine Lieberknecht MdL
Vorsitzende der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag

Dr. Gisela Meister-Scheufelen
Präsidentin des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

Dr. Angela Merkel MdB
Bundeskanzlerin

Phillipp Mißfelder MdB
Bundenvorsitzender der Jungen Union Deutschlands

Hildegard Müller MdB
Staatsministerin im Bundeskanzleramt

Hartmut Nassauer MdEP
Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Bernd Neumann MdB
Staatsminister im Bundeskanzleramt

Professor Dr. Beate Neuss
Professorin für Internationale Politik an der TU Chemnitz

Doris Pack MdEP
Vorsitzende der Stiftung für die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit

Dr. Wolfgang Peiner
Senator a. D.

Anton Pfeifer
Staatsminister a. D.

Ronald Pofalla MdB
Generalsekretär der CDU Deutschlands

Ruprecht Polenz MdB
Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Professor Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP
Präsident des Europäischen Parlaments

Peter Radunski
Senator a. D.

Hans-Peter Repnik
Parl. Staatssekretär a. D.

Herbert Reul MdEP
Stellv. Vorsitzender der CDU-NRW-Gruppe im Europäischen Parlament

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Heinz Riesenhuber MdB
Bundesminister a. D. Präsident der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft

Professor Dr. Günter Rinsche
ehem. Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Professor Dr. Andreas Rödder
Professor für Neueste Geschichte an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz

Dr. Norbert Röttgen MdB
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Adolf Roth
ehem. Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

Volker Rühe
Bundesminister a. D.

Dr. Annette Schavan MdB
Bundesministerin für Bildung und Forschung

Jörg Schönbohm MdL
Innenminister des Landes Brandenburg

Dr. Franz Schoser
Schatzmeister der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Werner Schreiber
Vorsitzender der Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V.

Professor Dr. Hans-Peter Schwarz
ehem. Direktor des Seminars für Politische Wissenschaft der Universität Bonn

Dr. h.c. Rudolf Seiters
Bundesminister a. D. Präsident des Deutschen Roten Kreuzes

Wilhelm Staudacher
Staatssekretär a. D.

Professor Dr. Bernhard Vogel
Ministerpräsident a. D.

Dr. Dorothee Wilms
Bundesministerin a. D.

Christian Wulff MdL
Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

Stand: 22. Februar 2007

Der Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. berief im Jahr 2000 ein Kuratorium. Dieses Gremium berät und unterstützt die Arbeit der KAS. Seine Aufgabe ist es insbesondere, als Seismograph auf wichtige gesamtgesellschaftliche Entwicklungen hinzuweisen. In das Kuratorium wurden Vertreter aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur berufen.

Professor Dr. Roman Herzog

*Bundespräsident a. D.,
Vorsitzender des Kuratoriums*

Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf

Ministerpräsident a. D.

Dr. h.c. Birgit Breuel

*Präsidentin a. D. der
ehem. Treuhandanstalt*

Professor Dr. Manfred Erhardt

Generalsekretär a. D. des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft

Professor Monika Grütters MdB

*Obfrau der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
für Kultur und Medien*

Professor Dr. Ulrich von Hehl

*Professor für Neuere und Neueste
Geschichte an der Universität Leipzig*

Professor Dr. Eilert Herms

*Direktor des Instituts für Ethik
an der Ev.-theol. Fakultät der
Universität Tübingen*

Professor Dr. Dr. h.c. mult.

Wolfgang A. Herrmann
*Präsident der
Technischen Universität München*

Professor Dr. Renate Köcher

*Geschäftsführerin des Instituts
für Demoskopie Allensbach*

Dr. Horst Köhler

*Bundespräsident
(ruhende Mitgliedschaft)*

Dr. Volkmar Köhler

Parlamentarischer Staatssekretär a. D.

Klaus-Peter Müller

*Sprecher des Vorstandes
der Commerzbank AG*

Dr. h.c. Klaus D. Naumann

*Generalinspekteur a. D.,
ehem. Vorsitzender des
Nato-Militärausschusses*

Professor Dr. Udo Reiter

*Intendant des Mitteldeutschen
Rundfunks (MDR)*

Professor Dr.

Eberhard Schockenhoff

*Professor für Moralthologie
an der Albert-Ludwigs-Universität
in Freiburg i.Br.*

Professor Dr. Rupert Scholz

*Bundesminister a. D., Lehrstuhl
für Öffentliches Recht der
Ludwig-Maximilians-Universität München*

Professor Dr. Dr. h.c.

Volker Schumpelick

*Direktor der Chirurgischen Klinik und
Poliklinik Universitätsklinikum Aachen*

Ingrid Sehrbrock

*Stellv. Vorsitzende des Geschäfts-
führenden Bundesvorstandes
des Deutschen Gewerkschaftsbundes*

Dr. h.c. Rudolf Seiters

*Bundesminister a. D., Präsident des
Deutschen Roten Kreuzes*

Professor Dr. h.c. Dieter Stolte

ZDF-Intendant a. D.

Professor Dr. Christoph Stölzl

Senator a. D.

Professor Dr. Dr. h.c.

Horst Teltschik

*Vorsitzender der Münchener Konferenz
für Sicherheitspolitik, Honorarprofessor
an der wirtschaftswissenschaftlichen
Fakultät der TU München*

Professor Dr. Dr. h.c. mult.

Hans Tietmeyer

*Präsident i.R. der
Deutschen Bundesbank*

ORGANIGRAMM

Vorstand									
■ Vorsitzender Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Bernhard Vogel St. Augustin 2420 ■ Generalsekretär Wilhelm Staudacher Berlin 3240/St. Augustin 2500 ■ Stellvertretender Generalsekretär Christoph Kannengießer St. Augustin 2430/Berlin 3260 Vorstandsbüro Jens Paulus Berlin 3219									
Politik und Beratung Dr. Michael Borchard Berlin 3550	Internationale Zusammenarbeit Dr. Gerhard Wählers Berlin 3525	Politische Bildung Dr. Stephan Eisel Wesseling 4212	Wissenschaftliche Dienste Dr. Günter Buchstab St. Augustin 2210	Begabtenförderung und Kultur Prof. Dr. Günther Rührer St. Augustin 2280	Zentralabteilung Kommunikation Walter Bajohr St. Augustin 2517	Akademie Dr. Melanie Piepenschneider Berlin 3230	Dienstleistungszentrum Leiter Christoph Kannengießer stellv. Leiter Rolf Halfmann		
Beratungsmanagement Dr. Wolfgang Maier Berlin 3587	Evaluierung Dr. Norbert Eschborn Berlin 3363	Bildungswerke Dr. Werner Blumenthal Wesseling 4215	Historisches Archiv/Historische Forschung Dr. Günter Buchstab St. Augustin 2210	Berufsorientierung/Berufsförderung Armin Pawlik St. Augustin 2541	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Uta Hellweg Berlin 3222	Hauptstadtforum Andreas Kleine-Kraneburg Berlin 3257	Personal Rolf Halfmann (Justitiar) St. Augustin 2540	Finanzen Henrik Braun St. Augustin 2400	Allgemeine Verwaltung/IT Axel Schwadorf St. Augustin 2412
Wirtschafts- und Sozialpolitik N.N. Berlin	Grundsatzfragen Dr. Helmut Reifeld Berlin 3467	Politische Bildung und Zeitgeschehen Michael Lingenthal Wesseling 4236	Zentrale Dokumentation Dietmar Haak St. Augustin 2497	Altstipendiaten Dr. Wolfgang-Michael Böttcher St. Augustin 2503	Medienpolitik Barthel Schölgens St. Augustin 2525	Bildungswerk Berlin Renate Abt Berlin 3253	Personal Inland Ute Grewenig St. Augustin 2392	Controlling/Revision Günter Martin St. Augustin 2415	Allgemeine Verwaltung St. Augustin 2412
Gesellschafts-politik Dr. Norbert Arnold Berlin 3504	Europa/Nordamerika Dr. Peter Fischer-Bollin Berlin 3526	Politische Kommunikation Christian Schnee Wesseling 4213	Bibliothek Hildegard Krenkel St. Augustin 2270	Deutsche Studentenförderung Dr. Gerd Fischer St. Augustin 2323	Politische Meinung Danja Bergmann St. Augustin 2522	Stiftungsübergreifendes Projektmanagement Rita Schorpp-Grabiak Berlin 3430	Personal Ausland Dr. Thomas Knirsch Berlin 3365	Haushalt Henrik Braun St. Augustin 2410	IT St. Augustin 2412
Innenpolitik Dr. Ralf Thomas Baus Berlin 3503	Afrika und Naher Osten Frank Spengler Berlin 3527	Organisation Schloss Eichholz Brigitte Förster Wesseling 4278	Journalisten-Akademie Walter Bajohr Leiter Zentralabteilung Kommunikation Medien St. Augustin 2517	Deutsche Graduiertenförderung Dr. Daniela Tandacki St. Augustin 2511	Zentrale Veranstaltungszentrale Dr. Melanie Piepenschneider Berlin 3230	Zentralredaktion Print/Online Walter Bajohr St. Augustin 2517	Rechnungswesen Jürgen Lichtenberg St. Augustin 2402	Private Finanzierung/Steuern Petra Kulcar St. Augustin 2616	Projektverwaltung Norbert Kriechel St. Augustin 2507
Europa- und Außenpolitik Dr. Karl-Heinz Kamp Berlin 3510	Asien Dr. Stefan Friedrich Berlin 3530	Asien Dr. Stefan Friedrich Berlin 3530	Deutsche Graduiertenförderung Dr. Daniela Tandacki St. Augustin 2511	Ausländerförderung Dr. Detlev Preuß St. Augustin 2320			Private Finanzierung/Steuern Petra Kulcar St. Augustin 2616	Projektverwaltung Norbert Kriechel St. Augustin 2507	
	Lateinamerika Hans-Hartwig Blomeier Berlin 3375	Lateinamerika Hans-Hartwig Blomeier Berlin 3375	Organisation/ Stipendien Albrecht Schuhmann St. Augustin 2329	Kultur Dr. Hans-Jörg Clement Berlin 3221					
	Inlandsprogramme Norbert Beckmann-Dierkes Berlin 3545	Inlandsprogramme Norbert Beckmann-Dierkes Berlin 3545			53757 Sankt Augustin Rathausallee 12 Tel.: 02241/246-0 (Zentrale)	10785 Berlin Tiergartenstraße 35	10785 Berlin Klingelhöferstraße 23 Postanschrift: 10907 Berlin Tel.: 030/26996-0 (Zentrale)	E-Mail: vorname.nachname@kas.de	
	Haushalt/ Verwaltung Walter Glos Berlin 3481	Haushalt/ Verwaltung Walter Glos Berlin 3481			50389 Wesseling Schloss Eichholz Urfelder Straße 221 Tel.: 02236/707-0 (Zentrale)	10785 Berlin Klingelhöferstraße 23 Postanschrift: 10907 Berlin Tel.: 030/26996-0 (Zentrale)			

AUSSENSTELLEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

AFRIKA UND NAHER OSTEN

Ägypten

Dr. Michael Lange
35, Abu El-Feda Street
Flat No.18
Zamalek Kairo
Tel.: 0020/2-7354329
Fax: 0020/2-7372121
kaf@internetegypt.com

Benin

David Robert
Lot 07 Les Cocotiers
(en Face Ecole Primaire)
Cotonou
Tel.: 00229/21301022
Fax: 00229/21300142
secretariat@kas-benin.de

DR Kongo

Andrea Ostheimer
Avenue de la Caisse d' Epargne
(Av. CADECO), 3
Commune de la Gombe
Kinshasa
Tel.: 00243/81-8801787
Sat-Tel.: 008821/654250668
Fax: 00243/81-3010313
kas@jobantech.cd

Ghana

Klaus Lötzer
House No. 103
Osu Badu Street
Accra
Tel./Fax: 00233/21-768630
Mobil: 00233/244327796
dieter@loetzer.de

Israel

Dr. Lars Hänsel
Lloyd George St. 6
Jerusalem 91082
Tel.: 00972/2-5671830
Fax: 00972/2-5671831
Mobil: 00972/67548526
office@kasisrael.org

Jordanien

Dr. Hardy Ostry
23, Ismael Haqqi Abdou Str.
Sweifiye
(next Airport Rd/7th Circle)
Amman
Tel.: 00962/6-5929777
Fax: 00962/6-5933087
Mobil: 00962/77839938
hardy.ostry@kas.org.jo

Kenia

Wolfgang Ahner-Tönnis
(Länderprogramm)
Gerd Dieter Bossen
(Rechtsstaatsprogramm)
Mbaruk Road 27
Kilimani – Golf Course
Nairobi
Tel.: 00254/2-02725957
Fax: 00254/2-02724902
ahnerkas@wananchi.com
bossenkas@wananchi.com

Malawi

Dr. Ingo Scholz (zuständig)
Gelu House, 1st. Floor
Kamuzu Procession Road
Lilongwe
Tel./Fax: 00265/1-759274
kasmal@malawi.net

Marokko

Thomas Schiller
11 Avenue de l' Atlas
Résidence Mami, Appt. 6
Rabat
Tel.: 00212/37-776273
Fax: 00212/37-776171
kasma@kas.org.ma

Mosambik

Dr. Ingo Scholz
Rua D, No. 21, Bairro Coop
Maputo
Tel.: 00258/21-416804
Fax: 00258/21-416810
kasmoz@tvcabo.co.mz

Namibia

Dr. Dr. Anton Bösl
29, Feldstraße
Windhoek
Tel.: 00264/61-225568
Fax: 00264/61-225678
kas@mweb.com.na

Nigeria

Dr. Klaus Pähler
4, Alex Kadiri Close
off Katsina Alla Crescent
Maitama
Abuja
Tel.: 00234/9-4132234
Fax: 00234/9-4132233
Mobil: 00234/8055059085
klauspaehler@gmx.com

Palästinensische Autonomiegebiete

Thomas Birringer
34 Al-Ma'aref St.
off Jerusalem Nablus Road
Al-Bireh/Ramallah
Tel.: 00972/2-2980144
Fax: 00972/2-2964816
Mobil: 00972/599671565
birringer@kas-palestine.org

Republik Südafrika

Werner Böhler
(Länderprogramm)
Frank Windeck
(Medienprogramm)
60 Hume Road
Dunkeld 2196
Johannesburg
Tel.: 0027/11-2142900
Fax: 0027/11-2142913
(Länderprogramm)
Fax: 0027/11-2142914
(Medienprogramm)
info@kas.org.za

Senegal

Dr. Karsten Dümmel
Stèle Mermoz 32
Route de la Pyrotechnie
Dakar
Tel.: 00221/8-697778
Fax: 00221/8-602430
buero@kas-dakar.de

Simbabwe

Dr. Beatrice Schlee
(bis 31.03.2007)
Helga Rothfritz
(ab 01.08.2007)
26, Sandringham Drive
Alexandra Park
Harare
Tel./Fax: 00263/4-745395
Tel./Fax: 00263/4-745397
Econet: 00263/91 292211
info@kaf.co.zw

Tansania

Wolfgang Ahner-Tönnis
(zuständig)
Isimani Rd. Plot No.
367/Upanga
Dar Es Salaam
Tel.: 00255/22-2153174
Fax: 00255/22-2151990
kasdar@kicheko.com

Tunesien

Dr. Hardy Ostry (zuständig)
3, Rue Mahmoud El Ghaznaoui
1082 Cité El Mahrajène
El Menzah IV – Tunis
Tel.: 00216/71-751420
Fax: 00216/71-750090
info@kas.com.tn

Uganda

Peter Girke
Plot 51 B
Prince Charles Drive
Kampala
Tel.: 00256/41-259611
Fax: 00256/41-255495
Mobil: 00256 77/405028
kaf@imul.com

ASIEN

Afghanistan

Dr. Babak Khalatbari
291, 10 Street
Wazir Akbar Khan
Kabul
Sat-Tel.: 00870/761650774
Mobil: 0093/79327241
kas.kabul@ceretechns.com

China

Winfried Jung
Lufthansa Center C813
No. 50 Liangmaqiao Road
Peking 100016
Tel.: 0086/10-64622207
Fax: 0086/10-64622209
Mobil: 0086/13801306854
beijing@kaschina.com

Thomas Awe
Shanghai Project Office
Overseas Chinese Mansion
1903/04
129 Yan'an Xi Lu
200040 Shanghai
Tel.: 0086/21-62491722
Fax: 0086/21-62494549
Mobil: 0086/13601662005
shanghai@kaschina.com

Indien

Jörg Wolff
German House, 1st. Floor
2, Nyaya Marg
Chanakyapuri
New Delhi 110 021
Tel.: 0091/11-26113520
Fax: 0091/11-26113536
adenauer@vsnl.com

Indonesien

Winfried Weck
Plaza Aminta, 4th Floor
Jl. Let. Jend. TB Simatupang
Kav. 10
Jakarta 12310
Tel.: 0062/21-75909411
Fax: 0062/21-75909415
weck@kasindo.org

Kambodscha

Wolfgang Meyer
House No. 4, Street 462
Khan Chamkar Mon
Phnom Penh
Tel.: 00855/023-213363
Fax: 00855/023-213364
Mobil: 00855/012222540
wolgang.meyer@kas-cambodia.com

Malaysia

Peter Schier
Suite 18.1, Level 18
Menara Genesis
No. 33, Jalan Sultan Ismail
50250 Kuala Lumpur
Tel.: 0060/3-27137321
Fax: 0060/3-27137320
kaskul@pd.jaring.my

Mongolei

Dr. Thomas Schrapel
Jamyan Gun Street – 5/305
„Ar Mongol Travel“ Building
Ulan Bator 48
Tel.: 00976/11-319135
Fax: 00976/11-319137
schrapel@kas.mn

Philippinen

Klaus Preschle
ALPAP I Building, 3rd Floor
140 Leviste Street
Salcedo Village
Makati City, Metro Manila
Manila
Tel.: 0063/2-8943427
Fax: 0063/2-8936199
Mobil: 0063/9175264576
preschle@kaf-mnl.com

Republik Korea

Marc Ziemek
Dookyoung Bld. 301
Hannamdong 66–1
Yongsamku 140–210
Seoul
Tel.: 0082/2-7933979
Fax: 0082/2-7933979
marc.ziemek@kaskorea.org

Singapur

Dr. Colin A. Dürkop
(Länderprogramm)
Werner vom Busch
(Medienprogramm)
Clauspeter Hill
(Rechtsstaatsprogramm)
34, Bukit Pasoh Rd.
Singapur 089848
Tel.: 0065/62272001
Fax: 0065/62278342
duerkop@kas-asia.org
vombusch@kas-asia.org
hill@kas-asia.org

Thailand

Dr. Lars-Peter Schmidt
Bangkok Tower, 10th Floor
2170 New Petchburi Rd.
Huay Khwang
Bangkok 10 320
Tel.: 0066/02-3080008
Fax: 0066/02-3080010
Mobil: 0066/8817210675
kasthailand@yahoo.com

Usbekistan

Dr. Gregor Ryssel
38, Sarbog ul.
100031 Taschkent
Tel.: 00998/71-3613021
Fax: 00998/71-3613024
Mobil: 00998/933888258
kas-uzb@bcc.com.uz

Vietnam

Dr. Willibold Frehner
7; Trieu Viet Vuong, Hanoi
Tel.: 0084/4-9432791
Fax: 0084/4-9432790
frehner.kas.hanoi@fpt.vn

LATEINAMERIKA**Argentinien**

Christoph Korneli
(Länderprogramm)
Suipacha 1175, Piso 3
C 1008 AA W Buenos Aires
Tel.: 0054/11-43262552
Fax: 0054/11-43269944
christoph.korneli@kas.org.ar

Dr. Karla Sponar
(Medienprogramm)
Suipacha 1175, Piso 2
C 1008 AA W Buenos Aires
Tel.: 0054/11-43262552
Fax: 0054/11-43269944
Mobil: 0054/91165030906
medios@kas.org.ar

Bolivien

Peter-Alberto Behrens
Av. Ecuador 2523
Edif. Dallas, Piso 9
La Paz
Tel.: 00591/2-2417368
Fax: 00591/2-2417358
info@kasbolivia.org

Brasilien

Dr. Wilhelm Hofmeister
Praça Floriano 19, 30° andar,
Centro
Cep 20031-924
Rio de Janeiro RJ
Tel.: 0055/21-22205441
Fax: 0055/21-22205448
konrad@adenauer.org.br

Dr. Klaus Hermanns
Av. Dom Luís, 880–
Salas 601/602
Cep 60.160-230 –
Fortaleza – Ceará
Tel.: 0055/85-32619293
Fax: 0055/85-32612164
kas-fortaleza@
adenauer.com.br

Chile

Dr. Helmut Wittelsbürger
Enrique Nercaseaux 2381
Providencia
Santiago de Chile
Tel.: 0056/2-2342089
Fax: 0056/2-2342210
fkachile@fka.cl

Costa Rica

Reinhard Willig
Calle 32, Av. 0 y 1,
2do. Piso Edificio
La Carmelita
Paseo Colón
San José
Tel.: 00506/233-5874
Fax: 00506/233-3279
kafcrhm@racsa.co.cr

Ecuador

Helga Rothfritz
(bis 30.04.2007)
Dr. Berthold Weig
(ab 01.09.2007)
Edificio Aseguradora del Sur,
Piso 7
Avenida República de
El Salvador 361 y Moscú
Quito
Tel.: 00593/2-2269764
Fax: 00593/2-2242438
Mobil: 00593/29448106
kasecu@kas.org.ec

Guatemala

Tjark M. Egenhoff.
3a Ave. „A“ 7-74, Zona 14
Col. El Campo
Ciudad de Guatemala
CP 01014
Tel.: 00502/23681142
Fax: 00502/23681989
Mobil: 00502/55266309
kasgua@intelnet.net

Kolumbien

Dr. Carsten Wieland
Av. 19 No. 118-95 Of. 212-214
Santafé de Bogotá
Tel.: 0057/1-6208775
Fax: 0057/1-6208765
Mobil: 0057/3102593581
kascol@cable.net.co

Mexiko

Frank Priess
(Länderprogramm)
Rudolf Huber
(Rechtsstaatsprogramm)
C. Río Guadiana #3
Col. Cuauhtémoc
Deleg. Cuauhtémoc
C.P. 06500 México, D.F.
Tel.: 0052/55-55664511
Fax: 0052/55-55664455
kasmex@kasmex.org.mx

Nicaragua

Reinhard Willig (zuständig)
Kohar Penalba
Km 14 Carretera Sur,
a mano izquierda,
300 metros
Managua
Tel.: 00505/2-657880
Fax: 00505/2-657896
kas@ibw.com.ni

Peru

Markus Rosenberger
Calle Arica # 794
Miraflores–Lima 18
Tel.: 0051/1-4458087
Fax: 0051/1-4459374
konrad@kas.org.pe

Uruguay

Gisela Elsner
Plaza de Cagancha 1356,
Of. 804
11.100 Montevideo
Tel.: 00598/2-9020943
Fax: 00598/2-9086781
info@kasuy.org

Venezuela

Dr. Hubert Gehring
Av. Luis Roche
entre 6a y 7a Transversal
Quinta Las Lomas, Altamira
Caracas
Tel.: 0058/2-122634533
Fax: 0058/2-122652054
h.gehring@kasven.com.ve

EUROPA UND USA**Belgien (Europabüro)**

Dr. Peter R. Weilemann
Dr. Peter Köppinger
(Entwicklungspolischer Dialog)
Avenue de l'Yser 11
B–1040 Brüssel
Tel.: 0032/2-7430743
Fax: 0032/2-7430749
sekretariat@eukas.be

**Baltische Länder
Estland**

Büro Tallinn
Sveta Pääru,
Raekoja Plats 17
EE–10146 Tallinn
Tel.: 00372/6-276700
Fax: 00372/6-276703
tallinn@adenauer.ee

Lettland

(Regionalbüro Riga)
Dr. Andreas von Below
Alberta iela 13
LV-1010 Riga
Tel.: 00371/7039328
Fax: 00371/7039327
below.riga@adenauer.lv

Litauen

Büro Vilnius
Kristina Kviliunaite
Saviciaus g. 11-6/
Augustijonu g.1-6
LT 01127 Vilna
Tel.: 00370/52-691178
Fax: 00370/52-691179
kas-vln@post.omnitel.net

Bosnien-Herzegowina

Dr. Christina Catherine Krause
Prusackova 23
BiH–71000 Sarajewo
Tel.: 00387/33-215240
Fax: 00387/33-215239
Mobil: 00387/61480309
christina.krause@
kas-sarajevo.com

Bulgarien

Ralf Jaksch
(Länderprogramm)
Dr. Dirk Förger
(Medienprogramm)
Boulev. „Janko Sakasov“ 19
4. Etage, App. 11
BG-1504 Sofia
Tel.: 00359/2-9434388
Fax: 00359/2-9433459
kas.sofia@mb.bia-bg.com

Frankreich

Dr. Beatrice Gorawantschy
15 bis, rue de Marignan
F-75008 Paris
Tel.: 0033/1-56691500
Fax: 0033/1-56691501
beatrice.gorawantschy@
wanadoo.fr

Großbritannien

Thomas Bernd Stehling
London Office
63 D Eccleston Square
GB-London SW1V 1PH
Tel.: 0044/20-78344119
Fax: 0044/20-78344134
thomas.stehling@kas.de

Italien

Centro Internazionale
d'incontri Cadenabbia
Villa La Collina
Via Roma 11
I-22011 Cadenabbia (Co)
Tel.: 0039/0344-44111
Fax: 0039/0344-41058
cadenabbia@villalacollina.it

Kroatien

Dr. Christian Schmitz
Frana Petrica 7
HR-10000 Zagreb
Tel.: 00385/1-4882650
Fax: 00385/1-4882656
Mobil: 00385/98 453968
elma.kas@inet.hr

Mazedonien

Ulrich Kleppmann
Ul. „Maksim Gorki“ 16, Kat 3
MK-1000 Skopje
Tel.: 00389/2-3231122
Fax: 00389/2-3135290
Mobil: 00389/70279594
kas@kas.com.mk

Polen

Stephan Raabe
ul. J. Dabrowskiego 56
PL-02-561 Warschau
Tel.: 0048/2-28453894
Fax: 0048/2-28485437
kas@kas.pl

Rumänien

Dr. Holger Dix
(Länderprogramm)
Dr. Stefanie Ricarda Roos
(Rechtsstaatsprogramm)
Str. Sf. Elefterie nr. 27
050524 Bukarest
Tel./Fax: 0040/21-4108235
Mobil: 0040/724206706
office@kas.ro

Russische Föderation

Dr. Thomas Kunze
Twerskaja ul. 16/2
Gebäude 3, Büro 3
125009 Moskau
Tel.: 007/495-9357778
Fax: 007/495-9357779
Mobil: 007/495-7244572
thomas_kunze@adenauer.ru

Elisabeth Bauer
Newskij Prospekt 1
191186 St. Petersburg
Tel. 007/812-3157236
Fax: 007/812-3157811
kasspb@online.ru

Serbien

Claudia Nolte
Kralja Petra Str. 3
11000 Belgrad
Tel.: 00381/11-3285210
Fax: 00381/11-3285329
office@kas-bg.com

Slowakische Republik

Dr. Stefan Gehrold (zuständig)
Agáta Pešková,
Zelená 8
SK-81101 Bratislava
Tel.: 00421/2-54419438
Fax: 00421/2-54419441
kasslovak@nexta.sk

Spanien

Michael Däumer
Plaza de Castilla 3, 16-D 2
E-28046 Madrid
Tel.: 0034/91-5796186
Fax: 0034/91-5718612
kasmad@gmx.net

Tschechische Republik

Dr. Stefan Gehrold
Klimentská 46
CZ-11002 Prag 1
Tel.: 00420/2-22320190
Fax: 00420/2-22320198
kasprag@kasprag.cz

Türkei

Jan Senkyr
Ahmet Rasim Sokak 27
06550 Cankaya-Ankara
Tel.: 0090/312-4404080
Fax: 0090/312-4403248
kas@konrad.org.tr

Ukraine

Nico Lange
wul. Schowkowschtschna 10,
Whg. 4
UA-01021 Kiew
Tel.: 00380/44-4927443
Fax: 00380/44-4927443
konrad@adenauer.kiev.ua

Ungarn

Hans-J. Kaiser
Batthyány u. 49
H-1015 Budapest
Tel.: 0036/1-4875010
Fax: 0036/1-4875011
hans.kaiser@adenauer.hu

USA

Dr. Norbert Wagner
Washington Research Office
2005 Massachusetts Avenue,
NW
Washington, DC 20036
Tel.: 001/202-4645840
Fax: 001/202-4645848
norbert.wagner@kasusa.org

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

- Begabtenförderung und Kultur
- Dienstleistungszentrum (EDV, Finanzen, Personal und Allgemeine Verwaltung, Veranstaltungsorganisation)
- Wissenschaftliche Dienste
- Kommunikation und Medien

Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin
Tel. 0 22 41/2 46-0
Fax 0 22 41/2 46-2591
zentrale@kas.de
www.kas.de

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

- Akademie
- Internationale Zusammenarbeit
- Online Redaktion
- Politik und Beratung
- Pressestelle

Tiergartenstraße 35
10785 Berlin
Tel. 0 30/2 69 96-0
Fax 0 30/2 69 96-32 61

BILDUNGSZENTREN UND BILDUNGSWERKE

Politische Bildung und Kommunalpolitik

Leitung: Dr. Stephan Eisel
Schloß Eichholz
Urfelder Straße 221
50389 Wesseling
Tel. 0 22 36/7 07-0
Fax 0 22 36/7 07-43 55
www.kas-eichholz.de

Bildungszentrum Wendgräben

Leitung: Ronny Heine
Wendgräbener Chaussee 1
39279 Wendgräben
Tel. 03 92 45/952 351
Fax 03 92 45/952 366
www.kas-wendgraeben.de

Politische Bildung Berlin

Leitung: Renate Abt
Tiergartenstraße 35
10785 Berlin
Tel. 0 30/26 99 6-0
Fax 0 30/26 99 6-3243
www.kas-berlin.de

Bildungswerk Bremen

Leitung: Reinhard Wessel
Martinistraße 25
28195 Bremen
Tel. 04 21/1 63 00 90
Fax 04 21/1 63 00 99
www.kas-bremen.de

Bildungswerk Dortmund

Leitung: Dr. Marco Arndt
Märkische Straße 11
44141 Dortmund
Tel. 02 31/10 87 77 70
Fax 02 31/10 87 77 77
www.kas-dortmund.de

Bildungswerk Dresden

Leitung: Dr. Joachim Klose
Königstraße 23
01097 Dresden
Tel. 03 51/56 34 46 0
Fax 03 51/56 34 46 10
www.kas-dresden.de

Bildungswerk Düsseldorf

Leitung: Andreas Michael Klein
Benrather Straße 11
40213 Düsseldorf
Tel. 02 11/83 68 05 60
Fax 02 11/83 68 05 69
www.kas-duesseldorf.de

Bildungswerk Erfurt

Leitung: Maja Eib
Thomas-Müntzer-Straße 21 a
99084 Erfurt
Tel. 03 61/65 49 10
Fax 03 61/65 49 11 1
www.kas-erfurt.de

Bildungswerk Freiburg

Leitung: Thomas Wolf
Schusterstraße 34-36
79098 Freiburg
Tel. 07 61/3 34 43
Fax 07 61/3 75 46
www.kas-freiburg.de

Bildungswerk Hamburg

Leitung: Dr. Manfred Dahlke
Warburgstraße 12
20354 Hamburg
Tel. 0 40/21 98 50 80
Fax 0 40/21 98 50 89
www.kas-hamburg.de

Bildungswerk Hannover

Leitung: Christian Schleicher
Leinstraße 8
30159 Hannover
Tel. 05 11/40 08 09 80
Fax 05 11/40 08 09 89
www.kas-hannover.de

Bildungswerk Mainz

Leitung: Karl-Heinz van Lier
Weißliliengasse 5
55116 Mainz
Tel. 0 61 31/2 01 69 30
Fax 0 61 31/2 01 69 39
www.kas-mainz.de

Bildungswerk Oldenburg

Leitung: Dr. Stefan Hofmann
Eichenstraße 99
26131 Oldenburg
Tel. 04 41/59 34 66
Fax 04 41/59 34 58
www.kas-oldenburg.de

Bildungswerk Potsdam

Leitung: Dr. Bernhard Lamers
Rudolf-Breitscheid-Str. 64
14482 Potsdam
Tel. 03 31/74 88 76 10
Fax 03 31/74 88 76 15
www.kas-potsdam.de

Bildungswerk Saarbrücken

Leitung: Helga Bossung-Wagner
Neumarkt 11
66117 Saarbrücken
Tel. 06 81/92 79 88 0
Fax 06 81/92 79 88 9
www.kas-saarbruecken.de

Bildungswerk Schwerin

Leitung: Dr. Silke Bremer
Arsenalstraße 10
19053 Schwerin
Tel. 03 85/55 57 05 0
Fax 03 81/55 57 05 9
www.kas-schwerin.de

Bildungswerk Stuttgart

Leitung: Elke Schröder
Lange Straße 18 a
70174 Stuttgart
Tel. 07 11/87 03 09 3
Fax 07 11/87 03 09 55
www.kas-stuttgart.de

Bildungswerk Wiesbaden

Leitung: Dr. Thomas Ehlen
Bahnhofstraße 38
65185 Wiesbaden
Tel. 06 11/15 75 98 0
Fax 06 11/15 75 98 19
www.kas-wiesbaden.de



NEUERSCHEINUNGEN

AUSLANDSINVESTITIONEN EXPERTEN AUS VERSCHIEDENEN WELTREGIONEN ERÖRTERN DEN ENGEN ZUSAMMENHANG ZWISCHEN ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN UND WIRTSCHAFTLICHEN ASPEKTEN IM ZEICHEN DER GLOBALISIERUNG. HOFFNUNGEN UND ÄNGSTE WERDEN EBENSO THEMATISIERT WIE LÖSUNGSANSÄTZE FÜR INTERNATIONAL VERBINDLICHE REGELUNGEN VON AUSLANDSINVESTITIONEN. THEMEN: VÖLKERRECHTLICHE GRUNDLAGEN DES INVESTITIONSSCHUTZES, DIREKTINVESTITIONEN AM BEISPIEL VON CHINA UND INDIEN, NACHHALTIGKEITSASPEKT DER AUSLANDSINVESTITIONEN.

EINIGKEIT UND RECHT UND FREIHEIT DIE LIEBE ZUM VATERLAND – FÜR UNSERE NACHBARN IN OST UND WEST EINE SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT. WAS ABER BEDEUTET PATRIOTISMUS FÜR DIE DEUTSCHEN NACH DEN HISTORISCHEN KATASTROPHEN UND DER EIGENEN SCHULD DES VORIGEN JAHRHUNDERTS? HINTERGRUNDDEBATTEN ZUM PATRIOTISMUS IN DEUTSCHLAND, IM VEREINIGTEN EUROPA UND ZUM PATRIOTISMUS IN EINER GLOBALISIERTEN WELT.

POLITIK FÜR FAMILIEN KINDER GEHÖREN NICHT MEHR SELBSTVERSTÄNDLICH ZUM LEBENS-KONZEPT JUNGER FRAUEN UND MÄNNER. EIN MENTALITÄTSWANDEL HAT STATTGEFUNDEN, DEM MIT FINANZIELLEN ANREIZEN GEGENZUSTEUERN NICHT MEHR AUSREICHT. WAS ABER WÄREN DIE REZEPTE FÜR EINE ZUKUNFTSORIENTIERTE FAMILIENPOLITIK? BEITRÄGE ZUM FAMILIENBILD IM WANDEL, ZU NOTWENDIGEN WEICHENSTELLUNGEN, VERLÄSSLICHEN STRUKTUREN FÜR MEHR FLEXIBILITÄT UND ZUR FAMILIENPOLITIK IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH.

NEUERSCHEINUNGEN

TASCHENBÜCHER IM HERDER-VERLAG

Günter Buchstab, Rudolf Uertz (Hrsg.)
Nationale Identität im vereinten Europa
Freiburg 2006
ISBN-10: 3-451-23013-5

Rudolf Dolzer, Matthias Herdegen,
Bernhard Vogel (Hrsg.)
Auslandsinvestitionen.
Ihre Bedeutung für Armutsbekämpfung,
Wirtschaftswachstum und Rechtskultur
Freiburg 2006
ISBN-10: 3-451-23085-2

Jörg-Dieter Gauger (Hrsg.)
Bildung der Persönlichkeit
Freiburg 2006
ISBN-10: 3-451-23017-8

Alois Glück, Bernhard Vogel,
Hans Zehetmair (Hrsg.)
Solidarische Leistungsgesellschaft.
Eine Alternative zu Wohlfahrtsstaat
und Ellenbogengesellschaft
Freiburg 2006
ISBN-10: 3-451-23014-3

Christine Henry-Huthmacher (Hrsg.)
Politik für Familien. Wege in eine
kinderfreundliche Gesellschaft
Freiburg 2006
ISBN-10: 3-451-23064-X

Matthias Rößler (Hrsg.)
Einigkeit und Recht und Freiheit
Deutscher Patriotismus in Europa
Freiburg 2006
ISBN-10: 3-451-23032-1

Volker Schumpelick, Bernhard Vogel
(Hrsg.)
Arzt und Patient. Eine Beziehung
im Wandel
Freiburg 2006
ISBN-10: 3-451-23041-0

FORSCHUNGEN UND QUELLEN ZUR ZEITGESCHICHTE

Stefan Marx
Heinrich Köppler (1925-1980).
Politik aus christlicher
Verantwortung
Band 51
Droste, Düsseldorf 2006, 340 Seiten
ISBN-10: 3-7700-1902-4

Birgit Ramscheid
Herbert Blankenhorn (1904-1991).
Adenauers außenpolitischer Berater
Band 49
Droste, Düsseldorf 2006, 460 Seiten
ISBN-10: 3-7700-1901-6

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

Michael Borchard, Udo Margedant
(Hrsg.)
Der deutsche Föderalismus im
Reformprozess
Heft 69
ISBN-10: 3-937731-78-4

Carl-Otto Lenz, Thomas Mann,
Angelika Nussberger, Peter J. Tettinger,
Otto Wulff
Wie lange dürfen wir arbeiten?
Gesetzliche Altersgrenzen als
Verfassungsproblem
Heft 70
ISBN-10: 3-937731-79-2

Kimmo Elo
Deutsch-russische
„Strategische Partnerschaft“:
Eine kurzsichtige Strategie oder
Handeln im Interesse Europas?
Heft 71
ISBN-10: 3-937731-81-4

Peter Oberender/Jürgen Zerth/
Andreas Schmid
Liberalisierung des
Pharmamarktes.
Eine ordnungsökonomische
Analyse und Implikationen
für den deutschen Pharmamarkt
Heft 75
ISBN-10: 3-937731-98-9

Norbert Arnold u.a.
Bessere Medizin zu bezahlbaren Preisen.
Mehr Qualität und Effizienz durch
Wettbewerb. Plädoyer für die Stärkung
des Bürgers im Gesundheitswesen
Heft 76
ISBN-10: 3-939826-00-6
Diese Publikation ist auch in englischer
Sprache erhältlich.

Frank Jessen/Ulrich von
Wilamowitz-Moellendorf
Das Kopftuch –
Entschleierung eines Symbols?
Heft 77
ISBN-10: 3-939826-05-7

Wolf-D. Stelzner, Klaus Mackscheidt
Der „Bachelor“ – Anregungen zur
aktuellen Studienreformdebatte
Heft 73
ISBN-10: 3-937731-92-X

Marcus Schmitz
Familienfreundliche
Personalpolitik
Heft 74
ISBN-10: 3-937731-29-6

Uwe Cantner/Michael Fritsch u.a.
Perspektiven der Innovationspolitik
für die neuen Länder
Heft 78
ISBN-10: 3-939826-18-7

Michael Fuchs
Sterbehilfe und
selbstbestimmtes Sterben
Zur Diskussion in Mittel-
und Westeuropa, den USA
und Australien
Heft 79
ISBN-10: 3-939826-16-2

Josef Römelt
Dem Sterben einen Sinn geben
Ein theologischer Kommentar
zur gegenwärtigen Debatte um
Sterbehilfe und Sterbebegleitung
Heft 80
ISBN-10: 3-939826-17-0

Norbert Arnold/Helge Braun/Thomas
Rachel/Katherina Reiche/Cornelia Yzer
Gesundheitskompetenz ausbauen
Heft 81
ISBN-10: 3-93826-23-5

Ralf Thomas Baus, Udo Margedant
Sozialer Bundesstaat –
ein Spannungsfeld. Sozialpolitik
in föderalen Staaten
Heft 82
ISBN-10: 3-939826-27-8

KOMMUNALPOLITISCHES FORUM – MATERIALIEN FÜR DIE ARBEIT VOR ORT

Michael Söndermann
Kulturwirtschaft.
Das unentdeckte Kapital der
Kommunen und Regionen
Heft 32
ISBN-10: 3-937731-96-2

Wolfram Wartenberg
Impulse für eine europäische Region –
Nationalpark Eifel
Heft 33
ISBN-10: 3-937731-76-8

Brigitte Adam
Europäische Metropolregionen
in Deutschland: Perspektiven
für das nächste Jahrzehnt
Heft 34
ISBN-10: 3-937731-75-X

Winfried Kösters
Sozialpolitik trotz Finanzkrise.
Wie sozial dürfen Kommunen noch sein?
Heft 35
ISBN-10: 3-937731-90-3

VERANSTALTUNGS- DOKUMENTATIONEN

50 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung
Dokumentation der Jubiläumsver-
anstaltung vom 5. November 2005
Sankt Augustin 2006

50 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung
DVD über die Jubiläumsveranstaltung
in Bonn vom 5. November 2005

Canan Atilgan (Ed.)
Europe Is Worth It. Why the
EU Is Vital for Its Member States
Sankt Augustin/Berlin 2006
ISBN-10: 3-939826-04-9

Michael Braun, Birgit Lermen (Hrsg.)
Begegnungen mit dem Nachbarn IV.
Schweizer Gegenwartsliteratur
ISBN-10: 3-937731-66-0

Michael Braun, Birgit Lermen, Lars Peter
Schmidt, Klaus Weigelt (Hrsg.)
Europa im Wandel. Literatur, Werte und
Europäische Identität
Budapest 2006
ISBN-10: 963-9254-00-2

Günter Buchstab (Hrsg.)
Eugen Gerstenmaier (1906-1986).
Kirche – Widerstand – Politik
Sankt Augustin 2006
ISBN-10: 3-939826-02-2

Gerhard Kruij, Helmut Reifeld (Eds.)
Church and Civil Society. The Role of
Christian Churches in the Emerging
Countries of Argentina, Mexico, Nigeria
and South Africa
Sankt Augustin/Berlin 2006
ISBN-10: 3-939826-21-9

Tobias Wangermann (Hrsg.)
Bildung braucht Unternehmerteil.
Für ein bürgerschaftliches Engagement
kleiner und mittelständischer Unter-
nehmen in der Bildung
ISBN-10: 3-937731-71-7

GRUNDFRAGEN DER CHRISTLICHEN DEMOKRATIE

Hans Maier
Demokratischer Verfassungsstaat ohne
Christentum – Was wäre anders?
(Nr. 1/2006)

Christoph Böhr
Gewissen und Politik
(Nr. 2/2006)

Jörg-Dieter Gauger
Patriotisch und konservativ.
Zum geistigen Profil der
Christlichen Demokratie
(Nr. 3/2006)

Alois Glück
Die Idee der solidarischen Leistungs-
gesellschaft. Leitidee und Vision
der Christlichen Demokratie?
(Nr. 4/2006)

Jörg-Dieter Gauger, Günther Rüther
Kulturpolitik der Zukunft – Orientierung
in der Modernisierung
(Nr. 5/2006)

Karl Lamers
Nation – Europa – Zukunft (Nr. 6/2006)

ZEITSCHRIFTEN

Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv
für Christlich-Demokratische Politik. Im
Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung
herausgegeben von Günter Buchstab
und Hans-Otto Kleinmann.
13. Jahrgang, Böhlau Verlag, Köln 2006,
ISSN: 0943-691X; erscheint jährlich

KAS-Auslandsinformationen. Im Auftrag
der Konrad-Adenauer-Stiftung heraus-
gegeben von Gerhard Wahlers.
ISSN: 0177-7521, erscheint monatlich

Die Politische Meinung. Für die Konrad-
Adenauer-Stiftung herausgegeben von
Bernhard Vogel.
ISSN: 0032-3446, erscheint monatlich.

EINZELTITEL

Canan Atilgan, Deborah Klein
Europa lohnt sich. Was jeder über
die Europäische Union wissen sollte
Sankt Augustin/Berlin 2007

Peter Fischer-Bollin (Hrsg.)
Parteienzusammenarbeit der KAS in
Mittel-, Ost- und Südosteuropa
Berlin 2006

Michael Borchard (Hrsg.)
Im Zentrum: Der Mensch
(Sammelband) Sankt Augustin 2006
ISBN-10: 3-939826-19-7

Michael Borchard (Hrsg.)
Strategien für mehr Arbeit
(Sammelband) Sankt Augustin 2006
ISBN-10: 3-939826-20-0

Stephan Eisel (Hrsg.)
50 Jahre Bildungszentrum Schloss
Eichholz. Die Geburtsstätte der
Konrad-Adenauer-Stiftung
Sankt Augustin 2006
ISBN-10: 3-939826-22-7

Jörg-Dieter Gauger, Günther Rüther
(Hrsg.)
Kunst und Kultur verpflichtet.
Beiträge zur aktuellen Diskussion
Sankt Augustin/Berlin 2006
ISBN-10: 3-937731-95-4

Christine Henry-Huthmacher,
Elisabeth Hoffmann
Familienreport – Lebenssituation
von Familien in Deutschland
Best Practice-Modelle zur Stärkung
von Kindern und Eltern (Sammelband)
Sankt Augustin 2006
ISBN-10: 3-939826-12-X

Elisabeth Hoffmann
Kinder, Kinder...
Was sich in den Kommunen tut.
Best Practice-Modelle für die Stärkung
von Kindern und Eltern
Sankt Augustin/Berlin 2006
ISBN-10: 3-939826-08-1

Konrad Adenauer Foundation (ed.)
Rule of Law. The KAF Democracy Report
Bonn 2006
ISBN-10: 3-416-03160-1

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.)
Menschenrechte sichern.
Globale Verantwortung und christlich-
demokratischer Auftrag
Sankt Augustin/Berlin 2006
Diese Broschüre ist auch in englischer
Sprache erhältlich.

Heinrich Oberreuter
Politische Bildung und freiheitliche
Demokratie
(Festvortrag zum 50. Geburtstag des
Bildungszentrums Eichholz)
Sankt Augustin/Berlin 2006

Günther Rüther (Hrsg.)
Literaturpreis der Konrad-Adenauer-
Stiftung: Daniel Kehlmann
Sankt Augustin 2006
ISBN-10: 3-939826-13-8

Bernhard Vogel (Hrsg.)
Cadenabbia als literarischer Ort.
Schriftsteller am Comer See
Berlin 2006
ISBN-10: 3-8258-9852-0

Bernhard Vogel (Hrsg.)
Im Zentrum: Menschenwürde.
Politisches Handeln aus christlicher
Verantwortung. Christliche Ethik
als Orientierungshilfe
Berlin 2006
ISBN-10: 3-937731-99-7

Henning Walcha (Hrsg.)
Diskurs kommunal 2006.
Der Stadt Bestes finden.
Wer rettet unsere Städte jetzt?,
Sankt Augustin 2006

ONLINEPUBLIKATIONEN

Alle Downloads auf einen Blick:
[http://www.kas.de/upload/dokumente/
liste_Online-Publikationen.pdf](http://www.kas.de/upload/dokumente/liste_Online-Publikationen.pdf)

Stand: 15. Januar 2007

„POLITISCH DENKEN HEISST STELLUNG BEZIEHEN,
HEISST EINEN STANDPUNKT HABEN“

Aktive Teilnahme an der politischen Debatte in der Bundesrepublik Deutschland schreibt sich die Politische Meinung seit ihrer Drucklegung im Juni 1956 auf die Fahne.

Ein halbes Jahrhundert publizistische Tätigkeit spannt sich von der Gründungsidee demokratischer Politikvermittlung in der Nachkriegszeit bis zu dem breiten Spektrum politischer, gesellschaftlicher und kultureller Themen in der Gegenwart. Als Monatszeitschrift steuert die Politische Meinung dem zunehmenden Druck von beschleunigter Information im Medienzeitalter mit gründlicher Recherche, fachlichen Analysen und vertiefender Argumentation entgegen.

Wurden die Themenkreise der Politischen Meinung im Laufe der Zeit breiter gezogen und öffneten sich ihre Spalten unter der Sparte „kontrovers“ auch für Autoren aus konkurrierenden Denkschulen, ist sie ihrer Verwurzelung im christlichen Menschenbild stets verbunden geblieben. Unveränderliches Kontinuum im Selbstverständnis der Politischen Meinung ist ihre Identifizierung mit dem christlichen Wertekodex.

Seit 1967 engagiert sich die Konrad-Adenauer-Stiftung für die Politische Meinung in einer inhaltlichen Partnerschaft, die bei aller redaktionellen Freiheit maßgebliche thematische Impulse liefert. Umgekehrt wirkt die Zeitschrift auf die inhaltliche Arbeit der Stiftung und findet vielseitige Verwendung bei Veranstaltungen, in der politischen Bildung und auch bei der Begabtenförderung. Mit einer Auflage von 5.700 Exemplaren spricht die

Zeitschrift monatlich vor allem Politiker, Journalisten, Pädagogen und Wissenschaftler an – Multiplikatoren, die als Bildungschaffende politische Akzente setzen und das Gespräch der Gesellschaft mit sich selbst beeinflussen. Namhafte Verfasser wie unter anderem Wolf Biermann, Wolfgang Huber, Hubertus Knabe, Norbert Lammert, Armin Laschet, Birgit Lermen, Angela Merkel, Beate Neuss und Katherina Reiche zählten im Jahr 2006 zum Autorenkreis.



Den Festakt zum
50-jährigen Jubiläum
der Politischen Meinung
eröffnete Bundesmi-
nisterin Annette Schavan
mit einer Rede über
„Die Zukunft der christ-
lichen Demokratie in
Deutschland und die
Grundwerte in der Politik“.

ERSCHEINUNGSBILDER IM WANDEL DER ZEIT



Schwerpunktt Themen Jahr 2006

- Die Europäische Union und Russland (12/2006)
- Zukunftsprojekt Europa (11/2006)
- Wege aus der Arbeitsmarktkrise (10/2006)
- Staatssicherheit und Geschichtspolitik (9/2006)
- Christliche Sozialethik in der Gegenwart (8/2006)
- Leitkultur – Das Wort und die Sache (7/2006)
- Fünfzig Jahre Politische Meinung (6/2006)
- Kultur und Religion global (5/2006)
- Grundsatzprogramme auf dem Prüfstand (4/2006)
- Erste Bilanz von Schwarz-Rot (3/2006)
- Orientierung durch Patriotismus? (2/2006)
- Werte in der Diskussion (1/2006)

DER FREUNDESKREIS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG AUF BILDUNGSREISE

Im Freundeskreis haben sich Menschen zusammengeschlossen, die der Konrad-Adenauer-Stiftung nahe stehen und sie darin unterstützen, die christlich-demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft weiterzuentwickeln und zu stärken.

Im Jahr 2006 nahm der Freundeskreis wieder an Studienreisen, Seminaren und herausragenden Veranstaltungen der Stiftung teil. Eine elftägige Studienreise führte im Mai nach Kiew, Odessa und auf die Krim. Im Juni schloss sich ein „Werteseminar“ in Cadenabbia an und im September ein fünftägiges Seminar in der Freien und Hansestadt Hamburg. Viele Förderer besuchten darüber hinaus die Veranstaltungshöhepunkte wie die Verleihung des Literaturpreises, des Lokaljournalistenpreises und des Preises Soziale Marktwirtschaft. Die Einweihung des neuen Bürogebäudes in Berlin mit einem Tag der offenen Tür, der 50. Geburtstag des Bildungszentrums Schloss Eichholz sowie die jährlich stattfindende Veranstaltung anlässlich des Petersberger Abkommens im November auf dem Petersberg nutzten die Förderer wieder, um sich mit „alten Freunden“ zu treffen und neue Kontakte zu knüpfen.

Die Förderer stehen in regelmäßiger Kommunikation mit der Stiftung und erhalten kontinuierlich aktuelle Informationen über Schwerpunkte der Arbeit der KAS, über wichtige Veranstaltungen und Veröffentlichungen und natürlich über den Freundeskreis. Sie zahlen wahlweise einen Mindestbeitrag von 60 Euro im Jahr oder einen selbstgewählten höheren Beitrag.

Das Netzwerk eines Freundes- und Fördererkreises der Konrad-Adenauer-Stiftung ist eine notwendige Grundlage, um die Arbeit der Stiftung auf dem heutigen hohen Niveau auch in Zukunft weiterführen zu können. Neuförderer sind herzlich willkommen. Eine Beitrittserklärung finden Sie auf der nächsten Seite oder im Internet unter www.kas.de unter dem Stichpunkt Freundeskreis.



„SO LEISTET DIE STIFTUNG SEIT NUN EINEM HALBEN JAHRHUNDERT EINEN UNVERZICHTBAREN BEITRAG FÜR FREIHEIT UND GERECHTIGKEIT.“

BUNDESPRÄSIDENT HORST KÖHLER



„WIR BRAUCHEN DIE POLITISCHEN STIFTUNGEN UND WIR BRAUCHEN DIE KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG IN GANZ BESONDERER WEISE.“

BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL



FREUNDESKREIS

FREUNDESKREIS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.

FAX-NUMMER: 0 22 41/2 46-25 39

**JA, ICH MÖCHTE ZUM FREUNDESKREIS GEHÖREN UND WERDE DIE
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG REGELMÄSSIG UNTERSTÜTZEN.**

Der Mindestbeitrag pro Jahr beträgt:

Für Einzelpersonen 60,00 Euro. Für Ehepaare gemeinsam 80,00 Euro.

Für Studenten/Stipendiaten 40,00 Euro. Für Firmen/Institutionen 500,00 Euro.

Mein Jahresbeitrag _____ ☐ 500,00 € ☐ 250,00 € ☐ 180,00 € ☐ 120,00 € ☐ 60,00 €

Ich zahle meinen Jahresbeitrag ☐ jährlich ☐ halbjährlich

Firma

Telefon

Telefax

Titel, Name, Ansprechpartner

Vorname

E-Mail

Straße, Hausnummer

Geburtsdatum

PLZ, Ort

Ort, Datum

Unterschrift

**Hiermit ermächtige ich den Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung widerruflich, meinen
Förderbeitrag ab dem _____ zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.**

Die Zahlung erfolgt:

☐ über mein Bankkonto

Kreditinstitut

Kontonummer

Bankleitzahl

Kontoinhaber

☐ über meine Kreditkarte
(nur für Förderer im Ausland)

☐ American Express

☐ Eurocard/Mastercard

☐ Visa

Karten-Nr.

Karteninhaber

Karte gültig bis

Ort, Datum

Unterschrift

Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin,
petra.kulcsar@kas.de

IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung
Kommunikation und Medien
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin
Telefon: 0 22 41/2 46-0
Telefax: 0 22 41/2 46-25 91

Tiergartenstraße 35
10785 Berlin
Telefon: 0 30/2 69 96-0
Telefax: 0 30/2 69 96-32 61
E-Mail: redaktion@kas.de

Redaktion

Walter Bajohr, Elisabeth Enders

Redaktionsassistentz

Cornelia Wurm
Harald Wendlberger

Gestaltung und Realisierung

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln
workstation gmbh | produktionsservice
für analoge und digitale medien, Bonn

Druck

Tuschen GmbH
Druck- und Medienhaus, Dortmund

Bildnachweis

Freya von Moltke-Stiftung
für das Neue Kreisau S. 68 (unten)
HOCHTIEF S. 14 (unten), 15
Henning Lüders S. 9, 10 (re.),
12 (li.), 14 (li. oben und Mitte), 69,
75 (unten), 78 (unten), 87, 92
Harald Odehnal S. 1, 5, 11, 12 (re.),
70, 81 (oben), 88-90, 93, 94
Rheinischer Merkur S. 14 (re.)
Maik Schuck S. 8 (li.)
Marco Urban S. 89, 80
Andreas Varnhorn S. 8 (re.)
Torsten Vieth S. 13 (re.)
Stephan Wallocha S. 7
Bildagenturen: dpa Picture-Alliance,
Fotolia, Pixelquelle, Stockbyte
alle anderen Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SPENDEN SIE ÜBERS INTERNET!

Auf unserer Webseite unter www.kas.de
können Sie Ihre Spende durch Bank-
einzug oder durch Überweisung auf
unser Konto bei Trinkaus & Burkhardt,
Düsseldorf Nr. 304042, BLZ 300 308 80
der Konrad-Adenauer-Stiftung zugute
kommen lassen. Sie erhalten dann kurz
nach Spendengutschrift von uns eine
Zuwendungsbestätigung für Ihr Finanz-
amt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist wegen
Förderung der als besonders förderungs-
würdig anerkannten gemeinnützigen
Zwecke gemäß § 48 Abs. 2 EstDV Anlage
1 Abschnitt A Nr. 3a, b, Nr. 4, Nr. 7, Nr. 10
und Nr. 12 durch Bescheid des Finanz-
amtes Sankt Augustin vom 7. Februar
2007 für das Jahr 2005 unter St.-Nr. 222/
5740/0892 als gemeinnützig anerkannt
worden und von der Körperschaftssteuer
befreit.

WWW.KAS.DE

www.kas.de



Konrad
Adenauer
Stiftung